
LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
ZEIT DER MONSTER



Das Alte stirbt

The ›swing to the Right‹

und das Neue

is not a reflection of the crisis:

kann nicht

it is itself a response to the crisis.

zur Welt kommen:

(Stuart Hall, 1979)

Es ist die

ZEIT DER MONSTER.

(Antonio Gramsci, 1930)

Deutschland ist,
wenn man sich einredet,
dass Freibäder Kampfzonen sind,
die man nur mit Polizeischutz betreten kann,
aber aktive Kriegsgebiete
zu ›sicheren Herkunftsländern‹ deklariert werden,
aus denen niemand flüchten muss.
(El Hotzo auf X, 2023)



EDITORIAL

1930 schrieb der italienische Philosoph und Kommunist Antonio Gramsci über seine Gegenwart als Zeit der »morbiden Erscheinungen«. Er saß im Gefängnis und musste zusehen, wie der aufziehende Faschismus die Welt verdunkelte; eine Welt, die von Krisen und blockierten Auswegen, sprich gescheiterten Revolutionen gezeichnet war.

Unsere Zeit heute ist anders, und doch ist sie in vielerlei Hinsicht ähnlich. Die großen Krisen überschlagen sich und die herrschenden Lösungen greifen nicht mehr, ohne dass sich neue durchsetzen können. Wie paralysiert starren wir auf die monströsen Formen der ökologischen Zerstörung, des Krieges und der Ausbeutung – und ihre langen Schatten, die sich zu neuen Monstern formieren.

Denn es sind vor allem rechte und autoritäre Kräfte, die aus der Krise ihren Nektar ziehen. Mit der Strategie des Kulturkampfs treiben sie die politische Debatte auf Felder, wo »die Rechte Heimvorteil hat« wie es Benjamin Opratko formuliert. Ihr grelles Licht verschiebt die Proportionen und schafft Zerrbilder. Law-and-Order-Politik hat Konjunktur: Sie verspricht »Normalität« und Sicherheit, während sie faktisch die Grundlagen der Demokratie zersetzt.

Unser Heft will diese Phänomene verstehen und Orientierung bieten. Was sind die Monster unserer Zeit? Wo wird um die Richtung der Entwicklung gerungen, um Produktion und Ökologie, um Geschlechterfragen und Arbeitszeit, um Friedenspolitik und Migration? Wie analysieren wir Kulturkämpfe von links, jenseits einer Trennung von Ökonomie und Kultur? Und was hat das alles mit Affekten des Verlusts und der Erschöpfung zu tun? Nicht zuletzt geht es um die Frage, was linke Antworten in monströsen Zeiten sind – und wie sich die Linke an den neuen Widersprüchen nicht zerlegt, sondern neu organisiert.

AM ABGRUND

Erleben wir ein faschistisches Moment?

Von Benjamin Opratko

BLOCKIERTE TRANSFORMATION UND RECHTE OFFENSIVE

Was folgt aus dem Scheitern der »Fortschrittskoalition«?

Von Lia Becker

AUTORITÄRE KONJUNKTUR

Wie der Kulturkampf um den Brexit funktionierte

Von John Clarke

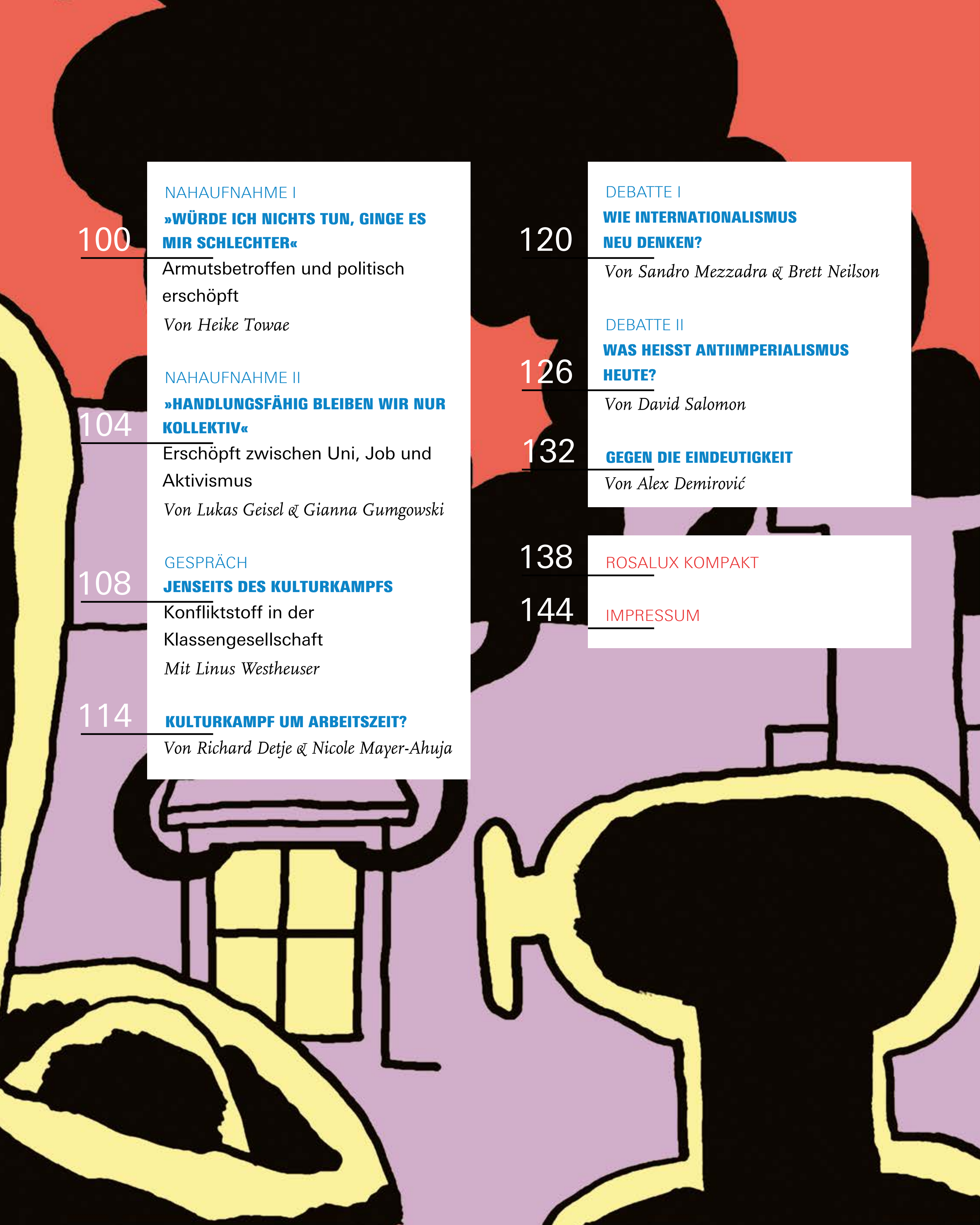
INHALT

ZEIT DER MONSTER

SCHWERPUNKT



LUXEMBURG ONLINE



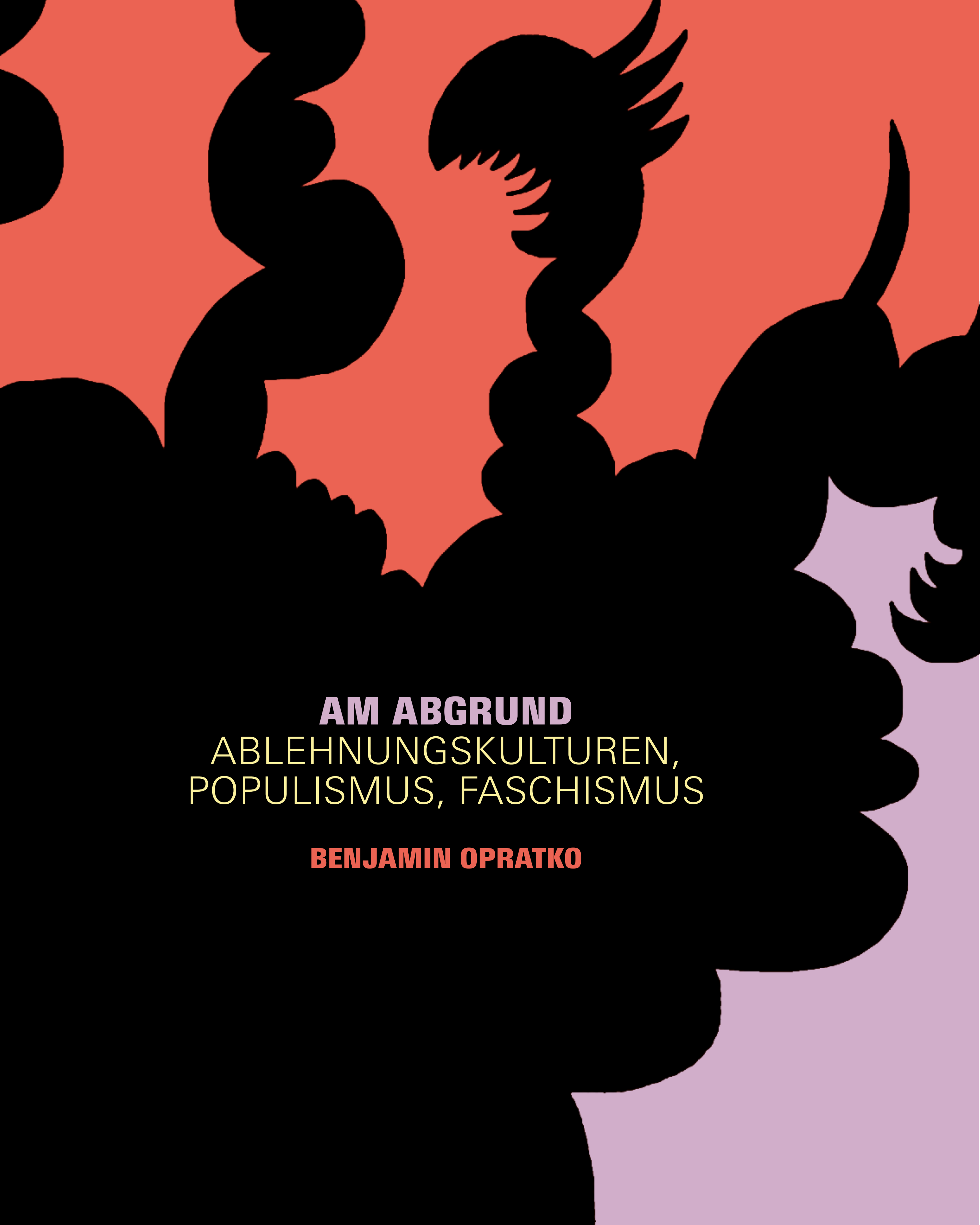


LUXEMBURG
ONLINE

DEBATTE III

BRICS+ UND DIE WIDERSPRÜCHE DES NEUEN MULTIPOLARISMUS
Von Patrick Bond

DIE RUSSISCHE INVASION UND DIE LINKE IN DER UKRAINE
Für eine internationalistische Perspektive
Von Wolodymyr Ischtschenko


AM ABGRUND
ABLEHNUNGSKULTUREN, POPULISMUS, FASCHISMUS
BENJAMIN OPRATKO

Wer Ökonomie und Kultur voneinander trennt, kann den Vormarsch der Rechten nicht verstehen – und bedient ihr Erfolgsrezept.

BENJAMIN OPRATKO ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Kulturorganisation der Leuphana Universität Lüneburg sowie Redakteur der monatlich in Wien erscheinenden Zeitschrift *Tagebuch*.

Die Sozialwissenschaftler*innen Daniel Mullis, Maximilian Pichl und Vanessa E. Thompson warnten jüngst vor »autoritären Kipppunkten« in Deutschland. Wo sie überschritten werden, würde »der Boden brüchig, auf dem plurale und demokratische Gesellschaften stehen« (Mullis u. a. 2023; siehe auch Pichl in diesem Heft). Die Diagnose ist so nachvollziehbar wie die mit ihr verbundene Warnung. Halb Europa blickt auf die aktuellen Umfragewerte der AfD: Ein von Rechtsextremen regiertes Deutschland würde die politischen Realitäten nicht nur im Land, sondern auf dem Kontinent bedrohlich verändern.

Noch 2018 konnte der Politikwissenschaftler Philipp Manow in seinem viel beachteten Buch zur »politischen Ökonomie des Populismus« die Beispiele von Spanien und Italien heranziehen, um seine These zu illustrieren, wonach der Süden Europas auf die Folgen der Globalisierung mit »linkem«, der Norden mit »rechtem« Protest reagiere. Doch schon im Jahr darauf schaffte die ultrarechte Vox den Durchbruch mit über 15 Prozent bei den spanischen Parlamentswahlen. Die Erfolge erst der Lega von Matteo Salvini, dann der Fratelli d'Italia unter Giorgia Meloni in Italien haben seit 2019 gleich zwei verschiedene extrem rechte Parteien in der größten Volkswirtschaft Südeuropas in Regierungsämter gebracht.

Autoritär-populistische, extrem rechte Parteien sind heute in fast allen Ländern Europas Teil des etablierten Parteienspektrums und ein wesentlicher Faktor im Spiel der politischen Kräfte. In Deutschland ist die Normalisierung der AfD mit dem öffentlichen Schleifen der »Brandmauer« durch die Unionsparteien im Sommer 2023 vollzogen; der internationale Vergleich zeigt, dass sie wohl nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Selbst spektakuläre

Skandale müssen rechtspopulistischen Parteien dann nicht nachhaltig schaden. Das zeigt das Beispiel Österreichs: Die FPÖ hat sich von ihrer tiefen Krise nach diversen Korruptionsvorwürfen nicht nur erholt, sondern liegt in allen Umfragen seit Monaten auf dem ersten Platz.

Von Deutschland aus betrachtet mangelt es weder an internationalen Erfahrungswerten, was den Umgang mit dem autoritären Populismus betrifft, noch an Dringlichkeit, diesen Umgang anders zu gestalten. Und doch gehört es zu den besonders frustrierenden Zeichen unserer Zeit, dass die politischen Akteur*innen gerade alle Fehler wiederholen, die in Ländern wie Frankreich, Italien oder Österreich seit Jahren gemacht werden – und in den drei Ländern ist die extreme Rechte derzeit an der Macht oder in Umfragen stärkste Partei. Große Medien und der öffentlich-rechtliche Rundfunk bieten der AfD kostenlosen Platz für ihre Propaganda – die einen, um Reichweite zu generieren; die nächsten, weil sie meinen, die Rechten sich selbst entzaubern lassen zu können; manche, weil sie selbst deren Ansichten teilen; wieder andere erhoffen sich Vorteile von der frühen Nähe zu einem künftigen Machtzentrum. Führende Konservative wollen der extremen Rechten den »Wind aus den Segeln nehmen«, wie es im Politikbetriebsjargon heißt, indem sie ihre Inhalte übernehmen. Und die Linke zerfetzt sich über der Frage, wie auf die rechten Erfolge zu reagieren sei: Gibt es von links etwas zu bergen im rechten Aufbruch? Sind, wie Chantal Mouffe meint, »viele der von rechtspopulistischen Parteien artikulierten Forderungen demokratische Forderungen […], die einer progressiven Antwort bedürfen« (Mouffe 2018, 32)? Oder müssen im Gegenteil die Reihen gegen rechts im Namen der offenen Gesellschaft geschlossen, die entfesselten Kräfte als Ressentiment enttarnt und zurückgewiesen werden?

»Es gehört zu den besonders frustrierenden Zeichen unserer Zeit, dass die politischen Akteur*innen gerade alle Fehler wiederholen, die in Ländern wie Frankreich, Italien oder Österreich seit Jahren gemacht werden.«

ÖKONOMIE VS. KULTUR?

Die sozialwissenschaftliche Forschung zu Populismus, die seit dem Trump- und Brexit-Jahr 2016 international boomt, hat in dieser Situation bedauerlich wenig anzubieten. Das beginnt schon damit, dass Unterstützung für autoritärpopulistische Parteien weiterhin allzu oft als »Protest« (z. B. Manow 2018; Stegemann 2018) gedeutet und unterschätzt wird, dass sich der autoritäre Populismus längst als eigenständige Kraft im Kampf um Hegemonie etabliert hat. Die empirischen Befunde zur Ursache populistischer Erfolge sind widersprüchlich, die Interpretationsversuche doppeln weitgehend Konfliktlinien, die im politischen Feld selbst existieren. Sind es zuvorderst »ökonomische« Faktoren, die

Menschen zur Wahl rechtspopulistischer Parteien treiben, oder »kulturelle«? Für beides finden sich Argumente in Büchern und Fachartikeln. Die klügeren Analysen weisen darauf hin, dass die Trennung zwischen »ökonomischen« und »kulturellen« Faktoren selbst irreführend ist (Mullis/Zschocke 2020; Biskamp 2019; vgl. Opratko 2021). Erstens weil sich im Alltagsverstand (nicht nur) jener, die autoritäre Politik unterstützen, sogenannte kulturelle und sogenannte ökonomische Elemente unauflöslich miteinander vermengen. Etwa wenn das Aussehen der Menschen in der Nachbarschaft in ein kausales Verhältnis zu tatsächlichen oder befürchteten negativen Erfahrungen im Arbeitsleben gesetzt wird. Wie Daniel Mullis und Paul Zschocke auf Basis von Interviews in Stadtteilen mit hohem AfD-Zuspruch folgern: »Aus unseren bisherigen Erfahrungen schließen wir, dass politische Entscheidungen [...] nicht in kausaler Weise beschrieben werden können. Ökonomische Faktoren sind nicht von kulturellen und vice versa zu trennen, vielmehr sind sie in alltäglichen Erfahrungen inhärent verschränkt« (Mullis/Zschocke 2020, 142).

»Wir stießen auf enge Zusammenhänge zwischen Ohnmachts- und Entfremdungserfahrungen in der Arbeitswelt und dem, was wir Ablehnungskulturen nennen.«

Zweitens verschränken sich die Faktoren nicht nur in der Alltagserfahrung der Subjekte, sie folgen auch als objektive Sachverhalte nicht der konventionellen Einteilung der Soziolog*innen. Warum werden Fragen der Migration oder der Geschlechter als Themenfelder dem »Kulturellen« zugeschlagen, während etwa Arbeitslosigkeit oder Lohnentwicklung klar als »Ökonomie« gilt? Tatsächlich gibt es kaum relevantere Faktoren als die Mobilität der Arbeitskraft und die Mobilisierung unbezahlter Frauenarbeit für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Verwertungskreislaufs, vulgo Ökonomie. Und wenn wir Kultur im Sinne der Cultural Studies als Lebensweisen und die in ihnen relevanten Singgebungsinstanzen verstehen, ist die Art, wie jemand seine oder ihre Arbeitskraft verkauft, von grundlegender und unmittelbarer »kultureller« Bedeutung (vgl. Clarke in diesem Heft). Als wir im Forschungsprojekt »Cultures of Rejection« untersucht haben, wie autoritäre Politik an verschiedenen Orten in Europa akzeptabel wird, war das einer der grellsten Befunde (Bojadzijev/Opratko 2023). Wir stießen auf enge Zusammenhänge zwischen Ohnmachts- und Entfremdungserfahrungen in der Arbeitswelt und dem, was wir Ablehnungskulturen nennen: Lebensweisen, die von Werten und Affekten der Ablehnung getragen werden, wobei die konkreten Gegenstände der Ablehnung durchaus verschieden sein können (Harder/Opratko 2022). Oft richtet sich die Ablehnung gegen Migrant*innen und Geflüchtete, politische Eliten, Mainstream-Medien und andere Autoritäten und wird zur Grundlage für die Unterstützung autoritär-populistischer Politik.

AUF DEM SPIELFELD DER RECHTEN

Die falsche Trennung von ökonomischen und kulturellen Dimensionen ist nicht bloß eine theoretische Frage. Sie hat direkte politische Folgen für die Weise, wie über den autoritären Populismus gesprochen, wie er missverstanden und wie ihm schlecht begegnet wird. Dann heißt es, die Linke müsse sich bloß wieder auf die »soziale Frage« besinnen und dem kulturellen Hokuspokus entsagen, um Kraft von den Rechten zurückzugewinnen; oder umgekehrt, es reiche aus, »klare Kante« zu zeigen gegen das autoritäre Welt- und Menschenbild der Rechten, um sie zurechtzustutzen. Dabei wird nicht verstanden, dass die so beschworene Trennung nicht nur analytisch unzutreffend, sondern, drittens, auch *selbst ein politischer Effekt autoritär-populistischer Strategien* ist. Wie Stuart Hall schon vor 40 Jahren für den Thatcherismus zeigen konnte, beruht das Erfolgsrezept des autoritären Populismus darauf, soziale Auseinandersetzungen systematisch in Felder zu verschieben, wo die Rechte Heimvorteil hat. Kriminalität ist so ein Thema, oder der Schutz der Kleinfamilie, in der »Frauen, repräsentiert als ›Hüterinnen‹ der Familie, [...] identifiziert [werden] mit der Bewahrerin traditionellen Wissens und der Wächterin herkömmlicher Volksmoral« (Hall 2014, 118). Und ganz besonders ist es das Feld des Rassismus und der Nation, konstituiert durch die Einteilung in »unser Volk« und »fremde Kulturen«, das es der Rechten erlaubt, »reale und gelebte Erfahrungen, reale Widersprüche«, wie Hall es 1979 formulierte, »systematisch in einer Diskurslogik zu repräsentieren, die sie systematisch auf die Linie der politischen und Klassenstrategien der Rechten zieht« (Hall 1979, 20). Wer heute »soziale« gegen »kulturelle« Themen ausspielt, bedient diese Diskurslogik und befindet sich schon mitten auf dem Spielfeld, auf dem der autoritäre Populismus seine Siege feiert.

»Was kann getan werden, um zu verhindern, dass die Kipppunkte erreicht werden?«

Aus diesen Einsichten entstehen noch keine effektiven Gegenstrategien, aber sie zu ignorieren kann kostspielig werden. Es mag strukturelle, welthistorische Faktoren geben, die den Aufstieg autoritärer Kräfte begünstigen und bis zu einem gewissen Grad unausweichlich machen – das mögen zukünftige Historiker*innen analysieren. Für uns Zeitgenoss*innen drängt aber vielmehr die Frage: Was kann getan werden, um zu verhindern, dass die Kipppunkte erreicht werden? Vielleicht ist es weniger die aktuelle sozialwissenschaftliche Populismus- als die historische Faschismusforschung, die dafür hilfreich sein kann. Man muss freilich vorsichtig sein im historischen Vergleich, gerade in Deutschland: Zu leicht wird der Nationalsozialismus dabei durch die Gleichsetzung mit geringeren Übeln trivialisiert, zu leicht gerät der Ton alarmistisch oder unernst. Es gilt also gewissenhaft zu lesen und nicht faul zu denken.

FASCHISMUS UND GESELLSCHAFTLICHE (DE-)MOBILISIERUNG

Der an der Kritischen Theorie geschulte Soziologe Helmut Dubiel beschrieb »populistische Momente« in der Geschichte. In diesen verlieren die »herkömmlichen Orientierungen« einiger sozialer Gruppen »nicht nur ihre ökonomische Basis, sondern auch ihren kulturellen Ort in der gesellschaftlichen Rationalität« (Dubiel 1986, 47). Was würde aus einem »populistischen Moment«, wie er in den letzten Jahrzehnten immer wieder diagnostiziert wurde, einen möglichen *faschistischen* Moment machen? Dass Akteure mit entsprechenden Begehren etwa in der AfD existieren, wissen wir. Was wären Bedingungen, Handlungen, Ereignisse, die ihnen und ihresgleichen Bahn brechen könnten, welche könnten ihre Erfolge verhindern? Der US-amerikanische Historiker Richard Paxton erinnert daran, dass in den 1920er-Jahren faschistische Parteien und Bewegungen nicht nur in Deutschland und Italien, sondern auch in Frankreich und England, in den USA, in Island und im australischen New South Wales existierten (Paxton 2004, 85). Die entscheidende Frage ist: Warum waren sie hier erfolgreich und anderswo nicht? Paxton bietet zum besseren Verständnis ein Schema an, um das, was gemeinhin »Aufstieg des Faschismus« genannt wird, in fünf Stufen zu gliedern (Paxton 1998). Auf die Gründung faschistischer Bewegungen **1//** folgt deren Verwurzelung im politischen System **2//**, darauf **3//** die Machtübernahme, **4//** die Ausübung der Macht und schließlich **5//** ihre Radikalisierung und/oder ihr Untergang. In den meisten Ländern gelangen die Faschist*innen über die erste oder zweite Phase nicht hinaus.

»In diesem Sinne ist die Charakterisierung des Populismus als »Antipolitik« zutreffend: Es ist Politik für Menschen, die von Politik die Schnauze voll haben.«

Ob dieses Schema in unsere Gegenwart zu übersetzen ist, hängt zunächst davon ab, ob wir es aktuell überhaupt mit faschistischen Bewegungen oder Parteien zu tun haben. Das ist gar nicht so leicht zu beantworten. Paxton selbst etwa verwehrte sich lange dagegen, Donald Trump als Faschisten zu bezeichnen (Paxton 2017). Nach dem Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 änderte er seine Meinung: »Trump's incitement of the invasion of the Capitol [...] removes my objection to the fascist label. [...] The label now seems not just acceptable but necessary« (Paxton 2021). Ein faschistischer Moment wäre davon gekennzeichnet, dass eine Hegemonie- und Autoritätskrise, wie sie etwa von Gramsci beschrieben wurde, politische Projekte hervorbringt und *für signifikante Teile der Gesellschaft akzeptabel macht,* die danach trachten, mit physischer Gewalt autoritäre Herrschaftsformen einzusetzen und Zugehörige bestimmter (oft, aber nicht notwendigerweise rassistisch) markierter Gruppen zu terrorisieren. Für Paxton war der offene Aufruf zur Gewalt gegen die Institutionen der bürgerlichen

Demokratie der Schritt über die rote Linie. Allgemeiner formuliert: Ob wir es mit potenziell faschistischen Kräften zu tun haben, die gerade im Begriff sind, im politischen System Wurzeln zu schlagen, können wir daran ablesen, was sie mit den für den populistischen Moment charakteristischen »vagabundierenden Potenzialen« (Dubiel 1986, 47) – den Kränkungs- und Frustrationserfahrungen, den Ressentiments, den psychischen und affektiven Verhärtungen – anstellen. Autoritär-populistische Parteien nehmen sie auf, verstärken sie in ihren digitalen Mediennetzwerken, nutzen sie als Treibstoff für die Mobilisierung von Wähler*innen und bestärken die Ablehnungskulturen. Sie belassen diese Elemente aber in ihrer atomisierten, unorganisierten, »bizarr zusammengesetzten« Form. Alles ist auf die Partei und ihre Führungsfigur zugeschnitten. Die *Message* von AfD und Konsorten ist: »Wenn wir erstmal das Sagen haben, regeln wir das für euch!« In diesem Sinne ist die Charakterisierung des Populismus als »Antipolitik« zutreffend: Es ist Politik für Menschen, die von Politik die Schnauze voll haben. Faschistische Kräfte dagegen verstehen, dass sie für ihre weitreichenden Ziele »das Volk« nicht nur zum Wählen bringen, sondern *Massen mobilisieren und organisieren* müssen. Sie versprechen und ermöglichen gewaltvolle (Selbst-)Ermächtigung. Historisch haben dafür der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus nicht nur ihre eigenen Massenorganisationen geschaffen, sondern sich auch bestehende zivilgesellschaftliche Netzwerke und Institutionen wie Vereine, Klubs und Verbände einverleibt, noch bevor sie in die Nähe staatlicher Macht gelangt waren (Riley 2019; Satyanath u. a. 2017). Der Faschismus war demnach nicht Ergebnis gesellschaftlicher Entropie oder der Vereinzelung im Übergang zum Industriekapitalismus, sondern bildete gerade den »Zenit der ›wilden‹ Massenpolitik«, wie sie zuletzt etwa Anton Jäger (2023, 44) beschrieben hat: Ein hoher Grad an gesellschaftlicher Politisierung, verbunden mit einem hohen Grad an Institutionalisierung. Das ist lange her. Die Dichte dessen, was Gramsci einst Zivilgesellschaft nannte, ist in den letzten Jahrzehnten rapide zurückgegangen. Zu den strukturellen Bedingungen für den Erfolg autoritär-populistischer Parteien gehört gerade die Verödung der sozialen Landschaften, die Vereinzelung der Subjekte und der Rückzug ins Private. Könnten es die gleichen Bedingungen sein, die eine weitgehende Verwurzelung *faschistischer* Kräfte verhindern? Oder haben die Apparate der Zivilgesellschaft nur Ort und Form verändert? Sollten wir faschistische Organisierungsversuche nicht so sehr in Form von Vereinen, Banden und Aufmärschen suchen, sondern zum Beispiel in Onlineräumen, in Gruppenchats, als digitaler Mob (Harder/Opratko 2021; Strick 2021)? Und was passiert mit der politischen Kultur einer

»Zu den strukturellen Bedingungen für den Erfolg autoritär-populistischer Parteien gehört die Verödung der sozialen Landschaften, die Vereinzelung der Subjekte und der Rückzug ins Private.«

Gesellschaft, die ihre Lebensweise systematisch mit mörderischer Gewalt an ihren Außengrenzen absichert: Kann verhindert werden, dass die Gewalt in ihr Inneres zurückschlägt, als »choc au retour«, der die Barbarei in die »verfaulte Zivilisation« (Césaire 2017, 33) zurückträgt?

Der faschistische Moment ist in Deutschland nicht erreicht. Doch mit Blick auf die autoritären Kipppunkte, die bereits erreicht wurden und jene, die wir bereits erahnen können, scheint es, als wäre beides dringend nötig: politische Alternativen, die Fragen der Ökonomie und der Lebensweisen auf andere, attraktive Weisen zusammenbringen und den »populistischen Moment« auffangen können; und das Rüsten für den Sturm, der aufzieht, sollte das nicht gelingen.

LITERATUR

Biskamp, Floris, 2019: Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch: Einspruch zur politischen Ökonomie des Populismus, in: PROKLA 196, 463–476

Bojadzijev, Manuela/Opratko, Benjamin (Hg.), 2023: Cultures of Rejection. Special Issue of »Patterns of Prejudice«, Vol. 56, No. 4/5, London

Césaire, Aimé, 2017: Über den Kolonialismus, Berlin

Dubiel, Helmut, 1986: Das Gespenst des Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.), Populismus und Aufklärung. Frankfurt a. M., 33–50

Hall, Stuart, 1979: The Great Moving Right Show, in: Marxism Today, January 1979, 14–20

ders., 2014: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg, 101–120

Harder, Alexander/Opratko, Benjamin, 2021: Digitale Abgründe, in: Tagebuch 5, https://tagebuch.at/2021/05/digitale-abgruende

dies., 2022: Cultures of Rejection at Work: Investigating the Acceptability of Authoritarian Populism, in: Ethnicities 3/2022, 425–445

Jäger, Anton, 2023: Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin, www.suhrkamp.de/buch/anton-jaeger-hyperpolitik-t-9783518127971

Manow, Philip, 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin

Mouffe, Chantal, 2018: Für einen linken Populismus, Berlin

Mullis, Daniel/Pichl, Maximilian/Thompson, Vanessa E., 2023: Gefahr antidemokratischer Tendenzen: Am autoritären Kipppunkt, in: taz, 16.06.2023, https://taz.de/!5937734

Mullis, Daniel/Zschocke, Paul, 2020: Ursachen der Regression: Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage! Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hg.), Autoritärer Populismus, Münster 132–149

Opratko, Benjamin, 2021: Ablehnungskulturen als Akzeptabilitätsbedingungen des autoritären Populismus, in: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hg.), Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden, 181–198

Paxton, Robert, 1998: The Five Stages of Fascism, in: The Journal of Modern History 1/1998, 1–23

ders., 2004: Anatomie des Faschismus, München

ders., 2017: American Duce: Is Donald Trump a Fascist or a Plutocrat?, in: Harper's Magazine, https://harpers.org/archive/2017/05/american-duce

ders., 2021: I've Hesitated to Call Donald Trump a Fascist. Until Now, in: Newsweek, www.newsweek.com/robert-paxton-trump-fascist-1560652

Riley, Dylan, 2019: The Civic Foundations of Fascism in Europe, London

Satyanath, Shanker/Voigtländer, Nico/Voth, Hans-Joachim, 2017: Bowling for Fascism: Social Capital and the Rise of the Nazi Party, in: Journal of Political Economy, 2/2017, www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/690949

Stegemann, Bernd, 2018: Das Gespenst des Populismus: Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin

Strick, Simon, 2021: Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus, Bielefeld

BLOCKIERTE TRANSFORMATION UND RECHTE OFFENSIVE
WAS FOLGT AUS DEM SCHEITERN DER »FORTSCHRITTSKOALITION«?

LIA BECKER

Der versprochene Wandel zum grünen Kapitalismus ist ausgebremst. Die Krisen werden zunehmend autoritär und imperialistisch beantwortet.

Die Ampel-Koalition inszenierte sich von Tag eins an als eine »Fortschrittskoalition«. Tatsächlich gab es in weiten Teilen der Zivilgesellschaft, der Medien und selbst unter Linken die Erwartung, dass diese historisch neuartige Regierungskonstellation den »Stillstand« der Merkel-Ära beenden und eine umfassende Modernisierung vorantreiben könnte. Dieses Fortschrittsversprechen hatte verschiedene Dimensionen: erstens die Modernisierung des Exportmodells durch eine neue energetische Basis, Investitionen in »grüne Technologien« und Digitalisierung sowie eine Erneuerung der sozialen Infrastrukturen; zweitens das Versprechen, die Klimatransformation im Sinne eines modernisierten »grünen« Kapitalismus nun ernsthaft voranzutreiben; drittens das sozialdemokratische Versprechen von mehr »Respekt« und sozialer Absicherung durch Mindestlohn, Kindergrundsicherung und Stärkung der Tarifbindung; und viertens schließlich das Versprechen einer »offeneren Gesellschaft« durch die Erleichterung von Zuwanderung und Integration sowie ein Gesetz für geschlechtliche Selbstbestimmung. Die Ampel, insbesondere die Grünen, inszenierten sich als Gegenpol zur autoritären Rechten. All diese versprochenen Reformen hätten zusammengenommen durchaus ein neues Hegemonieprojekt der »grünen Transformation« begründen können – wenn sie mit einem Programm für massive öffentliche Investitionen verbunden gewesen wären.

Es kam bekanntlich anders: Das Jahr 2023 war geprägt von Krisen und einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung, die Ampel wird von der Union, den bürgerlichen Medien und der AfD vor sich hergetrieben. Das wirft



die Frage auf: Ist die neue Phase des »grünen Kapitalismus« (vgl. Candeias 2023a) schon vorbei, bevor sie richtig begonnen hat?

Meine Hypothese ist, dass sich im politisch äußerst relevanten »Exportblock« – einer Allianz aus exportorientiertem Industrie- und Finanzkapital, Unternehmensverbänden, Teilen von SPD, Union und Grünen, der Industriegewerkschaften, Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen – kein Konsens für eine Transformation zum »grünen Kapitalismus« als post-neoliberales Modernisierungsprojekt herausgebildet hat. Zudem haben wir es mit einer deutlich veränderten politischen Konjunktur gegenüber den letzten Jahren der Merkel-Ära zu tun. Die nicht enden wollenden Krisen – die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und Inflation, die Erschöpfungskrise im Alltag und die Krise der Kommunen und sozialen Infrastrukturen – haben unterschiedlich gärende Widersprüche aufbrechen lassen und nähren Ängste um die Zukunft »unseres Wohlstands«. Es sind andere, nicht die Befürworter*innen einer grün-liberalen Modernisierung, die diese Widersprüche und Ängste erfolgreich politisch artikulieren. Varianten eines autoritären Populismus verschieben das politische Kräfteverhältnis nach rechts. Ich schlage vor, die Entwicklung hierzulande als eine umkämpfte Zwischenphase zu verstehen, in der Teile der Ampel-Regierung und des Machtblocks eine »halbierte grüne Transformation« des Kapitalismus vorantreiben. Diese bleibt aber nur ein untergeordnetes, heftig umkämpftes und teilweise blockiertes Element einer *imperial-neoliberalen Modernisierung* des deutschen Exportmodells – und wirkt zugleich als Konjunkturprogramm für die autoritäre Rechte.

LIA BECKER ist Referentin für Zeitdiagnose und Sozialismus bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

SCHEITERN DER AMPEL ALS MODERNISIERUNGSPROJEKT?

Die Politik der Ampel ist seit den ersten Tagen krisengetrieben: Der Schock des Ukraine-Kriegs wurde als »Zeitenwende« für ein historisches Niveau an Rüstungsausgaben genutzt und brachte die transatlantisch orientierten Kräfte in die Offensive. Auf

den Energiepreisschock folgte der »Doppelwumms«, der die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Inflationskrise zumindest abmilderte. Zwar kam es zu einer stärkeren staatlichen Förderung der erneuerbaren Energien, was vor allem die Grünen als Einstieg in die versprochene Transformation inszenierten. Zugleich aber wurden in hohem Tempo neue Gas-Lieferanten, darunter auch autoritäre Regime wie Katar, gesucht und die

»Die verfehlte Klima- und Sozialpolitik inmitten einer Krise der Lebenshaltungskosten hat zum Glaubwürdigkeitsverlust der Koalition beigetragen.«

Infrastruktur für LNG massiv ausgebaut. Die »Energiewende« droht durch neue fossile Weichenstellungen ausgehebelt zu werden. In der Klimapolitik fällt die Ampel etwa mit der Aufweichung des Klimaschutzgesetzes nicht nur hinter die Erwartungen von Umweltverbänden, sondern auch hinter die Programmatik der Grünen zurück.

Gleichzeitig ist der Zauber des Modernisierungsversprechens verflogen. Eine Politik des Respekts vor harter Arbeit und Leistung fiel bis auf die Erhöhung des Mindestlohns weitgehend aus. Die untere Hälfte der Bevölkerung kämpft mit den steigenden Lebenshaltungskosten. Von der Kindergrundsicherung ist nach Lindners Blockade nicht mehr viel übrig, die Kanzlerpartei hat sich an die Seite der FDP gestellt. Die Krise der sozialen Infrastruktur in den Kommunen hat sich verschärft und die Rückkehr zur Schuldenbremse würde die Lage absehbar verschärfen (vgl. Völpel 2023). Die verfehlte Klima- und Sozialpolitik der Ampel inmitten einer Krise der Lebenshaltungskosten hat zum Glaubwürdigkeitsverlust der Koalition beigetragen.

Das Modernisierungsversprechen eines »grünen Kapitalismus« hatte schon vor der Bundestagswahl 2021 eine geringe Ausstrahlungskraft, die auf Teile der Mittelschichten und der organisierten Zivilgesellschaft beschränkt war. Weder die Ampel, Schwarz-Grün oder Jamaika hatten einen starken Machtblock und ein in der Zivilgesellschaft verankertes neues »Hegemonieprojekt« hinter sich. Das gilt sowohl für ein grün-liberales Transformationsvorhaben wie auch für einen post-neoliberalen, moderat umverteilenden »Green New Deal light«, der weder in der Sozialdemokratie noch bei den Grünen großen Rückhalt hatte.

GRÜNER KAPITALISMUS: KEIN KONSENS IM MACHTBLOCK

Unterdessen haben sich die Bedingungen für die deutsche Exportindustrie durch die Folgen des Ukraine-Kriegs und der Pandemie sowie durch die handels- und geopolitische Konfrontation zwischen den USA und China deutlich verschlechtert. Angesichts der sich abzeichnenden Rezession oder Stagnation malen Teile der Medien, Union und Wirtschaftsverbände das Schreckgespenst einer Deindustrialisierung an die Wand. Das ist politisch motiviert, auch wenn strukturelle Krisentendenzen des Exportmodells offensichtlich sind (vgl. Sablowski in diesem Heft; Candeias 2023b; Solty 2023; Hickel 2023). Weitgehend einig ist man sich im »Exportblock«, dass die Konzerne noch stärker direkt staatlich subventioniert werden sollen. Dabei steht eine Senkung der Energiepreise für die Industrie ganz oben auf der Agenda. Das

Ringen um die Ausgestaltung eines »Industriestrompreises« offenbart Widersprüche innerhalb des Machtblocks. Wirtschaftsminister Habeck hatte bereits im Frühjahr ein Konzept für einen Brückenstrompreis vorgelegt, das den Forderungen von Industrieverbänden und -gewerkschaften entgegenkam und Energieeinsparungen belohnen sollte. Es sah vor, direkte Subventionen für energieintensive Unternehmen an (noch relativ vage) Auflagen für eine klimaneutrale Produktion bis 2045, Standortgarantien und Tariftreue zu binden (vgl. dazu und zu einem linken Konzept Witt/Berlepsch 2023). Die Ausgestaltung war und bleibt jedoch umkämpft. Die Koalition hat sich nun vorerst auf eine Senkung der Stromsteuer für alle (!) produzierenden Unternehmen geeinigt, sowie auf milliardenschwere Entlastungen für 350 energieintensive Unternehmen, ohne Vorgaben für klimaneutrale Produktion und gute Arbeit. Damit haben sich die FDP und jene Teile der Industrieverbände weitgehend durchgesetzt, die eine drastische Senkung oder Abschaffung der Stromsteuer gefordert hatten (vgl. zur genaueren Einschätzung die Online-Fassung dieses Textes).

Vor dem Hintergrund einer neuen imperialen Konstellation der verschärften Konkurrenz zwischen den USA, China und der EU werden im »Exportblock« unterschiedliche Transformationsstrategien verfolgt. ›Grüne‹ Energie und Technologien sind darin wichtige, aber untergeordnete Elemente. Die Strategien unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von einer post-neoliberalen grünen Transformationsperspektive. Statt Subventionen und sinkende Energiepreise an strikte regulative Vorgaben für CO_2-freie oder deutlich ressourceneffizientere Produktionsprozesse zu binden, setzen die meisten Unternehmensverbände weiter auf »Technologieoffenheit«. Eine Beschleunigung der Energiewende ist umstritten, Priorität haben dauerhaft sinkende Energiepreise für die Unternehmen und die Vermeidung »einseitiger« Abhängigkeiten bei der Energie- und Rohstoffversorgung. Ziel ist ein vom Markt gesteuerter Energiemix, der neben Erneuerbaren Energien auch Wasserstoff-, LNG- und Gasimporte sowie Atomkraft umfassen kann. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) warnt etwa unter der Überschrift »de-risking« vor einer zu starken Abhängigkeit von China beim Ausbau der Erneuerbaren, etwa bei Solarzellen und Rohstoffen (vgl. BDA 2022). Umkämpft sind auch die Höhe des CO_2-Preises, die Ausgestaltung weiterer Industriesubventionen und staatliche Eingriffe zur De-Karbonisierung im Verkehrs- und Gebäudebereich.

Ein zentraler Konflikt ist der Umfang und die Finanzierung staatlicher Investitionen. Der SPD nahestehende Wirtschaftswissenschaftler*innen haben jüngst deutlich mehr staatliche Investitionen in den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur und eine Lockerung der Schuldenbremse gefordert (vgl. Bofinger u. a. 2023). Wirtschaftsminister Habeck hat sich zwar wiederholt für eine andere, kreditfinanzierte Investitionspolitik bestimmter Vorhaben – explizit Aufrüstung (!) und Modernisierung der Industrie und Digitalisierung – ausgesprochen. Bisher bleibt der Umfang zusätzlicher staatlicher Investitionen

»Ein zentraler Konflikt ist der Umfang und die Finanzierung staatlicher Investitionen.«

in die grüne Transformation aber deutlich hinter den Investitionsprogrammen der Biden-Regierung und Chinas zurück. Der Grund dafür ist nicht nur in einer politischen Blockade durch die FDP, sondern in Widersprüchen innerhalb des Machtblocks zu suchen. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und zahlreiche Wirtschaftsinstitute eine Kombination von deutlich höheren staatlichen Investitionen mit fortgesetzten Sparzwängen für den Sozialstaat wollen, halten andere Teile an einer rigiden Schuldenbremse fest.

Relevante Teile des Machtblocks setzen auf eine neue neoliberale Agenda-Politik: Arbeitsmarktreformen, Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent, Verlängerung der Arbeitszeiten und der Lebensarbeitszeit. Das Kalkül: Die Ampel soll Kernelemente davon umsetzen und gleichzeitig die Grundlage für eine unionsgeführte, offensiv neoliberale Nachfolgeregierung legen. Union, FDP und neoliberale Wirtschaftsinstitute und Medien fahren bereits eine Kampagne für eine neue neoliberale Offensive.

»Union, FDP und neoliberale Wirtschaftsinstitute und Medien fahren bereits eine Kampagne für eine neue neoliberale Offensive.«

Eine Politik der Schuldenbremse mit gleichzeitig höheren Subventionen und Investitionen (etwa für Aufrüstung) und einem parallelen Verzicht auf höhere Steuern für Konzerne und Vermögende bedeutet perspektivisch, dass an anderer Stelle gekürzt werden muss. Die Ampel-Regierung hat bereits starke Einschnitte bei der sozialen Infrastruktur angekündigt. Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen interpretieren dies zu Recht als weiteren Angriff auf die sozialen Grundlagen der Demokratie und warnen, dass es der extremen Rechten in die Hände spielen wird (vgl. auch Völpel 2023).

NEOLIBERAL-IMPERIALER STAATSINTERVENTIONISMUS

Zweifelsohne übernimmt der Staat im Vergleich zur neoliberalen Offensive der 1990er-Jahre eine deutlich stärkere regulatorische und direkte wirtschaftliche Funktion. In den bisherigen Bilanzen der Biden-Regierung, der deutschen Ampel-Regierung und des Green Deal der EU (vgl. Mahnkopf 2023) zeichnet sich jedoch ab: Die »neue Staatsintervention«[1] setzt anders als der klassische Keynesianismus nicht primär auf die Stärkung der Binnennachfrage durch Lohnsteigerungen und sozialpolitische Maßnahmen. Er zielt vielmehr auf eine direkte staatliche Subventionierung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Exportindustrie in einer neuen Phase der imperialistischen Konkurrenz und Konfrontation.

Die Agenda einer grünen Transformation hat angesichts der verschärften globalen Konkurrenz – um die Vormachtstellung auf den Hochtechnologie- und Absatzmärkten der Industrie, um Energie und Rohstoffe, um die Verteilung der Kosten von Klimafolgen und um die Sicherung günstiger Lebensmittel und Konsumgüter – eine starke imperialistische Dimension (vgl. Solty 2023; Brand/Wissen in diesem Heft). Die EU stellt sich mit dem European Green Deal und dem 750 Milliarden Euro schweren Next-Generation-Plan in diesem Wettbewerb gegen China auf. Die USA wollen besonders in den Bereichen

Energiewende, Wasserstoff, Rüstung und Chip-Produktion strategische Investitionen anstoßen. Ingar Solty (2023, 32) spricht in Bezug auf die USA und die EU deshalb von einem »grünen Beggar-thy-neighbour-Kapitalismus mit Staatshilfe«, also von der Fortsetzung der neoliberalen Politik »innerer Abwertung«, das heißt einer Politik der Austerität mit niedrigen Sozialausgaben und Löhnen, auf veränderter, grün-modernisierter Grundlage.

Ein großes keynesianisches Umbauprogramm, das mit einem höheren CO_2-Preis und Transformationsvorgaben für die Industrie verbunden wäre, ist in Deutschland derzeit nicht in Sicht. Der kleinste gemeinsame Nenner unterschiedlicher Kräfte scheint eine imperiale Modernisierung des Exportmodells durch einen neuen Staatsinterventionismus zu sein: Angesichts sich verschärfender Wettbewerbsbedingungen soll der Staat die Profite aus der Exportindustrie massiv subventionieren, und zwar direkt aus Steuergeldern. Es wird keine Abkoppelung von China angestrebt, aber mit dem Gewicht des europäischen Binnenmarkts sollen von der chinesischen Regierung Marktöffnungen und neue bi- und multilaterale Handelsabkommen erzwungen werden. Auch die Stärkung der militärischen Allianz mit den USA und eine eigenständige Geopolitik sollen Chinas Aufstieg einhegen. Zudem werden präventiv und aktiv globale Risiken in den Blick genommen. Die dominanten Kräfte im Machtblock setzen auf eine Militarisierung der EU-Außengrenzen und auf eine verstärkte, aber selektive Migration von Arbeitskräften sowie auf Aufrüstung und die militärische Absicherung von Markt-, Energie- und Rohstoffzugängen. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs mobilisieren relevante Teile der Medien sowie FDP-, Unions- und Grünen-Politiker*innen für eine Militarisierung und eine offen imperiale Politik. Zuletzt erklärte SPD-Verteidigungsminister Pistorius, ohne großen Widerspruch dafür zu ernten: »Wir müssen kriegstüchtig werden.«

Einige Punkte sind dagegen stark umkämpft: Soll man den USA in eine neue dauerhafte Blockkonfrontation gegen China und Russland folgen oder auf flexiblere Allianzen in einer multipolaren Weltordnung setzen? Wie kann eine Balance von Konfrontation und Kooperation, Sanktionen und protektionistischen Maßnahmen aussehen, die Deutschlands Wettbewerbsposition verbessert und künftige Risiken verringert? Das Gewicht neuer, grüner Technologien (und staatlicher Subventionen und regulatorischer Rahmensetzungen) ist ebenso umstritten wie das Ausmaß einer neoliberalen Offensive, die durch deregulierte Arbeitsmärkte, Austerität und Privatisierung den Wert der Arbeitskraft senken soll.

»Die Krisen erfordern dauerhaft ein stärkeres Eingreifen des Staates.«

Wichtig erscheint mir, den widersprüchlichen und krisengetriebenen Charakter des neuen Staatsinterventionismus stärker zu betonen: Die Krisen erfordern dauerhaft ein stärkeres Eingreifen des Staates mit unterschiedlichen finanziellen, regulatorischen, repressiven und militärischen Mitteln. Das bedeutet aber nicht, dass die neoliberale Wettbewerbspolitik in Bezug auf Arbeitsmärkte und Sozialpolitik, soziale Infrastruktur, Rohstoff- und Handelspolitik passé ist oder gar die jahrzehntelange neoliberale Transformation der Staatsapparate umgekehrt würde.

DIE »MOVING RIGHT SHOW«

Die neue politische Konjunktur ist durch verstärkte politisch-ideologisch-kulturelle Auseinandersetzungen um Hegemonie geprägt (vgl. zum hegemonietheoretischen Konzept »politische Konjunktur« Clarke in diesem Heft). Im Laufe dieses Jahres ließ sich beobachten, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse von Woche zu Woche weiter nach rechts verschoben. Dieser Umbruch wurde maßgeblich durch konzertierte Kampagnen eines neuen politischen Typs angestoßen, die der Strategie des autoritären Populismus folgen. Der Effekt ist eine »Moving Right Show«, um einen Begriff Stuart Halls zu verwenden, der den autoritären Populismus als zentrale Krisenstrategie in den 1970er-Jahren in Großbritannien analysierte (vgl. Hall 1979).

Der Auftakt hierfür war in Deutschland die rassistische Kampagne rund um die »Silvester-Krawalle« in Berlin und der folgende Sieg der Union bei der Abgeordnetenhauswahl im Februar 2023. Die im Zeichen des autoritären Populismus neu ausgerichtete Unionsführung mit Merz und Linnemann spielt die Hauptgeige, angetrieben wird die Konjunktur aber auch durch AfD, FDP und relevante Teile der bürgerlichen Medien. Die Liste ist lang: die Kampagne gegen das Heizungsgesetz und gegen das Verbrenner-Aus als Einstieg in die »Klimadiktatur«, sozial-rassistische und wohlstandschauvinistische Mobilisierungen gegen die Aufnahme von Geflüchteten, die Entgegensetzung von »hart arbeitenden Leistungsträgern« gegen Bürgergeldempfänger*innen und eine arbeitsscheue Generation Z, die aggressiven Kulturkämpfe gegen »Wokeness«, »Cancel Culture« und »Gender-Ideologie« sowie die trans*feindliche Mobilisierung gegen ein Selbstbestimmungsgesetz.

Bei der Klimafrage ist die Gesellschaft mittlerweile polarisiert. Zugleich scheint eine deutliche Mehrheit inzwischen dafür zu sein, die Aufnahme geflüchteter Menschen zu beschränken. SPD und Grüne bemühen sich um Schadensbegrenzung und beanspruchen ihrerseits, hart gegen »irreguläre Migration« vorzugehen, erklären Abschiebungen zur Chefsache und setzen auf Law and Order und mehr Polizei. Die Ampel-Regierung will sich offenbar durch eine repressive Migrations- und Asylpolitik als erfolgreicher Manager derjenigen Krisen inszenieren, die sie selbst mitverursacht hat (durch überlastete Kommunen und Infrastrukturen) – mit dem Plan, so den Drift nach rechts oder zumindest die Erosion der eigenen Basis zu stoppen. Die Merz-Union klettert in Umfragen derzeit auf rund 30 Prozent und die AfD erlebt einen Höhenflug.

DIE BLOCKIERTE TRANSFORMATION VERSCHÄRFT DIE KRISEN

Einiges spricht dafür, dass wir in diesem Jahrzehnt nicht post-neoliberale, grüne »Varieties of Capitalism« erleben werden, sondern neue Varianten eines imperial-neoliberalen Staatsinterventionismus. Wir haben es mit spezifischen Konstellationen in den USA und der EU zu tun, die zu einem Ringen und immer wieder instabilen Austarieren von grün-liberal-imperialer Modernisierung, autoritär-neoliberaler Modernisierung und rechts-autoritär-fossilistischer Reaktion führen. In Deutschland werden die wachsenden Ausgaben für Aufrüstung und die gigantischen Kosten des Ukraine-Kriegs innerhalb des Machtblocks bislang kaum infrage gestellt. Sie stehen de facto gegen massive

Investitionen in einen sozial-ökologischen Umbau oder auch nur eine grüne Modernisierung. Die Kosten für die Bewältigung der absehbaren Wirtschafts- und Klimakrisen werden in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen und die Auseinandersetzungen um die Austeritätspolitik verschärfen. Diese Dynamik verstärkt gesellschaftliche Krisen und Spaltungslinien, ist aber durchaus im Interesse der dominanten Kapitalfraktionen. Noch ist auch ein unmittelbar krisengetriebener und dann auch politisch artikulierter Druck, massiv in Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu investieren, nicht gegeben. Die reflexive Einsicht, dass die Verschärfung der Klimakrise »die liberalen Demokratien mit ziemlicher Sicherheit zerbrechen lassen wird« (Schaible 2023), hat im Machtblock noch keine erschütternde Wirkung hinterlassen. Die Sozialdemokratie könnte eine treibende Rolle spielen, bleibt in vielen Ländern aber in der Krise. Antagonistische Bewegungen und Parteien, die eine passive Revolution erzwingen könnten, sind (noch) zu schwach. So bleibt es bei einer »halbierten Transformation«.

Kommt es hierzulande zu einer zugespitzten Krise des Exportmodells – mit dem Einbruch von Profiten, steigender Arbeitslosigkeit und schwindenden Steuereinnahmen –, könnte ein offener Richtungskampf ausbrechen. Dabei könnte sich eine neue offensiv neoliberale Regierung durchsetzen, die mittelfristig einer autoritär-rechten Reaktion den Weg ebnen könnte. Die Linke ist herausgefordert, sich auf diese Konstellation vorzubereiten. Entscheidend wird sein, ob ihr eine Neuorientierung gelingt und sie in der Lage sein wird, sich entschlossen und erfolgreich dem imperialen Krisenliberalismus und der autoritären Rechten entgegenzustellen. Dafür ist es notwendig, ein konkretes Projekt und eine Perspektive, wie die Verbesserung der Lebensverhältnisse und eine sozial-ökologische Transformation durch Bündnisbildung und Kampagnen gelingen kann, überhaupt wieder sichtbar zu machen.

LITERATUR

BDA, 2022: Deutschland im Strukturwandel: Brauchen wir ein neues »Geschäftsmodell Deutschland«, 3.11.2022, https://arbeitgeber.de/wp-content/uploads/2022/11/bda-arbeitgeber-positionspapier-deutschland_im_strukturwandel_brauchen_wir_ein_neues_geschaeftsmodell-2022_11_03.pdf

Bofinger, Peter u. a., 2023: Eine Agenda für Wachstum, Investitionen und Transformation auf den Weg bringen, www.igmetall.de/download/20230906_NeustartAgenda_9185bb0c04b060f5aa0b2bb6689b4f0b6d012732.pdf

Candeias, Mario, 2023a: Wir leben in keiner offenen Situation mehr, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/

Candeias, Mario, 2023b: Wirtschaftswende jetzt. Die Erosion des deutschen Exportmodells erfordert Elemente einer neuen Ökonomie, www.rosalux.de/publikation/id/50716/wirtschaftswende-jetzt

Hall, Stuart, 1979: The Great Moving Right Show, in: Marxism Today, Januar 1979, 14–20, https://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/744/files/2012/03/Great-Moving-Right-ShowHALL.pdf

Hickel, Rudolf, 2023: Kampfbegriff Deindustrialisierung: Wider die Schwarzmalerei!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2023, 31–35

Mahnkopf, Birgit, 2023: »Green Deal« als Pfad ökologischer Transformation im Kapitalozän?, in: Selbstbesinnung in der Krise. Fromm Forum 27/2023, Tübingen, 145–161

Schaible, Jonas, 2023: Demokratie im Feuer, München

Solty, Ingar, 2023: Europäische Unabhängigkeit (unveröffentl. Manuskript)

Völpel, Eva, 2023: Die Ampel im FDP-Modus, www.rosalux.de/news/id/50722

Witt, Uwe/Berlepsch, Tilman von, 2023: Ein Industriestrompreis für Beschäftigung und Transformation statt Unternehmensprivilegien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 4/2023, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_4-2023_web.pdf

1 Hier ist zu betonen, dass der Staat im neoliberalen Zeitalter zwar klassenspezifisch und selektiv transformiert wurde, aber keineswegs abwesend war.



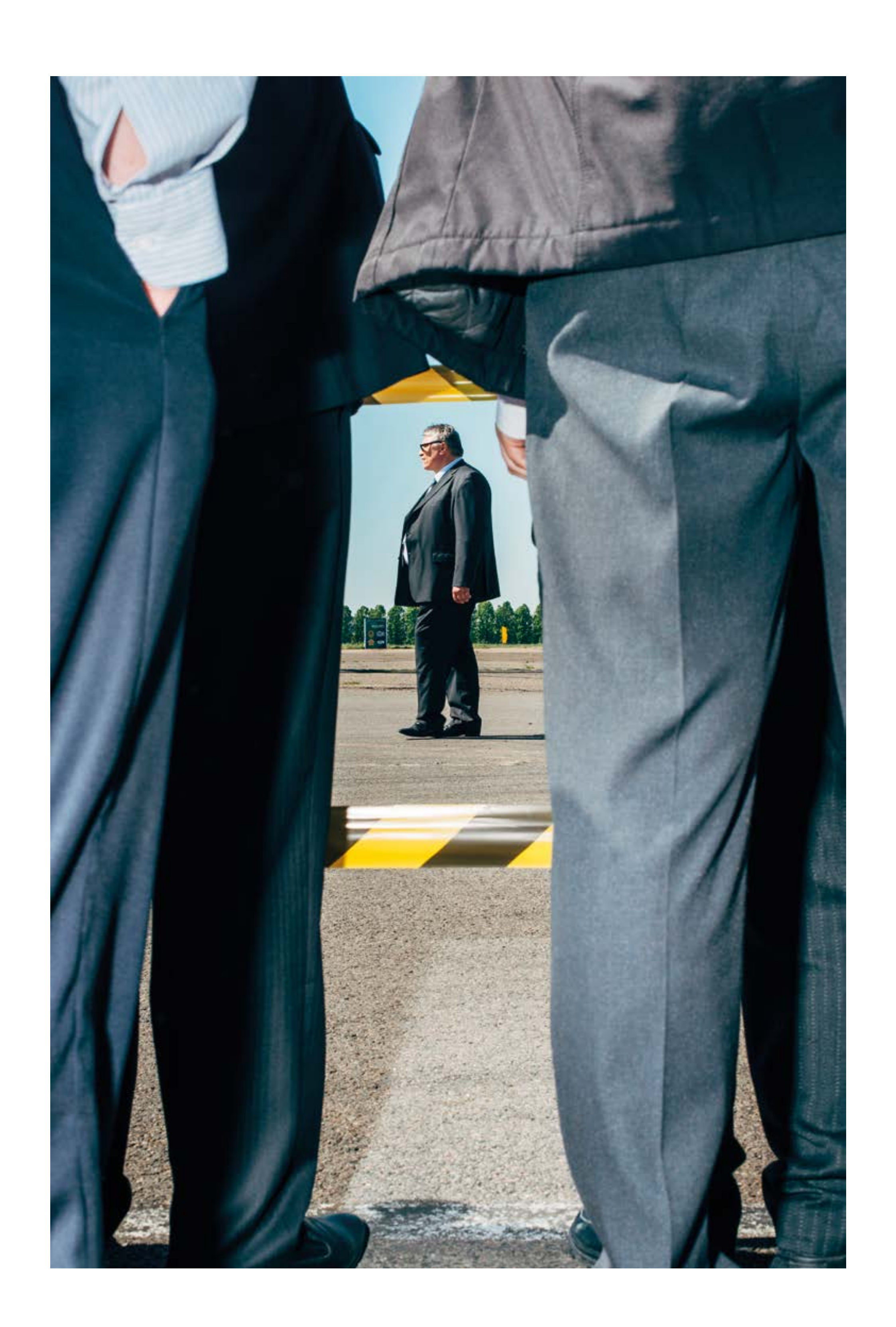
EINE FOTODOKUMENTATION VON NIKITA TERYOSHIN

NOTHING PERSONAL

IN DEN HINTERZIMMERN DES KRIEGES

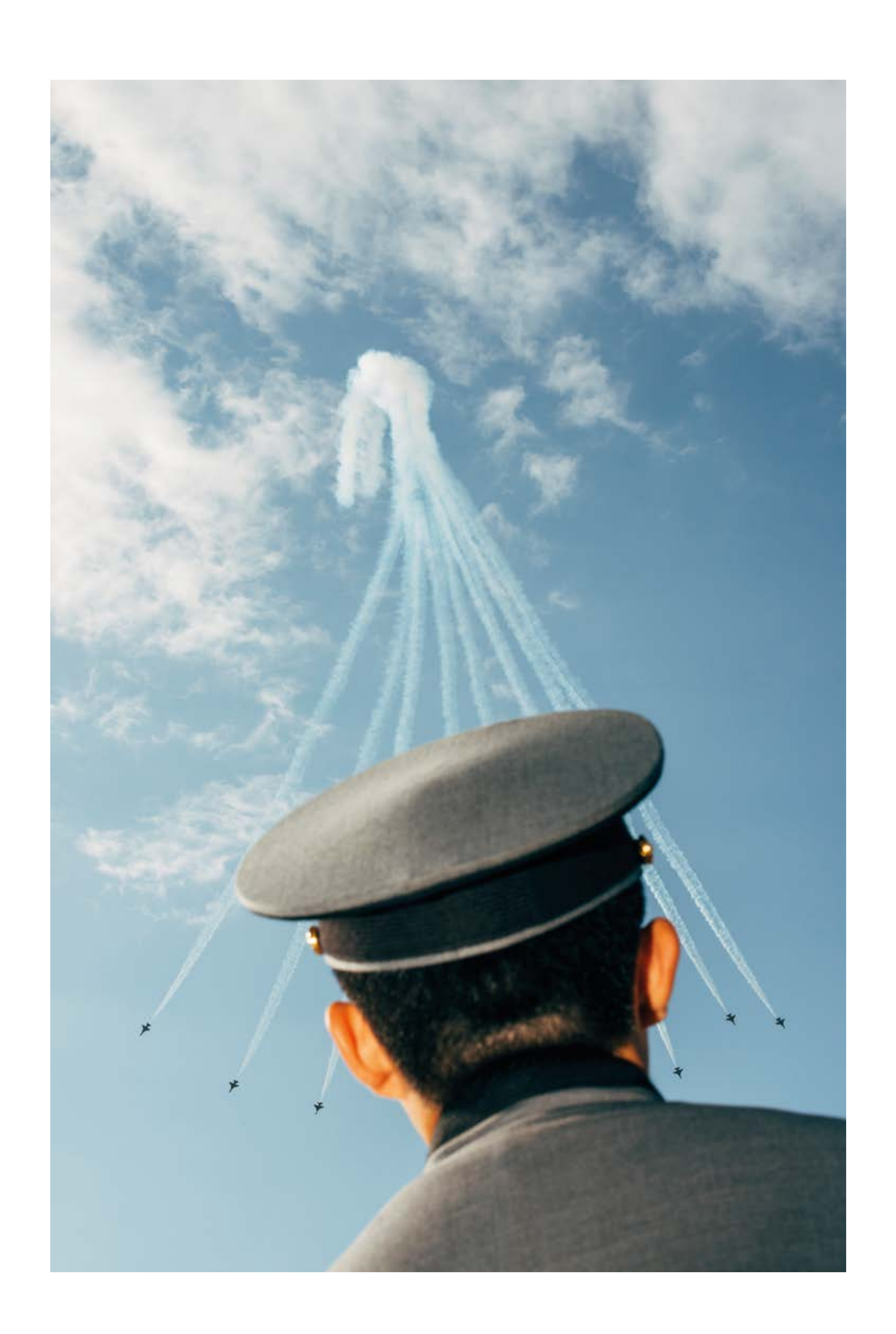
Es ist eine gute Zeit für Waffenhändler. Kriege und bewaffnete Konflikte dominieren die Schlagzeilen. Weltweit fahren Regierungen ihre Militäretats hoch, sodass die Rüstungsindustrie der Nachfrage kaum nachkommen kann. 2021 überstiegen die weltweiten Rüstungsausgaben erstmals die Marke von zwei Billionen US-Dollar. ■ Fernab der Schlachtfelder treffen sich auf Waffenmessen Geschäftsleute, Regierungsvertreter*innen und hochrangige Militärs. Zwischen Wein, Häppchen und frisch polierten Ausstellungsstücken erinnert wenig an die blutigen Folgen des Geschäfts. Die russische Kalashnikov Group wirbt mit dem Slogan »70 Jahre Friedensverteidigung«, Lockheed Martin aus den USA mit »Eine bessere Zukunft gestalten«. ■ Der Fotograf Nikita Teryoshin war zwischen 2016 und 2023 auf Waffenmessen in Polen, Weißrussland, Südkorea, Deutschland, Frankreich, Südafrika, China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA, Peru, Russland, Vietnam und Indien unterwegs. Wir zeigen Bilder seines Projekts »Nothing Personal«, das in Kürze als Bildband erscheint.


INMUNE



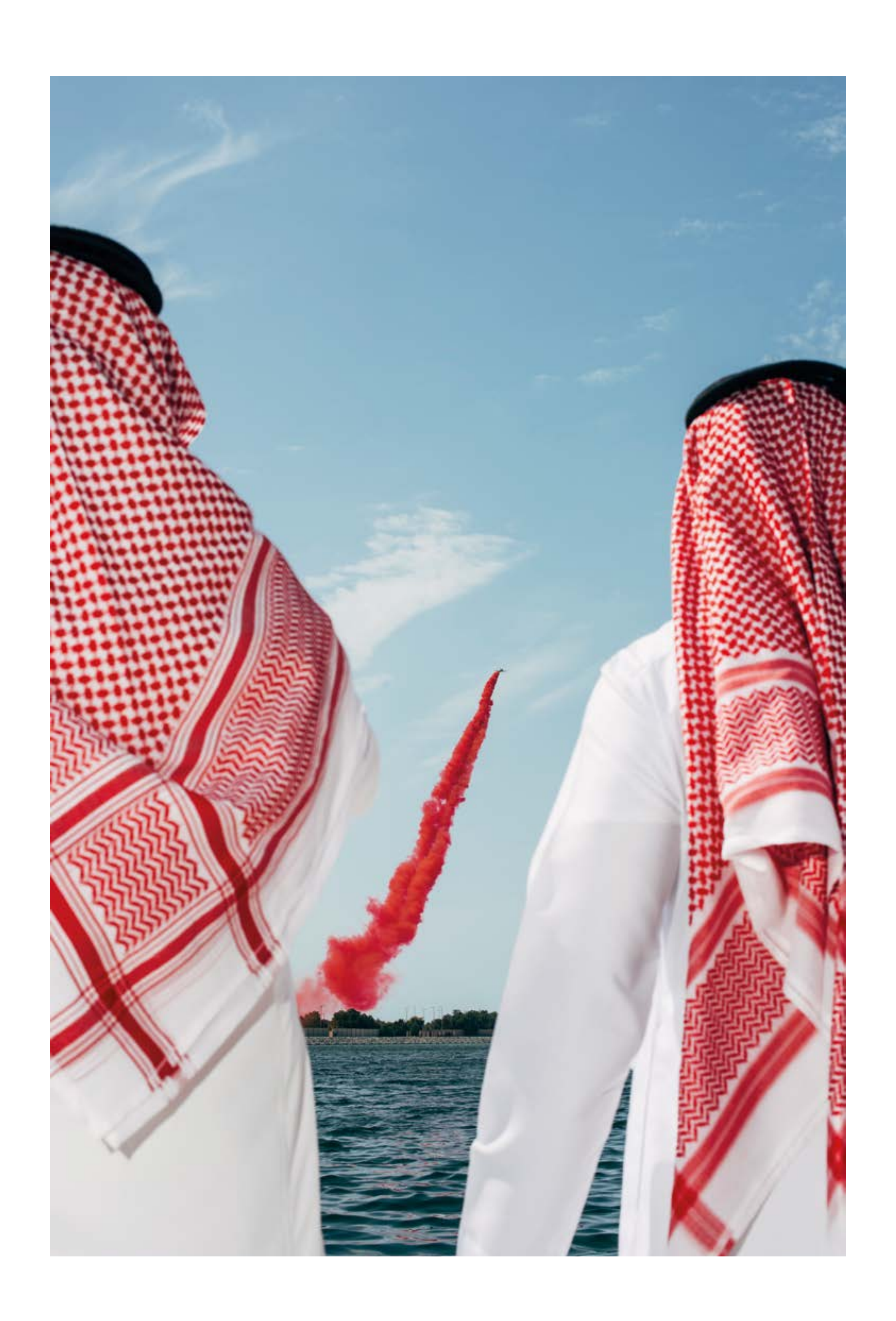



MBDA




P-2
Male






AUTORITÄRE KONJUNKTUR
KULTURKAMPF
UND BLOCKBILDUNG
IM ZUGE DES BREXIT
JOHN CLARKE

Aufstieg und Zerfall des Brexit-Blocks zeigen, wie rechte Kulturkämpfe funktionieren und Affekte und Identitäten mobilisieren.

JOHN CLARKE ist emeritierter Professor für Social Policy an der Open University in Birmingham. Er beschäftigt sich mit der Transformation des Wohlfahrtsstaates und insbesondere mit dem Verhältnis von Kultur und Politik.

In der Analyse einer politischen Situation betrachtete Antonio Gramsci stets das Verhältnis zwischen ihren »organischen« und ihren »konjunkturellen«, also *gelegenheitsbedingten* Aspekten. Das Organische bezieht sich auf die großen, längerfristigen Veränderungen der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kräfteverhältnisse, von denen die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt wird. Das Konjunkturelle meint dagegen die kurzfristigen Dynamiken politischer und kultureller Kämpfe und die Art und Weise, wie sich (historische) Blöcke bilden, um Macht ringen und schließlich zerfallen.

Nur wenn wir diese beiden Aspekte verbinden, entgehen wir sowohl der Gefahr eines »Ökonomismus« wie eines »Ideologismus«. Ökonomismus verortet die Ursachen politischer Phänomene allein in den langfristigen kapitalistischen Bewegungsgesetzen, während Ideologismus Politik als eine von realen Bedingungen weitgehend unabhängige Instanz begreift. Die Herausforderung besteht darin, die organischen Dynamiken so zu denken, wie sie konkret konjunkturell auftreten: Nicht als endlose Widersprüche des Kapitalismus, sondern in den konkreten Formen, in denen sie erfahren und politisch wirksam werden. Uns interessiert dann nicht einfach die aufziehende Klimakrise an sich, sondern die konkrete Art und Weise, wie sie thematisiert, verdrängt und bearbeitet wird. *Konjunkturell* zu denken heißt also zu analysieren, wie die organischen Bewegungen dieser Gesellschaftsformation *konkret* Gestalt annehmen und welche *konkreten* Bedingungen das für politisches Handeln schafft. Es bedeutet, die Modi zu untersuchen, in denen gesellschaftliche Kräfte (also jener Komplex aus sozialen Gruppen und Klassen, die unsere aktuelle Gesellschaftsordnung ausmachen) zu politischen Kräften werden. Was veranlasst sie zu handeln? Oder, wahlweise: Wie werden sie als politische Akteure (de-)mobilisiert?

Wie uns eine solche an Gramsci angelehnte »Konjunkturanalyse« (vgl. ausführlicher Clarke 2023) helfen kann, die Komplexi-

tät einer historischen Situation einzufangen, lässt sich am Aufstieg und Zerfall des konservativen »Brexit-Blocks« in Großbritannien zeigen. Jenseits von Ökonomismus oder Ideologismus möchte ich darlegen, wie die organischen und konjunkturellen Aspekte zusammenwirkten und in spezifischer Weise politisch »kulturkämpferisch« artikuliert wurden.

»TAKING BACK CONTROL« UND AFFEKTE DES VERLUSTS

Die massiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahrzehnte in Großbritannien waren die Voraussetzung für die Bildung neuer politischer Blöcke rund um die Brexit-Kampagne im Jahr 2016. Sie legten den Grundstein für eine konservative Hegemonie, die 2019 zum Erdrutschsieg Boris Johnsons bei den Parlamentswahlen führte. Heute, vier Jahre später, ist der Block zerfallen und die Hegemonie erschüttert. Das Vereinigte Königreich wird zunehmend als *broken country* beschrieben. Doch wie kam es überhaupt zu dieser spezifischen gesellschaftlichen Mobilisierung?

»Der ›Brexit-Block‹ verband Kapitalfraktionen, traditionalistische Segmente der Mittelschicht und Teile der Arbeiterklasse. Zusammengeschweißt wurden sie von spezifischen Formen der Sehnsucht und Unzufriedenheit.«

Der »Brexit-Block«, also die »Allianz« gesellschaftlicher Kräfte, die einen Brexit befürwortete und vorantrieb, bestand aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Er verband Kapitalfraktionen (vor allem das Finanzkapital), traditionalistische Segmente der Mittelschicht und Teile der Arbeiterklasse. Zusammengeschweißt wurden sie von spezifischen Formen der Sehnsucht und Unzufriedenheit. Diese Affekte hatten durchaus eine materielle Grundlage – die lange Deindustrialisierung, der noch längere Niedergang des British Empire und die Privatisierung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens. Zugleich sind die Affekte des Verlusts die treibende Kraft und das »Bindemittel« gewesen, das diese diversen gesellschaftlichen Gruppen mit spezifischen politischen Projekten verband. Bei der Formierung des »Brexit-Blocks« war das Versprechen, mit dem EU-Austritt die Kontrolle zurückzugewinnen – »to take back control« –, zentral. Dieses Versprechen knüpfte an das tief sitzende Gefühl des Verlusts an und versprach, etwas Verlorenes wiederzuerlangen. Doch welcher Verlust war hier gemeint?

Wie andere Affekte ist auch Verlust erstmal recht unspezifisch. Wie er sich genau artikuliert, hängt von den konkreten sozialen Auseinandersetzungen ab. Im endlos langen, noch immer unabgeschlossenen Prozess des Brexit sind diverse Verlustgefühle zum Tragen gekommen. Komplexe materielle und imaginäre Verlusterfahrungen wirken zusammen. Diese fanden unterschiedliche Ausdrucksformen: sowohl in der Entfremdung von konventioneller »Mainstream«-Politik wie auch in der nostalgischen Rückbesinnung auf eine »verlorengegangene Lebensweise« (vgl. Sobolewska/ Ford 2020).

Das Bild der verlorenen Lebensweise hat mehrere Dimensionen: Verloren gegangen sei das Gefühl der »Souveränität«, das mit bezahlter Erwerbsarbeit verbunden wird, die »Sicherheit« durch etablierte Gemeinschaften und öffentliche Infrastrukturen und

schließlich das Gefühl der Anerkennung als »verantwortungsvolle*r« Bürger*in. All diese Gefühle sind in soziale Ordnungssysteme eingebettet – in die etablierten Formen der Lohnarbeit und ihre geschlechtsspezifische Aufteilung, in die »normale« Struktur von Haushalt und Kernfamilie und die Bindung an Ort und Nation (mit ihrer zutiefst rassistischen Geschichte der »Zugehörigkeit«). All das scheint bedroht – von der »natürlichen« Familienordnung über die Wertschätzung »echter« Arbeit bis hin zu den rassifizierten Hierarchien des *Empire*. Paul Gilroy spricht in diesem Zusammenhang von »postkolonialer Melancholie« (vgl. Gilroy 2005).

Das Gefühl des Verlusts ist zu einem mächtigen Instrument der politischen Artikulation geworden. Es wird von politischen Projekten genutzt, die vorgeben, eine zunehmend bedrohte nationale »Lebensweise« zu verteidigen. Dies gilt für die Brexit-Bewegung in Großbritannien wie für andere autoritär-populistische Bewegungen – vom Trumpismus über Modis Hindu-Nationalismus bis hin zu Frankreichs Rassemblement National. Ihr Erfolg gründet auch in ihrer Fähigkeit, Verlustgefühle *selektiv* aufzugreifen und ihnen eine Stimme zu geben. Ihre Politik ist in dem Sinne selektiv, als dass sie bestimmte Formen des Verlusts (und eine bestimmte Art von Ursachen) fokussiert und andere ignoriert oder leugnet. Zudem pflegt sie eine bestimmte Praxis der Artikulation, in der sich Menschen als »das Volk« anerkannt und repräsentiert fühlen.

DER »BREXIT-BLOCK«: ABGEHÄNGTE UND BESITZSTANDSWAHRER

Eine Konjunkturanalyse, die untersucht, wie sich politische Blöcke und Bündnisse formieren und wie sie wieder zerfallen, hat einen wichtigen Vorteil: Sie schützt uns davor, dramatische Momente als »epochale« und eindeutige Wendepunkte zu missdeuten, wie etwa in der populären These eines Übergangs von einer »politischen Normalität« zu einer Ära des Populismus. Konjunkturanalyse lässt offen, ob Blöcke und Bündnisse stabilisiert und ausgeweitet werden können oder sie zugunsten neuer Konstellationen wieder zerfallen. Was ich als »Boris-Block« (2020) bezeichnet habe,

»Die Torys hielten am Antielitismus der Brexit-Kampagnen fest und beschworen Feindseligkeit sowohl gegenüber den urban-weltoffen-liberalen Eliten wie auch den EU-Institutionen.«

basierte auf den *Leave*-Kampagnen für den EU-Austritt. Darin gelang es, die Affekte der Kränkung und Wut der (vermeintlich und real) »Abgehängten« oder »Vergessenen« zu artikulieren. Boris Johnsons Wahlkampagne setzte auf das Versprechen, die »Kontrolle zurückzuholen« *(Take back control!)* und griff zugleich den Unmut über die schleppenden Brexit-Verhandlungen auf *(Get Brexit done!)*. Die von Johnson geführten Torys hielten am Antielitismus der Brexit-Kampagnen fest und beschworen Feindseligkeit sowohl gegenüber den urban-weltoffen-liberalen Eliten wie auch den EU-Institutionen – beiden wurde vorgeworfen, das »einfache britische Volk« zu erniedrigen.

Der Block, den Johnson zusammenführte, artikulierte eine Reihe wirkmächtiger *Imaginationen:* die post-imperiale Nostalgie für ein *Groß*-Britannien, die oben beschriebenen Gefühle des Verlusts insbesondere von Macht, Privilegien und Heimat und schließlich der

Wunsch nach Schutz von Wohlstand und Eigentum. Dieser Wunsch einte große und kleine Rentiers – von globalen Hedgefonds bis zu Menschen mit Besitz an Pensionsfonds und Immobilien. Dies erwies sich trotz aller Unterschiede als erstaunlich stabile Basis des Blocks. Davies beschreibt diese »neue konservative Koalition als eine Allianz von Rentiers«, eine

»Der Oligarch, die Hedgefondsmanagerin und der Hauseigentümer bilden eine fiktive Einheit, zusammengehalten von dem gemeinsamen Interesse an einer Regierung, die den Reichtum schützt.«

Art *Rentierismus*. »Die Befürworter*innen eines ›harten Brexit‹ sind keine klassischen Rentiers. […] Und doch befinden sie sich an einem Punkt im Leben, wo sie ihre Hypotheken abbezahlt haben und von den Erträgen ihrer Pensionsfonds leben.« (2019) Wer diese Art Reichtum besitzt, hat ein übergeordnetes Interesse daran, es vor staatlichem Zugriff (Besteuerung) zu schützen, und will vor allem die Weitergabe des familiären Erbes absichern.

Im Rentierismus konzentrieren sich nicht nur materielle Interessen. Es geht auch um eine bestimmte politisch-kulturelle Repräsentation, die den Besitz und das Vererben von Reichtum normalisiert und verallgemeinert. Der Oligarch, die Hedgefondsmanagerin und der Hauseigentümer bilden eine fiktive Einheit, die sich eine Regierung wünscht, die den Reichtum schützt. Sie werden als Repräsentanten einer ganzen Nation *imaginiert*, die verunsichert und gekränkt ist und die Wiederherstellung der *richtigen* Ordnung verlangt – sowie den ihr darin zustehenden Platz.

Johnsons Absturz im Juli 2022 als Folge diverser Krisen und eines parteiinternen Vertrauensverlusts offenbart, dass die Allianz dieses Blocks mit der konservativen Partei durchaus zerbrechlich war. Johnsons Nachfolgerin Liz Truss zeigte neoliberalen Ehrgeiz auf der Jagd nach »Wachstum, Wachstum, Wachstum«, brachte die Wirtschaft jedoch binnen weniger Tage zum Kollaps, spaltete Partei und Wahlbündnis und schädigte den gesamten politischen Block. Hedgefonds und libertäre Denkfabriken blieben ihre einzigen Verbündeten. Mit der Ernennung Rishi Sunaks zum Nachfolger als Premierminister und Parteivorsitzender wurde die Regierungsgewalt schließlich in technokratische und finanzpolitisch »sichere Hände« übertragen.

Seit Anfang 2020 hat sich dieses konservative Projekt mit der Bewältigung verschiedenster Krisen äußerst schwergetan: Während sich die Brexit-Verhandlungen schmerzhaft lange hinzogen, offenbarte der Umgang mit der Covid-19-Pandemie ein erschreckendes Maß an Inkompetenz. Die öffentliche Infrastruktur bröckelt nach Jahren der Austerität in allen Bereichen vor sich hin: Die Gesundheitsversorgung war gefährdet, den Schulen gelang es kaum, sich von der Pandemie zu erholen, und Polizei und Justiz erwiesen sich als unterfinanziert und dysfunktional. Einem privatisierten Trinkwasser-Unternehmen wurde die groß angelegte Verschmutzung britischer Gewässer nachgewiesen. Die Regierung scheiterte daran, einen Rückstau an Asylanträgen zu bearbeiten und konnte auch ihr Versprechen, die Boote mit »illegalen Migrant*innen« an der Fahrt über den Ärmelkanal zu hindern, nicht umsetzen.

Angesichts einer anhaltenden Pannenserie stürzten die Umfragewerte der Regierung ins Bodenlose. Als Reaktion setzten sowohl Johnson als auch Truss und Sunak auf eine Stärkung der britischen Version des Antielitarismus. Dessen Zielscheibe sind insbesondere Liberale, sogenannte *lefty lawyers* (linke Anwälte, die etwa die Rechte von Migrant*innen vertreten), die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt BBC und die Labour Party. Sie werden als »anti-britische« Verräter angegriffen – der Grundton einer größer angelegten Strategie des Kulturkampfs.

UNHEIMLICHE VERBINDUNGEN: DIE POLITIK DES KULTURKAMPFS

Die Idee des *culture war* wurde aus den USA importiert und steht für einen neuen politischen Stil sowie ein neues politisches Kampffeld. Sie steht für einen Bruch mit dem, was sich als instrumentelle, berechnende oder materialistische politische Praxis beschreiben ließe. In Großbritannien haben die Konservativen in verschiedenen Themenfeldern Strategien des Kulturkampfs entwickelt. Anfangs konzentrierten sich ihre Attacken auf jene, die nach der Ermordung von George Floyd Großbritanniens koloniale Geschichte infrage stellten, auf die globalen Black-Lives-Matter-Proteste und die neuen antikolonialen Bewegungen. Diese anfänglichen Strategien mobilisierten eine für den Populismus charakteristische Mischung aus Nationalismus und Autoritarismus und etablierten eine ganz bestimmte Äquivalenzkette: Das Volk = die Konservative Partei = die Regierung = der Staat = die Nation. Durch die Verknüpfung dieser Identitäten werden alle, die außerhalb und im Widerspruch zu dieser Kette stehen, markiert und als volksfeindlich, unpatriotisch, verantwortungslos und ganz sicher nicht »wirklich britisch« angegriffen.

Mit dem Fortgang der politischen Krisen gab die konservative Regierung ihre alten Grundsätze von effektivem Wirtschaftsmanagement und effizienter Regierungsführung (so vage sie auch gewesen sein mögen) immer mehr auf. Stattdessen konzentrierte sie sich auf Attacken gegen politisch-kulturelle Gegner. Ein zentrales Feindbild wurde die *wokeness*, die mit antirassistischer Politik, trans*-Bewegungen, Menschenrechtsaktivist*innen und Flüchtlingshelfer*innen assoziiert wird. Viele performative politische Taktiken der Regierung drehten sich darum, »unsere Grenzen« gegen »illegale Einwanderer« zu schützen. Zur jüngsten Front im Kulturkampf ist die Umweltpolitik geworden: Klimapolitische Maßnahmen und Ziele werden ausgesetzt, um die »einfachen Leute« vor den überzogenen Forderungen der Aktivist*innen zu schützen.

> **»Es gibt eine unerfreuliche Tendenz der Linken, zwischen materieller Politik und dem ›Nur-Kulturellen‹ zu unterscheiden, nicht zuletzt in der Abwertung von sozialen Bewegungen als »identitätspolitisch« statt ›realpolitisch‹.«**

Obwohl Politik und Kultur immer zusammenhängen, verändert der *culture war* dieses Verhältnis. Der »Kultur« – hier verstanden als Frage von Identität, Zugehörigkeit und Glauben – wird der Vorrang gegeben.

Diese Taktiken waren für die Herausbildung des »Brexit-« und »Boris-Blocks« zentral. Sie scheinen angesichts vielfältiger Krisen, von der Inflation bis zum Klima, jedoch vorerst ihre Wirkkraft eingebüßt zu haben. Aktuell ist

eher unwahrscheinlich, dass sie die politische Krise der Konservativen und ihren Einbruch bei den nächsten Wahlen ernsthaft aufhalten können.

DIE ARBEIT DER POLITISCHEN ÜBERSETZUNG

Dennoch stellt ein solcher Kulturkampf eine große politische Herausforderung für die gesellschaftliche Linke dar, die noch immer unterschätzt wird. Viele Linke bezweifeln nach wie vor die Relevanz von Kulturkämpfen, was auch mit kontroversen Einschätzungen dessen zusammenhängt, was »Kultur« ist.

»Für Gramsci setzt die Arbeit des Übersetzens und Artikulierens an den potenziellen Anknüpfungspunkten eines ›guten Kerns‹ an, der immer im ›Alltagsverstand‹ enthalten ist.«

In der Weigerung, den Kulturkampf ernst zu nehmen, treffen sich unterschiedliche linke Orientierungen: Vom marxistischen Skeptizismus gegenüber dem »Überbau-Gedöns« bis zur Hoffnung der Labour Party, das zerbrochene Bündnis mit der »traditionellen« (d. h. weißen) Wählerschaft in der Arbeiterklasse zu reparieren. Wie Judith Butler (1998) angemerkt hat, gibt es eine unerfreuliche Tendenz der Linken, zwischen materieller Politik und dem »Nur-Kulturellen« zu unterscheiden, nicht zuletzt in der Abwertung von sozialen Bewegungen als »identitätspolitisch« statt »realpolitisch«.

Stattdessen brauchen wir ein Verständnis davon, wie Kultur, Politik und Macht *zusammenhängen*. Dies bedarf der Einsicht, dass »Kultur« nicht von anderen Dimensionen der Macht zu trennen ist. Die Macht der Konzerne ist nicht zu trennen von der kulturellen Abwehr umweltpolitischer Forderungen, die legislative Macht nicht von der Ausweitung sozialer Repression, institutionelle Macht nicht vom Schrumpfen demokratischer Räume für Debatte und Widerspruch. Kultur durchzieht und verbindet all diese Arenen gesellschaftlicher Kämpfe. Das zeigt, wie unmöglich es ist, die Kritik des Kulturkampfs von einer Kritik anderer sozialer Widersprüche zu unterscheiden.

Hier liegt die zentrale Herausforderung für politische Analyse und Mobilisierung. Denn es ist zu kurz gedacht, den *culture war* vornehmlich als Ablenkungsstrategie zu begreifen. In Großbritannien hat der Kulturkampf eine wesentliche Rolle für die Bildung, Aufrechterhaltung und Neuformierung des konservativen Blocks gespielt. Umso mehr ginge es darum, eine »intellektuelle und moralische Reform« (Gramsci) zu entwickeln, um eine linke Gegenhegemonie *von unten* aufzubauen. Dieser Anspruch enthält eine Vorstellung von *Politik als Übersetzungsarbeit,* die immer auch kulturelle Dimensionen hat (Kipfer/Hart 2015). Für Gramsci setzt die Arbeit des Übersetzens und Artikulierens an den potenziellen Anknüpfungspunkten eines »guten Kerns« an, der immer im »Alltagsverstand« enthalten ist. Die politische Arbeit besteht darin, diese Punkte aufzugreifen, miteinander zu verbinden und zu einem wirkmächtigen politischen Projekt auszubauen. Dies erfordert eine dialogische Sicht auf die politische Praxis statt eines rein monologischen Verständnisses von Führung. Crehan verweist darauf, dass Gramscis Interesse an subalternen Kulturen unmittelbar mit der Entwicklung einer gegenhegemonialen Politik verbunden ist:

»Eine effektive, progressive politische Bewegung muss stets eine Sprache verwenden

und eine Botschaft vermitteln, die von der großen Mehrheit derer anerkannt werden, die sie erreichen sollen. Dies ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass Gramsci die Kartierung des subalternen Verständnisses der Welt als so wichtig ansah.« (Crehan 2016, 186)

Diese Aufmerksamkeit für die Sprache, Denkweisen und Fragmente des »guten Kerns« im Alltagsverstand ist die Basis von Gramscis Bemühungen um ein gegenhegemoniales »national-populares« Projekt. Wenn wir Übersetzung und Artikulation in diesem Sinne als grundlegende politisch-kulturelle Praktiken ernst nehmen, merken wir schnell, wie schwer es ist, sich neue Kollektivitäten vorzustellen, neue Formen der politischen Zugehörigkeit, die uns ansprechen und mobilisieren könnten. Stuart Hall, für den die Frage der Artikulation zentral ist, sieht darin die größte Herausforderung für eine Umarbeitung von identitätsbasierten Politiken:

»Identität steht am Ende, nicht am Anfang des Paradigmas. Identität ist das, worum es bei politischer Organisation geht. Es ist mitnichten so, dass es Subjekte gäbe und wir bloß nicht zu ihnen vordringen könnten. Vielmehr wissen sie noch nicht, dass sie die Subjekte eines möglichen Diskurses sind.« (Hall 2010, 291)

Wie also können neue Identitäten gebildet werden? Zweifellos indem wir als Linke die veränderten materiellen Bedingungen in den Blick nehmen – im Sinne der vielen angestauten Bedürfnisse und Unsicherheiten. Zugleich müssen wir aber auch die verbreiteten Wünsche der Menschen verstehen und adressieren. Die politische Arbeit des Übersetzens und Artikulierens steht und fällt damit, ob es gelingt, sich damit zu verbinden, wie Menschen sich fühlen – in Bezug auf ihre Lebensverhältnisse, ihre Vorstellungen eines besseren Lebens, ihre Erfahrungen und Verletzungen. Beim Übersetzen geht es entsprechend darum, diese Wünsche – in populärer Sprache – aufzugreifen und in ein Projekt einzubetten, in dem sie sich wiedererkennen können. Die Idee der Sicherheit – in einem ganz breiten Sinne – erscheint mir als möglicher Schwerpunkt eines solchen Projekts. Wie können wir uns sicher fühlen, über die gesamte Bandbreite unserer Erfahrungen hinweg? Wie unsere individuellen Verletzlichkeiten im globalen Maßstab denken? Wie kann das kollektive »Wir« im Zuge eines solchen Prozesses erweitert werden? Auf diese Fragen müssen wir Antworten finden.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

LITERATUR

Butler, Judith, 1998: Merely cultural, in: New Left Review 227, 33–44

Christophers, Brett, 2020: Rentier Capitalism, London

Clarke, John, 2020: Building the »Boris« bloc: angry politics in turbulent times, in: Soundings: A Journal of Politics and Culture 74, 118–135

Clarke, John, 2023: The Battle for Britain. Crises, conflicts and the conjuncture, Bristol

Crehan, Kate, 2016: Gramsci's Common Sense, Durham, N.C.

Davies, Will, 2019: England's new rentier alliance, Political Economy Research Centre blog, 1.8.2019, www.perc.org.uk/project_posts/englands-rentier-alliance

Gilroy, Paul, 2005: Postcolonial Melancholia, New York

Hall, Stuart, 2010: Subjects in History: Making Diasporic Identities, in: Lubiano, Wahneema (Hg.), The House that Race Built: Original Essays by Toni Morrison, Angela Y. Davis, Cornell West and Others on Black Americans and Politics in America Today, New York, 289–300. Nachdruck in: Gilroy, Paul/Wilson Gilmore, Ruth (Hg.) (2021), Stuart Hall: Writings on Race and Difference. Durham, N.C.

Kipfer, Stefan/Hart, Gillian, 2015: Conclusion: Translating Gramsci in the Current Conjuncture, in: Ekers, Michael/Hart, Gillian/Kipfer, Stefan/Loftus, Alex (Hg.), Gramsci. Space, Nature, Politics, New Malden, M.A., 321–343

Sobolewska, Maria/Ford, Robert, 2020: Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics, Cambridge

GEFÄHRLICHE SICHERHEIT
WO DIE DEMOKRATIE ZU KIPPEN DROHT

MAXIMILIAN PICHL

Wachsender sozialer Unsicherheit wird mit Law and Order begegnet. Der Rechtsrutsch könnte zur Lawine werden: Es droht die Aushöhlung demokratischer Grundsätze.

Seit mehr als 30 Jahren lässt die R+V-Versicherung in einer Langzeitstudie die »Ängste der Deutschen« abfragen. Für die Studie von 2023 wurden 2400 Menschen befragt. Sie zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten und unbezahlbaren Wohnverhältnissen hat. Ganz ähnliche Daten im globalen Maßstab liefert der Global Risk Report 2023 des World Economic Forum, für den 1200 Expert*innen befragt wurden: Während im Zehnjahrestrend als größtes Risiko das Versagen im Umgang mit dem Klimawandel genannt wird, stehen beim Zweijahrestrend die Lebenshaltungskosten auf dem ersten Platz.

Die Verunsicherung ist im direkten Umfeld der Menschen angekommen. Die multiplen Krisen manifestieren sich gerade in Zeiten der Inflation als individuelle Angst vor sozialem Abstieg, die mittlerweile breite Bevölkerungsschichten erfasst hat. Eine naheliegende politische Antwort wäre, die Löhne zu erhöhen sowie soziale und demokratische Infrastrukturen nachhaltig zu stärken. Doch das Gegenteil passiert: Die Bundesregierung hat einen beispiellosen Sparhaushalt vorgelegt, der in allen sozialen Bereichen herbe Einschnitte vorsieht. Sozialverbände wie die Caritas und die Diakonie schlagen Alarm und warnen, dass es zukünftig »kein soziales Netz« mehr geben könnte. Auch bei den Löhnen gibt es keine Bewegung. Die minimale Anhebung des Mindestlohns wird realen Kaufkraftverlust zur Folge haben. Während sozialpolitische Antworten auf die Krisenkonstellation also kaum erwogen werden, wird ein Law-and-Order-Ansatz gestärkt und auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen – von der Kriminalisierung





von Bewegungen wie der Letzten Generation über pauschale Verbote von Demonstrationen bis hin zur Aushöhlung des Asylrechts.

MAXIMILIAN PICHL ist Politik- und Rechtswissenschaftler und aktuell Professor für »Soziales Recht als Gegenstand Sozialer Arbeit« an der Hochschule RheinMain.

MIT LAW AND ORDER IN RICHTUNG AUTORITÄRER KIPPPUNKT

Dass in Krisenzeiten ordnungspolitische Strömungen an Gewicht gewinnen, ist nicht neu. Die vergangenen Jahrzehnte der Neoliberalisierung sind von der selektiven An- und Abwesenheit von Staatlichkeit geprägt. Während sozialstaatliche Infrastrukturen abgebaut werden, rüstet der Staat sicherheitspolitisch auf. Also alles wie immer, oder gibt es aktuell eine neue Qualität?

In einem Beitrag für die *taz* haben Vanessa Thompson, Daniel Mullis und ich vorgeschlagen, die aktuelle Konstellation mit dem Begriff »autoritärer Kipppunkt« zu beschreiben. Das Sprachbild entlehnen wir der Klimaforschung, die damit eine »kritische Grenze« benennt, »jenseits derer sich ein System umorganisiert« und Prozesse sich rasant und unumkehrbar beschleunigen. Wenngleich gesellschaftliche Prozesse nie unumkehrbar und Politik und Recht stets umkämpft sind, sehen wir die deutsche Gesellschaft gegenwärtig an einem autoritären Kipppunkt angelangt, der exponentielle Dynamiken entfalten kann. Die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte haben eine spezifische Konstellation erzeugt, die für die Regulation der Krisen bestimmend ist. Der Unterschied zu früheren Krisen ist, dass es mit der AfD eine Partei gibt, die in der Lage ist, das rechte Wähler*innenpotenzial dauerhaft zu binden und parlamentarisch zu repräsentieren. Besonders gefährlich ist die wachsende lokale Verankerung der AfD. In vielen Kommunen sind Orte des demokratischen Austauschs oder alternative Jugendzentren ohnehin schon zerstört, sei es durch Sparpolitik oder durch frühere Landgewinne rechter Akteure. Nicht ohne Grund ist die AfD dort besonders stark, wo rechte Parteien wie die Republikaner oder die NPD bereits Wahlerfolge erzielten. Rechte Erfolge können Orte über Jahrzehnte hinweg prägen.

Rassistische Debatten, in den Medien wie vor Ort, verstärken zudem autoritäre Sozialisationsprozesse. Wenn Migration nur noch als Gefahr erscheint und der strafende und abschiebende Staat als einzige Antwort – und Medien dieses Framing unreflektiert übernehmen –, dann prägt das nachhaltig die Wahrnehmung der Menschen. Verstöße gegen Menschenrechte werden immer mehr »normalisiert« und als unvermeidlich hingenommen. Wenn zugleich demokratische und alternative Orte der politischen Auseinandersetzung verschwinden, entfaltet sich keine gesellschaftliche Gegenwehr. Die Corona-Pandemie hat Prozesse der Vereinzelung massiv verstärkt und progressive soziale Bewegungen wie die Klimabewegung, die in der Lage waren, andere Themen zu setzen, langfristig geschwächt. In dieser Gemengelage ist es nicht verwunderlich, dass sich die Zustimmung für extrem rechte Positionen vergrößert, wie die neue »Mitte«-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung festgestellt hat.

Die Regierungsparteien und die demokratische Opposition reagieren auf diese Konstellation mit einer rigorosen Law-and-Order-Politik. Teile der LINKEN rund um Sahra Wagenknecht stimmten in den Ruf nach mehr Härte gegenüber Geflüchteten ein, sind jetzt aber im neuen Verein BSW organisiert. Positionierungen gegen Law and Order sind im Parlament rar gesät. Vielmehr gibt es einen Überbietungswettbewerb darin, Entschlossenheit zu demonstrieren. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz in »großem Stil abschieben will«, wie unlängst *Der Spiegel* titelte, ist ein erschreckendes Beispiel dafür. Die Ampel-Parteien und die CDU eint die – aus politikwissenschaftlicher Sicht in keiner Weise begründete – Überzeugung, mit schärferen Straf- und Migrationsgesetzen ließe sich der Zulauf extrem rechter Parteien stoppen. Die Bundesregierung stimmte im Jahr 2023 den gravierendsten Asylrechtsverschärfungen auf europäischer Ebene seit Inkrafttreten des Europäischen Asylsystems Anfang der 2000er-Jahre zu (vgl. Bünger/Kasparek in diesem Heft). Auch innenpolitisch wird auf Härte gesetzt, wenn der repressive Türöffner-Paragraf 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen Aktivist*innen der Letzten Generation angewendet wird und im Rahmen von Ermittlungen gar Journalist*innen abgehört werden. Die CDU treibt diese Debatten in der Opposition stetig voran und forderte sowohl für Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung wie auch für Jugendliche Verfahren vor Schnellgerichten und möglichst harte Strafen zur »Abschreckung«. Eine Auseinandersetzung über die politischen und sozialen Hintergründe wird demgegenüber völlig vernachlässigt.

Warum solche sicherheitspolitischen Verschiebungen Erfolg haben, erklärte Stuart Hall am Beispiel des autoritären Thatcherismus in Großbritannien: »Die Themen Verbrechen und abweichendes Verhalten, artikuliert durch die Diskurse der popularen Moral, berühren die unmittelbare Erfahrung, die Ängste und Unsicherheiten der normalen Leute. Dies führte zur Eingliederung des ›Rufs nach Disziplin‹ von unten in den Ruf nach einer gewaltsamen Wiederherstellung der sozialen Ordnung und Autorität ›von oben‹ […] Ihr Haupteffekt ist die Erweckung popularer Unterstützung für eine Wiederherstellung der Ordnung durch Verordnung: die Basis einer populistischen ›Law and Order‹-Kampagne.« (Hall, 2022, 154)

Die Law-and-Order-Politik hat also Erfolg, weil sie explizit die Unsicherheit der Menschen artikuliert, aber ihre soziale Unzufriedenheit ordnungspolitisch wendet und in das eigene autoritäre Projekt integriert. Progressive Akteur*innen fanden schon zu Zeiten des Thatcherismus keine richtige Antwort darauf – und tun es auch heute nicht.

RECHT(-SSTAAT) ALS ZUMUTUNG

Den autoritären Kipppunkt zeichnet aus, dass die Law-and-Order-Politik nicht bei härteren Strafen, mehr Polizei und immer rassistischer aufgeladenen Debatten stehenbleibt. Ganz offen werden zivilisatorische Errungenschaften und universelle Maßstäbe zur Disposition gestellt. In vielen europäischen Staaten sind rechte Parteien an die Regierung gekommen und wenden sich gegen rechtsstaatliche Instrumente oder völkerrechtliche Verträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention. Dass vor allem die Menschenrechte unter Beschuss stehen, ist kein Zufall. Für rechte Bewegungen sind rechtsstaatliche Verpflichtungen eine Zumutung, die autoritäres Durchregieren verhindern. Gefährlich ist, dass inzwischen nicht mehr nur extrem rechte Parteien und Bewegungen fordern, diese Mindesstandards zu schleifen. Gerade Vertreter*innen der europäischen Konservativen, von den konservativen Tories bis zur radikal-konservativen ÖVP oder CDU/CSU, stellen aktuell das menschenrechtliche Fundament mit sicherheitspolitischen Argumenten infrage.

Von daher besteht die Gefahr, dass es rechten Akteur*innen auch in Deutschland gelingen könnte, die Staatsapparate nachhaltig zu verändern. So verfolgt etwa die Hamburger Polizei noch heute eine besonders repressive Linie, weil der ehemalige Innensenator Roland Schill in seiner kurzen Amtszeit Anfang der 2000er-Jahre personelle Umbesetzungen vornahm. Gelingt es rechten Akteuren einmal, ihre Pflöcke einzuschlagen, wird man diese so schnell nicht mehr los.

In der Europäischen Union stehen Polen und Ungarn schon lange Pate für einen Autoritarismus, der die Behörden, Medien und Gerichte auf parteipolitische Linie bringen soll. Zumindest in Polen gelang es der liberalen Opposition und sozialen Bewegungen, diesen Trend aufzuhalten. Die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán hat es hingegen geschafft, einen umfassenden Staatsumbau voranzutreiben, der auch die zivilgesellschaftliche Sphäre in Beschlag nimmt.

Der Verfassungsblog hat mit seinem »Thüringen-Monitor« aktuell ein Projekt ins Leben gerufen, das untersuchen soll, welche Möglichkeiten rechte Akteur*innen in Deutschland haben, im Rahmen einer Regierungsbeteiligung solche strukturellen Veränderungen vorzunehmen. Hebel sind hier offensichtlich vorhanden. So könnte die AfD, wenn sie eine qualifizierte Mehrheit bei Wahlen erhält, Einfluss auf die Wahl von Richter*innen nehmen. In den Landkreisen und Kommunen, wo sie schon Wahlerfolge erzielt hat, kann sie einen neuen Umgang mit öffentlichen Versammlungen vorgeben, auf die Durchführungen von Abschiebungen einwirken oder sogar die Schulpolitik mitbestimmen. Dass die demokratischen Parteien jetzt schon etliche Verschärfungen im Sicherheitsbereich, bei Polizei- und Versammlungsgesetzen oder im Asylrecht vorantreiben, ist vor diesem Hintergrund besonders gefährlich. Denn die AfD könnte ein ohnehin schon

repressives Recht für ihre Interessen nutzen. Wenn sie dann die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit austestet, kann sie darauf verweisen, dass andere die Grundlagen gelegt haben.

Beunruhigend ist, dass auch in Teilen der Medien ein rechtsstaatliches Grundverständnis an Gewicht verliert. Der Journalist Jochen Buchsteiner rechnete jüngst in der *FAZ* mit den aus seiner Sicht »falschen Glaubenssätzen der Migrationsdebatte« ab. Er wendete sich gegen Stimmen aus Politik und Wissenschaft, die der Law-and-Order-Politik mit dem Verweis auf Menschenrechte widersprechen: »In Deutschland, das wegen seiner Vergangenheit der Verrechtlichung von Politik in besonderer Weise anhängt, klingt das nach einem starken Einwand. Aber das Recht wird von der Politik geschaffen, nicht umgekehrt. Wenn es mit den veränderten Gegebenheiten nicht mehr in Einklang zu bringen ist, kann es verändert werden.« (FAZ, 14.10.2023) Buchsteiner suggeriert hier, es gehe in den aktuellen Debatten um eine Frontstellung Politik vs. Recht. Aber es geht nicht um x-beliebige Gesetze, die man in einer Legislaturperiode mit einfacher Mehrheit verändern kann. Angegriffen werden verfassungs- und menschenrechtliche Grundsätze, die keinen netten Zusatz zur Demokratie darstellen, sondern die Voraussetzung für jeden demokratischen Prozess sind. Grundprinzip der Demokratie ist, dass die Mehrheit nicht rückhaltlos Minderheiten übertrumpfen kann. Um das sicherzustellen, gibt es Grund- und Menschenrechte.

GEGEN DIE SICHERHEIT DER SICHERHEITSGESELLSCHAFT

Progressive Akteur*innen befinden sich angesichts des autoritären Kipppunkts in einer ohnmächtigen Verteidigungsstellung. Sie führen den Kampf für eine offene Gesellschaft, obwohl sie um die Defizite der bisherigen (neo-)liberalen Hegemonie wissen. Bislang scheitern sie insbesondere daran, der Law-and-Order-Agenda ein anderes politisches Projekt entgegenzusetzen. Erforderlich wäre ein schwieriger Spagat: auf der einen Seite der repressiven Sicherheitslogik entgegenzutreten, und auf der anderen Seite sich für ein universelles Recht auf soziale Sicherheit starkzumachen. Dass die gegenwärtigen Krisen real die Lebensverhältnisse von Menschen bedrohen, machen die eingangs zitierten Befragungen unmissverständlich klar – diese Unsicherheit gilt es zu berücksichtigen. Wichtig wäre daher eine Revitalisierung des Konzepts sozialer Rechtsstaatlichkeit, wie wir es aus der Weimarer Republik und den Anfängen der BRD kennen. Staatsrechtler wie Hermann Heller oder Wolfgang Abendroth traten für ein Sozialstaatsverständnis ein, das die soziale Wohlfahrt gerade als Basis der Demokratie betrachtet. Deswegen war für Abendroth klar, dass zugleich auch die ökonomischen Verhältnisse demokratisiert werden müssen. Der Gewerkschaftsbewegung schrieb er dabei eine zentrale mobilisierende Rolle zu.

Heutzutage müssten breitere Bündnisse diese Aufgabe übernehmen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di für eine sozial gerechte Mobilitätswende zielt in diese Richtung. Schließlich hat die Kampagne von Deutsche Wohnen & Co. enteignen in Berlin gerade die Idee einer demokratischen Vergesellschaftung im Sinne eines sozialen Rechtsstaatsprinzips wieder hervorgeholt. Die in Reaktion auf den erfolgreichen Volksentscheid vom Berliner Senat eingesetzte Expert*innenkommission

hat in ihrem Abschlussbericht mehrheitlich festgestellt, dass eine Vergesellschaftung von Wohnraum mit Artikel 15 Grundgesetz möglich und verhältnismäßg ist. Eine solche Vergesellschaftung muss nicht beim Wohnraum stehenbleiben, Artikel 15 spricht explizit vom »Grund und Boden« und den »Produktionsmitteln«. Das Grundgesetz bietet also viel mehr Möglichkeiten, um der sozialen und auch ökologischen Krise zu begegnen, als mitunter im politischen Alltagsgeschäft vermittelt wird.

Während soziale Sicherheit durch die demokratische Gestaltung und Stärkung gesellschaftlicher Infrastrukturen zu gewährleisten ist, gilt es zugleich die Logik der Sicherheit auf anderen Feldern zurückzudrängen. Der verstorbene Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr schrieb 1997 in seinen »Vierzehn Thesen zur Inneren Sicherheit«: »Demokratisch-pluralistische Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass stets eine Fülle von Unsicherheiten belassen bleiben [müssen]. Ohne Unsicherheiten gibt es keine Gestaltungschancen und ohne diese ist alle Pluralität, alle Besonderheit am Ende. Die Suche nach perfekter Sicherheit hat zur Folge, dass möglichst alles abweichende Verhalten ausgeschlossen werden muss.« (Narr, 1997) An ein solches Verständnis produktiver »Unsicherheit« anzuknüpfen lohnt sich. Es bedeutet nicht, die soziale Verunsicherung zu ignorieren, sondern beim Thema »Innere Sicherheit« auf soziale Sicherheit und demokratische Strukturen zu pochen. Auf dem Feld von Law and Order können progressive Akteur*innen nie Erfolge erringen, sondern immer nur rote Linien markieren und Abwehrkämpfe führen.

Dafür sind auch Allianzen mit Akteur*innen nötig, die aufgrund ihrer liberalen Haltung für Grundrechte einstehen, aber in anderen Fragen, etwa Wirtschafts- und Sozialpolitik, keine linken Positionen vertreten. Zu denken ist an Wirtschafts- und Handwerksbetriebe, die sich gegen die Abschiebung ihrer Beschäftigten positionieren. Solchen Interventionen liegen in Zeiten des Fachkräftemangels ökonomische, aber eben auch humanitäre Erwägungen zugrunde. Auch in den staatlichen Institutionen selbst gibt es Akteure, die einen autoritären Kipppunkt verhindern wollen, etwa progressive Richter*innen. Solche Allianzen herzustellen ist nicht leicht und erfordert einen gewissen Pragmatismus der kurzfristigen Strategien. Das heißt aber nicht, dass progressive Akteure langfristige Ziele aus den Augen verlieren müssen.

Denn perspektivisch geht es darum, die gesellschaftlichen Grundlagen des Autoritarismus anzugreifen. Ein Angriffspunkt ist die Logik der Sicherheit, die die Law-and-Order-Politik hervorbringt. Diese Logik gilt es sukzessive aus gesellschaftlichen Bereichen herauszudrängen, damit demokratische Umgangsformen der »Gleichfreiheit«, wie sie Étienne Balibar nannte, überhaupt greifen können. Wolf-Dieter Narr deutete Unsicherheit auch als Versprechen der modernen Gesellschaft, als Raum der politischen Möglichkeiten, alternativen Lebensweisen und Nonkonformität. Mehr Polizei und Überwachung, mehr Abschiebungen und Strafen vertragen sich damit nicht.

LITERATUR

Hall, Stuart [1982] 2022: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Möller, Kolja (Hg.), Populismus, Berlin, 144–166

Narr, Wolf-Dieter, 1997: Vierzehn Thesen zur inneren Sicherheit, 21.8.1997, www.cilip.de/1997/08/21/vierzehn-thesen-zur-inneren-sicherheit-vom-eminent-praktischen-sinn-grundsaetzlicher-ueberlegungen

GESPRÄCH
MIT CLARA BÜNGER & BERND KASPAREK

KIPPPUNKT IN DER ASYLPOLITIK?
ABSCHOTTUNG UND AUTORITÄRE WENDE

» Den Rechten geht es nicht nur um Migration, sie wollen einen autoritären Umbau Europas. «
Bernd Kasparek

» Stabil bleiben. Darum geht es doch. Nicht der autoritären Formierung erliegen, sondern die Gegenstrukturen stärken. «
Clara Bünger

Die europäischen Regierungen haben sich auf die Reform des gemeinsamen Asylsystems GEAS geeinigt. Sie ermöglicht Inhaftierungen und Schnellverfahren an den Außengrenzen für einen Großteil von Geflüchteten. Ist das ein Dammbruch?

BERND KASPAREK: Es ist noch nicht klar, wie die Umsetzung aussieht. Trotzdem würde ich sagen, ja, das ist eine Zäsur. Denn es bedeutet die Abkehr vom individuellen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem Asylverfahren.

CLARA BÜNGER: Die Praxis der Entrechtung gibt es schon heute an den Außengrenzen der EU. Mit dem rechtlich fragwürdigen EU-Türkei-Deal sind in den griechischen Hotspots Lager entstanden, wo Menschen teils jahrelang unter unwürdigen Bedingungen ausharren. Dass die Reform die systematische Entrechtung in Lagern wie Moria nun verrechtlichen soll, das ist die Zäsur.

Ist das ein autoritärer Kipppunkt, also eine Veränderung, die unsere Demokratie langfristig bedroht?

CLARA BÜNGER: Ja, wenn das so durchkommt, wird es schwer bis unmöglich, diese Rechte

zurückzugewinnen, erst recht unter diesen politischen Verhältnissen. Die Reform wird juristischen Kämpfen, die seit Jahren zum Schutz von Migrant*innen geführt werden, die Grundlage entziehen. Auch wenn diese Auseinandersetzungen auf EU-Ebene heute schon schwierig sind und Urteile oft keine Konsequenzen haben, fehlt dann der Hebel, um Rechtsbrüche überhaupt zu ahnden oder zu skandalisieren.

DIE REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS (GEAS) wurde vom Europäischen Rat vereinbart und soll bis April 2024 in Abstimmung mit dem EU-Parlament verabschiedet werden. Sie soll Asylverfahren an die Außengrenzen verlagern. Wer aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten kommt oder über »sichere Drittstaaten« einreist, darf im Schnellverfahren abgewiesen werden. Durch die Ausweitung der Drittstaatregeln wird das einen Großteil von Geflüchteten treffen. Eine Krisenverordnung ermöglicht zudem, die Regeln auszuweiten, Haftzeiten zu verlängern und direkte Abschiebungen vorzunehmen.

Wer sind die treibenden Kräfte der Reform?

BERND KASPAREK: Der Prozess zeichnet sich seit 2015 ab. Das EU-Grenzregime, das man teils gegen die Interessen einzelner Mitgliedstaaten aufgebaut hatte, konnte den »Sommer der Migration« nicht verhindern. Seitdem machen die EU-Mitgliedstaaten verstärkt, was sie wollen, und das neue Paket stellt ihnen nun in vielen Fragen frei, wie sie agieren. Das führt zu einer hochproblematischen Zersplitterung der Asylsysteme.

CLARA BÜNGER: 2015 darf sich nicht wiederholen, das ist die erklärte Absicht der europäischen Regierungen und daran orientiert sich auch die GEAS-Reform. Insbesondere migrationsfeindliche Regierungen wie in den Visegrád-Staaten haben den Diskurs nach rechts verschoben. Für die politische Umsetzung sind aber die mächtigen Player wie Deutschland verantwortlich. Die Ampel setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, sogenannte Sekundärmigration um jeden Preis zu verhindern, anders als im Koalitionsvertrag vereinbart.

2015 schien es durchaus eine gesellschaftliche Mehrheit zu geben, die Flüchtlinge aufnehmen wollte. Was ist passiert?

BERND KASPAREK: Der Diskurs hat sich massiv verschoben. Nach 2015 war die Willkommensbewegung öffentlich wenig sichtbar, weil die konkrete Unterstützungsarbeit viele Kapazitäten gebunden hat. Die Rechten haben sich das Thema angeeignet und damit große Diskursmacht aufgebaut. Obwohl sich die Anzahl der Geflüchteten nach 2015 »normalisiert« hat, ist der vermeintliche Skandal

CLARA BÜNGER ist Juristin und Politikerin. Sie ist seit Januar 2022 Bundestagsabgeordnete sowie flucht- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN. 2017 gründete Bünger mit anderen den Verein Equal Rights Beyond Borders, der Einzelfallberatungen und strategische Prozesse für Geflüchtete insbesondere in Griechenland durchführt.

BERND KASPAREK ist Kulturanthropologe an der Humboldt-Universität zu Berlin mit Fokus auf Europäisierung sowie Migrations- und Grenzregime. Er arbeitet im Projekt »Transforming Solidarities. Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft«. Er hat das Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) mitgegründet und ist im Vorstand der Forschungsassoziation bordermonitoring.eu.

der Migration in ganz Europa Dauerthema. Das hat eine enorme Wirkung auf die etablierten konservativen Parteien, die überall im Niedergang sind und nun nach rechts rücken. Und nicht nur die, auch Teile der Sozialdemokratie sind bereit, das Spiel der Rechten zu spielen. Siehe das Beispiel Dänemark oder die Äußerungen von Sigmar Gabriel.

Wie erklärt sich das Einknicken von SPD und vor allem Grünen in der Asylpolitik?

CLARA BÜNGER: Aus den Reihen der Grünen habe ich tatsächlich gehört, man könne dem Faschismus in Europa nur begegnen, wenn man den Rechten ein Stück entgegenkommt und die Zahl der Asylsuchenden begrenzt. Das ist der Tenor von Lang und Nouripour, die eine »Rückführungsoffensive« fordern, bis zu Annalena Baerbock, die die GEAS-Reform inzwischen offensiv verteidigt. Statt den Rechten politisch die Grundlage zu entziehen, machen sie Kompromisse, die deren Positionen enthalten. Dadurch machen sie schließlich selbst rechte Politik. Es ist die gleiche Argumentation, mit der schon 1993 der sogenannte Asylkompromiss in Deutschland begründet wurde. Sie war schon damals grundfalsch.

»Es geht darum, den Grundpfeiler einer autoritären Gesellschaftsordnung zu errichten.«

Warum?

CLARA BÜNGER: Abschottung nach außen und rechtsautoritäre Formierung nach innen bedingen und verstärken sich gegenseitig. Es geht niemals »nur« um Migration und die Rechte Schutzsuchender. Es geht darum, den Grundpfeiler einer autoritären Gesellschaftsordnung zu errichten. Dieses Projekt trifft auf immer breitere Resonanz. Es schafft neue Allianzen: von Migrationsfeinden über Corona-Leugner*innen bis zu rechten Umsturzprojekten. Es geht ums große Ganze. Darum darf man an dieser Front nicht einknicken und muss das Recht auf Asyl entschlossen verteidigen.

Wie wird diese Entwicklung weitergehen? Was ist das Ziel der Rechten?

BERND KASPAREK: Das GEAS soll die Anzahl der Ankommenden reduzieren, das ist das zentrale Argument. Aber ich bin sicher: Das wird nicht passieren und auch die Sekundärmigration wird nicht nachlassen. Denn weil es kein solidarisches Modell der Umverteilung gibt, fehlt den Staaten im Süden der EU der Anreiz, die Pläne umzusetzen. Das GEAS wird das vermeintliche Problem also nicht lösen. Dann werden die Rechten immer weiter skandalisieren können, was sie hassen: Europa funktioniere nicht und die Migration müsse gestoppt werden. Womöglich steht dann eine noch weitgehendere autoritäre Wende an, wie es die Vorstöße von Thorsten Frei und Jens Spahn (beide CDU) schon andeuten: die vollständige Abkehr vom Grundrecht auf Asyl. Das wäre eine Entwicklung, die sich kaum zurückdrehen ließe.

CLARA BÜNGER: »Irreguläre« Migration beenden ist eine leere Versprechung. Die Ankunftszahlen werden nie bei null sein. Solange es Fluchtursachen gibt, hören Fluchtbewegungen nicht einfach auf. Wenn die Politik das als Ziel setzt und dieses Ziel unerreichbar ist, dann gehen die Rhetorik und Politik der Entrechtung immer weiter. Die Rechten wissen das. Sie können ihre Politik der Angst

die nächsten 20 Jahre darauf aufbauen. Doch das verstehen SPD und Grüne nicht und kommen ihnen immer weiter entgegen.
BERND KASPAREK: Es ist wie bei dem Thema der sogenannten Inneren Sicherheit, einem anderen rechten Wahlkampfschlager. Eine absolute Sicherheit wird sich nie erreichen lassen. Also kann man immer mehr Polizei fordern und damit immer Zustimmung gewinnen. Auch hier gilt: Die sozialen Wurzeln von Kriminalität angehen, Entkriminalisierung befördern, das wäre der andere, der linke Weg.
CLARA BÜNGER: Da sehen wir auch ein Problem in der LINKEN. Teile der Partei haben bei der Migration dieses Spiel mitgespielt, »verwirktes Gastrecht« etc. Aber bei der Kriminalität sind wir bis jetzt stabil und fordern Prävention und Entkriminalisierung. Darum geht es doch: stabil bleiben, nicht der autoritären Formierung erliegen, sich der Repression von antifaschistischen, antirassistischen, klimabewegten Kräften entgegenstellen und linke Gegenstrukturen stärken.

In den letzten Jahren gab es viele Proteste, von #unteilbar bis #Seebrücke. Nun ist es still. Warum regt sich nicht mehr Widerstand gegen die GEAS-Reform und die neue Asyldebatte?

CLARA BÜNGER: Ein Problem ist, dass viele ihre Hoffnungen in diese Regierung gesetzt haben. Sie haben sich darauf verlassen, dass mit den Grünen an der Regierung eine solche Reform unmöglich ist. Wenn eine Partei sich jahrelang zur Repräsentantin der Bewegungen macht und dann einen solchen Angriff mitträgt, ist es schwerer, Widerstand zu organisieren.
BERND KASPAREK: Es ist inzwischen auch extrem schwierig geworden, überhaupt die politischen Zusammenhänge zu überblicken. Bei der Grundgesetzänderung zum Asylkompromiss 1993 waren Tausende Menschen in Bonn und haben versucht, die Bannmeile zu stürmen. Allen war klar, worum es geht. Die GEAS-Reform ist dagegen schwer vermittelbar. Was ist ein Trilog? Was macht der Rat der Innenminister*innen? Was ist die Rolle des Parlaments und der Kommission? All das findet 2000 Kilometer entfernt statt. Dadurch war es schwer, frühzeitig gegen die GEAS-Reform zu mobilisieren.

»Durch die Verdrehung von Tatsachen wird die GEAS-Reform als Schritt dargestellt, um Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen zu verhindern.«

CLARA BÜNGER: Erst recht, weil die Bundesregierung selbst gezielt Desinformation streut. Nancy Faeser hat versichert, dass Menschen aus Syrien nicht in die Grenzverfahren kommen würden. Das ist faktisch falsch. Durch die Verdrehung von Tatsachen wird die GEAS-Reform als Schritt dargestellt, um Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen zu verhindern. Da haben sich die Diskurse komplett von der Realität entkoppelt.

Das heißt, es ist nicht einfach eine Frage der Abstumpfung, wenn der Protest ausbleibt?

CLARA BÜNGER: Wir erleben eine riesige Ermüdung, aber auch Stigmatisierung und Kriminalisierung all derjenigen, die sich engagieren. Hilfsorganisationen werden als Schlepper verleumdet, es gibt Repression und Desinformation. Das sind auch Gründe, warum nicht Zehntausende auf die Straße gehen. Natürlich leisten viele immer noch

Unglaubliches. Sie dokumentieren Pushbacks, begleiten Menschen in Abschiebeverfahren. Aber es erzeugt keinen gesellschaftlichen Druck. Und das resultiert in großer Hilflosigkeit. Ich glaube, dass viele in der Bewegung im Moment darüber nachdenken, wie sie damit umgehen und wieder öffentlichkeitswirksam werden können.
BERND KASPAREK: An den Außengrenzen werden systematisch und alltäglich grundlegende Menschenrechte verletzt sowie Völkerrecht und europäisches Recht gebrochen. Das ist ein Skandal. Es müsste eigentlich einen Aufschrei geben. Doch vielen erscheint es eher als tragisches Geschehen ohne Folgen. Und mittlerweile werden wir aktiv aufgefordert, uns daran zu gewöhnen. So als wären Menschenrechte nur *nice to have*. Dabei ist das eine fundamentale

»Den linken Bewegungen hat in den letzten Jahren eine alternative Vision von Europa gefehlt.«

Krise der europäischen Demokratie, die alle Bürger*innen Europas über kurz oder lang treffen wird und auch unsere Grundrechte infrage stellt.
CLARA BÜNGER: Ja, und darum ist der Vorwurf des Moralismus in der Migrationsfrage, der auch von selbsterklärten Linken kommt, so problematisch. Wenn wir nicht sehen, wie sich hier rechte Allianzen bilden und Angriffe verdichten, können wir nicht reagieren. Es geht um eine autoritäre Formierung in allen Bereichen – von der Hetze gegen Armutsbetroffene über die Repression gegen Klimaaktivisten oder Antifaschisten bis zum Angriff auf das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.
BERND KASPAREK: Ich kann das nur unterstreichen: Den Rechten geht es nicht nur um Migration, sie wollen einen autoritären Umbau Europas. Ein Europa der Nationen, im Sinne einer europäischen Konföderation – das ist ein eigenes, anderes europäisches Projekt. Den linken Bewegungen hat in den letzten Jahren eine alternative Vision von Europa gefehlt.

Wie müsste die aussehen?
BERND KASPAREK: Ein Europa, das weniger von den Nationalstaaten und stärker von unten, von den Kommunen her funktioniert, mit mehr Demokratie und dem Aufbau einer europäischen Sozialunion. Dann könnten wir Migration und Aufnahme ganz anders verhandeln. Heute stecken wir fest im Korsett dieser EU mit ihren Demokratiedefiziten. Das ist ein System, das man kaum gegen die Verschärfungen verteidigen will. Dennoch: Viele Strukturen könnten funktionieren, das hat die Aufnahme der Menschen aus der Ukraine gezeigt. Da haben öffentliche Infrastrukturen und zivilgesellschaftliches Engagement gut zusammengewirkt.
CLARA BÜNGER: Damit das gelingen kann, müssen wir aber die materiellen Voraussetzungen für resiliente Kommunen schaffen. Denn die sind überall in der Krise. In den größeren Städten gibt es einen großen Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Auf dem Land schließen die Einrichtungen und die Menschen ziehen weg.
BERND KASPAREK: Absolut. Wohnungen sind knapp, soziale Infrastrukturen wurden abgebaut, wir schaffen es nur mit Ach und Krach, regionale Mobilität zu ermöglichen. Wenn da mehr Leute dazukommen, wird es natürlich

schwieriger. Aber das hat ja nichts mit Migration, sondern mit 30 Jahren Neoliberalismus zu tun. Deshalb müssen wir schauen: Wie kann das Leben vor Ort für alle besser werden? Wenn wir die Mieten deckeln, neue Freibäder bauen, Schulen besser ausstatten und mehr Angebote schaffen für Bildung und Beratung, dann profitieren alle davon.

Bernd, für deine Arbeit ist das Konzept der »Autonomie der Migration« zentral, das die Handlungsmacht von Geflüchteten betont. Was bleibt davon in einem fast schon totalitären Grenzregime?

BERND KASPAREK: Der Ansatz sagt erst einmal, dass Geflüchtete nicht nur passiv sind, getrieben von objektiven Bedingungen in den Herkunftsländern, sondern dass Migration ein aktiver Vorgang ist, der immer auch von einem Begehren angetrieben ist. In der Bewegung der Migration, auch wenn sie nicht als solche organisiert ist, entstehen Vorstellungen davon, wie die Welt verfasst sein sollte. Sie drücken sich darin aus, dass Menschen sich das Recht nehmen, Grenzen zu überschreiten und ein neues Zuhause zu suchen.

Aber haben sie aktuell noch diese Möglichkeit?

BERND KASPAREK: Abschottung ist nie absolut, das sehen wir jetzt gerade an den steigenden Zahlen. Migration wird weiter stattfinden. Sie ist geprägt von staatlichem Handeln, klar, es wird mehr Leid, mehr Einsperrung geben. Aber sie wird dadurch nicht unterbunden. Darum müssen wir sie entkriminalisieren. Es geht nicht darum, die Internierung an den Außengrenzen humaner zu gestalten, sondern Migration als Grundbedingung von Gesellschaft zu akzeptieren.

Was würde das bedeuten?

BERND KASPAREK: Wir können die Frage nicht von den massiven Umbrüchen unserer Gesellschaften trennen – von der Digitalisierung bis zu Krieg und Umweltkrisen. Wir müssen neue Formen finden, als Migrationsgesellschaft damit umzugehen. Auf der nationalen Ebene allein geht das nicht. Wenn wir uns abschotten und Menschen dafür sterben lassen, dann ist das eine kurzsichtige und fatale Weise, mit Krisen umzugehen. Sie verweigert sich letztendlich der Notwendigkeit, die globalen Krisen anzugehen und solidarische Lösungen zu suchen. Und die brauchen wir nicht nur in der Migration, sondern auch in der Klimafrage und natürlich in Bezug auf die extrem wachsende soziale und ökonomische Ungleichheit. Für mich bedeutet es, die Demokratie in globaler Perspektive neu zu erfinden.

»Es geht nicht darum, die Internierung an den Außengrenzen humaner zu gestalten, sondern Migration als Grundbedingung von Gesellschaft zu akzeptieren.«

CLARA BÜNGER: Soziale Ungleichheit ist ein wichtiges Stichwort. Fluchtpolitik ist auch Klassenpolitik. Die Menschen, die im Iran die Ölraffinerien bestreiken, die riskieren ihr Leben. Sie müssen unter Umständen am Ende auch in die EU fliehen. Sie sind Arbeiter*innen, unsere Genoss*innen, die bei uns Schutz suchen. Das müssen wir als Linke und auch in den Gewerkschaften noch stärker begreifen. Wir müssen eine Politik machen, die diese Menschen als Subjekte, als Teil dieser Gesellschaft und potenziell auch als Teil der Linken adressiert.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

KRISE MIT FOLGEN
WARUM DAS EXPORTMODELL KEINE ZUKUNFT HAT

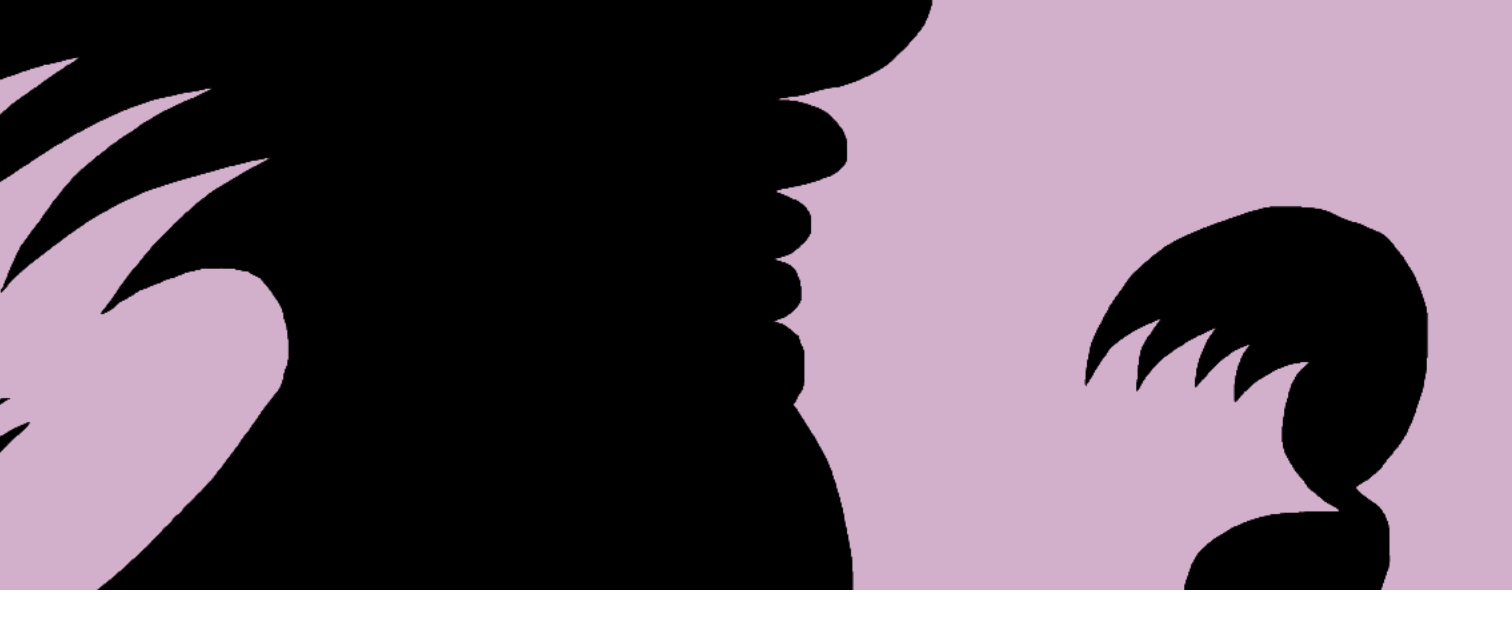
THOMAS SABLOWSKI

Der deutsche Exportfetischismus führt in eine Sackgasse. Die herrschenden Rezepte drohen die Lage zu verschärfen.

Aktuell häufen sich wieder die Klagen über die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit des ehemaligen »Exportweltmeisters« Deutschland. Ähnlich wie in den frühen 2000er-Jahren ist die Rede vom »kranken Mann Europas«, von der drohenden Abwanderung der Industrie und von notwendigen Reformen, um die »Standortbedingungen« zu verbessern. Tatsächlich befindet sich die deutsche Wirtschaft seit dem dritten Quartal 2022 in der Rezession. Deutschland ist das einzige große Industrieland, für das der Internationale Währungsfonds für das gesamte Jahr 2023 eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) voraussagt. Es handelt sich hier nicht um eine der periodischen konjunkturellen Weltmarktkrisen, vielmehr deutet vieles auf eine strukturelle Krise der exportorientierten Entwicklungsweise des Kapitalismus in Deutschland hin (vgl. Candeias 2023 sowie zum Hintergrund Beck 2014; Nölke 2021; Schneider 2023). Die Art und Weise, wie die verschiedenen Fraktionen des hiesigen Machtblocks diese Krise bearbeiten, geht allerdings völlig an den gesellschaftlichen Problemen vorbei und droht, die Lage zu verschärfen.

DIE EXPORTORIENTIERTE ENTWICKLUNGSWEISE …

Der Anteil der gesellschaftlichen Produktion, der exportiert wird, ist in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ständig gewachsen und betrug im Jahr 2022 erstmals mehr als 50 Prozent des BIP.[1] Dies ist für ein relativ großes Industrieland mit entwickeltem Binnenmarkt eine ungewöhnlich hohe Exportquote. Deutschland hatte in den vergangenen 20 Jahren außerdem durchgängig hohe



Leistungsbilanzüberschüsse zu verzeichnen. Das bedeutet: In Deutschland wird ständig mehr produziert als konsumiert, mehr exportiert als importiert, mehr gespart als investiert. Die Leistungsbilanzüberschüsse erreichten 2015/16 ein Maximum von 8,6 Prozent des BIP und lagen 2022 trotz der drastisch gestiegenen Kosten für die Importe fossiler Energieträger immer noch bei 4,2 Prozent.

Im öffentlichen Diskurs werden die hohe Exportquote Deutschlands und die Leistungsbilanzüberschüsse zumeist als Stärke angesehen. Tatsächlich hat der Kapitalismus in Deutschland im internationalen Vergleich einige Konkurrenzvorteile: Der Produktionsapparat ist – noch – relativ breit gefächert, eine Vielzahl von Branchen greift ineinander. Die Quote industrieller Beschäftigung ist überdurchschnittlich hoch. Eine besondere Stärke besteht im Maschinen- und Anlagenbau. Wer die Produktion von Produktionsmitteln für die Produktion von Produktionsmitteln kontrolliert, ist auch Schrittmacher bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die maßgeblich für die Position in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung ist. Traditionell sind es nur wenige kapitalistische Zentren, die über

THOMAS SABLOWSKI ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der politischen Ökonomie der Globalisierung.

einen solchen differenzierten Maschinenbau verfügen. Das Know-how der Arbeiter*innen, Techniker*innen und Ingenieur*innen sorgt auch für eine hohe Produktqualität und für inkrementelle Innovationen, die zur Konkurrenzfähigkeit beitragen. Für die Einbindung der Beschäftigten sind Institutionen wie die duale Berufsausbildung, die Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene sowie regelmäßige Tarifverhandlungen grundlegend. Die Einkommen der verschiedenen sozialen Klassen und die Spielräume für eine Umverteilung hängen von dieser Konstellation ab. Sie bildet damit die Basis für reformistische Politik.

Zweierlei darf allerdings nicht übersehen werden: Erstens funktioniert die exportorientierte Entwicklungsweise heute anders als früher, zweitens haben das überproportionale Wachstum des Außenhandels und die Leistungsbilanzüberschüsse eine negative

Kehrseite. Betrachten wir die Zusammenhänge etwas näher.

… IST NICHT MEHR DAS, WAS SIE EINMAL WAR

Nicht nur die Exporte, auch die Importe sind relativ zur inländischen Produktion stark angewachsen. Zum Teil ist das Wachstum des Außenhandels eine Folge von Produktionsverlagerungen an Niedriglohnstandorte, die höhere Profitraten verheißen. In dem Maße, wie deutsche Unternehmen ihre Produktion internationalisiert haben, ist auch der internationale Handel angewachsen. Bei diesem handelt es sich zum Teil um intra-industriellen Handel und Intrakonzernhandel. Vorprodukte werden etwa in Osteuropa hergestellt und in Deutschland weiterverarbeitet oder umgekehrt. Das Wachstum des Außenhandels ging also mit einer gewissen Schwächung des deutschen Produktionsapparats einher. Zahlreiche Produkte, die früher in Deutschland hergestellt wurden, müssen heute importiert werden, mit zum Teil problematischen Folgen, wie etwa Engpässen bei der Versorgung mit wichtigen Medikamenten.

Die Lohnabhängigen wurden durch die Produktionsverlagerungen ins Ausland oder deren Androhung in den letzten Jahrzehnten erheblich unter Druck gesetzt. Unternehmen haben sich der Tarifbindung entzogen. Die Gewerkschaften sahen sich gezwungen, die Senkung von Löhnen und die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Mit Öffnungsklauseln in Tarifverträgen wurde die Unterschreitung von Standards auf Unternehmens- und Betriebsebene akzeptiert. Die Institutionen der Mitbestimmung bestehen zwar formell noch, haben sich aber ihrem Inhalt nach drastisch verändert. Die Einbindung der Beschäftigten spielt heute faktisch eine viel geringere Rolle für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen als in der fordistischen Ära. Das Management zielt weniger auf produktivitätssteigernde Investitionen, sondern übt vielmehr direkten Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Wachsende Exporte werden also heute auf ganz andere Weise erreicht als früher.

DIE KEHRSEITE: NIEDRIGE LÖHNE UND INVESTITIONEN

Die Leistungsbilanzüberschüsse sind unter verschiedenen Gesichtspunkten problematisch. Für den Absatz der überschüssigen Waren sind die deutschen Unternehmen auf zahlungsfähige Nachfrage im Ausland angewiesen. Letztlich muss Deutschland diese Nachfrage durch Kapitalexporte, durch die Vergabe internationaler Kredite selbst schaffen, weil Handelspartner mit Leistungsbilanzdefiziten nicht in der Lage sind, durch eigene Exporte nach Deutschland genug Einkommen zu generieren, um ihre Importe zu bezahlen. Für die Kapitaleigner stellen die Zinseinkünfte aus dem internationalen Schuldendienst eine zusätzliche Einkommensquelle dar, doch die Masse der Lohnabhängigen in Deutschland hat davon nichts. Die deutschen Exportüberschüsse und die damit verbundenen Kapitalexporte bedeuten für sie nichts anderes als den Verzicht auf einen Teil des von ihnen produzierten Reichtums: Ein Teil der durch den Export erwirtschafteten Devisen kann nicht für konsumtive Zwecke im Inland verwendet werden, sondern fließt in Form von Krediten wieder ins Ausland, damit dort mehr deutsche Waren gekauft und konsumiert werden

können. Da Leistungsbilanzüberschüsse auf ein (zu) niedriges Konsumniveau in Deutschland hinweisen, können sie auch als Resultat zu geringer Lohnsteigerungen verstanden werden. Tatsächlich ist die Lohnquote tendenziell gesunken, sie lag in den 1990er-Jahren noch über 71 Prozent des BIP und liegt aktuell unter 70 Prozent. 2022 erlitten die Lohnabhängigen insgesamt einen Reallohnverlust von 4 Prozent, das heißt, nominale Lohnsteigerungen konnten die hohen Inflationsraten bei Weitem nicht kompensieren. Die Kaufkraftverluste betreffen die unteren Schichten der Arbeiterklasse überdurchschnittlich stark, weil diese gezwungen sind, ihre niedrigen Löhne vor allem für Mieten, Energie und Lebensmittel auszugeben.

Zum anderen verweisen die Leistungsbilanzüberschüsse auf zu geringe Investitionen im Inland, sowohl private wie öffentliche. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP ist tendenziell gesunken; von 24,9 Prozent im Jahr 1991 auf 22,5 Prozent im Jahr 2022. Der Anteil der Investitionen in Maschinen und Geräte sank im gleichen Zeitraum von 7,7 auf 4,6 Prozent. Dies erklärt auch ein Stück weit die schleppende Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland, ungeachtet der Diskussionen über Digitalisierung und »Industrie 4.0«. Zudem spiegeln sich in den sinkenden inländischen Investitionsquoten die Produktionsverlagerungen ins Ausland wider. Die staatlichen Investitionen bewegen sich – bedingt durch die neoliberal orientierte Fiskalpolitik – ebenfalls auf niedrigem Niveau. Sie gingen von 3,1 Prozent des BIP im Jahr 1991 auf 2,7 Prozent im Jahr 2022 zurück. Die Mängel der öffentlichen und sozialen Infrastruktur sind also die Kehrseite der hohen Exportquoten und -überschüsse. Im Grunde muss man also von einem Übermaß der Exporte sprechen, das gerade durch die schleichende Zerstörung der früheren Stärken des deutschen Produktionsstandorts hervorgebracht wird.

Die hohe Exportabhängigkeit bedeutet schließlich eine hohe Verletzlichkeit durch Krisen, internationale Verwerfungen und ungünstige Politikwechsel bei wichtigen Handelspartnern. So sind die deutschen Exporte und das BIP infolge der globalen Finanzkrise 2008/09 und während der Corona-Pandemie 2020 überdurchschnittlich stark eingebrochen. Die strukturelle Krise der exportorientierten Entwicklungsweise verschärft sich aktuell, durch die Zuspitzung ihrer inneren Widersprüche ebenso wie durch die Verschlechterung der internationalen Beziehungen.

DAS ENDE DES BILLIGEN ÖLS UND DIE HOHE INFLATION

In erster Linie ist die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland ein Resultat der Verwerfungen durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine. Die Exporte nach Russland, die 2021 noch 1,9 Prozent der gesamten Exporte ausmachten, sind drastisch zurückgegangen. Die deutschen Unternehmen haben in der Vergangenheit von relativ billigen Öl- und Gasimporten aus Russland profitiert und sind von deren Wegfall stark betroffen. Importe mineralischer Brennstoffe sind deutlich teurer geworden, im Jahr 2021 um 62 Prozent und im Jahr 2022 um 81 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Steigende Energiekosten führen zu niedrigeren Profitraten und bremsen somit die Kapitalakkumulation.

Sie sind außerdem – neben der Störung der globalen Lieferketten durch die Covid-19-Pandemie – ein wesentlicher Treiber der seit 2021 gestiegenen Inflationsraten. In den vergangenen zwei Jahren waren die Inflationsraten in Deutschland zeitweilig höher als bei wichtigen Konkurrenten wie den USA, Frankreich oder Italien. Das hat zur Folge, dass die Preise der hiesigen Produzenten im Vergleich zu den Konkurrenten in Ländern mit niedrigeren Inflationsraten weniger wettbewerbsfähig sind. Zudem sind die Produzenten in Deutschland, die von billigen Zulieferungen aus Osteuropa lange profitiert haben, nun von den dortigen überdurchschnittlich hohen Inflationsraten betroffen.

IM SPANNUNGSFELD VON CHINA UND DEN USA

Eine weitere Belastung der deutschen Wirtschaft ist die zunehmende Spannung zwischen den USA und China, hinzu kommen die veränderte US-Außenwirtschaftspolitik und die Wirtschaftsprobleme Chinas. Die deutsche Wirtschaft ist auf beide Länder sowohl als Märkte wie auch als Investitionsstandorte stark angewiesen. Zwar ist der Handel mit den USA in den letzten Jahrzehnten langsamer gewachsen, doch die USA bleiben vor China das wichtigste außereuropäische Zielland für Exporte.

Gegenüber den USA weist Deutschland hohe Exportüberschüsse auf. Lange haben US-Regierungen es akzeptiert, dass die Vereinigten Staaten die deutschen Handelsbilanzüberschüsse absorbierten. Die Trump-Administration verfolgte jedoch erklärtermaßen das Ziel, die Leistungsbilanzdefizite nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber Deutschland zu reduzieren. Die Einführung bzw. Androhung von Strafzöllen unter Trump verletzte unmittelbar die Interessen des deutschen Kapitals. Mit Joe Bidens Präsidentschaft schien sich das bilaterale Verhältnis zunächst zu entspannen, doch der Inflation Reduction Act, der die einheimische Produktion in den USA subventioniert, führte erneut zu Konflikten. Gleichzeitig bestehen weiterhin sehr tiefe, asymmetrische Kapitalverflechtungen im atlantischen Raum, in denen sich die Dominanz des US-Kapitals gegenüber dem deutschen Kapital manifestiert. So sind in den USA angesiedelte Vermögensverwalter und Investmentgesellschaften die größten Anteilseigner bei vielen deutschen Großunternehmen. Die spezifische Abhängigkeit von den USA besteht auch auf der politisch-militärischen Ebene und führt trotz teilweise unterschiedlicher Interessen tendenziell zur Unterordnung Deutschlands, wie sich etwa bei der Wiederaufnahme der US-Sanktionen gegenüber dem Iran, im Ukraine-Krieg und im veränderten Verhältnis zu China gezeigt hat.

In China stößt der gewaltige Investitionsboom der letzten Jahrzehnte inzwischen an seine Grenzen. Der Aufbau des Produktionsapparats und der staatlichen Infrastruktur, der dem Land lange hohe Wachstumsraten bescherte, ist allmählich abgeschlossen. In vielen Bereichen bestehen bereits Überkapazitäten und auch die schleichende Krise im Immobiliensektor deutet auf die Überakkumulation von Kapital hin. Aktuell befindet sich China in einer Situation der Deflation. Der Rückgang der chinesischen Wachstumsraten wird auch für die deutschen Unternehmen zum Problem, die vom langanhaltenden Boom der chinesischen Wirtschaft

stark profitiert hatten. Zudem hat sich das Verhältnis der westlichen Unternehmen zu China verschlechtert, weil die chinesische Regierung den Marktzugang in bestimmten strategischen Bereichen beschränkt hat und chinesische Unternehmen zu bedeutenden Konkurrenten auf dem Weltmarkt herangewachsen sind. Schließlich ist die deutsche Exportwirtschaft auch vom Versuch der US-Regierung, den weiteren Aufstieg Chinas durch Exportbeschränkungen für Halbleiter und andere strategisch zentrale Waren zu verhindern, negativ getroffen.

Die Bundesregierung ist mehr und mehr auf den aggressiven Kurs der US-Regierung gegenüber China eingeschwenkt, obwohl China als Markt und Investitionsstandort für deutsche Unternehmen weiterhin von überragender Bedeutung ist. Außen- und sicherheitspolitische Erwägungen gewinnen gegenüber rein ökonomischen zunehmend an Gewicht. Die herrschende Klasse verfolgt zwar keine Abkopplung von China, möchte aber die Risiken senken, die mit einer möglichen politischen oder gar militärischen Konfrontation verbunden sind. Chinesische Investitionen in strategisch relevante Bereiche der deutschen Ökonomie werden unterbunden, die Bezugsquellen für wichtige Rohstoffe und Vorprodukte sollen diversifiziert werden, bestimmte Schlüsselprodukte wie Halbleiter oder Batterien sollen möglichst im Inland produziert werden, um die Importabhängigkeit zu reduzieren. Der veränderte Diskurs in Bezug auf China macht sich bereits in der Außenhandelsstruktur bemerkbar. Zwar sind die Exporte nach China wie auch Importe in absoluten Zahlen bis vor Kurzem gewachsen, doch seit 2020 ist der Anteil Chinas an den deutschen Exporten erstmals gesunken. Während er 2020 bei 7,9 Prozent lag, betrug er im Juli 2023 noch 6,6 Prozent. Der Anteil der USA an den deutschen Exporten stieg dagegen von 8,6 Prozent im Jahr 2020 auf 10,8 Prozent im Juli 2023.

DIE QUADRATUR DES KREISES

Die Bundesregierung und die deutschen Wirtschaftsverbände streben nach der Quadratur des Kreises: Sie versuchen einerseits, die Beziehungen zu den USA zu vertiefen,[2] andererseits die »strategische Autonomie« der EU zu erhöhen und den Marktzugang in China aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig versuchen sie verstärkt, in andere Länder und Regionen zu expandieren und so Ersatz zu finden, sollten sich die Beziehungen zu China weiter verschlechtern. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen der EU um Handels- und Investitionsschutzabkommen und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit einer Vielzahl von Ländern. Doch die meisten Länder, die als Ziele für den Export von Waren und Kapital anvisiert werden, können schon allein aufgrund ihrer geringeren Größe nicht die Rolle übernehmen, die China in den vergangenen Jahrzehnten gespielt hat. Zudem bestehen zum Beispiel in Indien nicht die staatlichen Kapazitäten, um einen vergleichbaren Akkumulationsprozess anzustoßen. Insofern ist es eher unwahrscheinlich, dass Deutschland nochmals einen Exportboom wie im letzten Jahrzehnt erleben wird.

DIE HAUSGEMACHTEN PROBLEME UND IHRE BLOCKIERTE LÖSUNG

Die exportorientierte Entwicklungsweise unterminiert derzeit – wie oben dargestellt –

ihre eigenen Grundlagen. Die Infrastrukturmängel haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Produktion infrage stellt. Die zunehmenden Sperrungen aufgrund der Sanierung von Straßen, Brücken und Bahnlinien verursachen beispielsweise Umwege und längere Transportzeiten und damit erhebliche Mehrkosten für die privaten Unternehmen. Das vermindert die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der auch Ergebnis des defizitären Bildungssystems, einer restriktiven Migrationspolitik sowie rassistischer und sexistischer Diskriminierung ist und insofern selbstverschuldet. Die Produktivkraftentwicklung wird durch die fehlende Qualifikation von Arbeitskräften ebenso gebremst wie durch den sinkenden Anteil von Investitionen in Maschinen und Anlagen.

Die mangelnden Investitionen in die Infrastruktur und das Bildungswesen werden von Wirtschaftsverbänden seit Jahren als Probleme benannt. Teile des Machtblocks sind durchaus bereit, dem Staat wieder eine größere Rolle in der Infrastruktur- und Industriepolitik zuzugestehen. Durch den Krieg in der Ukraine haben sich allerdings die Prioritäten zugunsten der Aufrüstung verschoben; die Gelder, die dem Militär zufließen, fehlen an anderer Stelle. So bleiben die Mittel für den »grünen« Umbau und die Energiewende nicht nur weit hinter dem zurück, was klimapolitisch notwendig wäre. Sie reichen auch nicht, um eine neue wirtschaftliche Dynamik in Gang zu setzen. Ohnehin wird der »grüne« Umbau der Wirtschaft von der hegemonialen Fraktion im Machtblock nicht als Alternative zur exportorientierten Entwicklung, sondern als Mittel zu ihrem Erhalt gesehen: Das deutsche Kapital möchte Weltmarktführer bei »grünen« Technologien werden und diese in alle Welt exportieren. Damit reproduziert sich die selbstzerstörerische Dynamik allerdings nur auf anderem Niveau. Für die Investitionen in Infrastruktur, Bildungswesen und »grünen« Umbau fehlen vor allem deshalb ausreichende Mittel, weil die verschiedenen Fraktionen des Machtblocks weiterhin an einer neoliberalen Fiskalpolitik festhalten. Natürlich möchten die Kapitalisten Steuern senken und nicht erhöhen – das ist ihr kleinster gemeinsamer Nenner, der sie trotz aller Interessensgegensätze zusammenschweißt. Auch an der Schuldenbremse wird festgehalten – abgesehen davon, dass Schulden in Nebenhaushalte ausgelagert und in »Sondervermögen« umbenannt werden. Wenn Umbauprogramme weder durch die Erhöhung von Steuereinnahmen noch durch eine umfangreichere Neuverschuldung finanziert werden können, bleibt aber nur eine Umverteilung auf Kosten anderer Staatsausgaben wie etwa der Sozialleistungen. Zudem sinken die Steuereinnahmen, wenn die Wirtschaft schrumpft. Daher werden die Rufe nach einer »Agenda 2030« wahrscheinlich lauter werden, je mehr sich die Krise zuspitzt.

Wenn die staatlichen Mittel insgesamt stagnieren oder schrumpfen und gleichzeitig innerhalb des Staates umverteilt wird – für Aufrüstung und neue Subventionsprogramme für Großunternehmen, wie aktuell in der Halbleiterindustrie –, werden die Verteilungskonflikte deutlich zunehmen. Die Auseinandersetzungen um die Kindergrundsicherung haben einen Vorgeschmack gegeben: 100 Mil-

liarden Euro werden für die Bundeswehr mobilisiert, zehn Milliarden Euro für den US-amerikanischen Intel-Konzern, um ihn nach Magdeburg zu locken – gleichzeitig fehlt das Geld für die Kindergrundsicherung.

Leider sind die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die Linke gegenwärtig nicht in der Verfassung, die kommenden Angriffe des Kapitals abzuwehren, geschweige denn die notwendige ökosozialistische Transformation voranzutreiben. Die Arbeiterklasse droht durch die sich entfaltende Krise und die kapitalistische Transformation weiter an Macht zu verlieren. Das zeigt etwa der Blick auf die Autoindustrie, die für die deutsche Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Die inländische Produktion ist nach Daten des Verbands der Automobilindustrie bereits von über 5,7 Millionen Pkw im Jahr 2016 auf weniger als 3,5 Millionen im Jahr 2022 gesunken. Durch die fortlaufenden Produktionsverlagerungen ins Ausland und die Umstellung auf den Elektromotor sinkt das Arbeitsvolumen in der hiesigen Industrie. Ein Verlust von Marktanteilen zugunsten chinesischer Produzenten könnte diese Situation noch verschärfen. Bereits jetzt sind die Produktionskapazitäten vieler Automobilwerke nur noch unzureichend ausgelastet. Damit gerät aber auch eine zentrale Machtbasis der IG Metall unter Druck. Die Gewerkschaft hat seit 2019 mehr als 100 000 Mitglieder verloren. Wenn die IG Metall und andere Gewerkschaften weiter an Macht verlieren, hat das schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Doch wer weiß: Vielleicht verstärkt die Krise auch den Druck, sich von der »Sozialpartnerschaft«, der Fetischisierung der Exporte und der »Wettbewerbsfähigkeit« des »Standorts Deutschland« zu verabschieden und über radikalere Handlungsoptionen nachzudenken. Notwendig wären eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und die Vergesellschaftung des Produktionsapparats. Letzteres ist nötig, um ihn sozial-ökologisch umzubauen, die soziale Infrastruktur auszubauen und die Produktion insgesamt an den sozial-ökologischen Erfordernissen und nicht am Profit zu orientieren. In dem Maße, in dem die exportorientierte Entwicklungsweise an ihre Grenzen stößt und damit die Spielräume für reformistische Politik schrumpfen, wächst die Gefahr autoritärer Versuchungen. Damit wird die Notwendigkeit einer radikalen sozialistischen Politik jenseits der Sozialdemokratie und des »linken« Konservatismus jedoch umso deutlicher.

LITERATUR

Beck, Stefan, 2014: Vom Fordistischen zum Kompetitiven Merkantilismus. Die Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland zwischen Wirtschaftswunder und Europäischer Krise, Marburg

Candeias, Mario, 2023: Wirtschaftswende jetzt. Die Erosion des deutschen Exportmodells erfordert Elemente einer neuen Ökonomie, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/50716/wirtschaftswende-jetzt

Nölke, Andreas, 2021: Exportismus. Die deutsche Droge, Frankfurt a. M.

Schneider, Etienne, 2023: Neue deutsche Europapolitik. Währungsunion und Industriepolitik zwischen Eurokrise und geopolitischer Wende, Frankfurt a. M./New York

1 Zahlenangaben in diesem Text beruhen, wenn nicht anders angegeben, auf Daten des Statistischen Bundesamts und eigenen Berechnungen.

2 Diesem Ziel dienen vor allem der 2021 von der EU und den USA gegründete Trade and Technology Council sowie die Bemühungen der EU um die Wiederaufnahme der Gespräche für ein Transatlantisches Handels- und Investitionsschutzabkommen.



Guillaume Paoli ist Schriftsteller, Philosoph und Demotivationstrainer. Ende der 1990er war er Mitbegründer der »glücklichen Arbeitslosen« und ihrer Zeitschrift *müßiggangster*. Am Leipziger Centraltheater unterhielt er die »Prüfgesellschaft für Sinn und Zweck« und an der Volksbühne in Berlin organisierte er die Diskussionsreihe »Im Zentrum des Übels«. Zuletzt veröffentlichte er bei Matthes & Seitz (2023) das Buch »Geist und Müll. Von Denkweisen in postnormalen Zeiten«, aus dem diese Auszüge mit freundlicher Genehmigung des Verlags entnommen sind.

DAS DESASTER BEGREIFEN

VON DENKWEISEN IN POSTNORMALEN ZEITEN

AUSZÜGE AUS »GEIST UND MÜLL« VON GUILLAUME PAOLI

Das postnormale Wissen – Gelegentlich kommt es vor, dass ein Autor von seinem Gegenstand überholt wird. Das kann mir insofern nicht passieren, als mein Gegenstand die Überholung selbst ist. Nur überstürzen sich die Dinge in einem derart atemberaubenden Tempo, dass ich die Vergeblichkeit meines Unterfangens nicht ganz ausschließen kann. […]

Über zwei Jahre sind verstrichen, seitdem ich mit Notizen anfing, ursprünglich in der Absicht, etwas Unruhe in der trügerischen Stille deutscher Publizistik zu stiften. Gerade war Greta Thunbergs Aufruf »I want you to panic!« mit Sarkasmen und scheinheiligen Umarmungen erstickt worden. Noch bereiteten sich die Grünen vor, am Regierungslenkrad zu sitzen und die »Klimakurve« adrett hinzubekommen. Audi und VW entwarfen klimafreundliche Stadtgeländewagen. Ich erlebte nette Talkrunden über die Klimafrage und wie sie mit der sozialen Frage zu verknüpfen sei. Von Beunruhigung keine Spur. […]

Mich wunderte diese Unaufgeregtheit umso mehr, als in meinem Herkunftsland Frankreich die Vorstellung eines bevorstehenden, nicht genauer dargelegten *effondrement* (Zusammenbruch) allgegenwärtig war und »Kollapsologie«-Bücher sich wie geschnitten Brot verkauften. Diese Diskrepanz wollte ich untersuchen. Doch kaum hatte ich mich an die Arbeit gemacht, ging es mit der Kalamitätenkaskade los. Pandemie. Lockdown. Überschwemmungen. Trockene Flüsse. Hitzewellen. Stürme. Waldbrände.

PANDEMIE SCHNEEFREIE BERGE

»Selbst für professionelle Gute-Laune-Spender wurde es sehr schwer, die Evidenz weiterhin wegzureden: Nein, keine Katastrophe steht bevor, wir stecken bereits mittendrin.«

Schneefreie Berge. Logistische Ausfälle. Missernte. Halbleitermangel. Insektenschwund. Energieknappheit. Krieg. Bald machten Nachrichten nur noch schlecht gelaunt und Natursendungen melancholisch. Selbst für professionelle Gute-Laune-Spender wurde es sehr schwer, die Evidenz weiterhin wegzureden: Nein, keine Katastrophe steht bevor, wir stecken bereits mittendrin. Düstere Zukunftsszenarien sind überflüssig geworden, die düstere Gegenwart reicht schon. Schnell wechselte die allgemeine Stimmung von Zwangsoptimismus zur Schockstarre, zu einem potenziell giftigen Mix aus Resignation und Verwirrung. Unter all den Drohungen ist dies die unmittelbarste: Der Verstand hinkt der Wirklichkeit hinterher, und in den Zwischenraum drängen Ängste und Ersatzhandlungen. […]

Unsternstunden der Menschheit – Ich muss mich zunächst für eine Bezeichnung entscheiden, die meine Absicht am geeignetsten ausdrückt. Worte sind wichtig. Entschieden zurückgewiesen werden zunächst einmal Krise und Katastrophe. Da beide Begriffe aus dem Theater kommen, sind sie dem aristotelischen Prinzip der drei Einheiten unterworfen: Wie auf der Bühne müssen Zeit, Raum und Handlung klar eingegrenzt sein.

Eine Ölkrise oder eine Finanzkrise sind aber bloß akute Manifestationen von strukturellen Widersprüchen (der Erdölabhängigkeit, der Bewegung des fiktiven Kapitals), worüber sie jedoch wenig Auskunft geben. So kann getan werden, als ob Krisen bloß behebbare Störungen eines sonst funktionierenden Systems seien. Bei Katastrophen verhält es sich ebenso. Eine Überschwemmung oder ein Waldbrand sind Katastrophen. Wenn sie eintreten, gibt es für Ursachenforschung keine Zeit, Rettungsmaßnahmen kommen vor – doch sobald die Schäden behoben worden sind, kehrt der Alltag wie gehabt zurück. Von Krisen oder Katastrophen in Bezug auf globale, langfristige Prozesse zu sprechen, ist also bereits eine Verharmlosung nach dem wohlbekannten Prinzip: Krieg den Symptomen, Friede den Ursachen! Obwohl weniger beruhigend, sind Vokabeln wie Kollaps oder Untergang wiederum allzu deterministisch. In ihnen ist der Schluss der Geschichte bereits vorweggenommen, für alternative Pfade gibt es keinen Platz. Nur: Wenn das Schicksal besiegelt ist, fragt sich schon, wieso noch darüber nachdenken und schreiben, geschweige denn etwas dagegen tun? Andersherum nähren Begriffe wie das Anthropozän oder das »neue klimatische Regime« die Illusion eines Wandels zu einer festen, absturzsicheren Neuzeit. So viel Optimismus ist wiederum wirklich fehl am Platz. Alles in allem ist also keine dieser gängigen Charakterisierungen der gegenwärtigen Situation wirklich brauchbar. Viel eher geben sie Auskunft über den subjek-

MISSERNTE HALBLEITER-MANGEL

»Von einer selektiven Wahrnehmung des Desasters kann hier nicht die Rede sein: Die selektive Wahrnehmung ist Teil des Desasters.«

tiven Zustand ihrer Benutzer. Ich für meinen Teil suche einen Begriff, der drei Affekte nicht ausschließt: das Entsetzen über das gigantische Scheitern einer ganzen Zivilisation, den Zorn angesichts der verheerenden Konsequenzen sowie die Bockigkeit, sich nicht damit abzufinden. Es fehlt in der deutschen Sprache ein genaues Äquivalent für das englische *predicament*, eine gefährliche, dauerhafte Lage, der man nur mit großen Schwierigkeiten entkommen kann. Nach reinicher Überlegung werde ich vorläufig »das Desaster« schreiben. Nicht dass das Wort eindeutiger wäre (Des-aster bedeutet Unstern). Ganz im Gegenteil: Es ist für mein Anliegen unspezifisch genug. Zu oft wird nämlich das Desaster auf die Klimaerwärmung reduziert, als ob diese die Krankheit sei und nicht das Fieber, das auf die Krankheit hinweist. Gewiss verursacht das Fieber selbst furchtbare Schäden, die *causa prima* ist es jedoch nicht. Ebenso wenig das einzige Symptom. Glaubt man vielen Forschern, ist die Extinktion der Arten noch bedrohlicher als der Klimawandel. Nur kommt sie in den Nachrichten seltener vor, weil sie weniger wahrnehmbar ist, zumindest für Stadtbewohner, deren einzig verbliebener Bezug zur Natur das Wetter ist. Überdies lässt sich mit der Rettung bedrohter Tiere und Pnanzen im Gegensatz zur »Energiewende« kein Geld verdienen. Von einer selektiven Wahrnehmung des Desasters kann hier nicht die Rede sein: Die selektive Wahrnehmung ist Teil des Desasters. Darum ist mir die Ungenauigkeit des Wortes lieb. Es beschränkt sich nicht auf erkannte, lösbare Probleme, sondern schließt das Unfassbare ein. […]

Anders betrachtet – »Alle bisherige Philosophie, bis hin zu Adorno, geht von der Selbstverständlichkeit des Weiterbestands der Welt aus. Zum ersten Mal wissen wir von der Welt, in der wir leben, nicht, ob sie (weiter)bleiben wird. Nicht deutlicher konnte Günther Anders (1902–1992) zeigen, welch historische Zäsur Hiroshima markiert. Nicht nur die Zeitlosigkeit des Seins ist dahin, auch das beständige Werden stößt auf eine Grenze. Das Damoklesschwert hat gewaltige Auswirkungen auf Geist und Seele, die Anders als erster (und lange Zeit als einsamer) Denker untersuchte und eindrucksvoll beschrieb. Für Abiturienten der Greta-Thunberg-Oberschule sollten seine Schriften Pflichtlektüre sein! Bereits 1960 verkündet er: Nunmehr gibt es keine Zukunft, nur noch eine Frist. Die Frage ist nicht einmal, ob das Zeitenende kommen muss. Es kann kommen, und allein diese Drohung reicht, um die präsente Existenz aufzuwühlen. Wir sind, stellte Anders fest, die »erste Generation der letzten Menschen«. Nicht nur du Gattungsglied bist sterblich, sondern die Gattung selbst. Ein Intermezzo innerhalb eines Intermezzos bist du geworden. So unfassbar der Tod schon immer war, immerhin war »das Nichtsein im Raume des Seins« eingebettet. Andere lebten weiter, selbst nach den furchtbarsten Genoziden. Nun aber droht die totale Vernichtung, und damit ändert

STÜRME ENERGIE-KNAPPHEIT

sich unser metaphysischer Status gewaltig. Angesichts des absoluten Nichtseins (freilich eine paradoxe Formulierung!) gehen alle Figuren des Absoluten verlustig. Gewiss sind seit Beginn der Aufklärung das Göttliche, das Natürliche, das Gute, das Schöne nach und nach in den Fluss der Zeit getränkt, also historisiert worden. Ob die Entabsolutierung eine unbewusste Vorsorgetherapie war? Viel geistige Energie wurde jedenfalls aufgewendet, um nachzuweisen, dass vermeintlich zeitlose Werte und Sitten in einer bestimmten Epoche zu einem bestimmten Zweck entstanden waren. Doch gerade die allgemeine geschichtliche Relativierung, meint Anders, hat die Geschichte zum letzten Absolutum erhoben. Nun wird mit dem drohenden Zeitenende die Geschichte selbst relativ. Wenn niemand mehr da ist, um sich an sie zu erinnern, ist es eben, als wenn sie niemals gewesen wäre. Wir müssen uns daran gewöhnen, so ein Leitmotiv Anders', in der grammatischen Form des Futur II zu denken. Anstatt »es war einmal«: Es wird einmal eine Geschichte gewesen sein. So wird die Nostalgie vorweggenommen, wofür die Zukunft keine Gelegenheit mehr bieten wird. Plötzlich wird die Gegenwart mit einem seltsam tröstlichen, melancholischen Licht geflutet.

Der Sinn der Vorhersage ist ihre Widerlegung – Stalin wird der Satz nachgesagt: »Der Tod eines Einzelnen ist eine Tragödie, eine Million Tote sind eine Statistik.« Aber selbst wenn im letzten Fall die Trauer abstrakter ist, möglich ist sie noch. Hingegen ist Weltuntergang nur ein Wort. Da streikt das Vorstellungsvermögen komplett. Zu der Frage, warum die Menschen vor der Eventualität einer Auslöschung der Gattung so reagieren, als ob sie nicht betroffen seien, versteht Anders, dass die Propaganda nur eine untergeordnete Rolle spiele. Verantwortlich ist das im wahrsten Sinne unfassbare Ausmaß der Bedrohung selbst. Darum sei die primäre Aufgabe des Philosophen die Erweiterung der Vorstellungskraft. Weil Apokalypse die einzig verfügbare Referenz ist, muss erläutert werden, woran sich der heute erforderliche Apokalypse-Begriff vom tradierten religiösen unterscheidet. Erstens ist er keine Metapher mehr, sondern reale Wahrscheinlichkeit. Die Atombomben sind doch da. Zweitens geht es um »nackte Apokalypse«, will heißen: Nach ihr kommt kein Reich. Das Ereignis ist bar jeder Verheißung, ja nicht einmal einer nihilistisch suizidalen. Selbstmord heißt Freitod, doch in diesem Punkt fehlt einem die Möglichkeit der freien Wahl komplett. Darum ist bei Anders die apokalyptische Leidenschaft eine »prophylaktische«, sie zielt einzig und allein darauf, die reale Apokalypse zu unterbinden. Der wahre Prophet ist der falsche: Wird seine Mahnung von seinen Mitmenschen erhört, tritt das angekündigte Unheil nicht ein und er wird für einen Spinner gehalten. Gewiss ist es ein paradoxes Unterfangen, eine Vorhersage nur zu machen, um Unrecht zu bekommen. Das Als-ob-Verfahren setzt eine gewisse Theatralik voraus. In seiner Fabel »Die beweinte Zukunft« lässt Anders Noah

KRIEG LOCKDOWN WALDBRÄNDE

sagen: »Die im Trug leben, die werde ich betrügen. Die verführt sind, noch einmal verführen. [...] Und die ängstlich sind, [sollen] noch ängstlicher gemacht werden, bis sie teilhaftig werden der Wahrheit. Durch Gaukelei werde ich sie erschrecken. Und durch Schrecken zur Einsicht bringen. Und durch Einsicht zum Handeln.« Das könnte für die Klimabewegung Programm sein. Ob die Strategie aufgeht, ist noch nicht erwiesen. Wohl aber, dass die anderen gescheitert sind.

Belebende Angst – Nun stellt sich die Frage, inwiefern Anders' Gedanken zur thermonuklearen Apokalypse (nennen wir sie Desaster A) auf Klimaerhitzung, Artensterben und Umweltzerstörung (Desaster B) übertragbar sind. Es fällt sofort auf, dass Desaster A ein extrem konzentriertes ist, wogegen Desaster B sich als extrem diffus erweist. Im ersten Fall steht die Ursache fest, sie ist lokalisierbar, wird bewusst beschlossen, und die Zahl der Verantwortlichen ist überschaubar. Nichts desgleichen gilt für Desaster B. Obschon es das finale Resultat unzähliger politischer und industrieller Entscheidungen ist, geplant wurde es nicht. Die Schuld teilen Abermillionen Entscheidungsträger, Mitläufer und Profiteure, mit enorm ungleichen Anteilen, sodass sich, anders als beim Atombombenabwurf, keine klare Opfer-TäterGrenze ziehen lässt. Ein weiterer Unterschied: Es wäre – rein theoretisch! – möglich, Desaster A ein für alle Mal zu beseitigen, wenn etwa auf Druck einer globalen Friedensbewegung ein allgemeines Verbot der Urananreicherung durchgesetzt würde. Hingegen wäre Desaster B selbst mit sofortigem Emissionsstopp und Giftstoffverbot nicht ganz aus der Welt geschafft. Eine Rückkehr zum Status quo ante wird es nicht geben. So kommen wir zur wichtigsten Differenz: Der finale Atomknall ist *the Big One*, ein sekundenschnelles, singuläres Ereignis, das alles Vorige abrupt unterbricht und kein Danach zulässt. Im Gegensatz dazu erleben wir mit dem laufenden anthropogenen Umweltdesaster eine lange, zerstreute, disparate Folge von Extremphänomenen, hüben eine Hitzewelle, drüben eine Überflutung, kein Einzelereignis also, sondern eine fortschreitende Erosion. Gewiss kann sich diese verstärken und beschleunigen, ganze Gebiete mögen unbewohnbar werden, ganze Zivilisationsbrocken sich plötzlich desintegrieren, umso unspektakulärer dann der Schlussstrich, wenn er kommt – *not with a bang, but a whimper*. Das Ende geht uns nicht an. Im Gegensatz zur thermonuklearen Apokalypse reicht es also nicht, die Frist zu verlängern, die Sorge richtet sich auf die Gestaltung der Frist selbst. Allerdings muss diese als solche anerkannt werden, und dafür bleibt Günther Anders verblüffend aktuell. Gegen alle blasierten Versager und einfältigen Zwangsoptimisten hallt sein Aufruf, »Mut zur Angst« zu haben, unter den jungen Aktivisten von Extinction Rebellion und Ende Gelände wider. Allerdings, so Anders weiter, muss diese Angst eine furchtlose sein (keine panische), eine liebende (keine egoistische) und eine belebende, die »uns statt in die Stubenecken hinein in die Straßen hinaus« treiben soll.

KAPITALISMUS AM LIMIT
WARUM IST DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHE UMBAU SO UMKÄMPFT?

ULRICH BRAND & MARKUS WISSEN

Der Kapitalismus kann die Folgen seiner Krisen nicht mehr bearbeiten. Weil echte Lösungen blockiert sind, heizen sich die Konflikte auf.

Der Streit, der in Deutschland 2023 um das neue Gebäudeenergiegesetz ausgetragen wurde, ist ein Gradmesser dafür, wie umkämpft die sozial-ökologische Transformation ist. Er deutet zudem an, was an Transformationskonflikten künftig zu erwarten ist und welche Akteure und Interessen darin aufeinandertreffen: ökologische Modernisierer*innen, konservativ-liberale Apologet*innen des Status quo und reaktionäre Erdzerstörer*innen, die die Zukunft in der fossilen Vergangenheit zu sehen glauben. Die einzige Position, die zeitlich (im Hinblick auf künftige Generationen), räumlich (im Hinblick auf den globalen Süden) und sozial (im Hinblick auf Klassen- und Geschlechterverhältnisse sowie ein Ende rassistischer Diskriminierungen) verallgemeinerbar ist, bleibt marginal.
Es ist die Position einer radikalen sozial-ökologischen Transformation, die nicht nur die energetische Grundlage kapitalistischer Gesellschaften infrage stellt, sondern auch deren kulturelle politische Ökonomie, die also für eine Gesellschaft streitet, in der die demokratisch und unter Berücksichtigung ökologischer Restriktionen auszuhandelnden Bedürfnisse aller statt die Partikularinteressen weniger im Vordergrund stehen.

Dass es diese Position in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen so schwer hat, ist auch der Komplexität der Krise geschuldet. Wir haben es nicht nur, wie in den großen Krisen zu Beginn der 1930er- und Mitte der 1970er-Jahre, mit dem möglichen Übergang von einer kapitalistischen Formation in die nächste zu tun, sondern auch mit einer fundamentalen Krise des Kapitalismus selbst und einer ökologischen Krise, die die Bedin-



gungen menschlichen Lebens auf der Erde dauerhaft zum Schlechteren verändert.

Im Folgenden argumentieren wir, dass sich die geologischen und ökologischen Krisenphänomene unter den Vorzeichen des (neoliberalen) Kapitalismus nicht mehr bearbeiten lassen.[1] Gleichzeitig kann Letzterer nicht einfach überwunden werden, weil er vermittelt über die imperiale Lebensweise tief in den gesellschaftlichen Orientierungen, Alltagspraktiken, sozialen Kräfteverhältnissen, Infrastrukturen und Institutionen verankert ist. Diese widersprüchliche Konstellation bildet den Hintergrund für die derzeit stattfindenden Transformationskonflikte.

ULRICH BRAND ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und beschäftigt sich mit globaler politischer Ökonomie. Dabei liegt sein Fokus auf der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung.

MARKUS WISSEN lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Gesellschaftswissenschaften. Er forscht insbesondere zu sozial-ökologischen Transformationsprozessen.

ANTHROPOZÄN, ÖKOLOGISCHE UNGLEICHHEITEN UND KAPITALOZÄN

Die Menschheit, so lautet eine zentrale Diagnose der Erdsystemwissenschaften, ist in ein neues Zeitalter eingetreten: das Anthropozän. Im Unterschied zum Holozän, der Warmzeit, die vor fast 12 000 Jahren begann und den Hintergrund für die Entstehung menschlicher Zivilisationen bildete, ist es dadurch gekennzeichnet, dass Menschen zu einem geophysischen Faktor geworden sind. Sie haben die natürlichen Systeme und insbesondere das Klima in einem Ausmaß verändert, dass diese nicht mehr als »natürlich« betrachtet werden können. Das gilt vor allem seit der »großen Beschleunigung« des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung, wie sie Mitte des 20. Jahrhunderts einsetzte (Steffen u.a. 2011). »Planetare Grenzen« wurden überschritten: In Bezug auf das Klima, die Biodiversität und andere Erdsysteme befindet sich die Menschheit außerhalb ihres *safe operating space* (Rockström u.a. 2009). Historisch ist die Menschheit erstmals damit konfrontiert, dass die stabilen Hintergrundbedingungen ihrer Geschichte aufgrund menschlichen Handelns in Bewegung geraten und die

Lebensbedingungen auf der Erde grundlegend verändern (Chakrabarty 2022, 309). Die vielen Katastrophen der letzten Jahre – die Überschwemmungen in Pakistan, die Feuer in Griechenland, die Trockenheit in Spanien oder Frankreich etc. – sind nur ein Vorgeschmack des Kommenden.

Will man die Ursachen dieser Entwicklungen begreifen, lohnt ein Blick auf die Befunde der ökologischen Ungleichheitsforschung. Diese befasst sich mit den enormen Unterschieden bei der Verursachung der CO_2-Emissionen. So stellt der »Climate Inequality Report« in Bezug auf 2019 fest:

»Die obersten zehn Prozent der Emittent*innen sind für fast die Hälfte der globalen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich […]. Mit anderen Worten, die von den unteren 90 Prozent der Weltbevölkerung verursachten Emissionen sind nur geringfügig höher als die der obersten zehn Prozent. […] Das oberste ein Prozent erzeugt mehr als ein Sechstel der globalen Emissionen, wobei seine Pro-Kopf-Emissionen das 16-Fache des globalen Durchschnitts von 2019 betragen. Diese Zahlen beinhalten, dass die Gesamtemissionen des obersten einen Prozents die Emissionen der gesamten unteren Hälfte der Weltbevölkerung übersteigen.« (Chancel u.a. 2023, 23; vgl. Neckel 2023) Wichtig ist, dass die genannten Zahlen sich nicht nur auf den Konsum, sondern auch auf Investitionsentscheidungen beziehen.

»Das oberste ein Prozent erzeugt mehr als ein Sechstel der globalen Emissionen, wobei seine Pro-Kopf-Emissionen das 16-Fache des globalen Durchschnitts von 2019 betragen.«

Wenn die Superreichen in die Öl- und Gasindustrie oder in die für großflächige Abholzungen verantwortliche industrielle Landwirtschaft des globalen Südens investieren, dann finanzieren sie damit ökonomische Aktivitäten, deren klimapolitische Folgen selbst noch ihren extremen Überkonsum in den Schatten stellen.

Diese Diagnose der ökologischen Ungleichheit ist wichtig, gleichwohl bleibt sie unterkomplex. Denn sie suggeriert, dass die ökologische Krise vor allem durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen bearbeitet werden könnte – und nicht durch strukturelle Veränderungen der Produktions- und Lebensweise. Marxistische Krisendiagnosen haben sich demgegenüber mit den Strukturprinzipien beschäftigt, die die ökologischen Ungleichheiten hervorbringen und für den Übergang der Menschheit ins Anthropozän verantwortlich sind. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den raum-zeitlichen Expansionsdynamiken der kapitalistischen Produktionsweise, aufgrund derer sie dazu tendiert, ihre eigenen Existenzbedingungen zu untergraben. Stellt man diese Dynamiken in Rechnung, dann wird das Anthropozän als »Kapitalozän« begreifbar (siehe u.a. Altvater 2018). Damit wird der von den Erdsystemwissenschaften entwickelte und empirisch untermauerte Befund anerkannt, dass der menschliche Stoffwechsel mit der Natur so tief gestört ist, dass die uns bekannten Bedingungen menschlichen Lebens auf der Erde in Frage stehen. Doch im Unterschied zur Anthropozän-These wird der Verweis auf eine abstrakte »Menschheit« als Problemursache durch eine Analyse der konkreten sozialen Verhältnisse, sprich der zerstörerischen

kapitalistischen Naturverhältnisse, ersetzt, die für die Krise verantwortlich sind. Damit schürft die Kapitalozän-These auch tiefer als die ökologische Ungleichheitsforschung, die die für die Ungleichheit verantwortlichen gesellschaftlichen Strukturprinzipien weitgehend außer Acht lässt.

ÖKO-IMPERIALE SPANNUNGEN UND DAS AUSSEN DES KAPITALISMUS

Neuere kritische Krisendiagnosen knüpfen an die Kapitalozän-These an, betonen aber stärker die sozial-ökologischen Widersprüche, die an der Grenze zwischen der kapitalistischen Ökonomie und ihren »außerökonomischen« Existenzbedingungen zu verorten sind. Der Kapitalismus, so hebt etwa Nancy Fraser (2023) hervor, ist auf Voraussetzungen in Gestalt von Natur und unbezahlter oder niedrig entlohnter Reproduktionsarbeit angewiesen, die er selbst nicht herstellen kann, sondern im Gegenteil ständig zu untergraben droht. Wichtige Voraussetzungen der Kapitalakkumulation finden sich zudem im globalen Süden. Dazu gehören fossile und metallische Ressourcen, Senken wie die großen Regenwälder, billige Arbeitskraft. Deren Ausbeutung bzw. Aneignung wird nicht selten durch neokoloniale Praktiken in Form von ökonomischem und politischem Druck sowie militärischer Gewalt gewährleistet und in neokolonialen Narrativen der »Entwicklung« normalisiert.

Das Problem ist nun, dass die außerökonomischen Bedingungen des Kapitalismus im Schwinden begriffen sind. Es schrumpfen die geografischen Räume und gesellschaftlichen Sphären, auf die sich die sozial-ökologischen Kosten der kapitalistischen Produktionsweise in der Vergangenheit verlagern ließen: Die natürlichen Senken sind mit der Aufnahme der Emissionen überfordert, wichtige Rohstoffe gelten zunehmend als »kritisch« und die Aneignung und Ausbeutung von Arbeitskraft gerät an ihre Grenzen. Die kapitalistische Ökonomie ist drauf und dran, ihre eigene Substanz – die außer-ökonomischen Bedingungen, die sie selbst nicht herstellen kann, auf die sie aber angewiesen ist – zu verschlingen. Verschärft wird dieser Prozess noch dadurch, dass sich der fortgeschrittene Kapitalismus konkurrenzvermittelt über seine historischen Zentren hinaus ausdehnt, sodass auch ehemalige Ökonomien des globalen Südens nun darauf angewiesen sind, ihre sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren. Gleichzeitig werden neue Formen und Räume als Außen geschaffen, wenn wir etwa an den Tiefseebergbau oder an die Speicherung von Emissionen unter der Erde oder im Meeresuntergrund denken. Die Konsequenz sind zunehmende öko-imperiale Spannungen zwischen den alten Zentren und ihren

»Der Mechanismus der Externalisierung gerät ins Stocken, das Angewiesensein auf ein Außen schlägt in eine existenzielle Bedrohung der kapitalistischen Produktionsweise um.«

jungen Herausforderern. Der Mechanismus der Externalisierung gerät ins Stocken, das Angewiesensein auf ein Außen schlägt in eine existenzielle Bedrohung der kapitalistischen Produktionsweise um, die Schaffung von externen Sphären bringt neue Probleme und Konflikte.

In dieser Situation liegt ein zentrales Transformationshemmnis darin, dass der

Kapitalismus vermittelt über die imperiale Lebensweise tief in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, den wirtschaftlichen und politischen Institutionen, den physischen Infrastrukturen sowie den Alltagswahrnehmungen und -praktiken verankert ist. Eine effektive Bearbeitung der öko-imperialen Spannungen und der Krise kapitalistischer Naturverhältnisse wird dadurch erschwert oder gar verunmöglicht. Der Horizont dessen, was als vorstellbar und machbar gilt, wird begrenzt.

CHRONOLOGIEN DER KRISE

Ein Symptom dieser Widerspruchskonstellation ist die Verschränkung verschiedener Chronologien. Dabei sind mehrere Krisenprozesse zu unterscheiden, die mit den zuvor diskutierten Zeitdiagnosen in den Blick geraten. Erstens bricht die »planetarische Zeit« der geologischen Geschichte in die historische Zeit der Menschheitsgeschichte ein und dynamisiert deren zuvor weitgehend unbewegliche Hintergrundbedingungen in einer für die Menschheit und für nicht-menschliche Lebewesen existenzbedrohenden Art und Weise. Die planetarische Krise und das Alltagsleben stehen in einem engen Zusammenhang. Erstere sickert in Letzteres ein und geht gleichzeitig »teilweise auf Entscheidungen zurück […], die wir in unserem Alltagsleben treffen (wie etwa ob wir fliegen, Fleisch essen oder anders mit Energie aus fossilen Brennstoffen umgehen)« (Chakrabarty 202, 20f). In jedem Fall ist die ökologische Krise eine globale Krise, die sich in ihrem Ausmaß und in ihren Wirkungen nur in geologischen Zeiträumen denken lässt.

»Mit dem fossilen Metabolismus und dem Akkumulations- und Wachstumsimperativ, die dem Kapitalismus innewohnen, hat sich die Menschheit innerhalb weniger Jahrhunderte in die geologische Geschichte eingeschrieben.«

Im Hinblick auf ihre Ursachen, so ein Befund der Kapitalozän-Debatte, handelt es sich jedoch um eine Krise auf einer zweiten, weitaus niedrigeren Zeitebene, nämlich jener der kapitalistischen Produktionsweise. Mit dem fossilen Metabolismus und dem Akkumulations- und Wachstumsimperativ, die dem Kapitalismus innewohnen, hat sich die Menschheit innerhalb weniger Jahrhunderte in die geologische Geschichte eingeschrieben. »Reduziert man die Geschichte unseres Planeten auf einen Tag mit 24 Stunden, dann erschien der *Homo habilis* erst in der letzten Minute, das Holozän begann im letzten Viertel einer Sekunde und die industrielle Revolution in den letzten zwei Tausendsteln einer Sekunde.« (Bonneuil/Fressoz 2017, 4f)

Eine dritte, noch niedrigere Zeitskala, auf der sich derzeit krisenhafte Veränderungen ereignen, ist die der kapitalistischen Formation. In der Finanzkrise von 2008/09 haben sich die Widersprüche des Postfordismus zugespitzt. Der Finanzkrise folgte 2019 die Corona-Pandemie, in deren Zuge viele Lieferketten unterbrochen wurden, die lange Zeit das Rückgrat der kapitalistischen Globalisierung gebildet hatten. Letztere ist zudem durch die zunehmenden geopolitischen und -ökonomischen Spannungen zwischen den USA und China bedroht. Statt von globaler wirtschaftlicher Integration ist nun von Entflechtung und – in der EU – von »strategischer Autonomie« die Rede. Diese

Entwicklungen deuten an, dass wir uns in einer Krise des neoliberalen, finanzdominierten Kapitalismus befinden, der sich seit den 1970er-Jahren herausgebildet hat. Auch auf dieser Zeitskala hat die Krise eine sozial-ökologische Dimension: Im Postfordismus hat sich die fossilistische imperiale Lebensweise in den kapitalistischen Zentren vertieft und über diese hinaus weiter ausgebreitet. Der Ressourcenverbrauch und die CO_2-Emissionen sind enorm gestiegen. Der oben zitierten Ungleichheitsforschung zufolge hat eine drastisch verschärfte soziale Ungleichheit die ökologischen Zerstörungspotenziale, über die die Reichen und Superreichen der Welt verfügen, vervielfältigt.

Die etablierten liberal-demokratischen Verfahren sind für die Bearbeitung von Krisen, die auf derart unterschiedlichen und zugleich verschränkten Zeitskalen auftreten, denkbar schlecht gerüstet (vgl. Görg 2016). Die Logiken, denen sie folgen, werden der Tiefe und den zeitlichen Dimensionen der Krisen nicht annähernd gerecht. In geologischen Zeiträumen oder auch in Begriffen wie dem der kapitalistischen Produktionsweise zu denken ist in den bestehenden Institutionen kaum möglich. Es fällt durch das Raster der epistemischen Selektivitäten, die den institutionellen Horizont dessen, was vorstellbar und machbar ist, systematisch begrenzen.

Bestenfalls erlauben es die Institutionen der liberalen Demokratie, die Krisenbearbeitung als ökologische Modernisierung und als Übergang in eine – gleichwohl nicht als solche bezeichnete – neue kapitalistische Formation zu imaginieren und zu gestalten. Doch selbst dies ist hochgradig umkämpft. Getragen wird die ökologische Modernisierung von grünen Kapitalfraktionen aus der Branche erneuerbarer Energien, aus der Bauindustrie (Gebäudesanierung, Passiv- und Niedrigenergiehäuser), zunehmend auch der Chemie und der Stahlindustrie (grüner Wasserstoff) oder dem Mobilitätssektor (E-Automobilität) (vgl. Haas/Sander 2013). Deren Produkte und Technologien haben heute einen höheren Reifegrad als noch in der Krise 2008ff. Die Unternehmen, die sie herstellen, sind an einem verlässlichen politischen und rechtlichen Rahmen für weitere Investitionen interessiert. Gewerkschaften wie die IG Metall unterstützen die industrielle Modernisierung, in der Erwartung, dass Industriearbeitsplätze gesichert oder auch neu geschaffen werden.

Allerdings sind die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die den fossilen und neoliberalen Kapitalismus getragen und von ihm profitiert haben, noch immer stark und widersetzen sich selbst kleinsten Veränderungen. Dies zeigt sich unter anderem an der Ampel-Koalition in Deutschland, in der eine antiökologische Klientelpartei Maßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen, die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien oder das Auslaufen des Verbrennungsmotors blockiert. Dass sie dazu in der Lage ist, hängt mit der Hegemonie und damit auch den institutionellen Einschreibungen der imperialen Lebensweise zusammen. Dass die Kämpfe dennoch geführt werden, verweist auf die objektiven Grenzen Letzterer, die zunehmend sichtbar werden.

INTERREGNUM UND GLOBALE SOLIDARITÄT

»Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt

kommen kann.« (Gramsci 1991 [1930], 354) Diese von Antonio Gramsci 1930 vorgenommene Charakterisierung der Epoche, die mit dem Ersten Weltkrieg begann, lässt sich auf die heutige Zeit übertragen: Die herrschende Klasse hat »den Konsens verloren«, sie ist nicht mehr »führend«, sondern nur noch »herrschend«, »Inhaberin der reinen Zwangsgewalt«. Die Menschen haben sich von den traditionellen Ideologien entfernt und glauben nicht mehr an das, woran sie zuvor geglaubt haben (ebd.). Allerdings sind die Kräfte des Alten, in unserem Fall: des fossilen Kapitalismus, noch stark genug, um jene des Neuen daran zu hindern, ihrerseits führend und herrschend zu werden. Die Konturen des Neuen sind je nach zeitlicher Ebene sehr unterschiedlich bzw. übersteigen in Bezug auf die Ebene der planetarischen Zeit sogar unsere Vorstellungskraft. Gramsci benutzt für diese Konstellation des Übergangs den Begriff des Interregnums, der ursprünglich die Zeit zwischen dem Tod oder Abdanken eines Herrschers und dem Amtsantritt des Nachfolgers bezeichnet.

Ob und inwiefern wir uns heute (noch) in einem solchen befinden, ist umstritten. So diagnostiziert Mario Candeias für die Gegenwart ein »Ende des Interregnums«, das mit der Krise 2008/09 begann. »Wir leben in keiner offenen gesellschaftlichen Situation mehr, die Entwicklungspfade sind umkämpft, viele mögliche Alternativen aber bereits verunmöglicht, Wege verschlossen.« Zu beobachten sei die Herausbildung eines hegemonialen »grünen Katastrophen-Kapitalismus«, der sich räumlich gleichwohl sehr unterschiedlich auspräge (Candeias 2023).

Wir würden die Zeitdiagnose eines Katastrophen-Kapitalismus mit grünen Elementen teilen, halten dessen hegemoniale Potenziale aber für begrenzt. Zweifellos lassen sich heute vielerorts grün-kapitalistische Strategien beobachten, die trotz starker Widerstände wirkmächtiger werden. Doch die vielen sich zuspitzenden Krisen machen es unwahrscheinlich, dass sich eine auch nur halbwegs stabile grün-kapitalistische Entwicklungsweise herausbildet. Die disruptiven Ereignisse, die zunehmend auch in den Alltag der kapitalistischen Zentren einbrechen, lassen sich hegemonial kaum bearbeiten. Insofern deutet sich eine neue Qualität von sozialen und internationalen Auseinandersetzungen an, für deren geordnete Austragung es weder Erwartungshorizonte noch entsprechende Institutionen gibt.

Für die Linke in Europa ist dies eine enorm herausfordernde Situation. Vielerorts befindet sie sich in der Defensive und ist weit davon entfernt, wirkmächtig in die Umbrüche einzugreifen. Gleichzeitig ist die Linke die einzige gesellschaftliche und politische Kraft, die in der Lage ist, Strategien mit der nötigen Eingriffstiefe zu formulieren und zu verfolgen (siehe die vielen Vorschläge in Klein 2022). Letzteres geschieht denn auch an den unterschiedlichsten Orten und in unterschiedlichen Formen einer »globalen Solidarität« (Behr 2022). Das ist äußerst mühsam, von ständigen Rückschlägen, Ratlosigkeit und Ernüchterung begleitet. Dazu kommt der scharfe Gegenwind von ganz rechts. Gleichzeitig ist es alternativlos, am Projekt der Emanzipation festzuhalten. Dessen Kern besteht heute darin, die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung mit der Sicherung und Reparatur der Bedingungen menschlichen und nicht-menschlichen Lebens auf der Erde zu verbinden.

Wichtige Eckpunkte eines solchen Projekts sind erstens der Kampf gegen den erdzerstörerischen Reichtum der Wenigen und für den Rückbau der von ihnen kontrollierten Produktion. Zweitens geht es um die Vergesellschaftung und Aufwertung der für das Überleben und ein gutes Leben aller nötigen Infrastrukturen. Dies ist die Essenz zahlreicher progressiver Kämpfe, wie sie sich derzeit weltweit beobachten lassen. Sie werden umso wichtiger, je stärker und häufiger die Infrastrukturversorgung durch die Klimakrise bedroht wird und gleichzeitig in den Mittelpunkt der Klimaanpassung rückt. Die Herausforderung dieser Situation liegt darin, eine solidarische Resilienz zu organisieren: durch vergesellschaftetes Wohneigentum, lokale und klimaangepasste Ernährungssysteme, funktionierende Einrichtungen der Pflege und Gesundheitsfürsorge oder ein nachhaltiges Mobilitätssystem. Das waren schon immer linke Kernforderungen. In Zeiten der Klimakrise wird ihre Realisierung zu einer Frage des Überlebens bzw. des guten Lebens im Schlechten (Brand u. a. 2022). Drittens geht es um Wiedergutmachung. Die kapitalistische Produktionsweise hinterlässt immense sozialökologische Schäden. Einige, etwa die Folgen des Meeresspiegelanstiegs und des Biodiversitätsverlusts, sind irreversibel. Andere werden die Reparaturarbeit vieler Generationen in Anspruch nehmen. Wiederum andere müssen sofort wiedergutgemacht werden, um die Lebensbedingungen vieler Menschen vor allem im globalen Süden zu sichern. Auch wenn dies gelingt, werden Flucht und Migration zunehmen. Dies ist eine vierte Herausforderung für die Linke, die – mit Blick auf die derzeitige Verschärfung der europäischen Asylpolitik – immer dringlicher wird: die Solidarität mit denen zu organisieren, die die ökologischen Folgen einer zerstörerischen Produktions- und Lebensweise nicht länger tragen können und die Schutz und ein besseres Leben suchen.

LITERATUR

Altvater, Elmar, 2018: Kapitalozän. Der Kapitalismus schreibt Erdgeschichte, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kapitalozaen/

Behr, Alexander, 2022: Globale Solidarität. Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen, München

Bonneuil, Christophe/Fressoz, Jean-Baptiste, 2017: The Shock of the Anthropocene. The Earth, History and Us, London

Brand, Ulrich u.a., 2022: Deiche bauen reicht nicht. Wie eine linke Anpassungspolitik aussehen kann, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2022, 32–41

Candeias, Mario, 2023: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/

Chakrabarty, Dipesh, 2022: Das Klima der Geschichte im planetarischen Zeitalter, Berlin

Chancel, Lucas u. a., 2023: Climate inequality report 2023. World Inequality Lab Study 2023/1

Fraser, Nancy, 2023: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin.

Görg, Christoph, 2016: Zwischen Tagesgeschäft und Erdgeschichte. Die unterschiedlichen Zeitskalen in der Debatte um das Anthropozän, in: GAIA 1/2016, 9–13

Gramsci, Antonio, 1991 [1930]: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Rochmann, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Hamburg/Berlin

Haas, Tobias/Sander, Hendrik, 2013: »Grüne Basis«. Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, hg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin

Klein, Dieter, 2022: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte, Hamburg

Neckel, Sighard, 2023: Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2023, 47–56

Rockström, Johan u.a., 2009: A safe operating space for humanity, in: Nature 461, 472–475

Steffen, Will u.a., 2011: The Anthropocene. From Global Change to Planetary Stewardship, in: Ambio 7/2011, 739–761

1 Der Beitrag beruht auf unserem Buch »Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven«, das im Frühjahr 2024 im Oekom-Verlag, München, erscheint.



LEUGNEN UND VERZERREN
DIE KLIMAKRISE ALS TREIBSTOFF DER AFD

TATJANA SÖDING & WILLIAM CALLISON

Von der Klimaleugnung bis zum Ökofaschismus – der AfD gelingt es, in der Klimafrage zu punkten.

Das Gewitter, das Bier, der Streit. Dass sich »da was zusammenbraut«, ist ein altes deutsches Sprichwort und könnte kaum aktueller sein. Im Juni 2023, dem weltweit heißesten Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, wurden auch viele Teile Deutschlands von Überschwemmungen heimgesucht. Sturm und Hagel hinterließen im August in Bayern ein Bild der Verwüstung. Beim politischen Gillamoos-Fest Ende August fiel jedoch kaum ein Wort über das Starkwetterereignis. Menschen saßen in Bierzelten, die Humpen gefüllt, die Köpfe schon frühmorgens rot. Kurz vor der Bayernwahl kämpften die Parteien hier um Wähler*innenstimmen.

Angesichts ihres bundesweiten Höhenflugs zeigten sich die bayerische AfD-Spitzenkandidatin Katrin Ebner-Steiner und Parteivorsitzende Alice Weidel siegesgewiss. Doch im Auftreten hätten sie kaum unterschiedlicher sein können. Ebner-Steiner sprach im niederbayerischen Dialekt, trug Dirndl, nannte die Bundesregierung eine »Ampelmissgeburt«, ihre Wähler*innen »geisteskrank« und schlug vor, das »klimareligiöse, heimatfeindliche Pack« auf den Mond zu schicken. Weidel erschien im typischen Blazer auf weißer Bluse, um sich über die Wirtschaftspolitik der Ampel auszulassen, die planwirtschaftlich agiere und dabei Großinvestoren das Spielfeld überlasse. Ebner-Steiner kommt aus dem völkisch-nationalen Lager der AfD und fuhr mit dem Faschisten Björn Höcke in den Wanderurlaub. Weidel lässt sich dem rechten Rand des schrumpfenden ordoliberalen Lagers der Partei zuordnen und möchte am liebsten Kanzlerin werden. Die beiden stehen nicht nur in Bayern stellvertretend für die zwei



Gleise, auf denen die AfD klimapolitisch in die Zukunft rollt.

TATJANA SÖDING ist Humanökologin und Mitglied der internationalen Forschungsgruppe Zetkin Collective, die sich mit der Ökologie der politischen Rechten in Zeiten der Klimakrise auseinandersetzt. Sie forscht und schreibt zum Zusammenhang von kapitalistischer Krise, rechter Mobilisierung und Strategien der Klimagerechtigkeitsbewegung.

WILLIAM CALLISON ist Politikwissenschaftler und ebenfalls Mitglied des Zetkin Collective. Er forscht zu den Widersprüchen des neoliberalen Kapitalismus, der Klimakrise, politischer Subjektivität und der autoritären Rechten.

DIE ZWEI GESICHTER DER AFD: VORDERGRÜNDIG ORDOLIBERAL

Der Ordoliberalismus bildete einen Grundstein der AfD, die bei ihrer Gründung im Jahr 2013 von ihrem wirtschaftsliberalen Flügel dominiert war und oft »Professorenpartei« genannt wurde. Lucke, Petry, später Meuthen und Weidel – sie alle waren und sind strenge Vertreter*innen des Ordoliberalismus, einer Strömung des Neoliberalismus, die in Deutschland insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg wirkmächtig wurde. In der Abgrenzung zum Laissez-faire-Liberalismus soll im Ordoliberalismus ein starker (National-)Staat die Rahmenbedingungen des freien Marktes absichern, um den perfekten Wettbewerb zu ermöglichen. Dieses ordoliberale Skript, das von Sahra Wagenknecht über die Grünen und die SPD bis zur CDU und AfD bedient wird, geht mit unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Vorstellungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik einher: Während die Grünen einen erneuerten »sozial-ökologischen Ordoliberalismus« fordern, ist ein fossiler Ordoliberalismus die offizielle Parteilinie der AfD. Mit marktradikaler Rhetorik wettert sie gegen Subventionen für erneuerbare Energieträger, die den »natürlichen« Wettbewerb verzerren und dem Staat zu viel Lenkungsmacht geben würden. Der konstante Vorwurf des Ökosozialismus an die Grünen ist zwar angesichts von deren zutiefst kapitalistischer Ausrichtung lächerlich, doch sie folgt der ordoliberalen Unterscheidung zwischen »markt-konformen« und »wettbewerbsschädigenden« Interventionen oder Gesetzen. Als Kriterium dafür zieht die AfD das Bild einer »normalen« Wirtschaft und »normaler« Konsument*innen heran.

»Deutschland, aber normal« – der Slogan, mit dem die AfD 2021 für die Bundestagswahlen antrat, stilisiert die Auto- und Kohleindustrie zum unantastbaren Fundament der deutschen Wirtschaft: Der Fossilismus ist Grundlage für die internationale Dominanz der deutschen Exportwirtschaft und gilt als Garant für Wohlstand und ein kapitalistisches patriarchal-rassistisches System. Die Abkehr vom Fossilismus und die staatliche Förderung von erneuerbaren Energien stellen aus Sicht der AfD daher eine Bedrohung dar. Sie werden, so schwach sie auch ausfallen, als wettbewerbsverzerrend, gar sozialistisch diffamiert. Wie es in einer Publikation von Weidels Bundestagsfraktion heißt: »Das EEG ist ein planwirtschaftlicher Fremdkörper in der sozialen Marktwirtschaft, der zu massiven Fehlallokationen, Preissteigerungen sowie zu einer volatilen Stromproduktion (›Zappelstrom‹) führt, die sich nicht am Bedarf orientiert.« (Drucksache 19/10626, 1)

Dass sich der sogenannte gemäßigte Flügel der Partei am Ordoliberalismus orientiert, bedeutet nicht, dass seine Haltung zur Klimakrise gemäßigt wäre. Vielmehr schlägt sich sein Marktradikalismus immer wieder direkt in Klimaleugnung nieder. Über die milliardenschweren Subventionen der Kohleindustrie, den Steuererlass für Kerosin oder die vom Staat ausgezahlte Pendlerpauschale sieht das fossilistische Projekt der AfD gerne hinweg. Angesichts seiner Nähe zum fossilen Kapital und seiner Einbettung in ein breites marktwirtschaftliches Thinktank-Netzwerk, zu dem auch die Hayek-Gesellschaft, das Mises Institute und das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) gehören, ist das wenig überraschend. Alice Weidel, Beatrix von Storch und AfD-Haushaltsausschussvorsitzender Peter Boehringer waren aktive Mitglieder der neoliberalen Hayek-Gesellschaft. EIKE ist der deutsche Ableger des Heartland Institute, einer US-amerikanischen Denkfabrik, die mit den fossilen Gewinnen der Koch-Brüder finanziert wird.

Zehn Jahre nach der Gründung der AfD besteht die Funktion des Ordoliberalismus maßgeblich darin, ein Feigenblatt über das stetig wachsende und sich radikalisierende rechte Lager der Partei zu legen. Im Lingo des Ordoliberalismus, der quasi offiziellen Ideologie des Mittelstandes, wirken die Parteiprogramme der AfD oft harmlos und weisen Parallelen zu den Programmen von CDU und FDP auf. Wenn Alice Weidel behauptet, sie habe die Bücher von Walter Eucken, dem Vordenker der ordoliberalen Freiburger Schule, auf ihrem Nachttisch liegen, appelliert sie an die Verankerung ihrer Partei »in der Mitte der Gesellschaft«. Dabei werden die von der AfD forcierten Steuersenkungen für Konzerne und Vermögende, die Schwächung der Gewerkschaften und die verschleppte ökologische Transformation genau denjenigen schaden, denen die Partei angeblich helfen will. Wirtschaftsliberale Steuerpolitik, verschmolzen mit reaktionärer Sozialpolitik – das ist das Bild, mit dem die AfD die Öffentlichkeit von ihrer Friedfertigkeit überzeugen möchte. Und es scheint zu funktionieren, denn die Brandmauer insbesondere zur CDU bröckelt, wie zuletzt die gemeinsame Durchsetzung der Grunderwerbssteuersenkung in Thüringen von CDU, FDP und AfD zeigte. CDU-Mitglied Hans-Georg Maaßen wirbt auf geheimen Treffen für eine Kooperation mit dem gemäßigten Teil der AfD. Mit der »anderen Truppe« der Partei möchte aber selbst Maaßen (noch) nichts zu tun haben.

DIE ZWEI GESICHTER DER AFD: BRAUN-GRÜNE FRATZEN

Diese andere Truppe sind die rechtsradikalen Kräfte, die von Beginn die Reihen der AfD füllten, seit zehn Jahren stetig an Macht gewinnen und den ordoliberalen Flügel zurückdrängen. Sichtbar ist das nicht nur anhand der führenden Köpfe der Partei, wie etwa dem rechtsradikalen Maximilian Krah als Spitzenkandidat für die Europawahlen. Auch die wachsende Anzahl der Kleinparteien, die sich »links« neben der AfD bilden – von Luckes »Wir Bürger« bis zu Petrys »Die Blauen« – zeigt, dass nicht alle Rechtsordoliberalen mit der Übernahme der Partei durch national-völkische Kräfte zufrieden sind, und ist ein Gradmesser für den Rechtsruck innerhalb der AfD.

Die national-völkischen Kräfte setzen im Umgang mit der Klimakrise auf eine andere Strategie als ihre wirtschaftsliberalen Parteikolleg*innen. In einem offenen Brief an die AfD-Vorstände in Bund und Ländern forderte die Berliner Junge Alternative (JA) die Mutterpartei im Sommer 2019 zu einer Kehrtwende in der Klimapolitik auf. Das Thema bewege zu viele junge Menschen, als dass die AfD mit einer reinen Leugnungspolitik langfristig punkten könne. Stattdessen brauche es »konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes innerhalb des thematischen Rahmens der AfD«. Wie man von rechts »einem der größten Klimaprobleme« entgegentritt, legen die JAler in ihrem Schreiben auch dar: Die »Überbevölkerung« müsse bekämpft werden, und das am besten, indem deutsche »Entwicklungshilfe« an die Durchsetzung einer Ein-Kind-Politik knüpfe. Auch die jüngst auf Listenplatz neun für die Europawahl gewählte Irmhild Boßdorf überzeugte die Delegierten mit ihrer Aussage, der »menschengemachte Bevölkerungswandel« sei eine größere Bedrohung für Deutschland als der »menschengemachte Klimawandel«.

Die rassistische Mär des »Bevölkerungsaustauschs« wird aus der spezifischen Natur-Mensch-Beziehung, einem wichtigen ideologischen Baustein rechter Weltbilder, entwickelt. Diese stützen sich auf die Mystifizierung einer natürlichen und schützenswerten Verbindung zwischen den Menschen einer beschworenen Nation und der in ihrem Territorium eingeschlossenen Natur. Je reiner, gesünder und stärker die Natur, desto reiner, gesünder und stärker auch die nationale Bevölkerung. Es war diese »Blut-und-Boden«-Ideologie des NS-Regimes, die Nazis zu Vegetarier*innen werden ließ und dazu veranlasste, das erste Naturschutzgebiet Deutschlands zu etablieren. Umweltzerstörung ist in diesem Weltbild nicht Folge des Kapitalismus, sondern wird von rassifizierten »Anderen« verursacht. Spätestens hier wird rechter Naturschutz zu Ökofaschismus. Migrant*innen werden darin als doppelte Bedrohung entworfen: als Parasiten, die ein Ökosystem aus der Balance bringen, sprich die Umwelt zerstören, und zugleich als Eindringlinge, die den Wirt des Ökosystems, sprich die Bevölkerung, vertreiben.

Dass die Klimakrise mittlerweile in aller Munde ist, bietet einem solchen Projekt Nährboden. Das national-völkische Lager setzt in der Popularisierung ökofaschistischer Denkansätze jedoch auf andere Strategien als ihre wirtschaftsliberalen Parteigenoss*innen und mobilisiert besonders auf lokaler Ebene. Steffen Kotré, der energiepolitische Sprecher der AfD, und sein umweltpolitischer Kollege Karsten Hilse, beide schon lange professionali-

sierte Klimaleugner, protestierten im Sommer 2020 mit einem Zeltlager im nordhessischen Reinhardswald gegen den geplanten Bau von 20 Windkraftanlagen. Obwohl die Investoren versicherten, lediglich in »schnell wachsenden Fichtenwäldern« zu roden, die bereits schwer beschädigt seien, prangerten die Rechtsaußen-AfDler die Zerstörung »eines der letzten Urwälder Deutschlands« an. Ihre Ablehnung der Windkraft wurzelt nicht in der Sorge um Biodiversität, sondern in der mystischen, national-romantisch aufgeladenen Relevanz des deutschen Waldes. Indem sie die klimaaktivistische Praxis der Waldbesetzung aufgreifen, die sich gegen Autobahnen oder Kohlegruben richtet, stilisieren sich die Politiker hier in enger Zusammenarbeit mit lokalen Antiwindkraft-Bündnissen zu Aktivisten für »Umwelt- und Heimatschutz«.

Auch der Protest auf der Straße ist für sie machtpolitisch relevant. Am sichtbarsten wurde dies in der Corona-Krise: Warf die AfD der großen Koalition zu Beginn der Pandemie noch vor, nicht hart genug durchzugreifen, stellte sie sich wenig später auf die Seite des bunten Lagers aus Querdenkenden, Impfgegner*innen und Verschwörungstheoretiker*innen. Sie seien das »eigentliche Bürgertum«, so der Co-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla, und die AfD dürfe »den Bezug zu den Menschen auf der Straße nicht verlieren«. Der damalige wirtschaftsliberale AfD-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen verlor nicht zuletzt aufgrund seiner Kritik an der Querdenkendenbewegung Rückhalt in der Partei. Kundgebungen, Stammtische, Demozüge: Es sind diese Orte, an denen der national-völkische Arm der AfD Seite an Seite mit außerparlamentarischen, rechtsextremen Gruppen auftritt und ihnen Unterstützung zusichert.

Während die lokale Ebene als Hebel der Mobilisierung genutzt wird, wird das ökofaschistische Projekt diskursiv durch rechtsextreme Magazine, Blogs, Zeitungen und soziale Medien vorangetrieben. Zentral sind hier das Institut für Staatspolitik und der Antaios-Verlag, beide vom Rechtsextremisten Götz Kubitschek gegründet, sowie das Magazin *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, in dem Benedikt Kaiser eine prominente Rolle einnimmt. Kaiser wurde vom Faschisten Björn Höcke als »einer der wirkmächtigsten jungen Stichwortgeber der Volksopposition« bezeichnet und ist neuerdings auch wissenschaftlicher Mitarbeiter eines AfD-Bundestagsabgeordneten.

Diese rechtsextremen Intellektuellen versuchen, ausgewählte Teile des »antihegemonialen Denkens« für ihre Zwecke zu nutzen und so rechten Ideen Diskurshoheit bei Klima- und Umweltthemen zu verleihen. Zu diesem Ziel eignen sie sich Begriffe und Konzepte des kommunistischen italienischen Denkers Antonio Gramsci an, für den das Erringen kultureller Hegemonie eine Voraussetzung der Konstitution politischer Macht war. Wichtige Strategie dieses rechtsgewendeten Gramscianismus ist eine Form des *frameswitching*. So thematisieren die Rechten den Klimawandel, lassen sich aber zugleich auf keinen der zentralen Aspekte dieser Problematik – Kohleverstromung, Kapitalismus und Kipppunkte – ein. Stattdessen nutzen sie die Klimakrise als Aufhänger, um schnellstmöglich zu ihren Kernthemen überzuleiten: Überbevölkerung, Migration, Volksgesundheit, Demokratiefeindlichkeit. Der Appell der Jungen Alternative,

den Klimawandel nicht einfach zu leugnen, sondern seinen Ursprung in einer »Überbevölkerung« zu verorten, ermöglicht es, ökofaschistische Weltbilder in den Klimadiskurs einzubrennen. So diskutiert die AfD mit, wenn Tierschützer*innen eine artgerechtere Haltung fordern, thematisiert aber nicht die Zustände in deutschen Mastanlagen, sondern hetzt »zum Wohle der heimischen Tiere« gegen das Schächten. Von dort ist der Sprung zur Migrationskritik nicht mehr weit.

STARK DURCH JEDE KRISE?

Die AfD ist, wie viele ihrer rechts-extremen Schwesterparteien und historischen Vorgänger*innen, eine Partei der Krise: Sie bedarf der Krisenmomente, um ihre Macht zu konsolidieren. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise, Klimakrise: Die bisherige Entwicklung der Partei legt nahe, dass auch der ökologische Krisenmoment genutzt wird, um sowohl den Machtausbau in der Bevölkerung als auch die stetige Rechtsverschiebung der Parteilinie weiterzutreiben. Doch die AfD nutzt Krisen nicht nur, sie spiegelt und verzerrt die objektiven Krisen und schürt Angst vor diesem Zerrbild. Der »Sommer der Migration« war demnach keine humanitäre Krise, sondern ein Einfall der »Fremden« in die Sozialkassen und den heimischen Boden, ein Angriff auf deutsche Arbeiter*innen und auf die Sicherheit von Frauen. Die Corona-Pandemie keine Gesundheitskrise, sondern Moment der Freiheitsberaubung durch einen autoritären globalen Machtapparat. Die Klimakrise vereint diese Zombiekrisen nun und fügt ihnen noch eine hinzu: Blackouts, Armutswellen und Deindustrialisierung werden als Horrorszenarien beschworen, die über Deutschland hereinbrechen, wenn grüner Politik kein Ende gesetzt werde.

In ihrem jüngst veröffentlichten »10-Punkte-Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung« stellte die Partei vor, wie sie diesen Krisen begegnen will: Die »CO2-Abgabe ersatzlos streichen«, »Subventionen nicht-fossiler Technologien sowie Verbote fossiler Technologien abschaffen«, »die Staatsausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik drastisch senken« und die Verkehrswende rückabwickeln. Die Schuldenbremse soll eingehalten werden, Steuern gesenkt und die Pendlerpauschale auf 50 Cent pro Kilometer erhöht werden – eine Politik aus der fossilistisch-ordoliberalen Feder.

Bislang scheint der Schulterschluss zwischen Ordoliberalen und Rechtsextremist*innen innerhalb der AfD zu gelingen: Alice Weidels erster öffentlicher Auftritt bei einer Kundgebung Höckes in Thüringen zeigt, dass sich diejenigen, die von den beiden ursprünglichen Lagern übriggeblieben sind, in diesem Schulterschluss eingerichtet haben: Maßgeblich ordoliberal auf dem Papier und im Parlament, rechtsextremistisch an der Basis und auf der Straße. So sieht die Allianz aus, die das fossile Kapital in Zeiten der Klimakrise schützt. Sie kann sich durch dessen materiellen und machtpolitischen Einfluss vorerst in Sicherheit wiegen. Denn während es aktuell an einer linken Gegenmacht fehlt, schmiegt sich der Großteil der Parteienlandschaft Deutschlands an die aufsteigende AfD an, um doch noch die ein oder andere Wähler*in abzujagen. Diese Normalisierung ist wohl das größte Geschenk für die AfD und ihre marktradikalen und ökofaschistischen Antworten auf die Klimakrise.


EXZESS DER AFFEKTE
MASKULINISTISCHE
IDENTITÄTSPOLITIK VON RECHTS
BIRGIT SAUER

Rechte Entwürfe von Männlichkeit greifen die widersprüchlichen Gefühlswelten des Neoliberalismus auf – Unsicherheit und Angst, Konformitätsdruck und Konkurrenz.

BIRGIT SAUER ist Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Wien und forscht insbesondere zum Thema Geschlecht und Governance.

Wenn kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären, würde die AfD laut Umfragen auf 20 Prozent der Stimmen kommen. Die Mehrheit dieser Stimmen kommt von Männern (Immerzeel u.a. 2015), weshalb die Wissenschaft rechte Parteien als »Männerparteien« bezeichnet (Amesberger/Halbmayr 2002, 347ff). Aber wie genau sprechen die AfD und andere rechte Parteien und Organisationen explizit Männer oder besser: spezifische Männergruppen an? Die autoritäre Rechte – ich halte diese Bezeichnung für treffender als populistische Rechte, weil es den Akteur*innen um einen autoritären Gesellschaftsentwurf geht und sie gezielt ein autoritäres Begehren aufrufen und mobilisieren – greift damit widersprüchliche Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre auf. In einer neuen Konjunktur, einer neuartigen Konstellation dieser Entwicklungen, gelingt es ihnen, eine konsistente und verbindende Erzählung zu entwickeln (vgl. Hall 1987, 16ff; Clarke in diesem Heft). Die autoritäre Rechte schließt dabei an verschiedene durch den Neoliberalismus hervorgebrachte Affekte der Verunsicherung an. Auf diese Weise versucht sie, über die emotional aufgeladenen Themen Geschlecht und Sexualität kulturelle Hegemonie zu erlangen.

NEOLIBERALE UMBRÜCHE UND DIE »KRISE DER AUTORITÄT«

Diese Entwicklungen sind durch multiple Krisen charakterisiert. Der neoliberale Umbau europäischer Gesellschaften hat nicht nur zur Dominanz von Marktkräften in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt, sondern auch zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen, zur Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und zu Lohnminderungen für Arbeitende, zur Finanzialisierung ihres Alltags und zu ihrer zunehmenden Disziplinierung durch Verschuldung (Demirović/Sablowski 2011). Außerdem beruht die neoliberale Globalisierung auf einer immer weiteren Ausbeutung von Umweltressourcen.

Vor allem aber implizierte die neoliberale Akkumulationsweise in den westlich

kapitalistischen Ländern die Inwertsetzung von Frauenarbeit: Frauen sollten nicht mehr nur Hausfrauen sein, sondern wurden als Erwerbstätige angerufen, so beispielsweise in der Lissabon-Strategie der EU. Dadurch konnte der Familienlohn reduziert und zugleich ein Niedriglohnbereich mit vornehmlich

»Insgesamt verschärfte sich eine Konstellation der Individualisierung, Verunsicherung und Entsolidarisierung sowie eine ›Krise der Autorität‹.«

weiblichen Beschäftigten geschaffen werden. Allerdings war die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit nicht ohne weitere Gleichstellungsmaßnahmen möglich, die Frauen schließlich nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch in der medialen und politischen Öffentlichkeit sichtbarer machten. Die Institution des männlichen Familienernährers erodierte in dem Maße, wie Frauen in der Lage waren, selbstständig einen Haushalt zu führen.

Eine weitere Dimension des progressiven Neoliberalismus (Fraser 2016) ist die Anerkennung von Diversität – sei es

»Als größte Opfergruppe betrachtet die autoritäre Rechte Männer, vor allem weiße Männer.«

die Gleichstellung von Homosexuellen im Eherecht, sei es die Multiplizität von geschlechtlichen Identitäten, wie sie einst im Transsexuellen- und nun im geplanten, von LGBTIQ-Bewegungen erkämpften Selbstbestimmungsgesetz zum Ausdruck kommt. Die Finanzkrise der Jahre 2008/09 war die erste große Krise des Neoliberalismus, die zu diesem Zeitpunkt sich bereits zuspitzende Klimakatastrophe wurde damals noch mehr oder weniger erfolgreich verdrängt. Mit der Covid-19-Pandemie rückte aber das, was die Fridays-for-Future-Bewegung seit 2018 skandalisiert, nämlich die verheerenden Folgen der fossilistischen Lebensweise und der Vernutzung natürlicher Ressourcen, ebenso deutlich ins Bewusstsein wie das Ende des neoliberalen globalen Wachstumsphantasmas. Nun wurden nationalstaatliche Grenzen in der EU geschlossen und der interventionistische Staat sollte die Pandemie wie auch die Folgen der Pandemiebekämpfung beseitigen. Insgesamt verschärfte sich so eine Konstellation der Individualisierung, Verunsicherung und Entsolidarisierung sowie eine »Krise der Autorität« (Gramsci). Die Folgen sozialer und ökonomischer Prekarisierung sowie der Vereinzelung konnten im Alltag der Menschen emotional nicht abgefedert werden, lösten daher Angst um Erwerbsarbeit und Einkommen, um erworbene soziale Positionen und um erkämpfte soziale Rechte aus – und die politischen Eliten waren und sind immer weniger in der Lage, einen Konsens herzustellen.

RECHTE NARRATIVE DER BEDROHUNG

Die autoritäre Rechte griff diese widersprüchlichen Entwicklungen und Emotionen auf und fügte sie ein in ein wenn nicht kohärentes, so aber auf jeden Fall schlichtes Verschwörungsnarrativ: Schuld an den Krisen seien »die« politischen Eliten, vor allem linke Eliten, die »das« Volk betrügen würden, aber auch Migrant*innen, besonders Geflüchtete, die in die EU geholt oder gelassen und den Sozialstaat ausplündern würden. »Das Volk«

sei Opfer dieser verfehlten Politik. Als größte Opfergruppe dieser Entwicklung betrachtet die autoritäre Rechte Männer, vor allem weiße Männer. Diese liefen Gefahr, durch Gleichstellungspolitik und Frauenförderung um ihre ökonomischen Positionen gebracht zu werden, Väter hätten im Scheidungsfall das Recht an ihren Kindern verloren, Jungs müssten sich in der Schule an die Verhaltensweisen von Mädchen anpassen, sie würden zu »Weicheiern« erzogen, so Björn Höcke. Männer würden tendenziell alle als Gewalttäter diffamiert, was zu ihrer Domestizierung beitrage, sodass sie ihre natürlich-aggressive Männlichkeit nicht mehr leben könnten. Dies wird insbesondere der feministischen Anti-Gewalt- und der #metoo-Bewegung angelastet, deren disziplinierender Zugriff auf Männer durch Gleichstellungspolitik gerechtfertigt und implementiert werde. Männer hätten daher an Selbstbewusstsein verloren und Schwierigkeiten, Partnerinnen zu finden. Nicht nur diese Erzählung verweist darauf, dass die AfD bei maskulinistischen Männergruppen – seien dies Incels[1] oder Väterrechtler – Anleihen macht.

Das Bedrohungsszenario der »Feminisierung«, also einer generellen Bedrohung der Ordnung westlicher Gesellschaften durch die Sichtbarkeit von Frauen und ihre gestiegene Entscheidungsmacht, ist ein altes rechtsextremes Motiv.[2] Dieses Motiv schließt an weitere Verschwörungserzählungen an, zum Beispiel die des überbordenden Einflusses der sogenannten Homo-Lobby und der Trans*Bewegung auf Kinder und Jugendliche. Zudem wird die vermeintliche Bedrohung durch eine »andere« Sexualität zum Ausdruck gebracht, neben der Homosexualität auch die von den Rechten so gesehene archaische Sexualität männlicher Migranten. Der Topos der gefährlichen migrierten jungen Männer gehört schon seit Längerem zum rechts-autoritären Repertoire und hat längst Eingang in Mainstreamdebatten bis hin zu linksliberalen feministischen Diskussionen gefunden. So nutzte die politische Rechte die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in deutschen Städten, um Ressentiments gegen muslimische Migranten und

»Die Geschlechter- und Sexualitätsfrage wird von der autoritären Rechten genutzt, um einen umfassenden Verlust von Ordnung, Kontrolle und Sicherheit zu behaupten.«

Geflüchtete zu schüren – mit großer medialer Resonanz. Diese Übergriffe verdeutlichten, so das Narrativ der Rechten weiter, auch die Schwächen weißer Männer, die »ihre« Frauen nicht mehr schützen könnten. Deutlich wird, dass weiße Frauen als Besitz weißer Männer gesehen werden – eine Vorstellung, die so nicht mehr lebbar ist. Zugleich lässt sich aber auf diese Weise die eigene Gewalt gegen Frauen externalisieren, so als sei die Gewalt nur durch die Anderen importiert. Zugleich schwingt freilich darin ein Begehren nach der »anderen«, nicht-domestizierten Sexualität mit: Anders als weiße Männer der Mehrheitsgesellschaft seien nämlich migrierte Männer in »ihrer Kultur« nicht gezwungen, sexuelle Gewalt zu unterdrücken.

(WEISSE) MÄNNLICHKEIT SOLL WIEDER SOUVERÄN WERDEN

Die Geschlechter- und Sexualitätsfrage wird von der autoritären Rechten genutzt, um

einen umfassenden Verlust von Ordnung, Kontrolle und Sicherheit zu behaupten. Weiße Männer werden als Opfer entworfen und eine »Krise der (weißen) Männlichkeit« konstatiert. Männlichkeit müsse wiederentdeckt werden, damit die deutsche Gesellschaft wieder »wehrhaft« werde, so Björn Höcke im Herbst 2015 auf einer AfD-Demonstration in Erfurt. Dieser vermeintlichen Krise will er mit einer neuen heroischen, ja militaristischen Männlichkeit begegnen.[3] Der EU-Spitzenkandidat der AfD, Maximilian Krah, schlägt in diesem Sinne jüngst in einem Twitter-Video vor, dass

»Angesichts der gefühlten Bedrohung des eigenen Wohlstands oder des Arbeitsplatzes verspricht die maskulinistische Identitätspolitik, alte Gewissheiten wiederherzustellen, nämlich traditionelle Geschlechterkonstellationen und -hierarchien.«

Männer sich nicht mehr einreden lassen sollten, »lieb, soft, schwach und links zu sein«.[4]

In der diskursiven Geste, eine generelle Bedrohung der Ordnung und einen Kontrollverlust zu behaupten (Heitmeyer 2018, 125ff), bietet sich die autoritäre Rechte als Rettung an – sie verspricht affektive Kompensation, die Re-Affirmierung und Re-Souveränisierung (zum Begriff: Forster 2006), also die Wiederherstellung der Idee eines autonomen weißen männlichen Subjekts mit einem Recht auf Aggressivität und auf ein Liebesversprechen im Rahmen heterosexueller Beziehungs- und Familienarrangements. Ich bezeichne dies als »maskulinistische Identitätspolitik«. Im neoliberalen Verunsicherungskontext – also angesichts der gefühlten Bedrohung des eigenen Wohlstands oder des Arbeitsplatzes – verspricht rechts-autoritäre maskulinistische Identitätspolitik, alte Gewissheiten wiederherzustellen, nämlich traditionelle Geschlechterkonstellationen und -hierarchien. Die »Wiedererringung« von Männlichkeit, die Höcke fordert und implizit verspricht, enthält die Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit, weißer männlicher Suprematie und Aggressivität sowie die Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften. Marc Jongen, Bundestagsabgeordneter der AfD, sprach sich auf einer Veranstaltung des rechten Thinktanks Institut für Staatspolitik für ein »Thymos-Training« aus, also die rechtmäßige Betonung von Mut, Zorn und Aggressivität sowie die Notwendigkeit, diese »Tugenden« gegen Einwanderer einzusetzen.[5] Schließlich taugt diese Argumentationsfigur auch dazu, Männer als Beschützer von Frauen der Mehrheitsgesellschaft vor migrantischen Männern zu erhöhen. Darüber hinaus kann auch die Leugnung der Klimakatastrophe als Teil der rechten maskulinistischen Identitätspolitik gedeutet werden, können sich dadurch doch Männer – sicher auch einige Frauen – in der Gewissheit wiegen, ihre »Petro-Männlichkeit« und ihr autoritäres Begehren weiterleben zu können und auf (große) Autos nicht verzichten zu müssen (vgl. Niederhauser in diesem Heft; Daggett 2018).

Die rechte politische Kommunikation enthält zugleich das Versprechen, dass eine charismatisch-maskulinisierte Führungsperson (die auch eine Frau sein kann) diesen Gruppen männlicher Opfer neue (Selbst-) Sicherheit verschaffen kann. Dieses Angebot ist freilich auch für bestimmte Frauengruppen attraktiv, Frauen, die sich angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten und des zunehmenden Zwangs, trotz Familien-

verpflichtungen und einer fehlenden Sorgeinfrastruktur erwerbstätig sein zu müssen, überfordert fühlen.

EXZESS DER AFFEKTE

Die maskulinistische Identitätspolitik der autoritären Rechten ist mit nationalistischer Identitätspolitik verknüpft. Die avisierte Rückkehr zu traditionellen Geschlechterverhältnissen, zu hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und zur heterosexuellen Kleinfamilie wie auch die Abkehr von Gleichstellungspolitik werden im rechts-autoritären Diskurs mit der Neuformierung »des Volkes« verbunden. Diese biopolitische Konstruktion der Bevölkerung zu einem ethnisch gedachten Volk, zu dem die als »Andere« Identifizierten per se nicht gehören können, braucht traditionell hierarchische Zweigeschlechtlichkeit. »Echte Männer«, so noch einmal Maximilian Krah, seien »Patrioten« und sie seien »rechts«. Mit einer solchen Haltung »klappt's auch mit der Freundin«, verspricht er frustrierten Heteros.[6]

Wie jede moralische Panik (Hall u. a. 1978, 17) ist auch die rechts-autoritäre Geschlechter- und Sexualitätspanik hochemotional und affektiv. Affekte verstehe ich in Anlehnung an Sara Ahmed (2004) als Gefühle bzw. Emotionen, sie stehen allerdings nicht per se im Gegensatz zu Rationalität oder Vernunft. Affektivität wie Rationalität sind – äußerst unterschiedliche – Formen der Wahrnehmung, wobei sich Affektivität auf die Körperlichkeit und Relationalität zwischen Menschen bezieht, die unabdingbare Voraussetzungen für demokratisches politisches Handeln sind. Anders als individuelle Emotionen verweisen Affekte auf eine soziale Struktur, die sich in gesellschaftliche Verhältnisse einschreibt und mobilisierbar ist.

Die autoritäre Rechte kann für ihre emotionale Strategie auf einen Exzess an Affekten und Emotionen zurückgreifen, die der Neoliberalismus hervorgebracht hat. Dazu zählt die Mobilisierung von Angst, den Job zu verlieren, oder die Scham, im Wettbewerb zu versagen.

»Wie jede moralische Panik ist auch die rechts-autoritäre Geschlechter- und Sexualitätspanik hochemotional und affektiv.«

Wettbewerb und Risiko wurden zu Chiffren des neoliberalen Umbaus von Ökonomie und Gesellschaft. Nur wer sich darauf einlässt, also ein »unternehmerisches Selbst« (Bröckling 2007) wird, erwirbt in diesem System das Recht, gut zu leben und ein erfolgreicher Bürger – vielleicht auch Bürgerin – zu werden.

Der Abbau von staatlicher Sicherung und die Deregulierung von Arbeit führten zu ökonomischer Prekarisierung, aber auch zu

»Ein widersprüchliches Affekt-Gemenge hat sich in der neoliberalen Ära in die Körper der Menschen eingelagert. Darauf kann die autoritäre Rechte zurückgreifen.«

Verunsicherung und Angst. Die Furcht und Scham vor dem Versagen wurden allerdings auch unter neoliberalen Bedingungen kompensiert, nicht materiell, sondern affektiv. Ein wichtiges Element des neoliberalen Wettbewerbs- und Risikorepertoires ist die affektive Mobilisierung gegen die vermeintlich Erfolglosen und gegen jene, die bestimmte (sozial-)staatliche Maßnahmen nicht ver-

dienen: Obdachlose, Erwerbslose, aber auch Migrant*innen. Diese Regierungs- und Disziplinierungsweise hat über die Jahre ein Begehren nach Abgrenzung und Verachtung hervorgebracht – gegenüber all denen, die es nicht schaffen und vermeintlich versagen, verbunden mit Stolz auf das eigene, wenn auch oft nur prekäre Erreichte. Kurzum: Ein widersprüchliches Affekt-Gemenge hat sich in der neoliberalen Ära in die Körper der Menschen eingelagert. Darauf kann die autoritäre Rechte zurückgreifen: Angst, Verachtung, Wut und Scham sind ebenso mobilisierbar wie ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Anerkennung und Liebe.

»Die vermeintlich natürliche Ungleichheit zwischen Männern und Frauen kann zum Paradigma werden für eine grundlegende Ungleichheit der Menschen.«

Im Geschlechter- und Sexualitätsdiskurs verschärfen rechts-autoritäre Parteien auf diese Weise diskursiv neoliberale Gefühle der Verunsicherung und Überforderung. Sie deuten die Ursachen der sozialen Ungleichheit im Kontext steigender Zahlen Geflüchteter von einer Klassen- in eine Migrations-, aber auch in eine Geschlechterfrage um.

»Rechte Akteur*innen verknüpfen Bedrohung, Kontrollverlust und Verunsicherung mit dem Versprechen von Sicherheit durch Führung und Disziplin.«

HEGEMONIE DURCH GESCHLECHTERPANIK

Geschlechter- und Sexualitätspanik sowie maskulinistische Identitätspolitik eignen sich besonders gut, um »kulturelle Hegemonie« herzustellen, denn Geschlecht und Sexualität sind und waren emotional aufgeladene Themen. Sie sind aufgrund der affektiven Körperlichkeit leicht zugänglich und geeignet, im Alltag Denkmuster über Geschlecht, aber auch über gesellschaftliche Verhältnisse insgesamt zu verankern: Die vermeintlich natürliche Ungleichheit zwischen Männern und Frauen kann zum Paradigma werden für eine grundlegende Ungleichheit der Menschen. Hierarchische Geschlechterverhältnisse und traditionelle patriarchale Familienverhältnisse können darüber hinaus dazu dienen, den Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit, aber auch nach Führung und Autorität zu wecken oder zu stärken. Mit der emotionalen Strategie der Verunsicherung und des Opferseins lassen sich also autoritäre Lösungen ebenso plausibilisieren wie durch traditionelle patriarchalische Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse. Die Bedrohung von Geschlechtergewissheiten wird zum Brennpunkt der Rechtfertigung von autoritärer gesellschaftlicher Ordnung, um Sicherheit und Kontrolle wiederherzustellen.

Der Geschlechterkampf fügt sich in den Kampf der Rechten um kulturelle Hegemonie und politische Macht ein. Sie tritt an, um autoritäre Lösungen der als Krisen wahrgenommenen und (um-)gedeuteten Transformationen voranzutreiben. Auch hier kann die autoritäre Rechte auf neoliberale Entwicklungen zurückgreifen: Der Verunsicherungsdiskurs führte bereits in der neoliberalen Ära gleichsam notwendig zu einer Politik der Versicherheitlichung, zu Kontrolle und Disziplinierung. Der neoliberale Diskurs um die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Lohnkosten disziplinierte

Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen, während der Diskurs um eine Gefährdung von nationalen Arbeitsplätzen die Abschottung oder Sicherung nationalstaatlicher Grenzen vor Geflüchteten und Migrant*innen legitimierte. Gundula Ludwig und Volker Woltersdorff (2018) machen auch auf dem Gebiet der Sexualität eine Verschiebung aus. Einen Schwenk von der Liberalisierung zur Versicherheitlichung von Homosexualität, nicht zuletzt in der Integration in die Ehe als einer Institution, die Beziehungsformen normiert und absichert.

Rechte Akteur*innen verknüpfen Bedrohung, Kontrollverlust und Verunsicherung mit dem Versprechen von Sicherheit durch Führung und Disziplin. Damit erzeugen sie eine autoritäre maskulinistische »Konjunktur« im Hall'schen Sinne und bieten disziplinierende und führerzentrierte »Lösungen« für Transformationskrisen an. Die »autoritären Versuchungen« (Heitmeyer 2018) bieten Anknüpfungspunkte eines autoritären Begehrens. Die Ausgrenzung von Migrant*innen und die Geschlechter- und Sexualitätsideologie sind Teile einer Strategie, um für diesen Umbau Konsens herzustellen. Sie zielt darauf, autoritäre und ausschließende Diskurse und Praktiken in affektiver Weise zum Common Sense zu machen. Vermutlich werden uns solche moralisch-affektiven Paniken in Zukunft noch häufiger begegnen, denn die autoritäre Konjunktur ist bei Weitem noch nicht perfekt zusammengefügt. Daher existiert durchaus Raum für politische Gegenstrategien. Diese Strategien müssen ebenfalls affektiv, aber nicht ausgrenzend sein. Letztendlich geht es um eine linke queer-feministische Strategie der Solidarität.

LITERATUR

Ahmed, Sara, 2004: The Cultural Politics of Emotion, Edinburgh

Amesberger, Helga/Halbmayr, Brigitte (Hg.), 2002: Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?, Opladen

Bröckling, Ulrich, 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M.

Daggett, Cara, 2018: Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire, in: Millenium. Journal of International Studies 1/2018, 25–44

Demirović, Alex/Sablowski, Thomas, 2011: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: Prokla 42(1), 77–106

Forster, Edgar, 2006: Männliche Resouveränisierungen, in: Feministische Studien 2/2006, 193–207

Fraser, Nancy, 2016: Progressive Neoliberalism versus Reactionary Populism: A Choice that Feminists Should Refuse, in: NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research 4/2016, 281–284

Hall, Stuart u. a., 1978: Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order, London

Hall, Stuart, 1987: Gramsci and Us, in: Marxism Today, Juni 1987, 16–21

Heitmeyer, Wilhelm, 2018: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1, Berlin

Immerzeel, Tim u. a., 2015: Explaining the gender gap in radical right voting: A cross-national investigation in 12 Western European countries, in: Comparative European Politics 2/2015, 263–286

Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker, 2018: Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit, in: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.), Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster, 47–72

Sauer, Birgit, 2010: Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen, in: Kurswechsel 1/2010, 38–46

---

1 Incels (Kurzform für *involuntary celibates*) ist die Selbstbezeichnung einer in den USA entstandenen und inzwischen globalen Internet-Subkultur von Männern, die nach Eigenaussage unfreiwillig keinen Zugang zu heterosexuellen Erfahrungen und Beziehungen haben und daraus abgeleitet eine Ideologie patriarchaler und aggressiver Männlichkeit vertreten.

2 So z. B. das sogenannte Manifest des rechtsextremen norwegischen Attentäters Anders Breivik.

3 Vgl. www.youtube.com/watch?v=dvFJiPv93gc.

4 Vgl. https://twitter.com/cbgspender/status/16853439199433646 08?s=48&t=BEjmI6Vfo7FqgJf92br8oA.

5 Vgl. www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY&list=PLAWiZCGHaksbeEnZhcPyGuEkKjKiOAE15, Zugriff: 15.8.2023, nicht mehr verfügbar.

6 Vgl. https://twitter.com/cbgspender/status/16853439199433646 08?s=48&t=BEjmI6Vfo7FqgJf92br8oA.

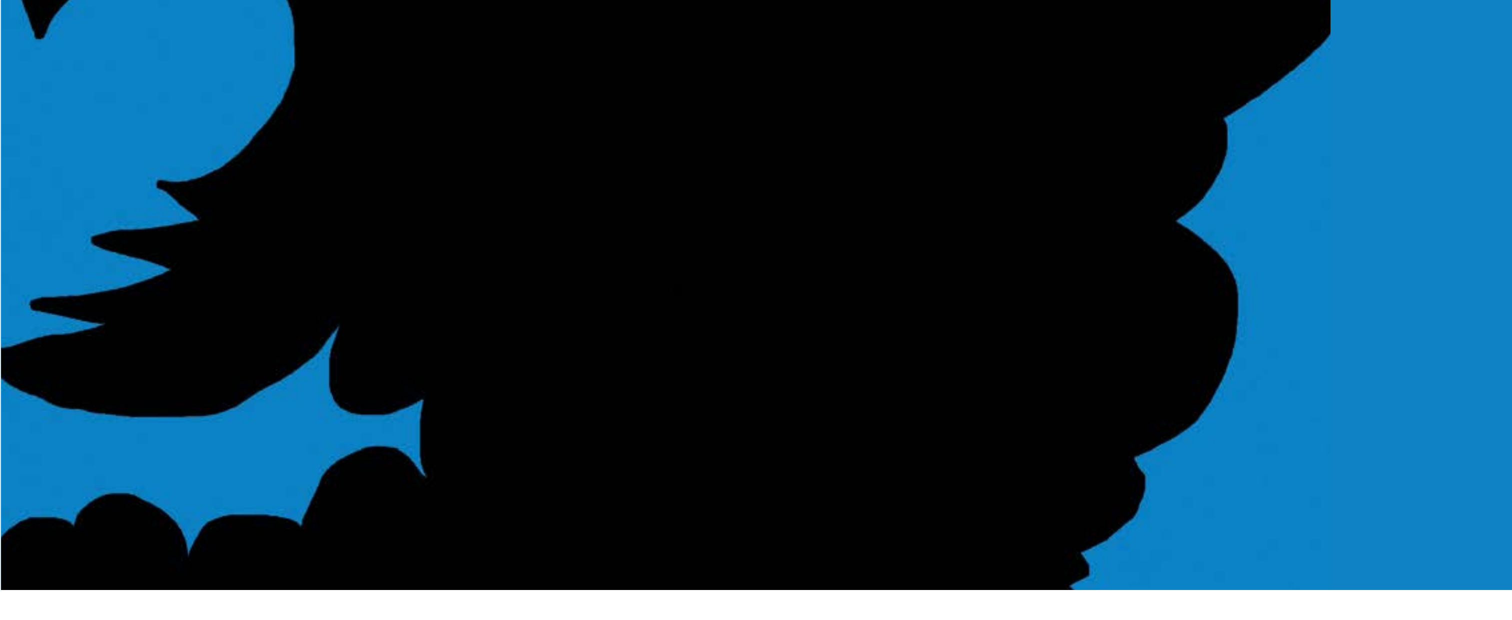
GEZIELTE GRAUSAMKEIT
DAS KAPITAL UND DIE TRANS*FEINDLICHE AGENDA

JOANNA WUEST

In den USA stehen hinter den Anti-Gender-Kampagnen mächtige Kapitalfraktionen. Ihr Ziel: die eigene neoliberale Agenda absichern.

In den frühen Jahren der Trump-Regierung prägte Adam Serwer den Satz »The cruelty is the point« (»Es geht um Grausamkeit«). Er bezog sich auf den brutalen Umgang der organisierten Rechten mit Zuwander*innen, ethnischen Minderheiten und queeren Menschen. Inzwischen wird seine Formulierung sowohl von liberalen Kulturkritiker*innen als auch vom Wahlkomitee der Demokratischen Partei übernommen, um auf die Obsession der Konservativen mit trans* Menschen hinzuweisen. Besonders deutlich ist diese Grausamkeit im Regierungshandeln republikanisch kontrollierter Bundesstaaten und in rechten Medien. Sie warnen Eltern vor Lehrkräften, die Kinder in der Schule »transen«, und verbieten Drag-Shows, um Minderjährige vor vermeintlich »unzüchtiger« Erwachsenenunterhaltung zu schützen. Eine Politik, die trans*spezifische Gesundheitsversorgung gesetzlich verbietet und die Nutzung öffentlicher Toiletten einschränkt und kriminalisiert, bedeutet für trans* Menschen letztlich den »sozialen Tod«. Denn im Alltag sind es dann Streifenpolizist*innen, die darüber entscheiden, ob sich eine gender-nonkonforme Person in der Öffentlichkeit bewegen darf oder nicht.

Besonders erschreckend ist diese Grausamkeit vor dem Hintergrund, dass im Kampf für trans* Rechte bereits große Fortschritte erzielt worden sind. In 30 Bundesstaaten gibt es einen Diskriminierungsschutz aufgrund geschlechtlicher Identität und laut eines Supreme-Court-Urteils bezieht sich der arbeitsrechtliche Schutz vor Geschlechterdiskriminierung auch auf Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung. Die politische



Rechte betreibt diese Art der Diskriminierungspolitik schon lange, seit 2021 sind es jedoch auch Regierungen von Bundesstaaten, die die Rechte von trans* Menschen beschneiden.

Die politisch organisierte Linke darf diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, gegen die sich diese unmenschliche Politik richtet: überproportional stark erwerbstätige und mittellose trans* Menschen. Sie sollte aber nicht bei der Bestürzung über den Rollback stehenbleiben, sondern fragen, welche politische Funktion erfüllt wird. Denn hinter der permanenten Dämonisierung von trans* Identität steckt eine Logik. Diese wird allerdings erst erkennbar, wenn wir uns die Ziele, Taktiken und Allianzen der organisierten Rechten als Gesamtbild vor Augen führen. Erst aus der Perspektive der politischen Ökonomie erschließt sich, wie und warum trans* Menschen zu probaten Sündenböcken und zur Zielscheibe von Schuldzuweisungen und Geringschätzung geworden sind. Letztlich geht es darum, Wirtschaftsinteressen gegen eine öffentliche Rechenschaftspflicht abzuschirmen und zu verhindern, dass Reichtum von oben nach unten umverteilt wird.

JOANNA WUEST ist Assistenzprofessorin für Politik am Mount Holyoke College in Massachusetts, USA. Sie schreibt über Recht, Sexualität und Geschlecht sowie Gesundheitspolitik.

In einigen Beiträgen habe ich die ökonomischen Motive beschrieben, die hinter der teils trans*freundlichen und teils trans*feindlichen Agenda des Kapitals stecken (Wuest 2022a). In diesem Essay möchte ich die Kräfte in den Blick rücken, denen die Viktimisierung von trans* Menschen nützlich oder sogar lukrativ erscheint. Der rechte Machtblock ist in dieser Hinsicht eng verbandelt mit der fossilistischen Industrie, mit »schmutzigen« Produktionszweigen, großen Familienunternehmen und einem Geflecht von Finanz- und Immobilieninteressen. Dieser Block erfährt erheblichen Zuspruch von Kleinunternehmer*innen und frustrierten konservativen Christ*innen. Auch wenn ich speziell den US-Kontext betrachte, sind diese Allianzen, Dynamiken und autoritären Zielsetzungen keineswegs spezifisch für die USA. Im Gegenteil, wir beobachten ähnliche reaktionäre Bewegungen gegen gender-non-

konforme Menschen in Europa, in Südamerika und in Afrika (wo von den USA aus operierende Gruppierungen schon seit Jahrzehnten aktiv sind). In Deutschland hat sich im Streit um das Selbstbestimmungsgesetz eine Koalition von Rechtsaußenpolitiker*innen, trans*ausschließenden radikalen Feminist*in-nen (TERFs) sowie religiösen Kräften zusammengefunden. Es muss also als Erstes die Frage gestellt werden: *Wer profitiert* von dem derzeitigen Angriff auf das Leben von trans* Menschen?

DIE WIRTSCHAFT, DER SOZIALKONSERVATISMUS UND DIE BEDEUTUNG VON GENDERGERECHTIGKEIT

In den USA bemühen sich Kapitalverbände seit fast 100 Jahren darum, Zustimmung zu ihrer Politik der Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben zu organisieren, indem sie an konservative Gesellschaftsnormen appellieren. Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1939 brachte der »New Deal« einen grundlegenden Wandel von Staat und Gesellschaft ins Rollen: Er bewirkte Verbesserungen in der sozialen Wohlfahrt, beim Arbeitsschutz und bei der Regulierung von Unternehmen, die sich bis heute als höchst wirkungsvoll erweisen. Bei den wohlhabenden Eliten im Bankensektor und in der produzierenden Industrie war die Bestürzung über den New Deal so groß, dass sie gegen die Veränderungen organisiert zu Felde zogen. Sie planten sogar einen Staatsstreich, um Präsident Franklin Delano Roosevelt durch einen faschistischen Militärdiktator zu ersetzen. Da in den 1930er-Jahren, in einer von Hunger und Instabilität geprägten Zeit, eine unverblümt prokapitalistische Ideologie nicht gut ankam, hofierten die Industriellen religiöse Leitfiguren wie den Megachurch-Prediger Billy Graham, die libertäres Wirtschaftsdenken mit christlichen Werten verknüpften. So versuchten sie, den New Deal als Affront gegen die Glaubensfreiheit und Moral der US-amerikanischen Bevölkerung darzustellen.

Trotz einiger Erfolge gelang ein wirklicher Schulterschluss der Industriellen mit den religiösen Traditionalist*innen jedoch erst in den 1970er-Jahren unter der Bezeichnung Religiöse Rechte. Damals schmiedete der katholische Politstratege Paul Weyrich eine Koalition, die im Zuge der Reagan-Revolution von 1980 Fahrt aufnahm. Finanziert etwa von der Coors Brewing Company und der Aluminium-Magnatenfamilie Scaife gründete er 1973 die Heritage Foundation, die seither gegen die Homo-Ehe und gegen trans* Rechte kämpft und sich wirtschaftspolitisch für einen »freien Markt« starkmacht. Auch der Council for National Policy, der mit dem Aufstand vom 6. Januar 2022 in Verbindung gebracht wird, wurde mit Spendengeldern von Großunternehmen gegründet. Concerned Women for America wiederum boten konservativen religiösen Frauen eine Plattform, um ihre queerfeindlichen und gegen den Staat gerichteten Ziele zu verfolgen.

Die Strategie der Religiösen Rechten bestand darin, die gesellschaftlich konservativ eingestellte Arbeitnehmer*innenschaft für sich zu gewinnen, die bisher die Klientel der Demokratischen Partei gewesen war. Sie empörten sich sowohl über stagnierende Löhne – in den 1970er-Jahren waren die Amerikaner*innen zum ersten Mal seit dem New Deal ärmer als ein Jahrzehnt zuvor – als auch über kulturelle Veränderungen infolge

des Endes der rassistischen Segregation und der sexuellen Revolution. Weyrich verknüpfte den Sozialkonservatismus mit Angriffen gegen Regierung und Gewerkschaften und spannte Leute wie den Fernsehprediger Jerry Falwell ein, um sowohl gegen Arbeitsrechte, als auch gegen die »homosexuelle Sodomie« zu agitieren, die sie als Bedrohung der »amerikanischen Familie« darstellten. Diese Koalition gab in den 1980er-Jahren den Impuls für eine »Elternrechtsbewegung« und den Family Protection Act (Familienschutzgesetz) auf Bundesebene. Sie schürten eine Panik vor »groomenden«[1] schwulen und lesbischen Lehrkräften und vor schulischer Sexualerziehung, um den Rückhalt für das staatliche Bildungswesen zu schwächen. Nach und nach wurde diese Interessenkoalition aus Wirtschaftsunternehmen und religiösen Traditionalist*innen zum Fundament der Republikanischen Partei.

So betrachtet, ist die heutige trans*feindliche Politik das Ergebnis dieser Koalitionsbildung. Viele Abgeordnete und Gruppen »besorgter Eltern«, die sich heute für eine trans*feindliche Gesetzgebung starkmachen, werden von großen Industriekonzernen mit »schmutzigem Geld« finanziert. Dazu zählen milliardenschwere Familienunternehmen und Wirtschaftsverbände wie das American Legislative Exchange Council, die sich auf Bundesstaatsebene für Deregulierung einsetzen. Zudem finanzieren sie religiöse Anwaltsorganisationen wie die Alliance Defending Freedom (ADF), die inzwischen beinahe jährlich vor dem Supreme Court gegen Adoptionsrechte für LGBTQ+-Paare und gegen deren Zugang zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen klagt.

Auch TERF-Gruppierungen, die ihrer Politik den Anstrich der Gendergerechtigkeit geben, beziehen hier ihre Gelder. Sogenannte radikale Feminist*innen wie die Women's Liberation Front (WoLF) melden sich regelmäßig bei Fox News zu Wort und können eher als Frontgruppe denn als Bündnispartner der organisierten Rechten gelten. 2016 erhielt sie eine 15 000-US-Dollar-Zuwendung von der ADF – bei einem Jahresbudget von 50 000 Dollar eine erkleckliche Finanzspritze. Auch andere Organisationen wie die Hands Across the Aisle Coalition (HATAC) bieten Mitgliedern der WoLF und der Family Policy Alliance ein Forum. HATAC hat dem US-Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung auch schon Schriftsätze ins Haus geschickt, in denen dagegen protestiert wird, dass trans* Frauen Zugang zu staatlich finanzierten Zufluchtshäusern und anderen geschlechtergetrennten Einrichtungen haben.

Diese vermeintlich ungleiche Allianz aus Konservativen und TERFs hat sich über einen längeren Zeitraum entwickelt. Seit den 1970er-Jahren werben Frauenrechtler*innen und Sozialkonservative für eine Strafverschärfung gegenüber Gewalttätern und für Einschränkungen von Pornografie. Gemeinsam opponieren sie gegen liberale Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit und verharmlosen die reale Bedrohung durch männliche Täter: indem sie das Schreckgespenst der vermeintlich »übergriffigen« trans* Frauen an die Wand malen. Sie operieren dabei mit Schlagworten wie Sicherheit, Privatsphäre und Würde. Durch diesen geschickten Schachzug reklamieren konservative Strateg*innen Geschlechterpluralismus und Gleichstellung für sich.

LEHRKRÄFTE UND TRANS* KINDER ALS SÜNDENBÖCKE – BILDUNG WIRD DEMONTIERT

Ein kurzer Blick auf Kampagnen, die darauf abzielen, Sportangebote für trans* Personen einzuschränken oder *critical race theory* zu verbieten, zeigt, wie viel Geld in diese Proteste fließt und worum es dabei eigentlich geht. In Dutzenden republikanisch regierten Bundesstaaten protestieren von der Wirtschaft finanzierte Elterninitiativen gegen die Lehrpläne staatlicher Schulen und gegen die Anerkennung der Genderidentitäten von Heranwachsenden. Etwa dagegen, dass die Namen und Pronomen, mit denen Schüler*innen angesprochen werden möchten, respektiert werden. Die WoLF setzt sich dafür ein, trans* Athlet*innen von geschlechtergetrennten Sportangeboten auszuschließen, und versucht zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche bei der Geschlechtsangleichung unterstützt werden. Die Organisation Parents Defending Education (PDE) verklagt Schulämter und Schulinspektor*innen, weil sie angeblich weiße Schüler*innen diskriminieren oder ihnen eine queere oder Transidentität aufzwingen. PDE gibt sich als Basisorganisation aus, wird aber derzeit von zwei Personen aus dem genannten Industriellenumfeld geführt – eine von ihnen hatte Trump als Beraterin ins Weiße Haus geholt.

Gelegentlich lassen Sprecher*innen dieser Elternorganisationen durchblicken, was ihnen für die staatliche Schulbildung und die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorschwebt. Auf die Frage, wer denn bei der behaupteten Verschwörung der »Gender-Ideologie« gegen Kinder die Strippen ziehe, lautete die Antwort einer führenden Vertreterin von Moms for Liberty: »die Lehrer*innengewerkschaften«. Die Anti-Gender-Rhetorik fungiert also auch als nützliches Instrument zur Demontage des öffentlichen Bildungswesens und betreibt die Plünderung der Bildungshaushalte durch Privatisierungsprogramme. So gehören zur Speerspitze der Bewegung auch konservative Non-Profit-Organisationen, die ein Loblied auf die »Wahlmöglichkeiten« singen, die durch Schulprivatisierung entstünden, sowie Stiftungen, die mit dem Geld von Konzernen wie Exxon Mobil und Chevron solche Privatisierungsinitiativen fördern.

Die Profiteure sind letztlich die großen Player der Bildungsbranche, die Netzwerke (meist) christlicher Privatschulen sowie konservative Politiker*innen – all das im Namen der »Schulwahl« natürlich. Ein gemeinsames Interesse dieser Akteure besteht darin, die Lehrer*innengewerkschaften zu zerschlagen, Löhne zu senken und den Arbeitsschutz für öffentliche Bedienstete abzubauen. Dies trägt auch dazu bei, die Erwartungen nicht gewerkschaftlich organisierter und nicht beim Staat angestellter Beschäftigter herunterzuschrauben und auf allen Ebenen – von der örtlichen Schulbehörde bis zum Bildungsministerium – die staatliche Aufsicht auszuhebeln.

Eine ähnliche Sündenbockstrategie verfolgt Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, mit seinem Kreuzzug gegen LGBTQ+-Rechte. Er und viele andere, die sich dafür einsetzen, Minderjährigen geschlechtsangleichende medizinische Behandlungen per Gesetz zu verweigern, haben einen gemeinsamen Herzenswunsch: Sie wollen die Staatskasse plündern und den Gewerkschaften den Garaus machen. Mit dem Paycheck Protection Act hat DeSantis die langjährige Praxis beendet,

dass bei gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten die Mitgliedsbeiträge direkt vom Lohn einbehalten werden. Damit hat er den Gewerkschaften nicht nur einen kostspieligen bürokratischen Albtraum eingebrockt. Das Gesetz gefährdet auf Dauer den Fortbestand der Gewerkschaften für Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen, während Polizei- und Feuerwehrgewerkschaften verschont bleiben. Indem sie Lehrkräfte als »Schmarotzer« brandmarken – als Gefahr für den Geldbeutel der eigenen Mitglieder und als böse »Groomer«, die schutzbefohlenen jungen Menschen eine radikale »Gender-Ideologie« aufzwingen –, wollen DeSantis und andere republikanische Gouverneure die Gegner*innen ihrer im Namen von Konzerninteressen betriebenen Plünderung ein für alle Mal ausschalten.

White-Collar-Standorte von Unternehmen wie Apple, Google oder Nike betonen immer wieder die ökonomischen Vorteile einer »diversen« Belegschaft und haben in einigen Fällen Bundesstaaten boykottiert, die eine trans*feindliche Politik betreiben. Angesichts solcher Drohgebärden des Kapitals stoppte etwa Eric Holcomb, Gouverneur von Indiana, 2022 per Veto ein Gesetz, das die Teilnahme an Sportangeboten für trans* Personen einschränken sollte. Im vergangenen Jahr jedoch gab es einen Umschwung: Ein ganzer Schwall konservativer Gesetze in Dutzenden von Bundesstaaten führte dazu, dass die Boykottgefahr zurückging. Verschiedene bis dahin zögerliche Gouverneure rückten von ihren gemäßigten Positionen ab, verhängten Verbote geschlechtsangleichender Behandlungen für Jugendliche und machten den Weg frei, damit noch mehr Geld in die Privatisierung des Bildungswesens fließen kann. Was lässt sich daraus lernen? Die Frage, wer in welcher Situation zum Sündenbock gemacht wird, ist weniger klar als das durchgängig verfolgte Ziel: die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, wie wir sie kennen.

WIRTSCHAFTSFREUNDLICHE POLITIK TRIFFT WISSENSCHAFTSFEINDLICHKEIT

Derartige Initiativen zur Einschränkung geschlechtsangleichender medizinischer Behandlungen gehen Hand in Hand damit, das Vertrauen in wissenschaftlichen Sachverstand und dessen Rolle in der Politik zu untergraben. Inspiriert durch Kampagnen der Tabak- und Erdölindustrie gegen Krebsforschung und Klimawandel behaupten konservative Politiker*innen und Anwält*innen, dass Ärzt*innen und Biolog*innen unsicher seien, was den Charakter von LGBTIQ+-Identitäten ausmache oder welche medizinische Behandlung für gender-nonkonforme Jugendliche angebracht sei. Deshalb sollten queere Menschen keinen Zugang zu angemessenen und oft lebensrettenden medizinischen Behandlungen erhalten. Konservative Abgeordnete und Anwälte haben sogar fälschlicherweise behauptet, Pubertätsblocker und Hormonersatztherapien seien entweder unsicher oder so wenig getestet, dass sie eine Gefahr für Heranwachsende darstellen. Angesichts dieser Debatten haben bis Mai 2023 17 Bundesstaaten Gesetze verabschiedet, die geschlechtsangleichende medizinische Maßnahmen für Minderjährige einschränken bzw. komplett verbieten.

Eine Reihe geleakter E-Mails lieferte kürzlich den Beweis, dass sich die ADF mit randständigen Ärztevereinigungen zusam-

mengetan hatte, um diese Verbote durchzudrücken. Eine Strategie dabei: gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse offensiv anzweifeln. Eine dieser berühmt-berüchtigten Studien stammt von der Medizinforscherin Lisa Littman von 2018, in der sie den Begriff »rapid onset of gender dysphoria« (»plötzlich auftretende Geschlechtsdysphorie«, ROGD) prägte. Damit suggerierte sie, die steigende Zahl von Heranwachsenden, die sich als trans* identifizieren, beruhe auf »sozialer Ansteckung«. Nachdem bekannt wurde, dass Littman alle von ihr befragten Eltern von trans* Jugendlichen über »genderkritische« und TERF-nahe Internetforen rekrutiert hatte, musste sie zwar die meisten Behauptungen ihres Artikels zurücknehmen, die Idee der ROGD fand jedoch in konservativen Rechtsstreitigkeiten und Medien rasch Verbreitung. Abigail Shrier, die für das *Wall Street Journal* schreibt, machte sie zum Kerngedanken ihres 2020 erschienenen Bestsellers »Irreversible Damage: The Transgender Craze Seducing Our Daughters« (dt. »Irreversibler Schaden. Wie der Transgenderwahn unsere Töchter verführt«, 2023). Darauf stützte sie sich auch bei ihrer kürzlichen Einlassung vor dem US-Kongress, in der sie sich gegen ein landesweites Gesetz zu trans* Rechten aussprach.

All das beantwortet allerdings noch nicht die Frage, was diese Angriffe gegen geschlechtsangleichende medizinische Maßnahmen eigentlich für die Kapitalinteressen bringen. Im Kern geht es darum, den Einfluss von unabhängigem Expert*innenwissen auf staatliche Regulierungen zurückzudrängen und die Kompetenzen der föderalen Verwaltung in Fragen, die vom Gesundheitswesen bis zum Umweltschutz reichen, einzuschränken.

In einem neueren Fall, der derzeit auf Bundesebene durch die Instanzen geht, versucht eine konservative Koalition, die Regulierungsbefugnisse der US-Regierung für das Gesundheitswesen einzuschränken. In dem Verfahren *Braidwood Management v. Becerra* wird eine Verordnung des US-Gesundheitsministeriums angefochten, in der es um Krankenversicherungspolicen von Arbeitgeber*innen geht. Diese Verordnung schreibt vor, dass Versicherungen auch Präventionsleistungen abdecken müssen – dazu gehören bestimmte Verhütungsmittel, Vorsorgeuntersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten und Medikamente für die Präexpositionsprophylaxe (PrEP) zur Verhinderung von HIV-Infektionen. Die konservativen Anwält*innen argumentieren, christliche Anbieter von Gesundheitsleistungen und Versicherungsagenturen weigerten sich, die Kosten für Verhütungsmittel und PrEP-Medikamente zu übernehmen, weil sie »zu einer homosexuellen Lebensweise anregen«. Statt jedoch in diesen Fällen Ausnahmeregelungen zu beantragen, fordern sie eine radikale Umstrukturierung der zuständigen Dienststellen des Gesundheitsministeriums.

Die juristischen Manöver sind komplex, ihre Konsequenzen jedoch deutlich: Die Initiativen gegen die medizinische Versorgung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten zielen unter anderem darauf ab, Personal in der Bundesverwaltung abzubauen (viele der hier angestellten sind wissenschaftliche Fachleute und gewerkschaftlich organisiert) und deren Expertise zu ersetzen. Die breit angelegte Strategie, Staatsdiener*innen mit Personal zu ersetzen, das politisch ernannt wird, hat Jennifer Mascott (2018) in einem Artikel dargelegt, der

auch vom Supreme Court zustimmend zitiert wurde. Mascott war während Trumps Amtszeit stellvertretende Generalstaatsanwältin im US-Justizministerium und ist heute Juraprofessorin an der George Mason University in Virginia.

Kurz gesagt: Was aussieht wie ein Kulturkampf gegen die medizinische Versorgung einer Minderheit ist in Wahrheit auch ein von der Industrie finanziertes Sperrfeuer gegen öffentliche Regulierungsbehörden und den Staat insgesamt. Industrielle Geldgeber und Konzernchefs versuchen gezielt, die Fähigkeit des Staates, für das Gemeinwohl zu sorgen, zu schwächen. Gleichzeitig ziehen sie den Kreis derer, die Anspruch auf solche Unterstützung haben, enger.

AN DIE WURZELN GEHEN

Um zu entscheiden, was in dieser Situation zu tun ist, sollte die organisierte Linke sich zunächst klarmachen, was *nicht* weiterhilft. Dazu gehört, dass sich liberale Intellektuelle und Leitartikler*innen der *New York Times* zwar von den krassen Reaktionären distanzieren, gleichzeitig aber öffentlich fragen, ob das hohe Tempo in Sachen gesellschaftlicher Sichtbarkeit von trans* Menschen und der Zugang zu medizinischer Versorgung nicht vielleicht doch Faktoren sind, die zu dem skizzierten »Backlash« quasi einladen. Wer auf diese Fragen ernste Antworten sucht, sollte nicht nur die Einstellung der Öffentlichkeit und die trans* Menschen selbst in den Blick nehmen, denn sonst wird nicht verständlich, warum für die Dämonisierung einer so kleinen Gruppe so großer politischer Aufwand getrieben wird.

Derzeit steht viel auf dem Spiel: Es gilt, die Macht der Gewerkschaften und Kollektivgüter wie das Gesundheits- und Bildungswesen zu verteidigen und zu stärken (dies schließt den Schutz vor Diskriminierung ein). Es geht aber prinzipiell um ein Ethos der Solidarität und nicht darum, sich auf Diskussionen darüber einzulassen, wessen Leid die meiste Aufmerksamkeit der Linken verdient hat. Die jüngste Geschichte liefert genügend Hinweise, dass die Rechte mit rassistischem, sexistischem und genderbezogenem Sündenbockdenken operiert und alle Möglichkeiten nutzen wird, ihre Agenda der Umverteilung des Reichtums von unten nach oben voranzubringen. Heute sind trans* Menschen die Leidtragenden, aber wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass dahinter ein Angriff auf uns alle steht, bei dem Milliardäre die Strippen ziehen.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

Eine ausführliche Version dieses Textes mit zahlreichen Quellenangaben findet sich auf LuXemburg-Online.

LITERATUR

Mascott, Jennifer L., 2018: Who Are »Officers of the United States«?, in: Stanford Law Review 70, https://review.law.stanford.edu/wp-content/uploads/sites/3/2018/02/70-Stan.-L.-Rev.-443.pdf

Wuest, Joanna, 2022a: State, Economy & LGBTQ+ Civil Rights, in: Law & Policial Economy, 2.2.2022, https://lpeproject.org/blog/state-economy-lgbtq-civil-rights/

Dies., 2022b: The Dead End of Corporate Activism, in: Boston Review, 18.5.2022, www.bostonreview.net/articles/the-dead-end-of-corporate-activism/

1 Der Begriff Grooming steht für die gezielte Ansprache von Kindern, um sexuellen Kontakt mit ihnen zu haben.

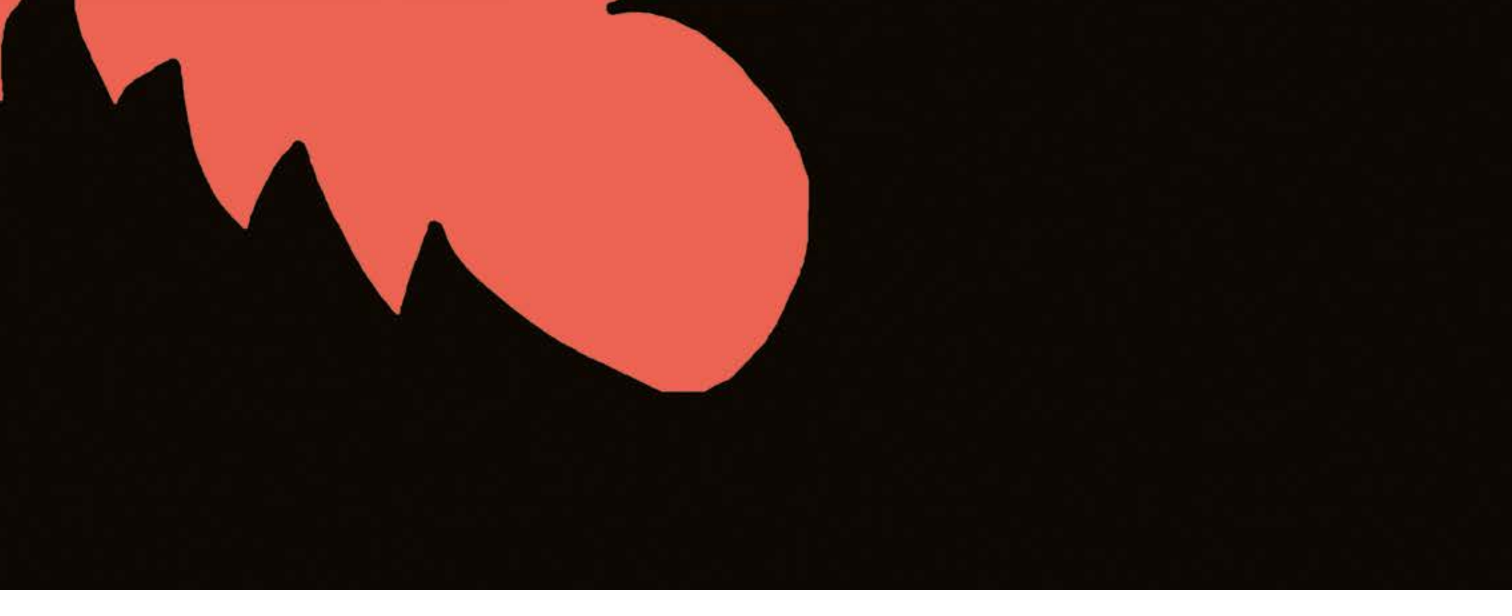
PETROMASKULINE GEFÜHLSWELTEN
WAS DER KULTURKAMPF UMS AUTO MIT GESCHLECHT ZU TUN HAT

JULIAN NIEDERHAUSER

Wer das Auto infrage stellt, stellt auch Männlichkeitsbilder infrage. Wie tief sie verankert sind, zeigt der Blick in neuartige Subkulturen von Autofans.

»Berlin, lass dir das Auto nicht verbieten« plakatierte die CDU anlässlich der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Offensiv positionierte sie sich für den Ausbau der A100, gegen eine City-Maut und damit für den motorisierten Individualverkehr im Stadtgebiet – mitten in der Klimakrise. Mit ihrem Pro-Auto-Kurs ist die CDU nicht allein. Die von einem bekennenden PorscheFahrer angeführte FDP erwirkte im März eine Verwässerung des Ausstiegs aus dem Verbrennungsmotor auf europäischer Ebene. Und die AfD, selbsterklärte Verteidigerin der (Mobilitäts-) Freiheit des sogenannten kleinen Mannes, warnt gar vor einer »Öko-Diktatur«. Im rechten Spektrum überbieten sich die Parteien regelrecht in ihrer Autofreundlichkeit.

Das Magazin *Der Spiegel* verortete diese Buhlerei um die Gunst der Pkw-Fahrer*innen in einem »Kulturkampf ums Auto«, der das Land spalte: »Die einen verteufeln den Pkw als Dreckschleuder, die anderen stilisieren ihn zur Ikone der Freiheit. Die einen leben eher in den Zentren der Großstädte, die anderen eher an der Peripherie oder auf dem Land«, wird die Konstellation des Kampfes im Leitartikel beschrieben und auf die Formel »Lastenrad kontra Diesel« zugespitzt (Book u. a. 2023, 9). Zwar liegen die Autoren richtig darin, den Kampf ums Auto und insbesondere um den Verbrennungsmotor nicht auf technische oder wirtschaftspolitische Fragen zu reduzieren, sondern die Bedeutung von alltäglichen Lebensrealitäten und Werthaltungen anzuerkennen. Eine, wenn nicht sogar *die* zentrale Dimension im mobilitätsbezogenen Transformationskonflikt findet dabei allerdings keine Erwähnung: Geschlecht.



Beim Versuch rechter Parteien, mit Autofreundlichkeit auf Stimmenfang zu gehen, handelt es sich nicht zuletzt um eine petromaskulinistische Identitätspolitik, die eng mit einer Lebensweise verknüpft ist, die auf fossilen Brennstoffen basiert. Sie adressiert spezifische Männlichkeiten, die aktuell um eine soziale Ordnung besorgt sind, die ihnen Macht und Privilegien sichert – oder zumindest symbolisch zugesteht. Die darin aufgerufenen Begehren, Affekte und Identitäten sind der Treibstoff der aufgehitzten Debatten um eine Verkehrswende. Sie müssen daher auch in den Fokus all jener, die für diese werben und kämpfen.

JULIAN NIEDERHAUSER promoviert am Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er forscht zu Antiökologismus im Kontext regressiver Krisenbearbeitungen. Sein Projekt beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Männlichkeit und fossiler Automobilität.

MOBILITÄTSWENDE? NEIN DANKE!

Kulturkämpferische Wahlkampfslogans sind nur die Spitze des Eisbergs einer mobilitätsbezogenen »Politik des Kulturellen«. Unter Letzterer verstand der Soziologe Stuart Hall (2016, 190) das aktive Bemühen sozialer und politischer Kräfte, flottierende Gefühlslagen, Alltagserfahrungen, kulturelle Strömungen und Identitäten in einen politisch wirksamen Bedeutungszusammenhang zu bringen. Dies sah Hall als notwendige Vorbedingung für den politischen Kampf im engeren Sinn. Im Autoland Deutschland rumort es nämlich schon seit Längerem rund um die Dekarbonisierung des Mobilitätssystems. Mit dem Hoch von Fridays for Future wurde Mobilität zum Kampfplatz. Pro- und anti-transformative Milieus, am lautstärksten jene aus der gesellschaftlichen Mitte (vgl. Eversberg 2023, 148ff), ringen dort darum, was richtige und gute Mobilität in Zeiten der Klimakrise heißt.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen eine Verkehrswende wurde etwa mit den Protesten gegen Dieselfahrverbote in deutschen Innenstädten laut, die sich ab 2019 von Stuttgart aus verbreiteten. Parallel dazu formierte sich mit Fridays for Hubraum in den sozialen Medien eine lose organisierte Gegenbewegung zu den Schulstreiks und gewann binnen weniger Wochen Zehntausende Followers.

In Reality-TV-Serien wie »Diesel Brothers« oder »Steel Buddies« schrauben harte Typen an überdimensionierten Dieselfahrzeugen und lassen diese auch mal extra stark rußen. Schließlich zeigt die Beliebtheit von Influencern wie anytv89 oder ey-longi, dass sich auch in den hiesigen Auto-Subkulturen eine neue Nische herausbildet. Anders als beim klassischen Tuning geht es dort nicht um Geschwindigkeit, sondern um Größe, Kraft und eine klimarebellische Ästhetik.

In allen diesen Beispielen spielt Männlichkeit eine zentrale Rolle: Das Bild der Dieselproteste ist von Männern mittleren bis höheren Alters aus der Mittelklasse dominiert (Arning/Ziefle 2020). Fridays for Hubraum konstituierte sich in aggressiver Gegnerschaft zu einer selbstbewussten jungen Frau, Greta Thunberg, und ist durchweg von toxischer Männlichkeit geprägt (Kunze 2022, 393f). Auch die erwähnten Reality-TV-Serien zeichnen sich durch eine geschlechtsidentitäre Semantik aus. Aber wieso ist die Ablehnung einer Dekarbonisierung des Mobilitätssystems derart ans Mannsein gekoppelt?

»Fossile Energieträger sind weit mehr als nur Brennstoffe. Sie sind auch Rohstoffe für Identitäten – allen voran männliche.«

PETROMASKULINITÄT

Folgt man der feministischen Politökologin Cara Daggett (2023), haben sich fossile Brennstoffsysteme und die moderne patriarchale Geschlechterordnung in einer engen Wechselbeziehung herausgebildet. Fossile Brennstoffsysteme wurden unter der Regie und nach den Bedürfnissen privilegierter weißer Männer gestaltet. Diese materielle Verfügungsgewalt hat sich als kulturelles Vorrecht etabliert. Massig Öl, Kohle und Gas zu verbrennen sind machtvolle Handlungen, die in ihrer tradierten Symbolik männliche Dominanz zum Ausdruck bringen.

Fossilismus lässt sich demzufolge weder auf den Profithunger fossiler Konzerne noch auf die Absicherung von Jobs oder Energieversorgung reduzieren. Fossile Energieträger sind weit mehr als nur Brennstoffe im fossilen Kapitalismus. Sie sind auch kulturelle Bedeutungsträger und Rohstoffe für Identitäten – allen voran männliche. Und diese petromaskulinen Identitäten formen sich je nach Klassenposition und raumzeitlichem Kontext unterschiedlich aus.

Werden diese männlichen Privilegien infrage gestellt, sei es durch Klimaschutzbestrebungen oder feministische Bewegungen, nimmt die Verschränkung von Fossilismus und Patriarchat zunehmend die Form eines reaktionären Hypermaskulinismus an. Ob vom starken Mann verordnet oder vom kleinen performt, das mutwillige Verbrennen fossiler Energieträger kann unter diesen Umständen »zu einer bewusst gewaltsamen Erfahrung werden, zu einer neuerlichen Bekräftigung weißer maskuliner Macht auf einem widerspenstigen Planeten, der als einer gewaltsamen, autoritären Ordnung zusehends bedürfend wahrgenommen wird« (Daggett 2023, 27).

Mit dem Konzept der Petromaskulinität will Cara Daggett also eine bestimmte historische Konstellation begreiflich machen, nämlich den Aufstieg der autoritären Rechten in den USA. Auch hierzulande ist es rechten Kräften in den vergangenen Jahren gelungen, gesellschaftliche Umbrüche als Krise der

Männlichkeit zu deuten und in ein Verlangen nach männlicher Resouveränisierung zu kanalisieren (vgl. Sauer in diesem Heft). Vor dem Hintergrund des kaum mehr wegzuleugnenden klimapolitischen Handlungsnotstands greift der autoritäre Populismus der Rechten neuerdings auch vermehrt anti-ökologische Haltungen in Teilen der Arbeiter- und Mittelklasse auf und lässt damit seine kapitalfreundliche Politik als Anliegen der »einfachen Leute« erscheinen. Das senkt die Hemmschwellen für klimachauvinistischen Trotz und petromaskulinistische Gebärden.

Wenig lässt sich aus dieser soziologischen Vogelperspektive allerdings darüber erfahren, wie petromaskuline Männer ihre kulturellen Kampfhandlungen selbst einordnen. Dies ist wichtig, um nachvollziehen zu können, welche spezifischen Dispositionen, Krisenerfahrungen und Gefühlslagen entsprechende Identifikations- und Politikangebote bedingen. Wie klimapolitischer Trotz geradezu identitätsstiftend werden kann, lässt sich besonders gut am Beispiel deutscher Fans von US-amerikanischen Pick-up-Trucks veranschaulichen. Diese kommen virtuell sowie auf Events regelmäßig zusammen. Seit knapp zwei Jahren bin ich passiv beobachtender Teil der Online-Community, habe mehrere Events besucht und Dutzende Stunden Interviewmaterial mit Angehörigen dieser Subkultur gesammelt, um ihren Beweggründen nachzuspüren.

DIE DEUTSCHE PICK-UP-SUBKULTUR UND IHRE AFFEKTSTRUKTUR

In den USA führen Pick-ups seit Jahrzehnten Pkw-Verkaufsrankings an. Hierzulande blieb ein vergleichbarer Boom bis dato aus. Nichtsdestotrotz hat sich eine überschaubare, aber äußerst enthusiastische Community in Pick-ups verliebt. Ausschlaggebend ist vor allem die Symbolik. Pick-ups haben »sowas richtig Maskulines« an sich, wie es der 27-jährige Mark aus der bayerischen Peripherie formuliert. Dodge Ram und Co. verbrauchen nicht selten über 20 Liter auf 100 Kilometer. Ein solches Gefährt in Zeiten von Extremwetterkatastrophen und Klimaprotesten stolz zur Schau zu stellen, ist unweigerlich ein anti-ökologisches Statement oder, wie Cara Daggett es nennt, »fossile Gewalt«.

Zwar stehen üppige Karossen im Mittelpunkt, in der Pick-up-Subkultur geht es aber um mehr: Gemeinschaft, gegenseitige Anerkennung, Hilfeleistung und Vergnügen. »Das ist eine Nische, da fühlt man sich wohl. Da sind so Menschen wie du und ich, so einfache Leute […], die einen bodenständigen Beruf haben, aber halt auch gerne mal belächelt werden«, beschreibt es Peter aus Magdeburg und weist

»Die Subkultur besteht fast ausschließlich aus Männern aus dem ländlichen Raum in den Zwanzigern bis Fünfzigern.«

dabei auf ein vorherrschendes Gefühl der Abwertung hin. Die Subkultur besteht fast ausschließlich aus Männern aus dem ländlichen Raum in den Zwanzigern bis Fünfzigern. Überwiegend verstehen sie sich als Handwerker und einige treten bei den professionell organisierten Veranstaltungen in Engelbert-Strauss-Montur auf, um ihren Berufsstolz zu präsentieren. Vom Hydraulikschlosser bis zum Veranstaltungstechniker bin ich dort allen möglichen Facharbeitern und kleinen Selbstständigen begegnet. Ich habe dort aber auch mit Rettungssanitätern, Getränkeverkäufern

und Behindertenbetreuern gesprochen, die sich dem handwerklichen Milieu verbunden fühlen. Die Begeisterung für Maschinen und technisches Know-how ist groß. Für ihren gesellschaftlichen Beitrag und ihr Selbstverständnis als Leistungsträger und Familienernährer erfahren sie im wissensbasierten flexiblen Kapitalismus mit seinen Aufforderungen zu Selbstentfaltung und lebenslanger Fortbildung allerdings nicht die gewünschte Wertschätzung, so der einhellige Tenor.

Das Auto ist ihnen weitaus mehr als bloß ein fahrbarer Untersatz. Es versüßt einen durchstrukturierten Alltag, der viel Disziplin und Selbstkontrolle abverlangt, und dient einerseits als Statussymbol: Da »nimmt man halt viel Geld in die Hand«, erklärt etwa der thüringische Landwirt Jürgen, »und natürlich will man das dann halt auch zeigen«. Andererseits ist es Mittel zum Lustgewinn: Nach einer harten Arbeitswoche möchte der 30-jährige Industriemechaniker Jens einfach »aus dem Alltag ausbrechen, mit 'nem laut röhrenden Auto durch den Schlamm [...] fahren« und sich so richtig »einsauen«. Zudem ist das Auto ein wichtiger Ankerpunkt des sozialen Lebens. Gemeinsames Schrauben und Fachsimpeln lässt Freundschaften entstehen und hält sie zusammen. Über die sozialen Medien präsentieren sich die »Petrolheads« gegenseitig ihre Schätze, stehen einander mit technischen Ratschlägen bei und spotten häufig über Grüne, »Klimakleber«, »Dinkel-Dörtes« oder Fahrer*innen von E-Autos.

»Das Auto versüßt einen durchstrukturierten Alltag, der viel Disziplin und Selbstkontrolle abverlangt, und dient als Statussymbol.«

In der affektgeladenen Beziehung zu ihren überdimensionierten Autos verdichtet sich ein ganzer Komplex idealisierter sozialer Beziehungen und Ordnungsvorstellungen, die ein gutes und richtiges Leben ausmachen: eine auf Leistungsgerechtigkeit basierende moralische Ökonomie, in der man(n) sich zwar »von morgens bis abends den Arsch aufreißt«, aber sich ein annehmliches Leben für sich und seine Kleinfamilie leisten kann und – ganz ohne schlechtes ökologisches Gewissen – auch darf; eine stabile Geschlechterordnung, in der die sozialen Rollen klar verteilt sind; all das unter den Bedingungen einer politischen Ordnung, in der sich um die Sorgen des »wirklich hart arbeitenden Volkes« gekümmert wird und »da oben« nicht bloß »Flachpfeifen« sitzen, die einem, so der Tenor, durch klimapolitische Verbote und Preiserhöhungen Steine in den Weg legen.

Mit dem Soziologen Zygmunt Bauman (2017) lässt sich die aus den Gesprächen herausdestillierte idealisierte und als bedroht empfundene Gesellschaftsordnung als Retrotopie, noch treffender aber als Petrotopie bezeichnen. Denn es handelt sich um eine verklärte Rückbesinnung auf die Rollenbilder einer vermeintlich guten alten Zeit, in der der *fossil way of life* noch keine ökologischen Grenzen kannte und in der man(n) noch einfach Mann sein durfte. Der gruppentypische Hypermaskulinismus lässt sich als Versuch der Wiederaufwertung milieuspezifischer Ordnungsvorstellungen, Gewohnheiten und Fähigkeiten verstehen. Mit regressiven Mitteln trotzen die Pick-up-Fans dem bedrohlichen sozialen Wandel. Dabei versuchen sie insbesondere jene bildungsaffinen und anpassungsoffenen Milieus zurückzudrängen,

die mit dem Wandel vermeintlich an ihnen vorbeigezogen sind und nun »belächelnd« auf sie herabblicken.

ZÄHFLÜSSIGE TRANSFORMATION

Birgit Sauer und Otto Penz (2023, 137) beschreiben die »Zusicherung der Wiedererlangung von Männlichkeit« als charakteristisch für die autoritär-maskulinistische Identitätspolitik rechter Kräfte. Diese Verheißung scheint mir auch auf die petromaskulinistische Performanz in der hiesigen Pick-up-Subkultur zuzutreffen. Hier finden Männer einen Raum, wo sie Vergnügen erleben, aber auch negativen Affekten freien Lauf lassen können. Wie in den Diskursräumen der autoritären Rechten beanspruchen sie auch hier »das Recht darauf, aggressiv, wütend und hasserfüllt zu sein« (ebd.), wobei sich diese Affekte hier kaum gegen essentialisierte »Andere«, sondern zuvorderst gegen benachbarte soziale Milieus und ökosoziale Männlichkeitsentwürfe sowie die vermeintlich von den Grünen dominierte »Verbotspolitik« richten. An dieser Stelle hakte auch die Berliner CDU ein. Sie bediente in kulturkämpferischer Manier ein Bedrohungsempfinden und warb mit dem Versprechen, in einer »dysfunktionalen Stadt« wieder Ordnung herzustellen.

Derartige Instrumentalisierungen tief verankerter petromaskuliner Empfindungen zur Verteidigung des deutschen *Car*pitalismus machen deutlich, vor welcher epochalen Herausforderung Kräfte einer sozial-ökologischen Transformation stehen. Wird fossile Abhängigkeit nämlich auch als eine Frage subjektiver Selbstbilder, gesellschaftlicher Rollenverständnisse und identitärer Machtansprüche begriffen, ist klar, dass weder ein deutlich attraktiverer ÖPNV noch eine sozial gerechte Konversion der Automobilproduktion die mobilitätspolitische Veränderungsfeindlichkeit gänzlich ausräumen werden. Wie das Rohöl selbst erscheint auch die Überwindung des darauf gebauten Mobilitätsregimes als durch und durch zähflüssige Angelegenheit. Ein post-fossiler Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise kann sich deshalb nicht im Ersetzen von Energiequellen oder in anderen technofixierten Scheinlösungen erschöpfen. Er muss mit einer Transformation unnachhaltiger sozialer Verhältnisse wie der patriarchalen Geschlechterordnung einhergehen. Denn wie schon Cara Daggett (2022) bemerkt hat, erwarten uns ansonsten künftig hypermaskulinistische Schaufahrten in E-Pick-ups. Auch diese vermeintlich »ökologischeren« Fahrzeuge beanspruchen Unmengen an Energie und eignen sich genauso wie ihre Vorläufer mit V8-Antrieb, männliche Kraft und Härte zu demonstrieren.

LITERATUR

Arning, Katrin/Ziefle, Martina, 2020: Defenders of Diesel: Anti-Decarbonisation Efforts and the pro-Diesel Protest Movement in Germany, in: Energy Research & Social Science 63, 101410

Bauman, Zygmunt, 2017: Retrotopia, Berlin

Book, Simon u. a., 2023: Vom Fetisch zum Feindbild, in: Der Spiegel 9/2023, 8–17

Daggett, Cara, 2022: Green-ing masculinity? Ecomodernism and electric trucks, https://autonomy.work/portfolio/ecomodern-masculinity/

Daggett, Cara, 2023: Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren, Berlin

Eversberg, Dennis, 2023: Anpassung, Verteilung, Externalisierung: Drei Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts, in: PROKLA 210, 137–159

Hall, Stuart, 2016: Lecture 8: Culture, Resistance, and Struggle, in: ders., Cultural Studies 1983. A Theoretical History, Durham/London, 180–206

Kunze, Conrad, 2022: Deutschland als Autobahn. Eine Kulturgeschichte von Männlichkeit, Moderne und Nationalismus, Bielefeld

Sauer, Birgit/Penz, Otto, 2023: Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten, Frankfurt a. M.



HEIKE TOWAE

»Würde ich nichts tun, ginge es mir schlechter«



Wenn ich gut drauf bin, sage ich: Ich kann nicht anders. Den Mund aufmachen, auf die Straße gehen. Weitermachen, bis sich was ändert. Wenn ich schlecht drauf bin, verliere ich den Mut. Dann will ich mich am liebsten in eine Höhle verkriechen. Zu viele Niederlagen, zu viele Nackenschläge.

Armutsbetroffene haben im letzten Jahr viele Hoffnungen und endlose Enttäuschungen erlebt. Ich bin im Frühsommer 2022 aktiv geworden, als auf Twitter der Hashtag #ichbinarmutsbetroffen viral ging. Zum ersten Mal meldeten sich die zu Wort, denen die Armut das Leben schwermacht. Sie sagten: »Hier sind wir, wir sind echte, lebende Personen, wir haben Ahnung – redet mit uns und nicht über uns.« Ich war sofort Feuer und Flamme.

Denn ich lebe seit neun Jahren von meiner aufgestockten Erwerbsminderungsrente von monatlich 500 Euro. Seit einem Hirnschlag leide ich an Epilepsie. Mich hat es bei der Arbeit erwischt, in meinem Job als Köchin, wo ich sprichwörtlich bis zum Umfallen geackert habe, 12 bis 14 Stunden am Tag.

Ich war schon immer ein politischer Mensch, auch ab und an auf Demos. Aber bei #ichbinarmutsbetroffen habe ich mich das erste Mal organisiert. Wir haben die Ortsgruppe Köln gegründet, gehen jeden Monat mit Kundgebung auf die Straße. Wir hören einfach nicht auf zu nerven. Wir organisieren uns meist online, damit alle mitmachen können, trotz Geldnot, Zeitnot oder Krankheiten.

Verraten und enttäuscht

Nach der Bundestagswahl hatte ich etwas Hoffnung. Ich dachte, ein bisschen was werden SPD und Grüne wohl durchsetzen, die FDP werden sie schon einhegen. Niemals hätte ich erwartet, dass es so läuft, wie es läuft. Das Bürgergeld ist ein Witz, die Erhöhung ist von der Inflation längst aufgefressen. Bei der Kindergrundsicherung ist nichts rumgekommen. Es ist eine riesige Enttäuschung.

Ich kann das eloquente Gelaber von Leuten wie Lindner inzwischen kaum mehr ertragen. Daraus spricht eine solche Menschenverachtung. Die Rede von »Erwerbsanreizen« … Werden jetzt Kinder für die Lage ihrer Eltern bestraft? In Schottland nehmen die Rachitisfälle bei Kindern zu, als Folge von Mangelernährung, mit lebenslangen Folgen für die Entwicklung.

Dieses politische Versagen lässt für mich nur einen Schluss zu: Die wollen es so. Alle Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch, aber sie wollen die Armut nicht beseitigen. Die brauchen die Armen. Weil es immer noch jemanden geben muss, dem es schlechter geht. Damit die Leute bereit sind, auch die miesesten Jobs zu machen. Und dann immer die Versprechung: Nimm den Job, dann hast du einen Fuß in der Tür. Von wegen! Die stellen ein, entlassen, stellen ein, entlassen. Und im Zweifelsfall musst du noch aufstocken, weil es nicht reicht.

Der Hass von oben

Abwertung und Ächtung haben wieder zugenommen. Ich würde sagen, so schlimm wie jetzt war es noch nie. Klar, das Armenbashing gab es schon bei der Agenda 2010. Aber im Moment sehe ich einen regelrechten Armenhass. Die krassesten Beleidigungen, die kommen von oben. Da wird immer wieder nachgelegt, Munition geliefert. Aber es kommt auch von Leuten, denen es selbst nicht gut geht. Leute, die durch Arbeit krank geworden sind, oder Armutsrenter. Da merke ich, dass die Hetze schon verfangen hat. Die haben das Bild vom faulen Arbeitslosen, das RTL-2-Bild, ganz tief verinnerlicht. Dabei gibt es Zahlen: Von den Menschen im Sozialleistungsbezug sind nur 5 Prozent überhaupt klassisch arbeitslos, über 20 Prozent sind Aufstocker, die arbeiten, aber mies bezahlt werden.

Die Folgen der Hetze spüren wir auf der Straße. Wir stehen nicht ein einziges Mal da, ohne dass ein Nazi oder Trottel vorbeikommt und uns beschimpft: Geht doch arbeiten! Unsere Aktionen werden gestreamt, landen im Netz. Da überlegt man sich zweimal, ob man mitmacht. Wer will sich diesem gesellschaftlichen Klima aussetzen? Da versuchst du eher noch den Schein zu wahren, damit die Kinder nicht gedisst werden.

Schere im Kopf

Was bedeutet es, arm zu sein? Man ist den ganzen Tag nur in der Problembewältigung. Man schaut immer nur von außen zu. Das normale Leben findet ohne einen statt. Irgendwann traut man sich nicht mal mehr, zu wünschen. Denn die Schere im Kopf sagt immer Nein. Kann ich mir ein paar Blumen kaufen? Nein! Spontan eine Pommes in der Stadt? Nein! In die neue Ausstellung ins Museum? Nein! Armut macht auch einsam. Und man ist ständig Anfeindungen ausgesetzt. Wenn ich mich irgendwo politisch äußere, dann kommt: Geh arbeiten. Aber ich kann ja gar nicht arbeiten. Ich habe mich schon totgearbeitet, das ist der Grund, warum ich krank geworden bin. Aber das interessiert dann nicht.

Die Leute sind von den täglichen Überlebenskämpfen einfach erschöpft. Viele schaffen es nicht zur Kundgebung. Ich merke das selbst. Das Angebot der Tafel hat abgenommen und am Monatsende kommt die Panik: Wo kriege ich was her, gibt's was bei #togoodtogo, hat irgendwer Gemüse, mit wem kann ich zusammenlegen? Das erschöpft. Wenn ich bei uns in die Ortsgruppe gucke: Da ist niemand, der gesund ist. Und trotzdem die Fahne hochzuhalten, kostet Kraft. Als wir unsere Kundgebung in Berlin hatten, schrieben die Medien: Das waren ja nur 250 Leute. Aber viele von uns haben einfach kein Geld, können sich das Ticket nicht leisten, sind krank, haben Kinder zu Hause. Wir haben die Demo überhaupt nur über Spenden ermöglichen können.

Angst und Erschöpfung

Ich bin politisch erschöpft, weil sich ein Politikversagen an das nächste reiht. Und weil eine Hoffnung nach der anderen zerstört wird. Das ist nicht nur beim Thema Armut so. In der Klimapolitik ist es genauso. Und die ist im ganz großen Maßstab noch wichtiger. RWE rodet hier in NRW weiter für den Tagebau, in Wuppertal wird ein Wald für Autobahnen plattgemacht, die niemand mehr braucht. Es sind so viele Sachen, die falsch laufen, man kommt kaum hinterher. Wenn ich mir die letzten Jahre anschaue, komme ich zu dem Schluss, dass die Politik komplett ignorant ist. Sie sagen, sie kümmern sich, aber alles geht so weiter. Die Emissionen steigen und die klimaschädlichen Weltvernichter machen ungehindert Gewinne. Sehenden Auges wird die Welt in den Abgrund gerissen. Auf die Folgen sind wir null vorbereitet und irgendwann gibt es einen Punkt, da kannst du dich nicht mehr anpassen. Die Reichen versuchen sich zu schützen. Wir werden die Ersten sein, die darunter leiden. Diese Zukunftsaussicht macht mir Angst.

Die Ignoranz der Politiker dagegen, die macht mich einfach nur wütend. Ich wünsche mir bei manchen Verantwortlichen, dass sie von dieser Welt einfach verschwinden, dass sie ins Gras beißen, auf Nimmerwiedersehen. Das hatte ich vor zehn Jahren nicht. Aber was bleibt einem übrig?

Bloß nicht zerfasern

Wenn ich auf eineinhalb Jahre #armutsbetroffen zurückschaue: Bei der Gesetzgebung haben wir nichts erreicht. Wir haben bei vielen den Sprachgebrauch, das Bild von Armut verändert. Dass wir nicht sozial schwach sind, sondern finanziell schwach. Den Begriff haben wir immer wieder moniert und tatsächlich wird er weniger benutzt. Und ein Erfolg ist, dass wir uns zusammengerottet haben. Auf lokaler Ebene klappt das ganz gut. Aber das steht und fällt mit uns Einzelpersonen. Wenn ich morgen tot umfalle, ist ein ganzer Strang gekappt.

Darum finde ich so schlimm, dass sich alles zerfasert und aufspaltet. Nehmen wir mal Fridays for Future, Ende Gelände, Extinction Rebellion und die Letzte Generation – statt sich zusammenzutun, dissen sich die Leute gegenseitig. Durchsetzen kann man sich so nicht. Denn die Macht der großen Lobbys – nennen wir sie mal das Kapital, dann haben wir gleich alle Aspekte abgedeckt – die wankt kein bisschen.

Es geht nur ökosozial

Ich habe mich schon lange für die Klimabewegung interessiert, war ab und zu auf Demos. Das erste Mal, dass ich so richtig die Schnauze voll hatte, war dann beim Hambacher Forst. Da bin ich aufgestanden und hingefahren, hab mein Zelt aufgeschlagen und mit den Leuten gequatscht. Und auch in Lützerath war ich häufig, schon vor der Räumung. Dass die Klimabewegung und der Kampf gegen Armut nicht zusammengehören? Halte ich für totalen Quatsch. In den Medien wird immer wieder behauptet, Klimaschutz sei ein elitäres Thema. Jenseits der Schlagzeilen ist mir das nie begegnet. In unserer Gruppe ist das schönster Konsens: Es geht nur ökosozial.

Ich habe sogar den Eindruck, dass die Klimabewegung sehr um Inklusion bemüht ist. Ich war mal bei einem Camp in Lützerath. Da wurde nachts so ein Tanzdings gemacht, es ging bumbum die ganze Nacht, und ich mit meiner Neuro-Erkrankung hatte richtig Probleme. Ich habe dann dem Awareness-Team Bescheid gesagt. Und als ich das nächste Mal hinfuhr, gab es plötzlich zwei Zeltplätze, einer davon ein *safe space* unter anderem für Neurodiverse. Da war ich unheimlich glücklich, habe mein Zelt aufgestellt und hatte himmlische Ruhe.

Weitermachen

Für mein Engagement ist eigentlich nicht relevant, ob ich am Ende was durchsetzen kann. Für mich ist nur relevant, dass ich weitermache. Mir würde es schlechter gehen, wenn ich aufhören würde. Aber ich bin leider auch nicht gesund und mache das schon lange, da lässt man immer wieder den Kopf hängen.

Was mir Hoffnung macht? Dass der Mindestlohn in zwei Jahren durch die Durchsetzung der EU-Richtlinie vielleicht doch noch deutlich angehoben wird. Das wird manchen helfen, der Armut zu entkommen. Und wer aus der Armut kommt, der weiß, was das wirklich heißt, ist vielleicht ein Stück immun gegen die Hetze und kann ein Verbündeter sein. Und im Großen und Ganzen denke ich: So düster alles ist, ich bin mir ganz sicher, dass sich was ändern wird. Dafür wird das Klima sorgen. Dieses Wirtschaftssystem kann so nicht weiterbestehen.

HEIKE TOWAE ist in der Kölner Ortsgruppe von #ichbinarmutsbetroffen aktiv.

»HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN WIR NUR KOLLEKTIV«





ERSCHÖPFT ZWISCHEN UNI, JOB UND AKTIVISMUS

LUKAS GEISLER & GIANNA GUMGOWSKI



Wir sind Mitte bzw. Ende 20 und studieren, so wie die Hälfte unserer Generation. Außerdem arbeiten wir, mal bezahlt, mal unbezahlt. Meistens schaffen wir es, die überteuerte Miete für unsere WG-Zimmer rechtzeitig zu bezahlen. Doch inzwischen macht sich immer öfter Erschöpfung breit. Denn wir wissen, dass uns die herrschende Lebensweise keine Zukunft bietet und nach 30 Jahren Arbeit nur Burn-out und Klimakollaps auf uns warten. Deshalb sind wir politisch aktiv und setzen uns im Alltag, an der Uni und in der Stadt Frankfurt für ein anderes Leben ein. Doch es ist eine Aufgabe, die uns in vielerlei Hinsicht fordert– und allzu oft überfordert.

Die Druckerei für alle!

Im Juni 2023 besetzten wir ein 150 Jahre altes fünfstöckiges Backsteingebäude im Herzen des Frankfurter Stadtteils Bockenheim, die ehemalige Druckerei der jüdischen Unternehmerfamilie Dondorf. Es ist ein Denkmal für die bewegte Arbeiter- und Industriegeschichte Frankfurts und erinnert an die Verfolgung und Ermordung der Familie durch die Nationalsozialisten. Im Frühjahr war bekannt geworden, dass die Max-Planck-Gesellschaft die Dondorf-Druckerei, in der zuletzt Ateliers des Kunstpädagogik-Instituts angesiedelt waren, abreißen will, zugunsten eines Neubaus für das Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik. Es wäre nicht nur der Verlust eines wichtigen historischen Gebäudes, das viele Möglichkeiten für nichtkommerzielle Nutzungen bietet, in einer stark gentrifizierten Stadt. Es wäre auch ein ökologisches Desaster, weil allein der Abriss nach Berechnungen von Architects for Future über 1,2 Millionen Kilo CO_2 ausstoßen würde. Unsere Forderung ist, das Gebäude zu erhalten und in ein selbstverwaltetes kulturelles Zentrum umzuwandeln.

Nach 19 Tagen beendete die Polizei die Besetzung durch eine Räumung. In dieser kurzen Zeit ist es uns gelungen, unsere Wünsche nach einer nachhaltigeren, kollektiveren und selbstbestimmteren Lebensweise in der Realität auszuprobieren. Monatelang hatten wir auf die Besetzung hingearbeitet. Während eines Sommerfestes auf dem angrenzenden alten Unicampus öffneten wir mit Hunderten Men-

schen die Tore der Dondorf-Druckerei. Es spielten Punkbands im Hof, Künstler*innenkollektive stellten ihre Werke aus, in einigen Räumen waren Ateliers hergerichtet, die alle nutzen konnten. Es entstanden Hunderte Kunstwerke, die die Flure zierten. Das Gebäude wurde zum Leben erweckt, das Gefühl der gemeinsamen Stärke und der unendlichen Möglichkeiten war überwältigend. Beim nächtlichen Plenum war die Erschöpfung allen anzusehen. Doch wir hatten es geschafft: Die Polizei hatte uns nicht geräumt, es gab keine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Die Anspannung fiel ab und es machte sich ein Glücksgefühl breit. Wir konnten kaum glauben, dass wir das geschafft hatten.

In den nächsten Tagen standen viele Aufgaben an. Hunderte Quadratmeter freie Fläche mussten »bespielt« und alle möglichen Aktivitäten koordiniert werden. Politische Gruppen, junge Kunst- und Kulturschaffende, Nachbar*innen – alle hatten unterschiedliche Anliegen und Ideen. Es gab Barabende, Filmvorführungen und politische Vorträge. Ein Umsonstladen wurde eingerichtet, es gab kostenlosen Yoga-Unterricht, Tanz- und Theatergruppen. Es entstand ein offener und pulsierender Ort, bei dem es schwerfiel, über alles den Überblick zu behalten, der aber hervorragend funktionierte, wenn auch nach etwas anderen Regeln als den üblichen.

Nach sechs Tagen kam dann eine Einladung zur Verhandlung mit Vertreter*innen des Landes Hessen, der Goethe-Universität Frankfurt und der Max-Planck-Gesellschaft. Sie stellten den Abriss als alternativlos dar und pochten auf ein Gutachten, das von Architekt*innen und Bauingenieur*innen vielfach kritisiert wurde. Wir einigten uns auf einen zweiten Termin, zu dem es jedoch nie kam. Ohne Vorwarnung beendete ein Sondereinsatzkommando die Besetzung am 10. Juli um sechs Uhr morgens. Zahlreiche lokale und inzwischen auch landesweite Initiativen und Verbände haben sich inzwischen für den Erhalt ausgesprochen. Doch die Max-Planck-Gesellschaft und das Land Hessen halten bisher unbeirrt am Abriss fest.

Wut, Frustration, Erschöpfung

Inzwischen hat sich Erschöpfung bei uns breitgemacht. Sie ergibt sich nicht allein aus dem großen Aufwand für die Organisierung von Aktionen, für ewig lange Plena, Pressetermine und für die Abwehr von Repressionen. Unsere Erschöpfung ist politisch. Sie ergibt sich nicht aus der politischen Arbeit, sondern aus den unhaltbaren Verhältnissen in unserer Gesellschaft, die langfristig krank machen.

Wir empfinden Wut, Frustration und Ohnmacht angesichts der Ignoranz gegenüber sozialen Problemen und der eskalierenden Klimakrise. Es ist zudem aufreibend, sich ständig gegen die Erwartungen von gesellschaftlichen Institutionen, aber auch Eltern, Großeltern und Bekannten wehren zu müssen. Diese Lebensweise, die sie uns aufdrängen wollen, ist nicht nur individuell wenig erstrebenswert, sie trägt dazu bei, den Planeten zu zerstören. Unsere Erschöpfung wird von tagtäglichen Kämpfen hervorgerufen, die man individuell nicht gewinnen kann.

Das schlägt sich in allen Bereichen unseres Lebens nieder: Wie kommen wir durch die Uni, ohne uns vom Leistungsdruck isolieren und blind für die Welt machen zu lassen? Schon seit der Schule wird jede Leistung individuell geprüft, jede Seminararbeit braucht die Erklärung, dass man sie allein geschrieben hat. Vom Arbeitsleben bis in die letzten Winkel unserer sozialen Beziehungen – am Ende steht eine Person für das Endprodukt und alleine für Erfolg und Misserfolg.

Seit wir politisch aktiv sind, ist die Regelstudienzeit in weite Ferne gerückt. Neben der Lohnarbeit schaffen wir manchmal nur ein bis zwei Seminare im Semester. Der Druck ist allgegenwärtig: Kriege ich mit 16 Semestern überhaupt noch einen Job? Wie sollen wir angesichts steigender Mieten und Lebensmittelpreise klarkommen? Dazu kommt der Druck, ständig mobil zu sein: Sollen wir für den Master in eine andere Stadt ziehen, ein Auslandssemester einlegen, uns auf ein schlecht bezahltes Praktikum bewerben, um den Berufseinstieg besser zu schaffen?

Gegen Depression und Vereinzelung

Viele von uns und um uns herum sind durch Prekarität und Perspektivlosigkeit von psychischen Problemen betroffen. Zugleich gibt es gerade in aktivistischen Kreisen die Erwartung an sich und andere, stark zu sein. Die klassische Psychologie rät zum Rückzug. Doch wir möchten nicht entpolitisiert Selfcare betreiben. Wir wollen kollektiv füreinander sorgen und einander in schweren Momenten auffangen. Doch es kostet viel Überwindung, Gefühle der Erschöpfung, Überforderung oder Angst zu teilen. Nicht immer wissen wir, wie wir darauf reagieren sollen. Oft fehlen in politischen Kontexten Zeit, Raum und Erfahrungen, damit umzugehen.

Als Freund*innen und Genoss*innen versuchen wir nicht nur emotional füreinander da zu sein, sondern uns praktisch im Studium, bei der Job- und Wohnungssuche zu unterstützen. Wir schreiben Anträge, um Fördergelder für Projekte zu gewinnen, die einigen das Überleben sichern können, wenn auch nur auf Zeit. Wir versuchen, einander zu bestärken, auch mal etwas nicht zu machen, aber auch Dinge zu tun, die wir uns nie zugetraut hätten: mit Journalist*innen sprechen, einen Artikel schreiben, eine Tür aufflexen. Zu oft scheitern wir aber an unseren Ansprüchen.

Es bleibt die Frage, wie wir über ein anderes Leben schreiben und sprechen können, wenn das Geld am Monatsende nicht reicht. Der zentrale Punkt bleibt der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise und die damit verbundene Lohnarbeit. Die Krux ist, dass der Kampf gegen ein Leben für die Lohnarbeit oft mit noch mehr Arbeit verbunden ist. Doch es ist eine Arbeit, die uns trotz der Anstrengung nicht einsam und entfremdet zurücklässt.

Kraft aus der kollektiven Praxis schöpfen

Der Rückzug aus kollektiven Strukturen wäre für uns fast das Schlimmste, weil wir damit die Gemeinschaft verlieren, die uns stützt. Nichts gibt uns so viel Kraft wie die Energie unserer Genoss*innen, die oft noch mehr leisten als wir selbst, von denen wir lernen, die uns wertschätzen, unsere Gedanken schärfen, kritisieren und gemeinsam zu Taten werden lassen. Nichts ist so stärkend wie die kollektive Erfahrung, dass Dinge möglich sind, wenn man sie zusammen angeht.

Das gilt auch für die Besetzung der Dondorf-Druckerei, selbst wenn sie mit einer Räumung endete. Wir erinnern uns noch gut an den Morgen, als wir zusehen mussten, wie alle von der Polizei rausgetragen wurden, als wir nur noch funktionierten und sich alles taub anfühlte. Wir sprachen dennoch mit Pressevertreter*innen, schrieben eine Pressemitteilung und riefen zu einer Demo auf. Tausend Menschen protestierten noch am selben Abend gegen die Räumung. In den nächsten Tagen kamen Trauer und Selbstzweifel. Wir fragten uns, ob wir alles gegeben hatten. Aber die Wut der anderen gab uns neue Energie. Irgendwie wurde aus Trauer und Zweifeln wieder Tatendrang. Wir erarbeiteten ein Nutzungskonzept für die Druckerei und machten weiter.

Wir haben einmal mehr gelernt: Leben ist nur in den Widersprüchen unserer Gesellschaft möglich. Das kann belastend sein. Doch die kollektive Erfahrung der Befreiung, die viele von uns immer wieder machen, und sei es nur für kurze Momente, lässt uns nie wieder los. Und wenn es stimmt, was ein Genosse in einer Lokalzeitung sagte, dann hat das nächste Kapitel des Frankfurter Häuserkampfes gerade erst begonnen.

LUKAS GEISLER UND GIANNA GUMGOWSKI sind in der globalen Klimagerechtigkeitsgruppe End Fossil: Occupy! aktiv, die Schulen und Hörsäle besetzt, und Teil des Kollektivs Die Druckerei für alle!, das im Sommer 2023 für 19 Tage ein Gebäude in Frankfurt am Main besetzte.

GESPRÄCH
MIT LINUS WESTHEUSER

»Wer demobilisiert ist, erlebt Politik nur als Spiel von Triggern.«

JENSEITS DES KULTURKAMPFS
KONFLIKTSTOFF IN DER KLASSEN-GESELLSCHAFT

Euer Buch widerspricht der These, dass sich unsere Gesellschaft in zwei politische Lager spaltet. Wenn das nicht so ist, warum ist die Polarisierungsthese dann so beliebt?

LINUS: Ich glaube, die Sorge vor Spaltung ist auch deshalb so groß, weil eine Reihe deutscher Leitideologien die Nicht-Spaltung insgeheim als Ideal voraussetzen. Da ist die konservative Idee von Gesellschaft als harmonischer und organischer Einheit und die liberale Fixierung auf den wohltemperierten Diskurs und das reibungslose Funktionieren der Institutionen. Beide sehen sich bedroht von Uneinigkeit und »extremen« Positionen, die sich nicht einhegen lassen. Hinzu kommt die wirkmächtige Erzählung, dass die Weimarer Republik an der Radikalität der politischen Ränder zugrunde gegangen sei. Darum erscheint Spaltung als ultimatives Schreckgespenst und macht gute Schlagzeilen. Die beliebteste Spaltungsdiagnose war zuletzt natürlich die eines neuen Kulturkampfs zwischen woken Eliten und konservativen Arbeitern, die aus den USA importiert wurde. Das ist zwar griffig, doch es hilft mit Blick auf Deutschland nicht weiter. Man muss genauer hinsehen.

Ihr untersucht die Konflikte in vier Arenen: im Feld der Migration, im Feld der Anerkennung bzw. »Identitätspolitik«, im Feld der Klimapolitik und schließlich der sozialen Ungleichheit, der Klassenfrage. Was zeigt sich dort?

Dass die Konflikte sozial nicht so schwarz-weiß strukturiert sind, wie es das Schema »progressive Mittelklasse versus konservative Arbeiterklasse« nahelegt. Tatsächlich sind die Unterschiede eher gradueller Natur und äußern sich eher darin, wie Angehörige verschiedener Klassen über politische Fragen reden. Es gibt auch in der Arbeiterklasse eine große Bandbreite der Einstellungen, selbst in Migrationsfragen, wo im Gros tatsächlich skeptische Haltungen überwiegen. Wirklich kohärente Weltbilder, in denen etwa eine progressive Haltung zur Migrationspolitik notwendig mit einer progressiven Haltung zu Genderfragen einhergeht, gibt es in allererster Linie unter den Gebildeten. Die Mehrheit hat eher inkohärentere Weltbilder und tritt relativ ad hoc an politische Einzelfragen heran. Hier sind moralische Intuitionen viel entscheidender als gefestigte Ideologien.

Eure These könnte leicht als eine Entwarnung verstanden werden: Ist doch gar nicht so schlimm mit dem Kulturkampf.

Es geht nicht um Entwarnung im Gesamtbild. Aber mit Blick auf die These eines brodelnden Kulturkampfs hilft uns eine gewisse Versachlichung, andere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wenn ich an eine Zweiteilung der sozialen Gruppen glaube, verengt das die politischen Optionen ungemein: Will ich die Arbeiterklasse zurückgewinnen, dann muss ich gesellschaftspolitisch konservativ sein. Bin ich links, bleibe ich mit den Berliner Hipstern allein. Dieser Kurzschluss imaginiert sich gesellschaftspolitische Lager, wo eigentlich viel mehr Vielfalt ist. Es müsste stattdessen darum gehen, an welchen breiten Common Sense der Bevölkerung ich andocken kann. Und darum, welche Interessen, welche moralischen Intuitionen und welche Kritik es innerhalb der Arbeiterklasse gibt, die linke Politik für sie attraktiv machen kann. Man muss dabei ehrlich sein und auch sehen, dass Linke die Arbeiterklasse derzeit massiv verlieren. Aber Stereotype von einer rechten Arbeiterschaft, die der woken Mittelklasse gegenübersteht, naturalisieren diesen Zustand auf eine wenig hilfreiche Weise.

Im Buch sprecht ihr von einer »entideologisierten Mitte«. Was macht diese Mitte aus?

In allen vier Konfliktarenen lässt sich ein gewisser Konsens erkennen, ein Korridor des Akzeptierten. Gestritten wird dann vor allem darum, wie man den Konsens ausbuchstabiert. In der Migrationsfrage etwa macht eine große Mehrheit die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Migration und sieht Spracherwerb und Beschäftigung als Bedingungen gelungener Integration an. Konflikte gibt es dann vor allem darum, ob die Mehrheit der Migrant*innen legitime Gründe

LINUS WESTHEUSER forscht zu politischer Soziologie und sozialer Ungleichheit an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Oktober 2023 erschien das von ihm mit Steffen Mau und Thomas Lux verfasste Buch »Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft« (Suhrkamp). Basierend auf Umfragedaten und Fokusgruppen-Diskussionen zu kontroversen politischen Themen zeichnen die Autoren ein Panorama der deutschen Konfliktlandschaft.

zum Migrieren hat oder ob die Mehrheit gut integriert ist. Und wenn nein, wer dafür die Schuld trägt: die Migrant*innen oder die Aufnahmegesellschaft. Ähnliches gilt bei der Anerkennung von Lebensweisen und Identitäten und dem Gut der Toleranz. Alle sollen machen, was sie wollen, da ist man sich eigentlich einig. Kontrovers sind dann die Grenzen der Toleranz und die Frage, ob Leute nur machen können, was sie wollen, solange sie leise sind und sich in eine gemeinsame Norm einfügen, oder ob sie diese Norm öffentlich herausfordern und umwerten sollten.

Eure empirischen Daten wurden vor über einem Jahr erhoben. Gibt es nicht auch rasante Rechtsverschiebungen, etwa im Feld der Migration, die ihr überseht?

Ich sehe in diesen Wochen auch mit Sorge, wie sich der Migrationsdiskurs nach rechts verschiebt, unter anderem weil sich auch SPD und Grüne von der rechten Panikmache treiben lassen. Aber wir haben uns Längsschnittdaten der letzten 30 Jahre angeschaut und konnten auch in diesem Feld keinen allgemeinen Trend zur Polarisierung wahrnehmen. Die Haltungen zu Migrationsthemen sind insgesamt stabil geblieben, übrigens auch nach 2015, und waren immer ähnlich polarisiert. Gleichzeitig sehen wir einen Trend der Liberalisierung im Feld der Identitäten und Lebensformen, der so geradlinig verläuft, dass er vermutlich nicht ohne Weiteres umkehrbar ist. In den Klima- bzw. Umweltfragen sehen wir über die Jahrzehnte extreme Auf- und Abschwünge, aber keine grundsätzliche Polarisierung. Was tatsächlich zugenommen hat, ist die Kritik an sozialer Ungerechtigkeit, nur, dass sich das nicht in politischer Mobilisierung oder Wahlverhalten niederschlägt.

Wie sieht dieser Konsens in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit aus?

Konsens ist, dass die Ungleichheit zu groß ist. Auch, dass es einen Wohlfahrtsstaat braucht, der Lebensrisiken kollektiv absichert. Da sind neoliberale Ansichten nicht so tief eingesickert. Es ist aber auch Konsens, zwischen legitimen und illegitimen Empfängern von Leistungen zu unterscheiden. Die Figur des faulen Arbeitslosen ist eine starke Abgrenzungsfolie, die die Forderung nach Umverteilung untergräbt. Auch weil der Glaube an die Leistungsgerechtigkeit so stabil ist – gerade bei Beschäftigten in untergeordneten Positionen, für die harte Arbeit ein Quell von Stolz und Anerkennung ist.

Ist das der Grund, warum es keine stärkere Empörung in diesem Feld gibt?

Der Grund liegt auch in der von Klaus Dörre beschriebenen »demobilisierten Klassengesellschaft«. Alle organisatorischen Kanäle der Ungleichheitskritik – Gewerkschaften, Sozialdemokratie, linke Parteien – haben enorm an Einfluss verloren. Darum gibt es wenig legitime Hoffnung, durch kollektives Handeln etwas rauszuholen. Es lohnt sich dann mehr, für ein eigenes Stück vom Kuchen zu kämpfen.

Ihr argumentiert, dass die Einstellungen nicht polarisiert sind und die Leute nicht ideologisch gefestigt. Warum dann das Gefühl, dass »Kulturkämpfe« heftiger werden?

Hier kommt das ins Spiel, was wir Triggerpunkte nennen. Dieser Begriff fängt

eine Dynamik ein, die wir immer wieder in unseren Diskussionsrunden beobachtet haben: Bestimmte Themen sind emotional aufgeladen, die Stimmung kippt, es wird laut. Das sind Punkte, wo aus Sicht der Leute bestimmte moralische Grunderwartungen gebrochen und rote Linien überschritten werden. Etwa, wenn ihre Erwartung der Gleichbehandlung verletzt wird, sei es durch Diskriminierung, sei es durch vermeintliche »Sonderrechte« von Minderheiten, wie einen Gebetsraum für Muslime oder eine Extra-Schwimmzeit für trans*Personen. Ein weiterer Trigger ist das Gefühl des Kontrollverlusts, das in der Migrationsdebatte immer wieder aktiviert wird. Und es gibt die Wahrnehmung des Normalitätsverlusts und der wachsenden Verhaltenszumutungen: Man darf ja gar nichts mehr sagen, man darf bald nicht mehr Auto fahren, man will mir das Schnitzel wegnehmen etc. Darin steckt auch ein gefühlter Autonomieverlust. An Triggerpunkten werden Erwartungen der Egalität, Normalität, Kontrolle und Autonomie subjektiv verletzt. Dahinter stehen also keine kohärenten ideologischen Einstellungen, sondern normative Grunderwartungen, die auch Leute verinnerlicht haben, die gar nicht stark zu einem der politischen Pole tendieren.

Aber sind diese »Grenzüberschreitungen« nicht stark politisch und medial vermittelt, um nicht zu sagen produziert?

Absolut. Aber von Leuten, die genau wissen, wie die Leute ticken, die sie triggern wollen. Ich würde hier auf den Begriff der moralischen Ökonomie verweisen: Der marxistische Historiker E. P. Thompson hat am Beispiel der Brotaufstände, den frühen Vorläufern der Arbeiterbewegung, gezeigt, dass es jenseits eines politischen Klassenbewusstseins ein feines Gefühl dafür gab, wo die Herrschenden zu weit gingen. Die frühen Sozialisten, aber auch andere Akteure haben diese spontane Empörung politisch nutzbar gemacht. Damit will ich sagen: Triggerpunkte sind nicht an sich reaktionär oder konservativ, sie sind einfach Teil einer moralischen Tiefenstruktur. Und die kann politisch angesteuert und nutzbar gemacht werden. Im Moment gelingt das vor allem den Rechten.

Ein Befund eurer Studie ist, dass Menschen, die prekär leben, in höherem Maße wütend und frustriert sind. Sind sie stärker »triggerbar«?

Auch sehr privilegierte Menschen erweisen sich als äußerst erregbar. Ich würde eher sagen: Je weniger gefestigt die politischen Urteile sind, desto stärker fallen die Trigger ins Gewicht: Wer demobilisiert ist, erlebt Politik nur als Spiel der Trigger. Man lässt sich dann hier und da empören, winkt aber insgesamt dankend ab, weil das ganze Gerede einen nervt. Erst recht, wenn man sich als wenig handlungsmächtig erlebt, also das Gefühl hat, man werde eh nicht gefragt. Demobilisierung und Triggerdynamik gehen so Hand in Hand, vor allem in der unteren Hälfte der Bevölkerung. Interessant ist das, was wir »Veränderungserschöpfung« nennen, also die Zustimmung zu der Aussage »Es ändert sich so viel, da ist es schwer, den Anschluss zu behalten«. Dem stimmen insgesamt 44 Prozent zu, von den Arbeiter*innen rund 75 Prozent. Diese Leute nehmen in ihrem Alltag viel hin und erleben dann jede Veränderung als weitere Zumutung.

Die Rechte verspricht ihnen erfolgreich die Rückkehr zur »Normalität«. Wie erreiche ich diese Menschen von links?
Zuerst muss man sich wohl klarmachen, dass das sehr schwierig ist. Die Linke erlebt im Moment nicht einfach eine konjunkturelle Schwäche, sondern viele ihrer politischen Kanäle in die Arbeiterklasse sind kaputt. Darum muss es um einen längerfristigen Wiederaufbau linker Organisationen gehen, unter extrem schwierigen Bedingungen. Anton Jäger hat das in seinem Buch »Hyperpolitik« gut beschrieben: Warum zu einem politischen Treffen gehen, wenn ich bei Netflix alles habe, was ich brauche? Individualisierung und Entsolidarisierung machen die Organisierung schwer. Und doch zeigen uns Streiks der letzten Zeit, dass es ganz schnell gehen kann, wenn eklatante Verstöße gegen das Gerechtigkeitsempfinden mit der Hoffnung auf kollektive Handlungsmacht zusammentreffen.

Damit sich Empörung in Kritik oder gar kollektives Handeln verwandelt, braucht es politische Arbeit der Ansprache, der Übersetzung. Wie muss die aussehen?
Zuallererst muss man begreifen, dass man es in der Gesellschaft ganz überwiegend nicht mit Ideolog*innen zu tun hat, weder rechten noch linken. Zu einfache Freund-Feind-Schemata versagen also vor der Realität. Der US-amerikanische Autor Jedediah Purdy hat mal sehr treffend formuliert, es gehe nicht nur um das »Fight for someone you don't know!«, sondern auch um das »Fight for someone you do know and don't like!«. Menschen, die ganz anders sind als ich, sind trotzdem Adressat*innen meiner Politik – weil wir gemeinsame Interessen haben.

Aber wie genau gelingt eine solche Ansprache?
Sicherlich auch, indem man eigene Triggerpunkte setzt und am moralischen Common Sense der Menschen, etwa ihrer Empörung über soziale Ungleichheit, andockt. Dieser Common Sense zeigt sich erstmal negativ: mit dem Ausruf »Das kann doch nicht sein!«. Die Skandalisierung ist der Eintrittspunkt – nehmen wir den SPÖ-Vorsitzenden Andi Babler, der sich empört, dass arme Kinder kein Schulessen bekommen. Daran muss eine Vision anschließen, wie es anders gehen könnte. Und dann ist entscheidend, die Gegner zu benennen, die dem im Wege stehen, und gegen die man sich als gesamte Gesellschaft, über alle Differenzen hinweg zusammenschließen muss. Das klingt in manchen Ohren populistisch: die Gegner als Gruppen und nicht als abstrakte Verhältnisse zu benennen und auf moralische Empörung zu setzen. Grundsätzlich ist das aber der Inhalt jeder wirksamen Politik.

Was bedeutet denn »auf Mehrheiten zielen«? Sich nur an Umfragewerten orientieren?
Es heißt, die moralischen Grunderwartungen der Leute und ihre Interessen im Blick zu haben. Das ist nicht nur eine programmatische Frage, sondern eine habituelle, eine Kommunikationsfrage. Mit welchen Angeboten hole ich die Leute hinter dem Ofen hervor? Linke Politik entsteht oft, indem Aktivist*innen im Austausch mit anderen Aktivist*innen eine Programmatik entwickeln, die in ihren Ohren toll und inspirierend klingt, aber in der breiten Bevölkerung ohne jede Resonanz bleibt. Für dieses Problem muss man sensibilisiert sein und gegensteuern. Das heißt auch, ganz stra-

tegisch Forschung zu betreiben, die eigenen Botschaften auszutesten – in Haustürgesprächen, aber auch Framing-Studien oder Fokusgruppen.

Nehmen wir die Klimapolitik. Du hast den Wunsch nach Normalität und die »Veränderungserschöpfung« benannt. Gleichzeitig stellt die Klimakrise unsere Lebensweise radikal infrage. Wie addressiert man das?
Die Frage ist, was ich öffentlich nach vorn stelle. Das sollte nicht ein Ende des Wachstums sein, sondern ein Projekt des sozialen Fortschritts, das Sicherheit schafft, etwa durch Arbeitsplatzgarantien und durch Infrastrukturen, die Teilhabe sichern und den Leuten die Angst nehmen. In unseren Befragungen äußert eine Mehrheit sehr wohl ein gewisses Umweltbewusstsein, viele Arbeiter*innen empfinden aber die eher auf Konsum und Lebensstilfragen ausgerichtete »Ökologie der Mittelschicht« als bevormundend und moralisierend. Dem ließe sich eine Ökologie der Arbeiterklasse gegenüberstellen, wo der Verteilungskampf um die Ressourcennutzung im Zentrum steht. Mit einer klaren Frontstellung gegen das obere eine Prozent, das auf Kosten unserer Zukunft seine Privilegien sichert.

Muss die gesellschaftliche Linke nicht auch andere Vorstellungen entwickeln als die »Normalität« und »Sicherheit« im Bestehenden – und für eine andere Zukunft werben?
Dieses Präfigurative – Teil der Zukunft zu sein, die man vorwegnimmt – ist ein wichtiger Aspekt politischer Bewegungen, ich sehe es aber weniger als Aufgabe einer Partei, die mehrheitsfähig sein muss. Nehmen wir Bernie Sanders. Die meisten Menschen wussten: Der ist gegen die Reichen und für die einfachen Leute, und er will *Medicare for all.* Dass er auch Marihuana legalisieren wollte und eine progressive Migrationspolitik hatte, war politisch durchaus wichtig, aber der Mehrheit nicht präsent. Bei der LINKEN scheint aktuell nicht ausreichend deutlich, mit welcher einen Botschaft sie assoziiert werden will. Es gibt viele bunte Forderungen, aber es ist unklar, wofür sie steht, außer für das Linkssein an sich. Darum wird sie vor allem von Menschen gewählt, die ideologisch gefestigt links sind. Und das sind zu wenige. Umgekehrt liegt hier das Potenzial: Da draußen sind viele Leute mit noch relativ desorganisierten Weltbildern, aber starker Kritik an den alltäglichen Ungerechtigkeiten. Die kann man mit klaren Botschaften überzeugen.

Besteht hier nicht auch die Gefahr eines paternalistischen Verhältnisses zu den »einfachen Leuten«?
Nein, es ist nur die Einsicht, dass für die Mehrheit der Leute Politik kein Hobby ist, dem man in der Freizeit nachgeht und für das eigene Team fiebert. Sondern dass die meisten mit Politik nichts am Hut haben wollen, sich aber wünschen, dass man sich um ihre Probleme kümmert. Es ist natürlich wichtig zu betonen, dass kein großer Führer das für sie erledigen soll, sondern sich nur dann was bewegt, wenn viele zusammen an einem Strang ziehen. Aber man muss dafür nicht zur Aktivistin werden. Das – korrekte – Bauchgefühl, dass die Dinge ungerecht sind, sollte genügen, um an Bord zu sein.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

KULTURKAMPF UM ARBEITSZEIT?

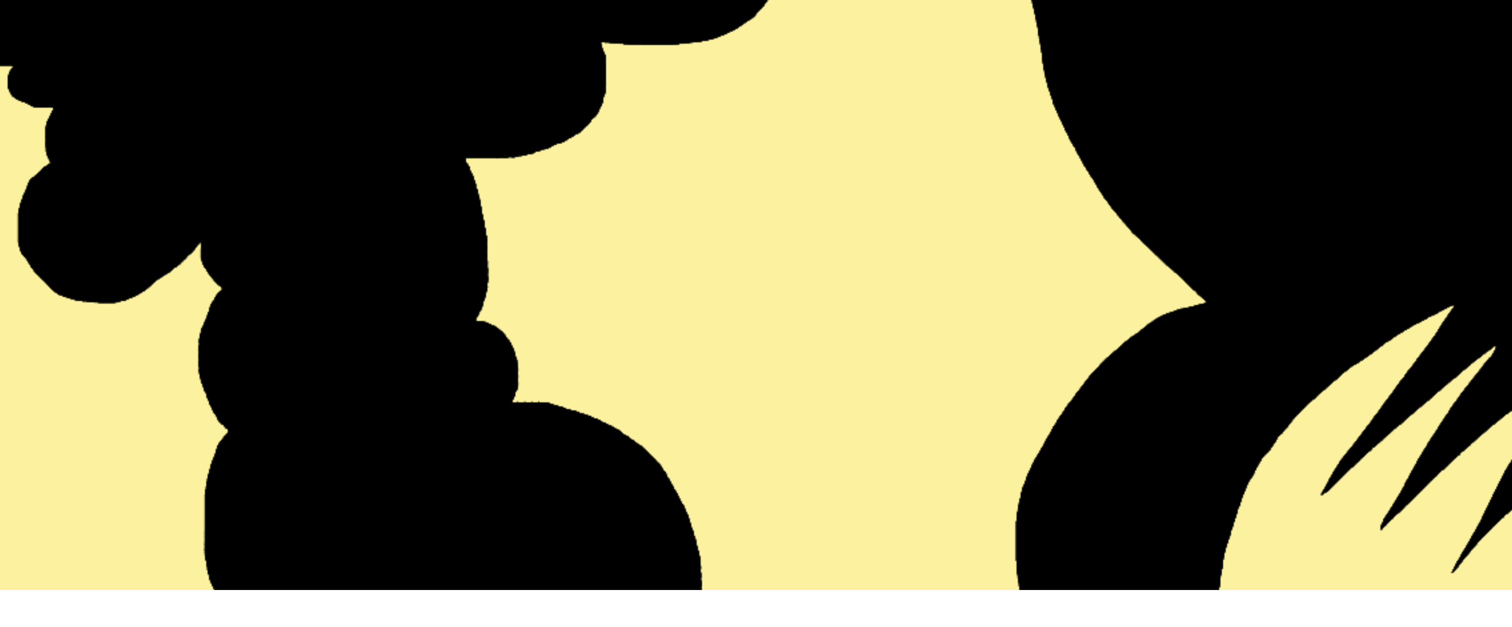
RICHARD DETJE & NICOLE MAYER-AHUJA

Gen Z versus Boomer – in der Debatte um Arbeitszeit werden falsche Gegensätze aufgemacht. Es geht nicht um Generationen, sondern um Klassenfragen.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung geistert in seltsamer Weise durch die Feuilletons. Berichtet wird dort über eine Generation Z, die *quiet quitting* betreibe. Dabei geht es nicht etwa um »innere Kündigung«, sondern darum, dass insbesondere Berufseinsteiger*innen teilweise auf verkürzte Arbeitszeiten bestehen. Manche sehen sie deshalb als Pionier*innen einer neuen Offensive für Arbeitszeitverkürzung, deren Arbeitsmarktmacht (Demografie) und Bildungskompetenz (*digital generation*) sich mit dem Insistieren auf Work-Life-Balance sowie einem von Gesundheits- und Umweltbewusstsein getragenen politischen Engagement verbinden. Aus konservativen Kreisen hingegen wird »den Jungen« vorgeworfen, faul und hedonistisch zu sein – eine Haltung, die in Zeiten von Fachkräftemangel und Sorgen über die künftige Finanzierbarkeit des Rentensystems, die eher eine Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit nahelegen würden, als rücksichtslos gebrandmarkt wird. Beide Seiten übersehen, dass es hier nicht um einen Generationenkonflikt geht, sondern um Auseinandersetzungen um die Verteilung von gesellschaftlicher Zeit und gesellschaftlichem Reichtum.

GENERATION Z

Die Vorstellung von einer Generation, die durch die spezifischen Umstände ihrer Adoleszenzzeit geprägt ist und sich klar von früheren oder späteren Jahrgängen unterscheidet, mag in exzeptionellen geschichtlichen Situationen ihre Berechtigung haben. Über Kriegs- und Nachkriegserfahrungen wird mitunter so berichtet. Allerdings handelt



es sich selbst hier um Zeiten politischer Polarisierung, die von den damals Jungen sehr unterschiedlich verarbeitet wurden, je nachdem, wo sie sozioökonomisch oder politisch standen. Auch Konstrukte wie die »Silent Generation« der Kriegs- oder die »Baby Boomer« der Nachkriegsjahre stehen zum einen nicht für die ganze damalige »Jugend« und sind zum anderen nicht auf eine Alterskohorte begrenzt. Vielmehr strahlen gesellschaftliche Konflikte und Weichenstellungen darüber hinaus.

Das Generationenkonstrukt überzeugt nicht, weil Homogenität einer Altersgruppe postuliert wird, die in höchst unterschiedlichen sozialen Lagen steckt. Auch heute sind mit dem Eintritt in die Arbeitswelt vielfältige Erfahrungen sozialen Auf- oder Abstiegs, von Anerkennung und Selbstermächtigung oder aber von sozialer Fragmentierung und Deprivation verbunden. In die Generation Z wird eingruppiert, wer grob gesagt in dem Jahrzehnt des Übergangs in das neue Jahrtausend geboren ist. Doch damit verknüpfte positive Erwartungen erfüllen sich nur für diejenigen, die über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, in die »Facharbeiterlücke« stoßen und mittlere bis hohe Einkommenspositionen erreichen. Das gilt nicht für alle in dieser Altersgruppe, aber umgekehrt auch für etliche, die nicht dazu gehören. Offenkundig geht es hier nicht in erster Linie um generationelle, sondern um Klassenprägungen.

RICHARD DETJE ist Sozialwissenschaftler und Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

NICOLE MAYER-AHUJA ist Professorin für die Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Universität Göttingen.

VERFÜGUNG ÜBER ZEIT ALS KLASSENFRAGE

Für Pierre Bourdieu ist die soziale Stellung von Individuen bekanntlich von ihrer Kapitalausstattung abhängig: in erster Linie vom Zugriff auf ökonomisches Kapital, dann von der Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital, schließlich von der Übersetzung in symbolisches Kapital. Ausschlaggebend ist die Disposition über Zeit, beispielsweise »bei der Umwandlung von ökonomischem in kulturelles Kapital. Das beste Maß für kulturelles Kapital ist zweifellos die Dauer

der für seinen Erwerb aufgewendeten Zeit.« (Bourdieu 1997, 72) Wer zwei Jobs benötigt, um über die Runden zu kommen, wer nach der Arbeit erschöpft in den Sessel fällt oder in der Produktion bzw. beim Discounter Schichtarbeit leistet, für den und für die sind die familiäre Erziehung und das Bildungssystem von restriktiven Klassenlinien durchzogen. In den Lebenswelten »verkannter Leistungsträger:innen« (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021), deren Niedriglöhne gerade einmal für prekäre Wohnlagen reichen, ist alles knapp: Kapital und Zeit. Man arbeitet, wenn man denn einen Job findet, oft rund um die Uhr, hat kaum Zeit und Geld, um den Kindern Zugang zu sozialen Netzwerken oder kulturellen Aktivitäten zu eröffnen. »Work-Life-Balance« ist auch hier ein viel geträumter Traum – allerdings einer, dessen Verwirklichung man sich nicht leisten kann.

In anderen Teilen der arbeitenden Klasse sind dessen Verwirklichungschancen besser. Aber auch dort sind Nöte unübersehbar. Die Kapitalausstattung ist günstiger, aber überlange Arbeitszeiten sind an der Tagesordnung: sei es in Projektarbeit oder in der Auftragslage angepassten flexiblen Arbeitszeitsystemen. Der Neuaufnahme der Arbeitszeitpolitik in den Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre lag der mehrheitliche – durch große Beschäftigtenbefragungen unterlegte – Wunsch zugrunde, mehr Zeit für die Erziehung der Kinder, für die Pflege von Angehörigen, für die eigene Erholung, Freizeit und Bildung zu haben. Diese Bedürfnisse sprengen offenkundig jede Generationenzuschreibung, werden sie doch von Beschäftigten in jungen wie in mittleren Jahren formuliert.

KÄMPFE UM ZEIT

Vier Jahrzehnte ist es her, dass IG Metall und IG Druck und Papier (später IG Medien) 1984 in einem langen Arbeitskampf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erstreikten. Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen: Dieser Slogan zierte jene Transparente mit der aufgehenden Sonne, die damals durch zahlreiche Städte getragen wurden. Arbeitszeitverkürzung – das stand für die Hoffnung auf teilweise Befreiung *von* der (Erwerbs-)Arbeit, die mit einer schrittweisen Befreiung *in* der (Erwerbs-)Arbeit einhergehen sollte. In Westdeutschland konnte nur ein kleiner Teil der Beschäftigten davon profitieren; in den ostdeutschen Bundesländern dokumentiert sich deren noch geringere sozioökonomische Macht nicht zuletzt darin, dass trotz staatsbürgerlicher »Einheit« Stunde um Stunde unentgeltlich länger gearbeitet wird als im Westen. Das heißt: mehr Zeit in Fremdbestimmung und Ausbeutung, weniger Zeit zum Leben, Lieben, Lachen – und zur Anhäufung von sozialem und kulturellem Kapital, das eine bessere Zukunft verspricht.

Die Geschichte der Kämpfe um die 35-Stunden-Woche ist mehrfach beschrieben und nachgezeichnet worden.[1] Ihnen haftet, wenn überhaupt, nur peripher eine generationenspezifische Bedeutung an. Interessanter ist, dass sie als Gegenbewegung zu einem Zyklus von Kämpfen gehören, die ab Ende der 1970er-Jahre den »Klassenkampf von oben« einleiteten, durch den sich der Neoliberalismus in Großbritannien (Thatcher), in den USA (Reagan) und (in abgeschwächter Form) 1982 auch in Westdeutschland durchsetzen konnte.

Schnee von gestern? Absolut nicht! Bis heute ist unter Gewerkschaftsmitgliedern die 1984er-Auseinandersetzung präsenter und identitätsstiftender als vieles, was danach erfolgte. Das Thema Arbeitszeitverkürzung steht damals wie heute für die Hoffnung auf mehr Zeitsouveränität – eine Hoffnung, deren Erfüllung keiner Generation je zugefallen ist, sondern um die stets gekämpft wurde – im Großen wie in den kleinen Versuchen von Unternehmen, Arbeitszeiten unter der Hand zu *verlängern*, die Marx als »knabbern und knapsen« unter anderem an Pausenregelungen beschrieben hat.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG: PRIVILEG FÜR MANCHE UND PROBLEM FÜR ANDERE

Bei denjenigen, die sich bewusst gegen Vollzeitarbeit in fachlich anspruchsvollen Jobs entscheiden (auf sie konzentrieren sich Debatten über *quiet quitting* oder eine Generation Z), handelt es sich in aller Regel um vergleichsweise höher qualifizierte Beschäftigte, die selbst in Teilzeit ein auskömmliches Einkommen erwarten können. Ihnen steht die wachsende Gruppe der Bezieher*innen von Niedriglöhnen (aktuell etwa jede*r vierte Erwerbstätige) gegenüber, für die selbst eine Vollzeitstelle mit »Armut trotz Arbeit« einhergeht. Etwa vier Millionen Menschen hatten (laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) im Jahr 2021 sogar mehrere Jobs. Statt Arbeitszeitverkürzung praktizieren sie Arbeitszeitverlängerung, um ihre Lebenshaltungskosten bezahlen zu können. Länger statt kürzer zu arbeiten ist auch der Wunsch vieler Frauen in Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung beispielsweise im Einzelhandel und in der Gebäudereinigung. Arbeitszeitverkürzung ist deshalb keine Forderung »für alle«. Während sie für Vollzeitbeschäftigte, die regelmäßig Überstunden machen, ein großer Fortschritt wäre, bräuchten die strukturell Unterbeschäftigten, darunter sehr viele Frauen, eigentlich eine Ausweitung ihrer Arbeitszeiten, die angesichts der von vielen Unternehmen praktizierten Zersplitterung von Vollzeitstellen in Teilzeit- und Minijobs schwer zu erreichen ist. »Kurze Vollzeit für alle«, nicht allgemeine Arbeitszeitverkürzung, sollte demnach das Ziel einer zeitgemäßen arbeitszeitpolitischen Initiative lauten.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ALS SELBSTVERTEIDIGUNG

Selbst bei denjenigen, die »freiwillig« ihre Arbeitszeit reduzieren, ist oft schwer zu entscheiden, ob dies in Befreiungsabsicht oder doch eher als Akt der Selbstverteidigung erfolgt. In vielen Bereichen der Arbeitswelt ist der Druck auf Beschäftigte deutlich gewachsen. Immer mehr Aufgaben sollen mit immer weniger Personal erledigt werden. Daher müssen sich viele möglichst flexibel auf ein dauerhaft zu hohes Arbeitsvolumen und auf stetig wechselnden Arbeitsanfall einstellen. Kinderbetreuung, Hobbys, Zeit für Erholung, Weiterbildung oder die Entwicklung neuer Interessen – all das steht dann unter dem Vorbehalt, »wenn es der Job erlaubt«. Im Index »Gute Arbeit« des Deutschen Gewerkschaftsbunds gaben im Jahr 2017 über 40 Prozent der Befragten an, sie seien »sehr häufig oder oft nach der Arbeit zu erschöpft, um sich um private oder familiäre Angelegenheiten zu kümmern« – eine Erfahrung, die in den Folgejahren immer wieder

bekräftigt wurde. Am Beispiel der Pflege lässt sich studieren, was dies bedeutet: Es fehlt an qualifizierten Beschäftigten, weil die (durch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens verschärften) Arbeitsbedingungen viele Fachkräfte zwingen, vorzeitig auszuscheiden oder auf eigene Kosten die Arbeitszeit zu reduzieren, weil sie die körperlichen und psychischen Belastungen nicht mehr aushalten wollen oder können. Damit steigt der Druck auf die verbliebenen Beschäftigten, die Arbeitsverdichtung schreitet fort, der Job wird noch unattraktiver – ein Teufelskreis. Wenn sich junge Menschen, die diese Option haben, tatsächlich gegen Vollzeitarbeit entscheiden, dürfte das oft weniger mit Arbeitsscheu oder einem hedonistischen Lebensstil als mit dem abschreckenden Beispiel ausgelaugter und gehetzter Kolleg*innen zu tun haben. Wer es sich irgend leisten kann, mag zu Recht sagen: So will ich nicht enden.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHES PROJEKT

Die Entscheidung gegen Vollzeitarbeit ist oft eine individuelle oder bestenfalls im Haushaltskontext abgestimmte Angelegenheit, für die man notgedrungen Opfer in Form von reduziertem Einkommen und höherer Arbeitsintensität bringt. Mitte der 1980er-Jahre war mit Arbeitszeitverkürzung hingegen ein gesellschaftspolitisches Reformprojekt verbunden. Die Zeit sollte anders verteilt werden – zwischen denjenigen, die Arbeitsplätze hatten, und denjenigen, die sie im Zeichen von Massenarbeitslosigkeit verloren, aber auch zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten. Es ging nicht um eine individuelle Notbremse, sondern darum, das soziale Leben neu zu organisieren. Zudem wurde nicht nur um die Umverteilung von Zeit zwischen Arbeitenden gekämpft, sondern auch um eine Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum durch die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Und weil Arbeitszeitverkürzung in aller Regel zu Arbeitsverdichtung führt, stand – insbesondere in der Druckindustrie – die Forderung nach Personalausgleich auf der gewerkschaftlichen Agenda.[2]

Und heute? Die Entscheidung für Teilzeitarbeit mit entsprechendem Lohnverzicht wird vor allem von Frauen mit Familienpflichten als Antwort auf den stummen Zwang der Verhältnisse genutzt, oft erzwungenermaßen. Individuelle Arbeitszeitverkürzung als Kompensation für wachsenden Leistungsdruck und Flexibilisierung hingegen ist eine freiwillige Option derjenigen, die sich das leisten können. Vor der Pandemie gab es jedoch erste Initiativen, die Entscheidung zwischen Geld und mehr freier Zeit zum Gegenstand kollektiver Regulierung zu machen. Die Gewerkschaft IG Metall setzte (ähnlich wie etwa die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) 2018 einen Tarifvertrag durch, der es bestimmten Beschäftigtengruppen (Eltern kleiner Kinder, Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen, Schichtarbeiter*innen) erlaubte, selbst darüber zu entscheiden, ob sie die tariflich verhandelte Lohnerhöhung ausgezahlt bekommen oder in mehr freie Zeit umwandeln wollten. Das war ein Einschnitt: Wahlmöglichkeiten von Beschäftigten in Bezug auf die eigene Arbeitszeit – nicht abhängig davon, was man gegenüber Vorgesetzten individuell heraushandeln kann, sondern auf Grundlage

kollektiv festgeschriebener Rechtsansprüche, die man gemeinsam in einem sehr lebhaften Arbeitskampf erstritten hatte. Während 2018 kein Lohn- oder Personalausgleich vorgesehen war, wird aktuell in der Stahlindustrie von der IG Metall die Einführung einer Vier-Tage-Woche mit (Teil-)Lohnausgleich gefordert. Derlei tarifpolitische Initiativen sind ein immenser Fortschritt gegenüber der individuellen »Entscheidung«, zugunsten von mehr Lebensqualität auf einen Teil des Gehalts zu verzichten.

Von einer breiten gesellschaftspolitischen Bewegung für eine Umverteilung von gesellschaftlicher Zeit und gesellschaftlichem Reichtum sind wir jedoch noch weit entfernt. Ankerpunkt dafür könnte eine »kurze Vollzeit« sein: um die 30 Wochenstunden für alle, verbunden mit Lohn- und Personalausgleich (vgl. hierzu Riexinger/Becker 2017). Dies wäre eine Forderung, auf die sich der überarbeitete IT-Spezialist mit der Minijobberin an der Supermarktkasse einigen könnte. Sie würde Arbeitende zusammenbringen, die sonst wenig verbindet, würde gemeinsame Interessen von Beschäftigten in den Vordergrund stellen, anstatt »Arbeitszeiten, die zum Leben passen« weiterhin als Privileg der Jungen und gut Qualifizierten zu behandeln. Damit würde der Logik einer Arbeitswelt, die auf dem Kampf aller gegen alle beruht und in der dieser Kampf nicht zuletzt in der Währung »Zeit« geführt wird, eine humanere und solidarische Alternative entgegengesetzt. Arbeitszeitverkürzung in diesem Sinne würde sicher zum Gegenstand harter Auseinandersetzungen werden – und in diesen Auseinandersetzungen hätte man es vielleicht auch mit einem Generationeneffekt zu tun. Immerhin müssten sie von Beschäftigten geführt werden, die zwischen Mitte der 1980er Jahre und heute erwerbstätig geworden sind. Sie könnte man als »Generation Sachzwang« bezeichnen: als diejenigen, denen Unternehmen und Politik weisgemacht haben, es gäbe keine Alternative zu Konkurrenz und Spaltung im Zeichen eines angeblich »freien Marktes«. Doch selbst dann taugt der Verweis auf das historische Schicksal, in dieser (langen) Periode erwerbstätig geworden zu sein, nicht als Ausrede für Untätigkeit. Denn der Kampf um Arbeitszeitverkürzung als gesellschaftspolitisches Projekt könnte dazu beitragen, die Konkurrenz zwischen Jungen und Alten, Männern und Frauen, mehr oder weniger Qualifizierten zu reduzieren, und daran erinnern, dass eine andere, humanere Arbeitswelt möglich ist.

LITERATUR

Bourdieu, Pierre, 1997: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg

Ferlemann, Erwin/Janßen, Hans/Bade, Alfred 1985: Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten. Gewerkschaften im Kampf um Arbeitszeitverkürzung, Hamburg

Mayer-Ahuja, Nicole/Nachtwey, Oliver (Hg.), 2021: Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft, Berlin

Riexinger, Bernd/Becker, Lia, 2017: For the many, not the few. Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 9

Stamm, Sybille, 2013: Wem gehört die Zeit?, in: LuXemburg 1/2013, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wem-gehoert-die-zeit

---

1 Siehe als eine Gewerkschafterin, die sich an vorderster Front für Wochenarbeitszeitverkürzung als Emanzipationsprojekt eingesetzt hat, Sybille Stamm (2013).

2 Man sollte die Kämpfe der 1980er-Jahre allerdings nicht idealisieren. Detlef Hensche, damals zweiter Vorsitzender der IG Druck und Papier, hat früh auf die Schwäche des gesellschaftspolitischen Profils der Gewerkschaften in diesen Auseinandersetzungen hingewiesen (vgl. Ferlemann/Janßen/Bade 1985).

WIE INTERNATIONALISMUS NEU DENKEN?

Ein neuer Internationalismus muss über die national verfasste Logik der Blockbildung hinausgehen.

Sandro Mezzadra & Brett Neilson

Wir beginnen hier eine Debatte zu Internationalismus, zu der auch der folgende Beitrag von David Salomon sowie der Beitrag »BRICS+ und die Widersprüche des neuen Multipolarismus« von Patrick Bond auf unserer Website gehören.

Wie stehen die Chancen auf einen erneuerten Antiimperialismus – inmitten der vielfachen Krisen unserer Zeit, ihren multipolaren Tendenzen und einem neu erstarkenden Imperialismus? Unsere Frage fußt auf der Einsicht, dass es in den turbulenten Zeiten des Umbruchs, die die Welt derzeit im globalen Maßstab erlebt, mehr denn je eines erneuerten Internationalismus bedarf. Dabei sind wir uns der Rolle bisheriger Formen und Praktiken in historischen antiimperialistischen Prozessen bewusst. Indem wir eine Neuinterpretation des Internationalismus in der aktuellen Situation versuchen, möchten wir sowohl auf die spezifischen Probleme hinweisen, vor denen wir heute stehen, als auch die Tatsache unterstreichen, dass der antiimperialistische Kampf ein andauernder Prozess ist, der womöglich niemals abgeschlossen ist.[1]

Gibt es den Internationalismus noch?

Internationalismus an sich stellt sicherlich keinen ganz neuen politischen Vorschlag dar. Hervorgegangen aus einer langen Tradition anarchistischer,

sozialistischer und kommunistischer Solidarität, verbindet man sein Potenzial und Vermächtnis mit Spanien oder Vietnam. Trotz dieser Assoziationen sind wir skeptisch, ob der Internationalismus heute noch Gültigkeit besitzt. Für unseren Vorbehalt gibt es mindestens zwei Gründe. Erstens hat der Begriff zu oft als Deckmantel für nationale Interessen – insbesondere die der UdSSR – gedient, was etwa während der Ära Stalins für den Spanischen Bürgerkrieg katastrophale Konsequenzen hatte. Zweitens wurde in der Geschichte des Internationalismus stets der Nationalstaat als entscheidende organisatorische Einheit vorausgesetzt. Dies entsprach allerdings nicht der ursprünglichen Stoßrichtung des Konzepts. Man bedenke, dass der Prozess der Nationenwerdung auf der politischen Landkarte Europas alles andere als abgeschlossen war, als Marx in den 1840er-Jahren begann, über dieses Thema zu schreiben. Internationalismus war insofern eine herausragende politische Erfindung und hellsichtige Vorwegnahme. Diese politische Kreativität gilt es, neu zu entfachen, wenn der Internationalismus die Grundlage für geeignete Praktiken und Kämpfe sein soll, die den imperialen Kräften und der neuen Weltordnung, die sie anstreben, etwas entgegensetzt.

In der heutigen Zeit haben wir es mit einer Störung der »regelbasierten internationalen Ordnung« zu tun. Etablierte Formen eines liberalen Internationalismus und entsprechende kosmopolitische Ideologien werden infrage gestellt. Mit Blick auf das marxsche internationalistische Projekt beschrieb Jacques Derrida im Jahr 1993 eine Bewegung, die sich »als geo-politisch präsentiert, auf diese Weise den Raum eröffnend, der inzwischen der unsere ist und der heute an seine Grenzen stößt, Grenzen der Erde und Grenzen des Politischen« (Derrida 1995, 68). Diese Grenzen sind im Zeitalter des Anthropozän und Kapitalozän erreicht. Die Neuerfindung des Internationalismus muss der Verletzlichkeit des Planeten in seiner Epistemologie Rechnung tragen.

Die gemeinsamen Herausforderungen für Klimakämpfe und den Internationalismus zu erkennen, bedeutet nicht, die Lehren der Vergangenheit zu ignorieren. Nach wie vor halten wir Lenins Versuch, die historische Neuheit des Imperialismus zu fassen und dadurch grundlegende Aspekte kommunistischer Politik in Russland und der Welt neu zu bewerten, für einen Quell methodologischer Inspiration. Das gilt, obwohl wir wissen, dass Lenin ein sowjetisches Elektrifizierungsprogramm vorantrieb, das auf der Verbrennung großer Mengen fossiler Brennstoffe basierte. Wir denken nicht, dass Lenins Imperialismustheorie für unsere heutige Zeit besonders nützlich ist. Doch sein Bemühen, geopolitische Faktoren in sein Verständnis vom Klassenkampf einzubeziehen, und zwar zum Zeitpunkt eines nie dagewesenen Kriegsgeschehens und groß angelegter Massaker in ganz Europa, bleibt methodisch bedeutsam. Ebendiese Verbindung von Geopolitik und sozialen Kämpfen wird nun in einer völlig veränderten Situation wieder entscheidend.

Prozesse der Polbildung

Wir kritisieren Ansätze, die die heutigen Brüche und Konflikte in der internationalen Ordnung als Beleg für das »Ende der Globalisierung« betrachten. Denn globale Prozesse prägen den Kapitalismus nach wie vor auf verschiedenen Ebenen.

Diese Analyse bildet die Grundlage für unser Verständnis von Geopolitik und Multipolarität. Auch wenn wir dem Narrativ einer hegemonialen Schwerpunktverlagerung von den USA nach China nicht zustimmen, nehmen wir Giovanni Arrighis Diagnose einer Krise der globalen US-Hegemonie ernst. Ebenso ernst wie seine Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen Kapitalismus und Territorialismus, das unserer Ansicht nach heute einen Zerreißpunkt erreicht hat. Multipolarität bezeichnet weder die Rhetorik Putins oder seiner Ideologen noch die gängigen Konventionen internationaler Beziehungen, denen zufolge üblicherweise Staaten, Nationen und Großmächte als die alleinigen weltpolitischen Akteure gesehen werden. Im Gegensatz dazu betonen wir die Rolle, die kapitalistische Akteure und Unternehmungen bei der Herausbildung der Pole spielen, und vermessen sehr genau die »operativen Räume«, die sie erschaffen – etwa in den Bereichen Logistik und Energieverteilung, Infrastrukturen, Digitalisierung und Finanzen. Diese Räume überschneiden und verbinden sich mit den territorialen Grenzen, die Staaten und Nationen umgeben, können aber niemals auf sie oder die aufsteigenden geopolitischen Pole unserer heutigen Welt reduziert werden. Die Prozesse der Polbildung sind offen und alles andere als abgeschlossen. Dennoch sind sie von territorialen Logiken durchzogen. Putins Vision eines »Großraums« für die »Russische Welt« ist unbestreitbar von einem imperialen Expansionsmodell geprägt. Allerdings gibt es die Tendenz, die komplexen Prozesse der Polbildung jenseits des konkreten Falls von Russland auf territoriale Ansprüche zu reduzieren, wodurch die internationalen Spannungen zu einer Logik der Konfrontation und des Krieges vereinfacht werden. Obwohl die Rede von einem »Neuen Kalten Krieg« alles andere als eine präzise Beschreibung der Beziehungen zwischen den USA und China ist, wirkt sie genau in diesem Sinne und wird von Akteuren in Washington und Peking dankbar aufgegriffen. Dies ist der Hintergrund, vor dem der Ukraine-Krieg kritisch analysiert werden muss. Zugleich muss die damit verbundene Verbreitung von »Kriegsregimes« in vielen Teilen der Welt, darunter Europa und Ostasien, hervorgehoben werden.

Zwischen Territorialismus und Kapitalismus

Der Kampf zur Beendigung des Ukraine-Kriegs, um die Gewalt, den Terror und die Zerstörung zu stoppen, die die Zivilbevölkerung seit der russischen Invasion erleiden muss, impliziert einen Kampf zur Verhinderung aller künftigen innerimperialistischen Kriege. Der Imperialismus muss heute aus dem Blickwinkel des instabilen Gleichgewichts von Territorialismus und Kapitalismus analysiert werden. Dabei geht es um die Konvergenzen und Allianzen zwischen Territorialmächten und kapitalistischen Akteuren, die die Vereinfachung der internationalen Spannungen als Anlass zur Akkumulation und Verwertung nehmen und sie noch befördern. Ein Internationalismus, der nicht zugleich auch antiimperialistisch, gegen den Krieg und gegen die zunehmende Ausbreitung von Kriegsregimes ist, ist nicht möglich – das zeigen in erschreckender Weise die jüngsten Entwicklungen um Gaza und Israel.

Die Aktivitäten des Kapitals und von Kapitalakteuren sind jedoch nicht der einzige Faktor, der

Staaten und Großmächte aus dem Zentrum der Polbildung verdrängen kann. Es gibt eine weitere wichtige Ebene, die die grundlegende Rolle von sozialen Bewegungen und Kämpfen betrifft, oder, wie wir sagen, die Rolle des Klassenkampfs im weiteren Sinne. Im Alltagsdenken der Menschen gibt es keinen Klassenkampf auf internationaler Ebene. Dieses Alltagsdenken infrage zu stellen und für eine Analyse zu argumentieren, die die Rolle von Kämpfen und gesellschaftlichen Dynamiken betont, bedeutet nicht, zu denken, dass solche Kämpfe und Dynamiken notwendigerweise die Herausbildung von Polen beschleunigen. Vielmehr geht es darum, Widersprüche und Gegensätze der gesellschaftlichen Dimensionen der Polbildung zu beleuchten. Im Fall der Protestbewegung in Hongkong 2019/20 richtete sich eine starke gesellschaftliche Ablehnung gegen die mit Chinas Aufstieg verbundene Logik der Polbildung und die Verabschiedung eines neuen nationalen Sicherheitsgesetzes. Eine geopolitische Lesart der aktuellen Lage sollte uns nicht dafür blind machen, was bei den Verschiebungen in der Weltpolitik gesellschaftlich wie politisch auf dem Spiel steht. Wir würden niemals unsere Unterstützung für die Bewegung »Frauen, Leben, Freiheit« im Iran einstellen und eine Position einnehmen, die die Rolle des Landes als Teil eines »anti-amerikanischen« Pols zelebriert. Dasselbe gilt für alle ähnlich gelagerten Kämpfe, egal mit welchem Pol sie verbündet sind.

Um die Aufgaben und Aussichten eines erneuerten Internationalismus zu bestimmen, müssen wir die Konflikte verstehen, die für Prozesse der Polbildung wesentlich sind. Für einen solchen Ansatz gibt es Vorläufer in den Diskussionen des kritischen Regionalismus, wobei Weltregionen nicht als abgegrenzte Räume verstanden werden, sondern als Kaleidoskop von Räumen, die wiederum vielfach von globalen Verbindungslinien durchzogen und daher offen für Verflechtungen mit anderen geografischen Formationen sind. Der Aufstieg bestimmter regionaler Räume oder Pole deutet nicht notwendig auf eine neue starre Geografie hin. Das heißt, dass diese Räume oder Pole eine wesentliche Referenz bei der Etablierung von Kommunikationskanälen zwischen verschiedenen Kämpfen sein können und dass die Koordinaten des politischen Handelns, die sich daraus ergeben, leicht multipliziert und miteinander verbunden werden können. Die starke Heterogenität solcher Räume zwingt uns dazu, das Problem der Übersetzung von unterschiedlichen Erfahrungen, Ansprüchen und Sprachen als konstitutives Moment der Organisierung ernst zu nehmen.

Lateinamerika und die »feministische Internationale«

Dies ist nur eine grobe Skizze einer Politik der Kämpfe, die innerhalb und gegen Prozesse der Polbildung und die multipolare Welt des Kapitals geführt werden. Aus unserer Sicht ist ein umfassendes Modell für solch eine Politik gar nicht möglich. Gleichwohl zeigen die in vieler Hinsicht begrenzten und widersprüchlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Lateinamerika, wie mögliche politische Kämpfe und Experimente im regionalen Maßstab aussehen können. Die Kette von Aufständen und Bewegungen, die Ende des 20. Jahrhunderts über den Kontinent fegte, schuf einen regionalen Raum, in dem neue »progressive« Regierungen entstanden. Wir wollen hier

nicht die jeweilige Bilanz dieser Regierungen ziehen. Viel entscheidender ist, dass Lateinamerika gerade einen erneuten Aufschwung sozialer Bewegungen erlebt hat. Der großen Revolte in Chile 2019 folgten Volksaufstände in Ecuador mit großer Beteiligung indigener Gruppen und der massenhafte Widerstand gegen den Putsch in Bolivien. In Kolumbien wurde aus einer Massenbewegung gegen eine geplante Steuerreform eine allgemeine Mobilisierung gegen das bestehende gesellschaftliche und politische System, die schließlich den Wahlsieg von Präsident Gustavo Petro ermöglichte. Zudem sei auf die jüngere Welle der »rosaroten Regierungen« hingewiesen, einschließlich der internationalen Initiativen des brasilianischen Präsidenten Lula.

Insbesondere die feministischen Mobilisierungen, die 2015 in Argentinien unter dem Slogan Ni Una Menos (»Nicht eine weniger!«) ihren Anfang nahmen, haben sich rasant entwickelt und eine erhebliche transformative Kraft gezeigt. Die rasche Ausbreitung dieser Bewegung schuf eine lateinamerikanische Dimension des feministischen Kampfes. Es gelang ihr, organisatorische Instrumente und politische Diskurse in äußerst unterschiedliche materielle Kontexte zu übersetzen. Der neue lateinamerikanische Feminismus fand auch in den USA und in südeuropäischen Ländern wie Spanien und Italien einen erheblichen Widerhall. Diese »feministische Internationale« basiert auf einem engmaschigen Netz aus kämpfenden Körpern, territorialen und subjektiven Eigenheiten sowie situierten Praktiken antikolonialer und antirassistischer Politik, die den Beschränkungen der nationalstaatlichen Geometrie trotzen, ohne dabei in Abstraktion zu verfallen.

Ein neuer Internationalismus

Es geht uns nicht darum, Ni Una Menos als Musterbeispiel darzustellen. Doch die Erfahrungen daraus könnten womöglich bei einer aktuell besonders kontroversen Frage zum Internationalismus weiterhelfen. In gewisser Weise schlägt Gramscis Kritik des Kosmopolitismus als Beispiel eines abstrakten Universalismus mit voller Wucht auf den Internationalismus zurück, der für ihn das »Andere« des Kosmopolitismus darstellte, und zwar gerade wegen der »konkreten« Vermittlung durch die Nation. Vielen heutigen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen erscheint der Internationalismus selbst als »abstrakt«, als eine nicht endende und letztlich unproduktive Arbeit des Netzwerkens, die von den konkreten und alltäglichen Anliegen lokaler Kämpfe weit entfernt ist. Die Herausforderung besteht darin, den »globalen« Raum auf neue Weise zu denken, und zwar so, dass die translokalen Potenziale selbst in noch so kleinräumigen Kämpfen herausgearbeitet werden. Es gilt, die Ortsgebundenheit politischen Handelns mit einem Blick zu kombinieren, der die Verbreitung und Resonanz über die jeweiligen Grenzen ebendieser Kämpfe hinaus anvisiert. Traditionelle Prozesse des Netzwerkens bleiben zwar weiterhin wichtig. Noch entscheidender ist jedoch die Vervielfachung von Medienprojekten, die innerhalb variabler Geometrien regionaler Beziehungen, über diverse Plattformen und Infrastrukturen hinweg Verbreitung und Resonanz finden können: Von der subversiven Arbeit an erleichterten Migrationskorridoren für illegalisierte Menschen bis zur Intensivierung von klimapolitischen, feministischen und antirassistischen Kämpfen. Solche Projekte und Plattformen kön-

nen das infrastrukturelle Grundgerüst für einen neuen Internationalismus bilden.

Ein antiimperialer Internationalismus für die heutige Zeit muss eine neue Sprache entwickeln. Eine, die die heterogenen Bedingungen von Herrschaft und Ausbeutung in verschiedenen Weltteilen abbilden kann und zugleich den gemeinsamen Wunsch nach Befreiung zum Ausdruck bringt. Uns ist klar, dass mit dieser Formulierung eine ganze Reihe theoretischer und politischer Fragen verbunden ist: von der Politik der Übersetzung bis zu den umstrittenen Vorzügen des Universalismus. Ist es möglich, die gesamte Bandbreite von Herrschaft und Ausbeutung durch eine gemeinsame Sprache abzubilden? Gibt es einen solchen »gemeinsamen Wunsch nach Befreiung« überhaupt? Die letzte Frage ist vielleicht noch leichter zu beantworten: Es existiert kein solcher bewusster Wunsch. Vielmehr haben wir es in vielen Teilen der Welt mit Initiativen und Bewegungen zu tun, die aus der konkreten Konfrontation mit Systemen von Herrschaft und Ausbeutung hervorgehen. Sie können sicherlich Risse in den Strukturen dieser Systeme verursachen, sind aber noch kein Hinweis auf ein systematisches Streben nach Befreiung.

Das Streben nach Gleichheit und Freiheit sollte die Aufgabe eines neuen Internationalismus sein. Er muss daran mitwirken, den Horizont für ein Leben jenseits der Herrschaft des Kapitalismus aufzubauen. Zu veranschaulichen, dass ein solches Leben so möglich wie erstrebenswert ist, sollte in Zeiten von Krieg, Armut und dem Gespenst des Klimawandels den Kern unseres politischen Programms bilden. Es wird kein von Kathederphilosoph*innen formuliertes Programm, keine Blaupause in »Einheitsgröße« sein. Die Entwicklung einer neuen politischen Sprache ist eine aus heterogenen Erfahrungen gespeiste kollektive Anstrengung mit dem Ziel, eine Reihe grundlegender Prinzipien und Konzepte in verschiedene materielle und geografische Kontexte zu übersetzen. Nur so wird diese Welt wieder »zu gewinnen« sein.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

LITERATUR

Derrida, Jacques, 1995: Marx’ Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale, Frankfurt a. M.

---

1 Eine ausführlichere Diskussion der hier skizzierten Ideen findet sich in unserem bald bei Verso erscheinenden Buch »The Rest and the West«.

SANDRO MEZZADRA lehrt politische Theorie an der Universität Bologna.

BRETT NEILSON ist Professor am Institute for Culture and Society der Western Sydney University.

WAS HEISST ANTIIMPERIALISMUS HEUTE?

Die Linke muss sich in der multipolaren Weltordnung neu orientieren und Friedens- und Entspannungspolitik ins Zentrum stellen.

David Salomon

Insbesondere in der angelsächsischen Welt wurde ab den frühen 2000er-Jahren verstärkt über einen »neuen Imperialismus« diskutiert. Auslöser der Debatte waren die Anschläge vom 11. September 2001 und die auf sie folgenden Kriege der USA und ihrer Verbündeten. Insbesondere marxistische Beiträge zur Debatte – etwa von Leo Panitch und Sam Gindin (2004) oder David Harvey (2005) – analysierten die seinerzeit betriebene Gewaltpolitik im Zusammenhang mit der Reorganisation des globalen Kapitalismus nach dem Ende des Kalten Krieges. Nicht nur das trotz aller Spannungen – etwa im Kontext des Irak-Kriegs – weitgehend stabile transatlantische Verhältnis zwischen den USA und der EU, auch die starke Interdependenz zwischen den Ökonomien des aufsteigenden China und den kapitalistischen Zentren im Westen einschließlich den USA (»Chimerika«) bestätigten zunächst den Befund, die Vereinigten Staaten von Amerika seien als einzige verbliebende Supermacht in der Lage, die politische Rolle des Motors

kapitalistischer Globalisierung – mindestens mittelfristig – weiterzuspielen (vgl. u. a. Haug 2022, 354). Der Imperialismus hatte für einige Zeit eine Gestalt angenommen, die an eine asymmetrische Variante dessen erinnerte, was Karl Kautsky 1915 als Ultraimperialismus bezeichnet hatte (Panitch/Gindin 2004, 30; Deppe, 17). Formen der Kooperation zwischen den imperialistischen Mächten überwogen zwischenimperialistische Konkurrenz.

Kräfteverschiebungen im Weltsystem

Dennoch waren bereits die 2000er- und 2010er-Jahre von nachhaltigen Kräfteverschiebungen im kapitalistischen Weltsystem geprägt. Davon zeugt nicht nur die wachsende Bedeutung der 1999 gegründeten G20 (gegenüber G8 bzw. G7), sondern auch die sich in diesen Jahrzehnten entwickelnde Kooperation zwischen den sogenannten BRIC(S)-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Seit 2014 verfolgt die Volksrepublik China mit ihrer One-Belt-One-Road-Initiative (»Neue Seidenstraße«) ein Projekt mit bedeutenden geoökonomischen und »geopolitischen« Implikationen: Die Neue Seidenstraße »verbindet […] China enger mit Eurasien und Afrika. Man könnte sagen: Sie bindet Eurasien und Afrika stärker an China.« (Solty 2020, 26) Spätestens mit Obamas »Schwenk nach Asien« (vgl. ebd., 22) hatten die USA schon zuvor die Weichen in Richtung einer stärker konfrontativen Politik gegenüber China gestellt. Dieser Großkonflikt bildet das Hintergrundrauschen aller gegenwärtigen interimperialen Auseinandersetzungen.

Im Rückblick erweisen sich bereits die Kriege nach dem »Arabischen Frühling« von 2011 als Katalysator von Konflikten zwischen »dem Westen« und dem »Rest«, insbesondere Russland. Schon der syrische Bürgerkrieg, in den neben den USA und anderen auch die Russische Föderation intervenierte, trug Züge eines ersten Stellvertreterkrieges. Mit den Maidan-Unruhen, dem Beginn des ukrainischen Bürgerkriegs im Donbass und insbesondere der Annexion der Krim im Jahr 2014 waren die durch vorhergehende NATO-Osterweiterungen ohnedies strapazierten Beziehungen »des Westens« zu Russland an einem historischen Tiefpunkt angelangt. Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert abermals eine bedeutende Zäsur. Er setzte eine offene Eskalationsspirale in Gang, deren Ende bislang nicht abzusehen ist und die zunehmend zur Nagelprobe für die globale Friedensordnung und das Verhältnis der großen Mächte zueinander wird.

Konfliktdimensionen des Ukraine-Kriegs

Eine an antiimperialistischer Entspannungspolitik orientierte Perspektive tut gut daran, die in diesem Krieg verschlungenen Konfliktdimensionen analytisch zu trennen: Susan Watkins (2023, 25ff) unterscheidet im Anschluss an Ernest Mandel fünf solcher Dimensionen – der Ukraine-Krieg sei erstens ein Bürgerkrieg in der Ukraine selbst, zweitens der russische Krieg gegen die Ukraine und durch sie vermittelt auch gegen die NATO, drittens ein ukrainischer Verteidigungskrieg gegen den russischen Angreifer, viertens ein auch seitens der Biden-Regierung geführter Stellvertreterkrieg gegen Russland und darüber hinausgehend ein Modellkrieg, der auf künftige Eskalationspotenziale verweist. »Hier taucht das

Gespenst eines fünften Konflikttyps auf, der die Haltung Washingtons zur Ukraine überlagert: die kommende Konfrontation mit Peking.« (Ebd., 32) Watkins kommt sogar zu dem Ergebnis: »Die Folgen für den amerikanisch-chinesischen Konflikt, auf den sich die letzten drei Regierungen in Washington konzentriert hatten, bestimmen in letzter Instanz die Dynamik des Ukrainekriegs.« (Ebd., 33) Dass Russland durch die Wirtschaftssanktionen des Westens in zunehmende Abhängigkeit von Peking gerät, passt ebenso zu einer die Blockkonfrontation forcierenden Politik wie die ablehnende westliche Haltung gegenüber Signalen der Bereitschaft aus Peking (und Brasilia), in gemeinsamer Anstrengung mit den USA und ihren Verbündeten die unmittelbaren Konfliktparteien des Ukraine-Kriegs an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Im herrschenden, bis weit in linke politische Milieus wirkenden Diskurs werden von den fünf von Watkins herausgearbeiteten Konfliktdimensionen jedoch lediglich zwei beachtet: Der Angriffskrieg Russlands und der ukrainische Verteidigungskrieg werden in abstrakter Eindeutigkeit aus den »verhakten Verhältnissen« (Kluge 2023, 46) herausgelöst und dem Publikum als Bekenntnisalternative vorgelegt. Sozialpsychologisch greift in dieser Vereinfachung eine ideologische Konstellation, die Ingar Solty dazu bringt, von einem linksliberalen Krieg zu reden, der »drei tief verankerte linke Gefühle« anspreche: »die Antikriegshaltung, den Antifaschismus und den Wunsch, mit den Schwachen und auch international solidarisch zu sein« (Solty 2023). Ergänzen ließe sich noch, dass auch antiimperialistische Gefühle mobilisiert werden: etwa wenn die ukrainische Geschichte im sowjetischen Verbund als Kolonialgeschichte interpretiert wird und das Attribut imperialistisch ausschließlich zur Kennzeichnung der russischen Position dient. Auf der Ebene der Kriegsideologie erweist sich diese »antiimperialistische« Reminiszenz als das Medium, in dem sich der Gestaltwandel von einstigen »Pazifisten« zu Bellizisten vollzieht: Die militärische Unterstützung der Ukraine wird in diesem Zusammenhang damit begründet, dass Verteidigungskriege völkerrechtlich zulässig und darüber hinaus die einzig verbliebene Form des gerechten Krieges seien. Dies gelte insbesondere dann, wenn die imperialistischen Ambitionen einer revisionistischen Macht abgewehrt werden müssten. Diese Argumentation enthält drei Ebenen: eine völkerrechtliche, eine moralphilosophische und eine politische. Eine emanzipatorisch orientierte antiimperialistische Perspektive muss dem herrschenden Diskurs auf allen drei Ebenen begegnen.

Dass militärische Mittel zum Zweck der Selbstverteidigung – trotz des allgemein geltenden Gewaltverbots – völkerrechtlich zulässig sind, ist im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen tatsächlich eindeutig formuliert. Dieses Selbstverteidigungsrecht gilt auch dann, wenn – wie im Fall des Ukraine-Kriegs die Russische Föderation oder im Fall des Irak-Kriegs die USA – Mitglieder des Sicherheitsrats ihre Verpflichtung missachten, Bedrohungen des Weltfriedens abzuwehren, und selbst als Angreifer handeln. Aus dem Selbstverteidigungsrecht allein resultiert aber keineswegs eine Verpflichtung von Drittstaaten, den Angegriffenen durch militärischen Beistand oder Waffenlieferungen

zu unterstützen. Vielmehr lässt sich durchaus die Rechtsauffassung vertreten, dass entsprechende Maßnahmen ihrerseits unter dem Vorbehalt stehen, einen Beitrag zur Sicherung, Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens zu leisten. Der russische Überfall auf die Ukraine wurde jedoch konträr zu diesem Anspruch in einem historischen Milieu unternommen, in dem offene Brüche des Völkerrechts (Kosovo, Irak) und die Überdehnung von Mandaten des Sicherheitsrats (Libyen) das Gewaltverbot der UN-Charta in bedenklicher Weise unterhöhlt haben: »Ein Merkmal aller Kriege, an denen die USA und mit ihnen die Staaten der NATO derzeit beteiligt sind, ob in Afrika, im Mittleren Osten oder in Europa, ist ihre globale Bedeutung über den lokalen Kriegsschauplatz hinaus. In ihnen manifestiert sich der Anspruch, die Welt nach den eigenen Interessen zu ordnen – diplomatisch im Umlauf als ›regelbasierte Ordnung‹. Diese Ordnung unterscheidet sich nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich von der Völkerrechtsordnung, die seit ihrer Gründung in der UNO-Charta 1945 die alleinige Matrix der internationalen Ordnung sein sollte – auch für die NATO.« (Paech 2023, 182) Die potenzielle Gefährlichkeit dieser semantischen Verschiebung zeigt sich insbesondere in der – bereits von Susan Watkins angesprochenen – Übertragung des Modellfalls Ukraine auf die völkerrechtlich gänzlich anders gelagerte Situation im Konflikt um die nicht als staatliches Völkerrechtssubjekt konstituierte Inselrepublik Taiwan.

Die in dieser Konstellation liegende extreme Eskalationsgefahr erweist sich auch für die moralphilosophische Frage nach dem »gerechten« Verteidigungskrieg als zentral. Das Recht auf Selbstverteidigung entbindet weder vom Prinzip der Verhältnismäßigkeit noch von der Verantwortung für die Konsequenzen politischer Entscheidungen aufseiten derer, die einem sich verteidigenden Staat militärische Hilfe leisten: »Das Schlafwandeln am Rande des Abgrundes wird vor allem deshalb zu einer realen Gefahr, weil die westliche Allianz der Ukraine nicht nur den Rücken stärkt, sondern unermüdlich versichert, dass sie die ukrainische Regierung ›so lange wie nötig‹ unterstützt und dass die ukrainische Regierung allein über Zeitpunkt und Ziel möglicher Verhandlungen entscheiden kann. Diese Beteuerung soll den Gegner entmutigen, aber sie ist inkonsequent und verschleiert Differenzen, die auf der Hand liegen. Vor allem kann sie uns selbst über die Notwendigkeit täuschen, eigene Initiativen für Verhandlungen zu ergreifen.« (Habermas 2023, 10) Die Schlafwandler-Metapher rückt ein exterministisches Szenario[1] in den Vorstellungshorizont, bei dem der lokal begrenzte Krieg in der Ukraine in einen »Weltkrieg zwischen nuklearen Mächten« übergehen würde (ebd.). Für Habermas tritt ein moralisches Problem jedoch nicht erst am *point of no return* zum Weltkrieg auf. Verhältnismäßigkeitsüberlegungen greifen vielmehr schon deutlich früher: Der Krieg »ist […] nicht nur Mittel der Verteidigung gegen einen skrupellosen Angreifer; im Verlaufe selbst wird das Kriegsgeschehen als die zermalmende Gewalt erfahren, die so schnell wie möglich aufhören sollte« (ebd.).

In der (so freilich von Habermas nicht ausgesprochenen) Konsequenz dieser Überlegungen liegt, dass auch ein Verteidigungskrieg aufhört, »gerechter Krieg« zu sein, wenn er sich an unbe-

dingten Siegesfantasien orientiert und Sorelsche Mythen an die Stelle politischer Zwecke setzt. Zumal dann, wenn die Realität in einem nicht enden wollenden Stellungskrieg besteht, der für ganze Generationen von Überlebenden zum Trauma wird. Hinzu kommt das Ausmaß an physischer und mentaler Alltagsbewaffnung in einem zerstörten und schon jetzt ausverkauften Land.[2] Die im Krieg endgültig zum Durchbruch gelangenden Nationalismen werden das politische Klima auf Jahrzehnte hin vergiften, während keines der Probleme, die 2014 zum Bürgerkrieg geführt haben, gelöst ist. Stärker als vielleicht irgendwann sonst in den vergangenen hundert Jahren gilt es darum heute, den antimilitaristischen Kern einer antiimperialistischen Perspektive hervorzuheben und den Eigenwert des Friedens gegen heroische Phrasendrescherei zu verteidigen.

Eine neue Weltordnung?

Dabei darf keine Illusion über den Charakter des russischen Imperialismus bestehen, der sich – wie Herfried Münkler (2023) zu Recht herausstellt – als der Imperialismus einer revisionistischen Macht gestaltet, die ideologisch noch die abgeschmacktesten Irrationalismen mobilisiert: etwa den Mythos einer »Russki Mir« (russischen Welt) und daraus abgeleitete Gebietsansprüche oder offene Drohungen, Atomwaffen einzusetzen – flankiert durch den Segen der orthodoxen Kirche und den Aufstieg obszöner Schlächter vom Schlage eines Kadyrow oder Prigoschin.[3] Dies alles sind jedoch keine Argumente gegen Verhandlungsangebote. Die Situation verlangt nach Kooperation – nicht zuletzt nach einer Verständigung zwischen den USA und der Volksrepublik China. Ziel muss sein, eine gemeinsame Friedensarchitektur zu errichten, in der auch Russland einen Platz findet und russische Sicherheitsinteressen ebenso beachtet werden wie die Sicherheitsinteressen von an Russland angrenzenden Nachbarstaaten: Dass ein solcher Weg beschritten wird, erscheint derzeit, wie Wolfgang Fritz Haug zu Recht befürchtet, nicht wahrscheinlich: »Statt sich nach vorn zu öffnen zur *Fähigkeit*, sich in einer *multipolaren Weltordnung zu bewegen*, tendieren die im Ukraine-Krieg verhakten Imperien, das russische und das amerikanische, vollends in exterministischen Imperialismus zu kippen. Aus dem Teufelskreis auszubrechen ist allerhöchste Zeit.« (Haug 2023, 248)

Im appellatorischen Gestus einer solchen Forderung spiegelt sich freilich die tiefe Schwäche der politischen Linken. Insbesondere muss festgehalten werden, dass die BRICS-Staaten aufgrund von Binnenrivalitäten und gänzlich unterschiedlichen politischen Traditionen nicht als Träger eines kohärenten oder gar progressiven Weltordnungsprojekts fungieren (vgl. dazu auch den Debattenbeitrag von Patrick Bond, Anm. d. Red.). Multipolarität erscheint in diesem Kontext weit eher als deskriptives denn als normatives Konzept: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich mit ihm gerade keine Weltordnung, sondern zunehmende interimperiale Spannungen verbinden. Gleichwohl ist die politische Orientierung auf Kooperation und Entspannung damit keineswegs obsolet. Gerade die Heterogenität der Akteure bietet – anders formuliert – zugleich Ansätze für eine deeskalierende politische Strategie. Während die russische Politik selbst – auch

unter Rekurs auf rhetorische Figuren aus dem Arsenal des alten »Antiimperialismus« – die Entstehung einer neuen Blockkonfrontation forciert, spricht vieles dafür, dass die chinesische Außenwirtschaftspolitik mit ihrer One-Belt-One-Road-Initiative an einer Aufspaltung der Welt in verfeindete Blöcke nicht interessiert ist. Solche Ansätze zum Ausgangspunkt einer entspannungspolitisch orientierten Weltpolitik werden zu lassen, setzt freilich eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in den alten kapitalistischen Zentren selbst voraus. Wie bereits in der von zwischenimperialistischer Konkurrenz geprägten Konstellation vor und nach dem Ersten Weltkrieg steht eine linke Politik heute vor der zentralen Herausforderung, den Charakter des Kapitalismus in den Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen zu verändern. Nicht zuletzt besteht die Aufgabe einer internationalen Friedensbewegung darin, Druck aufzubauen und die eigenen Regierungen dazu zu zwingen, alles zu tun, die Eskalationsspirale aufzuhalten.

LITERATUR

Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar, 2011: Imperialismus, Köln

Dörre, Klaus, 2023: Nach der Zeitenwende. Der Krieg gegen die Ukraine und der Kampf um eine neue Weltordnung, in: Das Argument 340, 87–112

Foster, John Bellamy, 2023: Nuklearkrieg und Ökokrise als doppelter Exterminismus, in: Das Argument 340, 162–173

Habermas, Jürgen, 2023: Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung, 14.2.2023, 10

Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus, Hamburg

Haug, Wolfgang Fritz, 2022: Das Blut der anderen. Editorial, in: Das Argument 338, 343–364

ders., 2023: Das Blut der anderen – ein Jahr später. Versuch einer Antwort auf Lulas Frage, wie es dazu kam, in: Das Argument 340, 228–250

Jaitner, Felix, 2022: Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 130, 28–35

Kluge, Alexander, 2023: »Vorstellungen von Glück sind ansteckend«. Interview, in: Die Zeit, 16.2.2023, 46

Maak, Niklas, 2023: Die Ukraine, ein großes Geschäft?, in: FAZ, 24.9.2023, 33–34

Münkler, Herfried, 2023: Von Putin bis Erdoğan – Wie pazifiziert man die Revisionisten?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2023, s61–74

Paech, Norman, 2023: Verdeckte Kriege im Schatten des Völkerrechts, in: Das Argument 340, 182–192

Panitch, Leo/Gindin, Sam, 2004: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg

Solty, Ingar, 2020: Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 61, Berlin

ders., 2023: Vier tabuisierte Wahrheiten über den Ukrainekrieg, in: der Freitag, 21.3.2023

Watkins, Susan, 2023: Fünf Kriege in einem. Der Kampf um die Ukraine; in: Das Argument 340, 22–35

---

1 Zum auf E. P. Thompson zurückgehenden Begriff des Exterminismus im Kontext des Ukraine-Kriegs vgl. Foster 2023; Dörre 2023, 93.

2 Zu den wirtschaftlichen Akteuren, die angesichts der zu erwartenden Geschäfte beim Aufbau der Ukraine schon jetzt mit den Hufen scharren, vgl. etwa Maak 2023.

3 Zur inneren Entwicklung in Russland vgl. auch Jaitner 2022.

DAVID SALOMON lehrt am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Er beschäftigt sich zurzeit mit Fragen der Demokratietheorie, mit politischer Ästhetik und politischer Bildung.

GEGEN DIE EINDEUTIGKEIT

ALEX DEMIROVIĆ



In unübersichtlichen Zeiten ist die Sehnsucht nach klaren Gegensätzen und Parteinahmen groß, gerade in der Linken. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.

Gerade komme ich von einer Tagung, auf der eine russische Kollegin die Ansicht vertrat, dass die russische Regierung und insbesondere Putin faschistisch seien. Es sei die Aufgabe der Linken, jetzt internationale Brigaden zu bilden, dem Befreiungskampf der Ukrainer*innen militärisch beizustehen und – der historischen Mission der Linken gemäß – Faschisten zu töten.

Auch andersherum wurde versucht zu argumentieren, nicht genau in der Wortwahl Putins, aber doch der Tendenz nach: In der Ukraine gebe es starke faschistische und antisemitische Traditionen und der russische Angriff diene dazu, sie zu bekämpfen.

Darüber hinaus wurde – nach einem überlieferten linken Kritikmuster –, das Kriegsgeschehen auf dem Gebiet der Ukraine als Ergebnis der imperialistischen Politik des Westens erklärt. Vieles spricht dafür, dass die Politik der NATO-Erweiterung, die Bemühungen um eine EU- und NATO-Integration der Ukraine und auch manche Andeutung zu einem Regime Change in Russland den Konflikt geschürt haben. Sicherlich gibt es weitere politökonomische Gründe, etwa den geostrategischen Zugriff auf fossile Ressourcen und Landwirtschaftsflächen. Mit Verweis auf diese Aspekte wurde der Angriff als zwar völkerrechtswidrig, aber verständlich gedeutet.

Doch der Angriff ist nicht verständlich. Denn es war die russische Regierung, die den militärischen Überfall auf die Ukraine befohlen und damit gegen internationales Recht verstoßen hat – wie zuvor schon mit der Besetzung und Annexion der Ostukraine und der Krim. Es gibt kein Ziel, das erklären und rechtfertigen könnte, dass seit fast zwei



Jahren Menschen um ihre Lebensperspektiven gebracht, vertrieben, verletzt, vergewaltigt und getötet werden, dass Wohnhäuser, Dörfer und Städte zerstört werden. Es kann nicht als vernünftig gelten, dass aufgrund des Krieges weltweit die Nahrungsmittelpreise steigen und der Hunger zunimmt, und dass das Kriegsgeschehen die Dynamik der Erderhitzung vorantreibt.

Dieser Krieg ist kein linkes Projekt. Eine einfache Parteinahme für eine der beiden Seiten ist keine Option – nur die Empathie und Parteinahme für die dritte Seite, die der Herrschaftsunterworfenen auf allen Seiten, in der Ukraine, in Russland und weltweit, die die Folgen zu tragen haben; Empathie für diejenigen, die den Krieg ablehnen, flüchten, desertieren. In der Ukraine gibt es eine korrupte, von Oligarchen bestimmte Regierung, es gibt Faschisten, Kriegsgewinnler; aber es gibt auch die Vielen, die ihr Leben und ihre Freiheit verteidigen wollen, auch die linken, homosexuellen oder queeren Menschen, die gegen die russische Armee kämpfen, weil sie andernfalls Schlimmes zu befürchten hätten.

Ein dünner Schein von nostalgischem Antifaschismus und Antiimperialismus, eine vage Erinnerung an den Staatssozialismus mag einigen vermitteln, Putins Handlungsweise sei irgendwie gerechtfertigt. Aber offensichtlich verfolgt Putin das Ziel, die imperiale Größe und Bedeutung Russlands wiederherzustellen. Deswegen unterstützt seine Regierung autoritäre Tendenzen in vielen Regionen, fördert den Regierungsterrorismus gegen Bevölkerungsgruppen, sabotiert demokratische Prozesse und sucht Allianzen mit rechtsradikalen Parteien in Europa. Angegriffen wird die kulturrevolutionäre Lebensweise der letzten Jahrzehnte: sozial-ökologisch, queer, demokratisch. Und zugleich ist es schwer, sich eindeutig auf die Seite der USA, der NATO-Staaten und ihrer Alliierten zu schlagen. Denn auch hier wird politisch-militärische und ökonomische Großmachtpolitik betrieben, wird die Demokratie von innen geschwächt, werden die Lohnabhängigen in

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

die Armut getrieben, die sozial-ökologische Erneuerung sabotiert und die Öffentlichkeit antisemitisch, rassistisch und gegen sexuelle Minderheiten aufgehetzt.

Die Bemühungen, diese komplexe Lage auf reine Widersprüche und eindeutige Parteinahmen zu bringen, gehen fehl. Das gilt auch für den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel, wo sich in gewisser Weise die Kontroversen wiederholen. Auch hier fügen sich die politisch-historischen Vorgänge nicht einer klaren parteilichen Zuordnung. Der Anschlag der Hamas war kein spontaner Akt des Widerstands, sondern militärisch und logistisch im Detail vorbereitet, die Massaker und Entführungen wohl genau geplant. Auch nach dieser Attacke setzte die Hamas den Beschuss Israels fort. Es war klar, dass dies neben dem Wunsch nach Rache die israelische Regierung zum militärischen Handeln zwingen würde, um die Angriffe zu stoppen und die Hamas zu zerstören. Der Preis sind Verletzungen des internationalen Rechts und eine schockierend hohe Zahl ziviler Opfer.

Es gibt keinen Grund für eine Unterstützung der Hamas. Sie verfolgt keine linken Ziele, sondern will ihre islamistische, antidemokratische Herrschaft über die palästinensische Bevölkerung sichern. Sie zielt auf die Ausdehnung des militärischen Konflikts und nimmt die eigene Bevölkerung in Geiselhaft. Aber Israel verhält sich mehrdeutig. Der Verteidigungsminister äußerte, dass nicht Menschen, sondern Tiere bekämpft würden; der Gazastreifen wurde vollständig abgeriegelt, sodass eine Flucht unmöglich ist; die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Nahrung, medizinischer Hilfe wurde unterbrochen, über Wochen wird tausendfach bombardiert. Mehrere Minister der israelischen Regierung brechen systematisch das Völkerrecht, indem sie Siedler*innen im Westjordanland unterstützen und letztlich eine rassistische und religiös-fundamentalistische Eroberungspolitik verfolgen.

Das alles führt zu moralisch und politisch unlösbaren Zumutungen. Denn man wird gezwungen, darüber zu richten, ob eine Analyse »kalt« ist, ob sie das Unrecht des Antisemitismus, den Terror gegen Juden beschönigt oder aber Leben und Leiden der Palästinenser*innen geringer schätzt und weniger betrauert; darüber zu richten, wie viele Tausend Menschen in Gaza schon getötet und verletzt wurden, und wie es sich mit der Traumatisierung verhält, die sich vermutlich über Generationen fortschreibt. Empathie für die von der Hamas Ermordeten ist notwendig, Empathie für die Opfer des religiösen Wahns und der Interessen von Dritten auf beiden Seiten, Empathie für die Opfer der Kriegsstrategie der israelischen Regierung. So viele Leben, so viele vernichtete Lebensperspektiven.

JENSEITS DER DIALEKTIK

Die Linke ergreift Partei – oder sagen wir besser: Sie möchte Partei ergreifen. Denn das Unrecht ist mit Händen zu greifen. Um politisch sprech- und handlungsfähig zu sein, scheint es vielen notwendig, dass sich das Feld der Widersprüche zu eindeutigen, klar zugeschnittenen Gegensätzen fügt. Doch die Widersprüche sind vielfach nicht eindeutig angeordnet, sie liegen immer wieder quer zueinander. Es lässt sich logisch nicht eindeutig auflösen, was in der Sache nicht eindeutig ist. Deswegen kommt es ständig zu Verschiebungen, Aufschüben, zu Differenzierungen und Überarbeitungen der progressiven Terminologie.

Wenn man nicht unmittelbar an diesen Prozessen beteiligt ist, bekommt man dies nicht immer richtig mit. Gerade hat man gegen Geschlechterdiskriminierung noch mit großem Binnen-I angeschrieben, dann kommt der Asterisk*, der Unterstrich_ oder der Doppelpunkt: Es ist die Rede von Schwulen und Lesben und dann in schneller Folge von queer, von Inter-, Pan- und Asexualität, von Transsexualität, Transgender, trans* Männern und Frauen. Nicht mehr die Unterscheidung von Frauen und Männern organisiert das Feld, vielmehr stehen viele Orientierungen und Identitäten plural nebeneinander, können aber entsprechend viele Widersprüche mit sich bringen. Die grammatikalischen Gewohnheiten werden infrage gestellt, die schnellen Wechsel wirken auf manche bedrohlich. Sagt man jetzt Schwarz oder People of Color, Flüchtlinge oder Geflüchtete? Die Affekte der Abwehr dagegen sind groß und lassen sich von den Gegner*innen der Aufklärung, der Differenziertheit mobilisieren. Die Verteidigung von Männlichkeit wird als Kampf gegen Zensur, die Bekämpfung von Pandemiemaßnahmen als Verteidigung der Demokratie propagiert. Es wird von politischer Korrektheit und *wokeness* gesprochen; die Gruppen, die den Aufklärungsprozess tragen, gelten als bizarre Minderheiten. Denn diese Bewegungen des Denkens und Handelns lassen sich nicht eindeutig fügen, sind manchmal umständlich, verunsichern, tendieren zu Übertreibungen, zu Bekenntniszwang, Moralunternehmertum und Sprachpolizei – und dennoch sind sie immer auch rational. Denn hinter jeder Differenzierung steht eine Erfahrung des Leids, eine Gegenwehr gegen Vorurteil, Diskriminierung und Gewalt, gegen medizinische und psychische Normierung und Normalisierung.

Es klingt etwas lehrerhaft, aber angesichts mancher Diskussion in der Linken kann man den Eindruck gewinnen, dass sie einen wichtigen Begriff ihrer theoretischen Tradition vergessen hat: die Dialektik. Die Linke scheint zu erwarten, dass die gesellschaftlichen Phänomene unzweideutig, klar konturiert, passförmig sind; dass Denken und Wirklichkeit identisch sind, Letztere logisch im Denken aufgeht. Es entsteht viel Animosität und Streit, wenn abweichende Sachverhalte auftauchen und auf sie hingewiesen wird. Auf den Social-Media-Plattformen mit ihrem häufig gehässigen und besserwisserischen Ton werden Abweichungen personalisiert und den einzelnen Diskutant*innen zugerechnet, sehr oft verbunden mit dem impliziten Vorwurf, dumm und unwissend zu sein oder einer ganz falschen Orientierung zu folgen. Den Einzelnen wird vorgeworfen, was häufig in der Sache liegt. Denn die gesellschaftlichen Vorgänge sind voller Widersprüche, die die Phänomene unsauber, opak, komplex werden lassen.

Aber selbst Dialektik hilft nicht immer weiter. Der Verlust an Dialektik wurde jüngst der Partei DIE LINKE bescheinigt. Sie sei unfähig, die Widersprüche in den eigenen Reihen auszuhalten, sie produktiv zu nutzen, gemeinsam vielstimmig zu sprechen wie andere Parteien. Stattdessen komme es zur Abspaltung – eine Bankrotterklärung, die ein Problem für die gesamte Gesellschaft darstelle (vgl. taz, 21.10.2023, 14). Letzteres stimmt. Die Probleme der LINKEN sind auch ein gesamtgesellschaftliches Problem. Aber mir kommt es so vor, dass Dialektik hier affirmativ eingesetzt wird: nämlich als Erwartung, dass Widersprü-

che sich produktiv und auf einem höheren Niveau vermitteln und in einer Synthese aufheben. Doch die Widersprüche sind nicht so angeordnet, sie sind heterogen, sie enthalten Zumutungen, die sich von den Subjekten auf Dauer nicht gut ertragen lassen. Deswegen überlegte Louis Althusser, dass die Geschichte immer unsaubere Widersprüche parat hält, die Prozesse kontingent verlaufen, dass die kapitalistischen Verhältnisse ungleichzeitig und die Ausnahmen die Regel sind. Dabei wandte er sich kritisch gegen die Erwartung, dass sich am Ende des Prozesses die Reinheit des Widerspruchs zwischen zwei zentralen ökonomischen Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, herstellt. Es interferieren zahlreiche Kräfte, die Widersprüche überlagern und verschieben sich. Eine Auflösung gibt es Althusser zufolge nicht in der höheren Synthese, sondern in der kontingenten Verdichtung von Widersprüchen in einem Bruch.

So war es im Fall der Konflikte der LINKEN mit Sahra Wagenknecht – ein Konflikt um wenige Personen, in den viele weitere Widersprüche hineingeschossen sind: das Verhältnis von Fraktion und Partei, Fragen der innerparteilichen Willensbildung, die Eitelkeit fördernde Rolle der Medien, die unterschiedlichen Sektoren der Arbeiter*innenklasse (etwa Industrie- vs. Care-Arbeiter*innen), die Bündnisse zwischen Lohnarbeiter*innen und Kategorien des Kleinbürgertums, das Verhältnis Stadt–Land, die unterschiedlichen Ziele in Partei und gesellschaftlicher Linker. Folgt man den Äußerungen Wagenknechts, so hat sie den Konflikt nicht als dialektischen Konflikt wahrgenommen, sondern als eindeutiges politisches Willensverhältnis weniger Politiker*innen. Politik als demokratischer Prozess der Herausbildung von Einsichten, gemeinsamen Zielen, Bündnissen hat sie nicht interessiert. Immer wieder hat sie betont, dass sie als Politikerin von oben her eine Wähler*innenklientel bewirtschaften will. Dialektik folgt keinem Plan zur Schaffung von Harmonie, sie ist kein bewusster Akt einzelner Individuen und Entscheidungsträger*innen, sondern die Theorie eines widersprüchlichen, kontingenten, »wilden«, durch Negation bestimmten Prozesses.

DIE SCHATTENSEITE DER GESCHICHTE

Alltäglich sind wir Zeug*innen: Menschen tun sich gegenseitig Schreckliches an – Ukraine, Israel–Gaza, Pakistan, Myanmar, Tigray, rassistische Übergriffe, geflüchtete Menschen, Kinder in Armut, Obdachlosigkeit. Immanuel Kant hat dafür ein Bild gefunden. Er schreibt, dass die Menschen aus so krummem Holz gemacht seien, dass aus ihnen nichts ganz Gerades geschnitzt werden könne. Das stimmt, aber es ist dennoch den Versuch wert. Auch Kant selbst war dieser Meinung. Die Menschen seien keine Engel, sondern ungesellig und an ihren Egoismen orientiert. Doch diese negativen Seiten der Geschichte würden die Menschen antreiben, einmal den Weltfrieden herzustellen. Dabei will Kant nicht auf das Gute im Menschen spekulieren – das kann es geben, wenn die Verhältnisse einmal danach sind, oder eben auch nicht. Die Errichtung eines Staates müsse im Grenzfall für ein Volk von Teufeln taugen. Für das Zusammenleben der ungeselligen Individuen schlug Kant eine Verfassung vor, die er vor allem als moralische, rechtliche und staatliche Instanz verstand.

Wir erfahren jeden Tag, dass das nicht hält – nicht auf nationalstaatlicher, noch weniger auf internationaler Ebene – und das

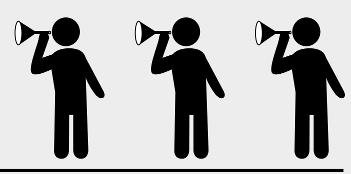
Wissen darüber gibt es seit Langem. Mit Kant im Tornister konnten deutsche Soldaten nach Frankreich und Russland einmarschieren, sich für bessere Menschen halten und alles zerstören, was sich ihnen entgegenstellte. Schlimmer noch, die Aufklärung, die moralischen Normen und rechtlichen Verfahren haben rassistischen Terror, Massenmord und Genozide nicht nur nicht verhindert, sondern ihnen mit modernsten wissenschaftlichen und technischen Mitteln zugearbeitet.

Diese Einsichten in die Brutalität der gesellschaftlichen Zusammenhänge und die verworrenen Widersprüche der Verhältnisse scheinen der Linken nicht immer präsent. Auf eigentümliche Weise glaubt sie doch an Fortschritt, an Eindeutigkeit, daran, dass das Kapitalverhältnis oder die Rechtsnormen den Teufel in den Menschen zivilisieren können, dass es irgendwie besser wird. Doch die Verhältnisse sind nicht so. Die Widersprüche folgen keinen geraden Linien: hier Lohnarbeit, dort Kapital, hier der US-Imperialismus, dort die Verdammten dieser Erde. Es ist sowieso falsch, klare Verhältnisse zu erwarten; aber es ist auch falsch, zu denken, die Verhältnisse sortierten sich nach klaren Widersprüchen. Eine Haltung der Dialektik prüft die Widersprüche und verfolgt ihre Dynamik, nicht um Reinheit herzustellen, sondern um sich nicht einschüchtern zu lassen, der Kontingenz der historischen Kämpfe nachzugehen und die Möglichkeiten zu erkennen, die in kurzen Momenten aufblitzen oder sich in schnellen Wendungen bilden und der Geschichte einen anderen Verlauf geben.

Was bleibt, ist die für Marx bedeutsam gewordene Kantische Lehre, dass sich die Vorgeschichte durchs Negative hindurch entwickelt: durch Kriege, Folter, Verwüstungen, Ausbeutung, durch sexistische Gewalt oder Rassismus. Aber das ist nicht das letzte Wort. Aus dem Scheitern des Rechtsoptimismus von Kant zog Marx eine wichtige Konsequenz: Auf die Moral der Individuen, auf das Recht oder die Institutionen allein kann man sich nicht verlassen – die Menschen unterlaufen die Regeln, manipulieren die Verfahren und nutzen sie trickreich für ihre Interessen aus.

Deswegen muss die Verfassung, um die es geht, eine der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst sein, also der spontanen Gesetzmäßigkeiten, unter denen die Menschen leben. Diese Verhältnisse müssen so eingerichtet sein, dass die Menschen weiterhin selbstsüchtig und gewalttätig sein können – wenn wir denn daran glauben wollen, dass der Mensch nicht gut sein kann –, aber kein Einzelner sie zulasten vieler anderer ausnutzen kann. Niemand soll darin die Hebel finden, reich zu werden, weil andere arm sind, niemand das Allgemeine für seine Interessen, seine Rechthaberei und Gewaltausübung nutzen können. Das Ziel ist nicht die Synthese und Aufhebung, sondern die Überwindung all jener Widersprüche, mit denen wir seit Jahrhunderten konfrontiert sind und die für die gegenwärtige Form der Gesellschaft konstitutiv sind: die Widersprüche zwischen den Einzelinteressen und dem Gesamtinteresse, zwischen oben und unten, der Natur und der Gesellschaft, zwischen den Geschlechtern und den sexuellen Orientierungen, zwischen den Produzent*innen und den Konsument*innen, zwischen Menschen verschiedener Hautfarben und Herkünften – also die Überwindung der Gegensätze und Kämpfe, um unter gemeinsam gestalteten Verhältnissen versöhnt miteinander zu leben.

WAS WAR & WAS IST



WOHNEN KLIMAGERECHT ORGANISIEREN

WORKSHOP, 10.–12. NOVEMBER 2023 IN BERLIN

CO_2-Neutralität im Wohnsektor zu erreichen ist eine der größten Aufgaben für den Klimaschutz – die zudem erheblichen sozialen Sprengstoff birgt. Energetische Modernisierungen sind seit Beginn der Mietenkrise wesentliche Werkzeuge von Mieterhöhung und Verdrängung. Hinzu kommen der Abriss von bezahlbarem Wohnraum und der Neubau hochpreisiger Wohnungen unter Einsatz von energieintensiven und klimaschädlichen Materialien wie Beton und Stahl.

Um dieses Dilemma aufzulösen, müssen Mieten- und Klimabewegung an einem Strang ziehen und sich gemeinsam organisieren. Fachwissen und gute Argumente sind ebenso notwendig wie Werkzeuge des Organisierens und eine gemeinsame Strategie.

Zu diesem Zweck brachten der Gesprächskreis Stadtpolitik, der Arbeitskreis Organizing und die Fachgruppe Energiepolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen der Werkstatt »Wohnen klimagerecht organisieren« Interessierte und Aktive aus Klima- und Mietenbewegung an einen Tisch. Zahlreiche internationale Expert*innen und Organizer*innen waren vor Ort, um Wissen und Erfahrungen zu teilen, darunter die Alliance Citoyenne aus Frankreich und Front Slobode aus Bosnien-Herzegowina.

DOKUMENTATION:
www.rosalux.de/wohnen-klimagerecht

TECHNIK UND KAPITAL BEI MARX

16. MARX-HERBSTSCHULE, 27.–29. OKTOBER 2023 IN BERLIN

Schon seit 16 Jahren gibt es mit der Marx-Herbstschule in Berlin ein spannendes Angebot zum Klassiker der politischen Theorie. In diesem Jahr stand ein Textfragment aus den »Grundrissen« im Mittelpunkt. Es beinhaltet Überlegungen zur Bedeutung von Maschine, Wissenschaft und Technik für die kapitalistische Produktionsweise und ihre Entwicklung und ist unter dem Titel »Maschinenfragment« berühmt geworden. Für Furore sorgte der Text vor allem in der italienischen und französischen Marx-Diskussion Ende der 1960er-Jahre, und auch auf den Prager Frühling 1968 hatte er maßgeblichen Einfluss.

In der Textdiskussion ging es darum zu erschließen, warum die Maschine nicht »nur« das Produktionsmittel schlechthin für die Herstellung von Waren und die Steigerung der Produktivkraft ist, sondern ein spezifisch kapitalistisches Produktionsmittel. Eine Maschine zur Produktion von Mehrwert, wie Marx betont, mithin zur Akkumulation von Reichtum in abstrakter, rein quantitativer Gestalt.

Die Herbstschule wurde in Kooperation des Helle Panke e. V., dem Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung veranstaltet. Für das kommende Jahr werden Texte von Marx auf dem Programm stehen, die auf aktuelle Formen der Produktion verweisen – bis hin zur universellen Rechenmaschine, dem Computer.

MEHR INFOS:
http://marxherbstschule.net

50 JAHRE SPONTANE STREIKS

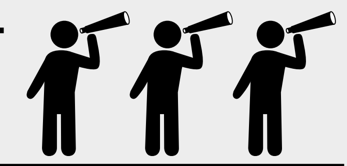
TAGUNG, 1.–2. SEPTEMBER 2023 IN DÜSSELDORF

»Für mich war die ganze Aktion, der ganze Streik ein Wendepunkt.« So erinnert sich der 1948 in der Türkei geborene Mitat Özdemir an die Streiktage im Sommer 1973. Er arbeitete zu dieser Zeit als Sozialbetreuer in den Wohnheimen von Ford in Köln. Bislang sind solche Erinnerungen von damals als Gastarbeiter bezeichneten Migrant*innen kaum Teil des kollektiven Gedächtnisses der Bundesrepublik. Die Tagung »Gelingende und misslingende Solidarisierungen – 50 Jahre spontane Streiks« ist diese diskursive Lücke angegangen. Zwei Tage lang widmeten sich die Teilnehmenden verschiedenen Anerkennungskämpfen sowie Fragen von Gemeinsamkeiten und Interessenskonflikten zwischen »einheimischen« und eingewanderten Arbeiter*innen. Darüber hinaus wurde diskutiert, wie heute produktiv an die Auseinandersetzungen von damals angeknüpft werden kann.

Die Veranstaltung wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung, der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, der IG Metall, der German Labour History Association und dem Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt.

DOKUMENTATION:
www.rosalux.de/dokumentation/id/51049

WAS KOMMT



ARBEITSRECHTSVERLETZUNGEN TROTZ LIEFERKETTENGESETZ

SPEAKERSTOUR, 21.–31. JANUAR 2024 IN NRW UND BERLIN

Das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (kurz Lieferkettengesetz) verpflichtet Unternehmen mit mindestens 3000 Beschäftigten, dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer*innen in ihren Lieferketten angemessene Löhne erhalten – mindestens den Mindestlohn des jeweiligen Landes. Eine Recherche von FEMNET und dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) hat jedoch jüngst aufgedeckt, dass die seit Jahren gängigen systematischen Arbeitsrechtsverletzungen in der pakistanischen Textilbranche fortgesetzt werden.
Ende Januar 2024 veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit FEMNET und dem ECCHR eine Speakerstour mit Partner*innen aus Pakistan, um die Nichteinhaltung des Lieferkettengesetzes zu skandalisieren. Mit Zehra Khan und Nasir Mansoor sind zwei hochrangige pakistanische Gewerkschaftsvertreter*innen beteiligt, die sowohl bei den betroffenen Unternehmen als auch bei den zuständigen deutschen Behörden Beschwerde eingereicht haben, um den Arbeiter*innen zu ihrem Recht zu verhelfen.
Die Speakerstour führt vom 21. bis 31. Januar 2024 durch mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen sowie nach Berlin. Die Termine werden online angekündigt.

TERMINE UND INFOS:
www.rosalux.de/speakerstour-lieferkettengesetz

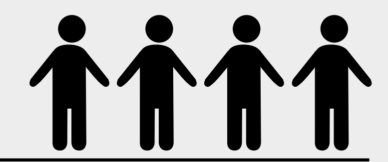
LET'S SOCIALIZE! VERGESELLSCHAFTUNGSKONFERENZ GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

SAVE THE DATE: 15.–17. MÄRZ 2024 AM WERBELLINSEE (BRANDENBURG)

Ob Lützerath, Charité-Streik, Ackerbesetzung oder Verkehrswende: Die sozialen und ökologischen Kämpfe der letzten Jahre haben gezeigt, dass Klimagerechtigkeit stets im Konflikt mit privaten Eigentumsverhältnissen steht. Es ist höchste Zeit für eine demokratische Wirtschaft, die am Gemeinwohl ausgerichtet statt profitorientiert ist.
Die Konferenz »Let's socialize – Vergesellschaftung als Strategie für Klimagerechtigkeit« lädt Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Wissenschaftler*innen ein, eine radikale Praxis der Vergesellschaftung zu entwerfen, die in eine klimagerechte Zukunft führt. Entlang der vier Sektoren Energie, Landwirtschaft, Sorge-Arbeit und Mobilität werden gemeinsam Projektideen und Kampagnen erarbeitet, die auf eine demokratische Verwaltung von unten abzielen.
Die Teilnehmenden werden auf vergangene Erfolge und Niederlagen sozial-ökologischer Kämpfe zurückblicken und sich darauf vorbereiten, die aktuellen Debatten von den Podien auf die Straßen und in die Betriebe zu tragen – ob aufs Feld, ins Krankenhaus oder in den Kohlekonzern. Gemeinsam geht es darum, Vergesellschaftung als eine praktische Utopie gelebter Solidarität für Mensch und Erde zu denken und umzusetzen.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die erste Vergesellschaftungskonferenz 2022 mitorganisiert und gefördert.

MEHR INFOS:
https://vergesellschaftungskonferenz.de

MIT WEM



»EUROPA DEN RÄTEN!«

MESSE, 8.–10. NOVEMBER 2023 IN DER VOLKSBÜHNE, BERLIN

Ein halbes Jahr vor den Europawahlen stellen sich brennende Fragen: Wie kann der Aufstieg faschistischer Kräfte in Europa verhindert werden? Wie stärken wir die sozialen Kämpfe für Gerechtigkeit in der EU? Und wie kann Europa seine koloniale Vergangenheit bearbeiten und zu einem Motor globaler Solidarität in einer sich polarisierenden Welt werden?
Drei Tage lang bot die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Volksbühne Raum, sich in verschiedenen Formaten mit europäischer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen. Denn eines ist sicher: Ohne die aktive und direkte Beteiligung der Bevölkerung können die drängenden Probleme unserer Zeit nicht gelöst werden. Gewerkschaften und Kommunen haben die Zeichen der Zeit längst erkannt und sprechen sich für die Einführung von Bürger*innen- bzw. »Transformationsräten« aus. Ein besonderes Highlight war aus diesem

Grund der »Gesellschaftsrat« am Donnerstagabend, in dem Aktivist*innen, Gesellschaftskritiker*innen, Politiker*innen und Zuschauer*innen diskutierten – für den großen Ratschlag über ein Europa von unten.

DOKUMENTATION:
www.rosalux.de/europa-den-raeten

»ES IST OKAY, WÜTEND AUF DEN KAPITALISMUS ZU SEIN«
BUCHPREMIERE UND GESPRÄCH MIT BERNIE SANDERS, 12. OKTOBER 2023 IN BERLIN

Bernie Sanders' Buch »Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein« ist ein eindrucksvolles Zeugnis seines politischen Lebenswerks und ein kämpferischer Appell an die nächste Generation, das hyperkapitalistische System grundsätzlich infrage zu stellen. Dabei geht Sanders' Vision weit über die Forderungen aus der Zeit seiner US-Wahlkampagnen hinaus. Er zeigt, dass wirtschaftliche Rechte als Menschenrechte anerkannt werden müssen, um die wachsende Ungleichheit zu bekämpfen, und er ermutigt seine Leser*innen, eine Gesellschaft zu schaffen, die einen angemessenen Lebensstandard für alle bietet.
Das Buch erschien im Oktober in deutscher Übersetzung im Tropen Verlag. Gemeinsam mit dem Verlag, der American Academy in Berlin und der *taz* organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung die einzige öffentliche Buchvorstellung in Deutschland. Zwei Stunden lang sprach Sanders mit Jana Pareigis über den Hyperkapitalismus des 21. Jahrhunderts, die gravierende Einkommensungleichheit in den USA, ihren Einfluss auf die Medienlandschaft, Kampagnenfinanzierung von unten und vieles mehr. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und ist auf dem YouTube-Kanal der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügbar.

DOKUMENTATION:
www.youtube.com/watch?v=V4VIAOz5uuY

»WIR SIND KEINE RAUSLÄNDER!«
AUSSTELLUNG, SEPTEMBER 2023 BIS JANUAR 2024 IN BERLIN

Nach den Neuwahlen im Mai 1981 übernahm die CDU in West-Berlin die Regierungsgeschäfte und verschärfte prompt das Migrationsrecht. Wer arbeitslos geworden war, sollte ins Herkunftsland abgeschoben werden. Diese Verschärfung stieß auf den Widerstand organisierter Migrant*innen und ihrer Verbündeten. Der Fotograf Jürgen Henschel hat Demonstrationen und Kulturveranstaltungen türkeistämmiger Aktivist*innen, für die Berlin längst zur Heimat geworden war, dokumentiert. Ihre Kämpfe sind ein wichtiger Teil der deutschen Geschichte, doch trotzdem ist dieses Kapitel vielen bis heute unbekannt. Mit Henschels Bildern zeigt die Ausstellung »Wir sind keine Rausländer«, wie sich türkeistämmige Berliner*innen als politische Akteure in die Politik einmischten und progressiven Widerstand leisteten.
Die von Svenja Huck kuratierte Ausstellung gewährt einen zweisprachigen Einblick in die politische Organisierung und das kulturelle Leben türkeistämmiger Menschen im West-Berlin der 1970er- und 1980er-Jahre. Die gegenwärtigen Debatten um das Recht auf Migration und eine große Fluchtbewegung aus der Türkei zeigen die Aktualität dieser Themen – und die Notwendigkeit von organisiertem, antirassistischem Widerstand. Die Ausstellung kann noch bis 24. Januar 2024 eintrittsfrei im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin besucht werden.

MEHR INFOS:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/IABDJ/wir-sind-keine-rauslaender

WER SCHREIBT



BITE BACK! QUEERE PREKARITÄT, KLASSE UND UNTEILBARE SOLIDARITÄT
SAMMELBAND ERSCHEINT BEI EDITION ASSEMBLAGE

Heftige »Kulturkämpfe« um die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans* Menschen, gegen »woke« oder eine vermeintliche »Gender-Ideologie« prägen derzeit gesellschaftliche Debatten. Neben Rassismus gegen Geflüchtete und Muslime ist Trans*feindlichkeit zu einem Brennpunkt der Strategien der transnationalen Rechten geworden. Anti-Feminismus verbindet Konservative und Rechtsextreme weltweit.
Die Mehrheit queerer Menschen in Europa lebt in prekären Verhältnissen. In Politik und medialen Diskursen werden die Stimmen von prekär lebenden Queers

jedoch systematisch ignoriert. Auch in linken Diskussionen wird immer wieder ein Gegensatz von »Identitäts-« und »Klassenpolitik« unterstellt. Oft sind es aber gerade auf Identitätsfragen bezogene Politiken, die ermöglichen, Formen von Ausbeutung und Gewalt zu adressieren, die in einem engen Begriff von Klasse nicht aufgehen. Der Band »Bite back!« will kritische queer und trans*-feministische Perspektiven in der Diskussion um Klasse stärken.
In dem Band schreiben Menschen aus ihren eigenen teils prekären Erfahrungen heraus. Klassenfragen spielen dabei eine zentrale Rolle, auch um Gegenentwürfe einer solidarischen Lebensweise zu erarbeiten. Es werden zudem aktuelle theoretische Ansätze zu Prekarität, Schwarzem Feminismus, trans* Marxismus, queerer Hegemonietheorie u.a. aufgegriffen. Damit wird eine Vielgestaltigkeit der Perspektiven eröffnet, die weiterführende Debatten anstoßen sollen.

MEHR INFOS:
www.rosalux.de/dossiers/bite-back

ETAPPENSIEG FÜR DIE VIER-TAGE-WOCHE

STUDIE ÜBER ERFOLGREICHES PILOTPROJEKT IN GROSSBRITANNIEN

Nach Jahrzehnten weitgehenden Stillstands hat das Thema Arbeitszeitpolitik im europäischen Ausland in den letzten Jahren wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Von Island über Großbritannien bis Spanien experimentieren immer mehr Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Dienststellen erfolgreich mit der Vier-Tage-Woche. Der bislang größte derartige Feldversuch fand im vergangenen Jahr in Großbritannien statt. Über 60 Unternehmen mit insgesamt rund 2 900 Beschäftigten erprobten von Juni bis Dezember 2022 eine Vier-Tage-Woche in Form des 100-80-100-Modells: 100 Prozent Bezahlung, 80 Prozent Arbeitszeit, 100 Prozent Leistung.
Die wissenschaftliche Auswertung dieses Versuchs zeigt einen durchschlagenden Erfolg: 96 Prozent der Beschäftigten gaben an, die Vier-Tage-Woche fortführen zu wollen, 92 Prozent der Unternehmen befürworteten das ebenfalls. Angstzustände, Müdigkeit, Schlafprobleme und andere Burnout-Symptome gingen zurück, eine deutliche Mehrheit berichtete von positiven Auswirkungen auf ihr Familien- und Sozialleben. Die deutsche Übersetzung der Studie steht auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum kostenlosen Download zur Verfügung.

DOWNLOAD:
www.rosalux.de/publikation/id/51000

ÖFFENTLICHER LUXUS

SAMMELBAND ZU INFRASTRUKTURSOZIALISMUS ERSCHIENEN

Bedingungsloser Zugang zu den Gütern, die unser Leben möglich und schön machen – und das für alle: Das ist Öffentlicher Luxus! Vom öffentlichen Nahverkehr, der Autos überflüssig macht, zu einem öffentlichen Raum, von und in dem niemand ausgeschlossen wird oder sich vor der Polizei fürchten muss, von sicherer Versorgung und guter Arbeit in Bildung und Gesundheit zu gutem und günstigem Wohnraum zu erneuerbarer Energie für alle: Kostenlose und exzellente Grundversorgung beendet Armut und ist der erste Schritt in eine Wirtschaft, die nicht länger für Profite auf der Zerstörung von Natur aufbaut oder auf Kosten anderer geht. Wie wir dahin kommen, warum es sich lohnt, dafür zu kämpfen, und wie Öffentlicher Luxus zur gerechten Organisation der Sorgearbeit, zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation und zur Demokratisierung der Wirtschaft beitragen kann – um all das geht es im Sammelband von communia und BUNDjugend. Barbara Fried und Alex Wischnewski von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erweitern in ihrem Beitrag »Feministisch vergesellschaften« das Verständnis von Infrastrukturen um solche, die heute ins Private gedrängt sind. Sie entwerfen die »Sorgende Stadt« als Kompass für eine revolutionäre Realpolitik, die die Sorge füreinander ins Zentrum politischen Handelns stellt. Der Sammelband erschien im November dieses Jahres und wurde von den Autor*innen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin vorgestellt. Er ist beim Dietz Verlag gebunden oder – ganz im Sinne des Öffentlichen Luxus – als kostenloser Download erhältlich.

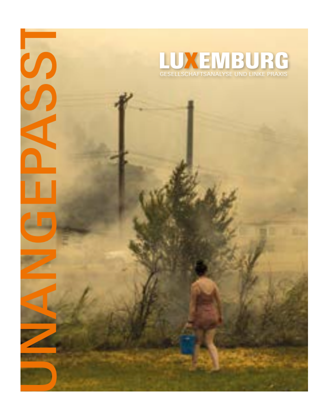
DOWNLOAD:
https://dietzberlin.de/produkt/oeffentlicher-luxus



1/2023 WAS BLÜHT IM OSTEN?
Auch über 30 Jahre nach der Wende hält die Stigmatisierung der »Ossis« an. Von den Löhnen über Erbschaften bis zur Verteilung der Führungspositionen: Die Ungleichheit zwischen Ost und West ist nicht kleiner geworden, die Nach-Wende-Zeit kaum aufgearbeitet. Ein Heft über industrielle Umbrüche, neue Streiks, rechte Bedrohung, migrantische Allianzen, »Ost-Identität«, mutige Politik von unten und eine LINKE zwischen Krise und Aufbruch. Wie ist ein linker Osten möglich?

BEITRÄGE VON: Katja Barthold | David Begrich | Laura Boemke | Lutz Brangsch | Katharina Dahm | Klaus Dörre | Trong Do Duc | Paul Georgi | Lena Güngör | Tine Haubner | Sarah Hinz | Renate Hürtgen | Stefanie Hürtgen | Gesine Langlotz | Mike Laufenberg | Grit Lemke | Doris Liebscher | Sören Pellmann | Manja Präkels | Oliver Preuss | Stefan Schmalz | Claudia Sprengel | Danilo Starosta | Mandy Tröger | Isabelle Vandre | Katharina Warda u. a.

Mai 2023, 140 Seiten



2/2022 UNANGEPASST
Die Zukunft wird uns mehr Hitzewellen, Extremwetter und Umweltkrisen bringen. Vielerorts ist die Heißzeit bereits Realität. In der Politik scheint dies noch nicht angekommen zu sein, wir sind an die enormen Herausforderungen des Klimawandels vollkommen UNANGEPASST. Zeit, eine längst überfällige Debatte anzustoßen und die Möglichkeiten linker Politik ausloten: Wie sehen unsere Städte in 30 Jahren aus? Zahlt der globale Norden für seine »Klimaschulden«? Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Kurz: Für welche Zukunft lohnt es sich zu kämpfen?

BEITRÄGE VON: Sybille Bauriedl | Ulrich Brand | Nick Buxton |Alex Demirović | Barbara Fried | Dorothee Häußermann | Kai Imsande | Imeh Ituen | Rhonda Koch | Steffen Kühne | Tetet Nera-Lauron | Onke Ngcuka | Nick Reimer | Hannah Schurian | Ingo Tebje | Katja Voigt | David Samuel Williams | Markus Wissen | Uwe Witt | Ivonne Yanez u.a.

Juni 2022, 124 Seiten



1/2022 BESITZ ERGREIFEN
Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat Furore gemacht. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie fatal es ist, die elementaren Dinge dem Markt zu überlassen. Dabei geht es nicht einfach um Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung: Demokratische Kontrolle, von den Wohnungen über die Krankenhäuser bis zu den Internetkonzernen. Doch wie werden wir es los, das Privateigentum? Wie vergesellschaftet man die Plattformökonomie? Wie sähe eine kommunale und feministische Sorge-Ökonomie aus? Und was kommt eigentlich nach der Vergesellschaftung?

BEITRÄGE VON Michael Buckmiller | Barbara Fried | Klaus Dörre | Franziska Drohsel | Julia Dück | Tim Engartner | Ulrike Hamann | Armin Kuhn | Ursula Le Guin | Sabine Nuss | Dominik Piétron | Cara Röhner | Jan Schalauske | Nina Scholz | Jenny Stupka | Alex Wischnewski

Februar 2022, 132 Seiten



2/2021 SCHULE MACHEN
In kaum einem Land ist Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Aber wie müsste gerechte Bildung aussehen? Was sind die großen und kleinen Schritte hin zu einer Schule für alle? Was fordern Schüler*innen und wie können Lehrer*innen von ihnen lernen? Warum ist Schule für Kinder aus Arbeiter*innen- und Migrant*innenfamilien oft ein Spießrutenlauf? Was SCHULE MACHEN kann, verrät ein Blick in Klassenzimmer, in denen jetzt schon kooperativ und ohne (Zeit-)Druck gelernt wird.

BEITRÄGE VON Sabine Böddinghaus | Julius van den Burg | Carolin & Christoph Butterwegge | Philipp Dehne | Alex Demirović | Rosemarie Hein | Karl-Heinz Heinemann | Ellen Kollender | Louisa Lullien | Narges Mari | Jan Niggemann | Mona Santos | Martina Zilla Seifert | Susanne Thurn | Hans-Jürgen Urban |

Oktober 2021, 136 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2023
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Hannah Schurian, hannah.schurian@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-225
Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried und Hannah Schurian
Redaktion: Lia Becker, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Hannah Eyßell, Inga Lamprecht, Elisa Otzelberger, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Ingar Solty, Eva Völpel, Moritz Warnke Florian Wilde und Uwe Witt
Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
X: http://www.x.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: https://zeitschrift-luxemburg.de/abo

Bildnachweise:
S. 22–29: © Nikita Teryoshin
S. 58: © freepik/@vecstock
S. 100–103: © IMAGO/IPON #Nahaufnahme Armutsbetroffen#
S. 104–107: © Offenes Haus der Kulturen e.V #Nahaufnahme Geisler#

Titelgestaltung und Illustrationen: © Jan Bachmann
www.janbachmann.info

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



02
23

Lia Becker | Ulrich Brand | Clara Bünger | William Callison | John Clarke | Alex Demirović | Richard Detje | Philipp Frey | Lukas Geisel | Gianna Gumgowski | Bernd Kasparek | Stephan Krull | Nicole Mayer-Ahuja | Sandro Mezzadra | Brett Neilson | Julian Niederhauser | Benjamin Opratko | Guillaume Paoli | Maximilian Pichl | Thomas Sablowski | David Salomon | Birgit Sauer | Tatjana Söding | Nikita Teryoshin | Heike Towae | Linus Westheuser | Markus Wissen | Joanna Wuest

Das Comeback von Law and Order
Exzess der Affekte
Dammbruch in der Asylpolitik
Die Sponsoren des Hasses
Linke Triggerpunkte setzen?
Politische Erschöpfung
Was heißt Antiimperialismus heute?

DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424